



Monatsbericht Dezember 2013

65. Jahrgang
Nr. 12

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
13. Dezember 2013, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	10
Zahlungsbilanz	11
■ Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015	13
■ Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr	29
<i>Kartenzahlungen mit dem Smartphone akzeptieren: der mobile Point of Sale (mPOS)</i>	40
■ Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012	43
<i>Nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalbasis nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland</i>	46
■ Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte	59
<i>Infrastrukturentwicklungen auf dem europäischen Repomarkt</i>	63
<i>Repomärkte und Zentralbankpolitik: internationale Rückschau</i>	65
<i>Zum Bedeutungsgewinn von General Collateral-Repos</i>	67
<i>Der Repomarkt in den USA</i>	70

■ Statistischer Teil	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt	50*
Finanzierungsrechnung	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	56*
Konjunkturlage in Deutschland	63*
Außenwirtschaft	70*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	79*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Trotz schwachen Einstiegs in das vierte Quartal 2013 gute Aussichten für die Konjunktur in Deutschland

Trotz eines sehr verhaltenen Einstiegs in das Schlussquartal ist damit zu rechnen, dass die deutsche Wirtschaft im Winterhalbjahr 2013/2014 kräftig expandieren wird. Die schwache Industrieproduktion im Oktober ist einem Brückentageeffekt und Kurzarbeit in Teilen der Automobilindustrie zuzuschreiben. Im November dürfte die Kfz-Produktion den bereits vorliegenden Angaben zu den gefertigten Stückzahlen zufolge erheblich höher ausgefallen sein. Zudem haben Automobilproduzenten angekündigt, angesichts der starken Nachfrage die produktionsfreien Zeiten um Weihnachten möglichst kurz zu halten. Dies steht auch im Einklang mit den zuletzt stark gestiegenen kurzfristigen Produktions- und Exporterwartungen für die Industrie, die vom ifo Institut erfragt werden, sowie der kräftigen Nachfrage nach Vorleistungen. Deshalb bestehen gute Aussichten, dass die lebhaftere Binnenkonjunktur, wie sie in dem steilen Anstieg der Genehmigungen für Wohnbauten und der bemerkenswert guten Konsumentenstimmung zum Ausdruck kommt, durch eine deutliche Verstärkung der Industriekonjunktur ergänzt wird.

Industrie

Industrieproduktion gesunken

Der industrielle Ausstoß ist im Oktober im Vormonatsvergleich saisonbereinigt erneut spürbar gesunken (–1%). Das durchschnittliche Produktionsniveau des dritten Vierteljahres wurde ebenfalls um 1% unterschritten. Allerdings haben Brückentageeffekte das Ergebnis gedrückt. Die Investitionsgüterproduktion gab insgesamt um 3% nach. Wesentlich hierfür war der starke Rückgang der Kfz-Fertigung um 5¾%. Dabei spielte Kurzarbeit in zwei Werken der Automobilindustrie eine wichtige Rolle. Demgegenüber erhöhte sich die Herstellung

von Vorleistungsgütern (+1%). Die Konsumgüterproduktion verfehlte das Vorquartalsergebnis leicht (–½%).

Der Auftragseingang lag im Oktober saisonbereinigt um 2¼% unter dem Stand von September, in dem allerdings aufgrund von besonders vielen Großaufträgen ein kräftiger Zuwachs verzeichnet worden war. Der Durchschnitt der Sommermonate wurde lediglich um ¼% unterschritten. Die zuvor kräftig gestiegenen Orders aus dem Inland ebten merklich ab (–2%). Dem stand ein Anstieg der Auslandsnachfrage gegenüber (+1%), der sich vor allem aus vermehrten Bestellungen im Bereich der Vorleistungsgüter und des sonstigen Fahrzeugbaus speiste. Insgesamt verminderte sich der Auftragszufluss von Investitionsgütern auch wegen der Normalisierung bei den Großaufträgen deutlich (–2¼%). Dagegen legten die Orders von Vorleistungen mit 2½% kräftig zu, und auch bei Konsumgütern gab es ein spürbares Plus (+1¾%).

Orderzufluss rückläufig

Die Umsätze der deutschen Industrie haben sich im Oktober saisonbereinigt auf dem Vorquartalsdurchschnitt behauptet. Sinkenden Umsätzen im Inland (–1%) stand ein geringfügig stärker steigender Auslandsabsatz gegenüber (+1¼%). Die Umsätze in Drittländern erhöhten sich nach einem Rückgang im Sommer deutlich (+1½%). Im Euro-Raum setzte sich die leichte Aufwärtstendenz fort (+½%). Die Warenausfuhren sind im Oktober dem Wert nach saisonbereinigt nur geringfügig gegenüber September gestiegen (+¼%). Sie überschritten das Mittel des dritten Vierteljahres jedoch spürbar um 1¾%. Demgegenüber hat der Wert der Importe sowohl im Vormonatsvergleich (+3%) als auch gegenüber dem Sommerquartal (+1¾%) merklich zugenommen.

Absatz im Inland gesunken und im Ausland gestiegen, höhere Einfuhren

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2013 1.Vj.	103,3	101,1	105,1	110,5
2.Vj.	104,7	99,9	108,6	111,6
3.Vj.	106,5	102,5	109,7	110,3
Aug.	105,3	103,5	106,7	108,7
Sept.	108,6	102,6	113,4	105,9
Okt.	106,2	100,5	110,8	...
2013 1.Vj.	Produktion; 2010 = 100			
	Industrie			Baugewerbe
	insgesamt	darunter:		
Vorleistungs-güter-produzenten		Investitions-güter-produzenten		
2.Vj.	106,2	103,1	112,0	102,3
3.Vj.	107,9	104,1	114,8	107,8
Aug.	109,1	104,1	117,5	108,0
Sept.	108,0	104,3	114,7	107,2
Okt.	106,8	105,2	111,3	105,4
2013 1.Vj.	Außenhandel; Mrd €			nachr.: Leistungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
	2.Vj.	272,75	222,61	50,14
3.Vj.	273,11	225,37	47,74	49,42
Aug.	274,17	224,68	49,49	48,78
Sept.	91,20	75,41	15,79	15,72
Okt.	92,67	73,96	18,71	18,06
	92,89	76,14	16,75	18,27
2013 1.Vj.	Arbeitsmarkt			
	Erwerbs-tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits-lose	Arbeits-losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2.Vj.	41 769	447	2 926	6,9
3.Vj.	41 830	429	2 946	6,9
Sept.	41 901	427	2 954	6,8
Okt.	41 911	429	2 972	6,9
Nov.	41 935	431	2 975	6,9
	...	435	2 985	6,9
2013 1.Vj.	Preise; 2010 = 100			
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Ver- braucher- preise
2.Vj.	107,4	107,5	107,1	105,1
3.Vj.	105,6	106,8	107,7	105,5
Sept.	105,5	106,6	108,2	106,0
Okt.	105,6	106,7	.	106,1
Nov.	105,1	106,6	.	106,0
	106,1

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Bauhauptgewerbe

Die Produktion im Bauhauptgewerbe hat im Oktober verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt überraschend um 3¾% nachgegeben. Hingegen hielt die vom ifo Institut erfragte Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe das sehr hohe Niveau vom September. Im gesamten Baugewerbe belief sich der Rückgang der Ausbringung auf 1¾%, da die Leistung des Ausbaugewerbes – dessen Meldungen aufgrund ihrer erhöhten Revisionsanfälligkeit allerdings mit erheblicher Unsicherheit behaftet sind – leicht gesteigert wurde (+¾%). Gegenüber den Sommermonaten nahm die Produktion des Bausektors um 2¼% ab.

Bauproduktion von sehr hohem Niveau aus vermindert

Die Auftragseingänge für das Bauhauptgewerbe verringerten sich im September – neuere Angaben liegen nicht vor – gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 2½%, was mit einer geringeren Nachfrage nach Tiefbauleistungen in Zusammenhang stand. Im dritten Vierteljahr insgesamt fiel der Rückgang niedriger aus (–1¼%), wobei die Bestellungen im Tiefbau zulegten (+2¾%), während sie sich im Hochbau verminderten (–4¾%).

Bauaufträge rückläufig

Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit expandiert weiter. Die Zahl der Beschäftigten im Inland nahm im Oktober saisonbereinigt um 24 000 und damit merklich stärker als in den letzten beiden Monaten zu. Der entsprechende Vorjahreswert wurde um 250 000 Personen oder 0,6% übertroffen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöhte sich im September spürbar gegenüber dem Vormonat um saisonbereinigt 37 000 Personen. Einen signifikanten Zuwachs verzeichneten nach wie vor die wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) sowie diesmal auch das Verarbeitende Gewerbe und die Leiharbeit. Im Vorjahresvergleich belief sich das Plus in der Gesamtwirtschaft auf 378 000 Beschäftigte oder 1,3%. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat sich im

Beschäftigung deutlich ausgeweitet

November gemäß ifo Institut deutlich verbessert.

*Arbeitslosigkeit
leicht
zugenommen*

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen ist im November erneut leicht um saisonbereinigt 10 000 gestiegen. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 6,9%. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 55 000 Personen. Demgegenüber verharrte die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) saisonbereinigt auf dem Stand des Vormonats.

Preise

*Internationale
Rohölpreise im
Seitwärtsgang*

Im Verlauf des Novembers zog der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent merklich an, nachdem er in der zweiten Oktoberhälfte spürbar gesunken war. Im Durchschnitt des Monats November lag er gleichwohl etwas unter dem Vormonatsniveau. Im bisherigen Verlauf des Dezembers schwankte der Ölpreis um die Marke von 110 US-\$. Zum Abschluss des Berichts mussten 108¾ US-\$ für ein Fass gezahlt werden. Der Abschlag für zukünftige Rohöllieferungen belief sich bei Bezug in sechs Monaten auf 1 US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten auf 3¼ US-\$.

*Einfuhrpreise
deutlich,
Erzeugerpreise
leicht gesunken*

Die Einfuhrpreise sind im Oktober im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt kräftig um 0,5% gesunken, während die Erzeugerpreise im Inlandsabsatz insgesamt nur geringfügig nachgaben (-0,1%). Die Preisrückgänge hingen im Wesentlichen mit der Verbilligung von Energie zusammen. Während sich bei den Waren ohne Energie die Importpreise ebenfalls leicht verminderten, wiesen sie auf der Produzentenstufe einen kleinen Anstieg auf. Im Jahresvergleich verstärkte sich der Rückgang bei den Einfuhrpreisen insgesamt auf 3,0% und bei den Erzeugerpreisen auf 0,7%.

*Leichter Preis-
anstieg auf der
Verbraucherstufe*

Auf der Verbraucherstufe erhöhten sich die Preise im November gegenüber Oktober leicht um saisonbereinigt 0,1%. Energie verbilligte sich kräftig und Nahrungsmittel in verhaltenem Ausmaß. Demgegenüber verteuerten sich ge-

werbliche Waren erneut moderat. Die Preise für Dienstleistungen und Mieten stiegen etwas stärker. Die Jahresteuersatzrate zog sowohl beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) als auch in der harmonisierten Abgrenzung (HVPI) an, und zwar auf 1,3% beziehungsweise 1,6%, nach jeweils 1,2% im Oktober.

Der vergleichsweise große Abstand zwischen der HVPI- und der VPI-Rate erklärt sich durch Verkettungsprobleme in den Komponenten Beherbergungsdienstleistungen und Pauschalreisen.¹⁾ Hier werden im HVPI Indexstände nach neuer Berechnungsweise mit Indexständen nach alter Rechnung verglichen, während der VPI mit der neuen Methodik zurückgerechnet wurde. Deshalb sind die Vorjahresraten des HVPI seit Januar 2013 nach oben verzerrt, wobei das Ausmaß der Verzerrung variierte. Im November fiel sie mit 0,6 Prozentpunkten besonders groß aus.²⁾ Ab Dezember 2013 wird die deutsche HVPI-Rate frei von diesen Verzerrungen sein und damit erkennbar niedriger ausfallen als noch im Vormonat.

■ Öffentliche Finanzen³⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

Die gesetzlichen Krankenkassen und der Gesundheitsfonds verzeichneten im dritten Quartal 2013 in konsolidierter Betrachtung ein prak-

*Finanzielle Ver-
schlechterung
setzt sich im
dritten Quartal
2013 fort*

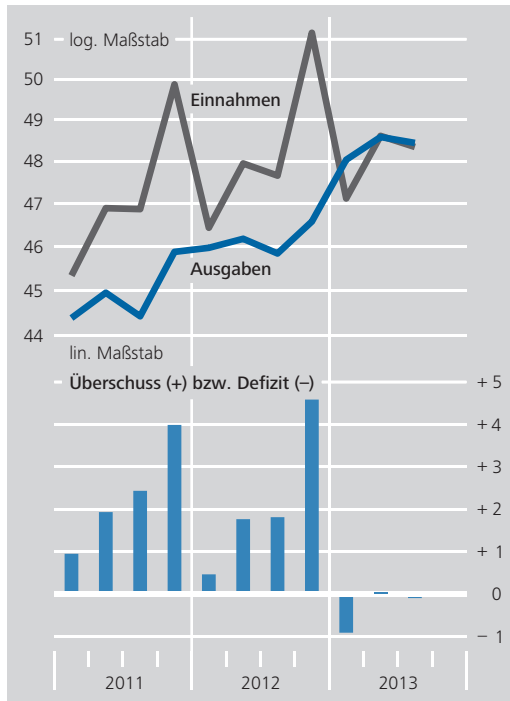
¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Beitrag des Teilindex für Beherbergungsdienstleistungen zu den aktuellen Unterschieden zwischen den VPI- und HVPI-Raten, Monatsbericht, April 2013, S. 7.

² Ohne diesen statistischen Effekt wäre die HVPI-Rate im November also spürbar geringer als die VPI-Rate ausgefallen. Dies liegt daran, dass der Warenkorb des VPI im Gegensatz zu dem des HVPI Glücksspiele einschließt. Die Gebühren für die staatlichen Lotterien waren im Mai erheblich angehoben worden, was 0,2 Prozentpunkte zur VPI-Jahresrate beitrug.

³ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



* Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

tisch ausgeglichenes Ergebnis. Vor einem Jahr hatte sich dagegen noch ein Überschuss von fast 2 Mrd € ergeben. Bei den Kassen und beim Gesundheitsfonds verschlechterte sich der Finanzierungssaldo jeweils um rund 1 Mrd €. Insgesamt wuchsen die Einnahmen im System der gesetzlichen Krankenversicherung um 1½%, während die Ausgaben mit gut 5½% sehr viel stärker anstiegen.

Kassenausgaben steigen stärker

Bei den Krankenkassen setzte sich der stetige, im Voraus festgelegte Einnahmestrom aus dem Gesundheitsfonds mit einem Zuwachs von 3½% gegenüber dem Vorjahr fort. Auf der Ausgabenseite beschleunigte sich dagegen das Wachstum auf gut 5½%. Besonders kräftig nahmen erneut die Aufwendungen für die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung zu (zusammen +11%), nachdem die – von den Ausgaben abgesetzte – Praxisgebühr zu Beginn des Jahres wieder abgeschafft worden war. Ohne diesen Sondereffekt wären diese Ausgaben um 5% gestiegen. Auch für die

Krankenhausbehandlung ergab sich mit gut 5% ein beschleunigter Ausgabenzuwachs, wozu die gesetzlich vorgeschriebene stärkere Beteiligung der Kassen an den Personalkostensteigerungen der Krankenhäuser beigetragen hat. Schließlich sind auch die Zahlungen für Arzneimittel erstmals seit einiger Zeit wieder spürbar gestiegen (fast 3½%).

Beim Gesundheitsfonds standen den um 3½% höheren Überweisungen an die Krankenkassen lediglich um 1½% gestiegene Einnahmen gegenüber. Dabei wuchsen die Beitragseinnahmen mit 3% weiter recht kräftig. Hierin kommt die anhaltend günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung zum Ausdruck, deren Einfluss allerdings durch die besonders niedrige Rentenanpassung zur Jahresmitte im Westen (+ 0,25%) abgeschwächt wurde. Gedämpft wurde der Einnahmestieg vor allem aber durch die diskretionären Kürzungen des Bundeszuschusses (für das Gesamtjahr um 2½ Mrd € auf 11½ Mrd €).

Gesundheitsfonds durch Kürzungen des Bundeszuschusses belastet

Beim Gesundheitsfonds lief zwar von Januar bis September ein Defizit von 2½ Mrd € auf. Da aber im letzten Vierteljahr aufgrund der durch Sonderzahlungen ausgeweiteten Beitragsbemessungsgrundlage ein erheblicher Überschuss zu erwarten ist, scheint hier auch für das Gesamtjahr noch ein positiver Saldo erreichbar. Bei den Kassen dürfte der bislang kumulierte Überschuss von 1½ Mrd € trotz eines möglichen Defizits im letzten Quartal kaum vollständig aufgezehrt werden. Insgesamt ist somit 2013 noch einmal mit einem Überschuss im Gesamtsystem der gesetzlichen Krankenversicherung zu rechnen, sodass die Rücklagen von zuletzt gut 10½ Mrd € beim Gesundheitsfonds und 17 Mrd € bei den Krankenkassen weiter aufgestockt werden dürften.

Nochmals Überschuss im Gesamtjahr zu erwarten

Im kommenden Jahr dürfte sich die Finanzlage in der gesetzlichen Krankenversicherung allerdings grundlegend verschlechtern. So beabsichtigte die bisherige Bundesregierung, den Bundeszuschuss nochmals um 1 Mrd € zu kürzen. Seit längerem geplant (und im Koalitions-

Ab 2014 mit steigenden Defiziten zu rechnen

vertrag nur wenig zurückgenommen) ist die Rückführung der zum 1. August 2010 ausgeweiteten Zwangsrabatte für Arzneimittelhersteller. Außerdem haben einige Kassen beträchtliche Prämienausschüttungen an ihre Mitglieder angekündigt, die zum größten Teil 2014 finanzwirksam werden dürften. Hinzu kommen weitere voraussichtlich ausgabensteigernde Eingriffe, wie die im Koalitionsvertrag ausgehandelten Verbesserungen bei der ambulanten und stationären Krankenversorgung.

Keine einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge mehr

Weiter wurde vereinbart, dass die einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge durch entgeltproportionale Beitragsaufschläge ersetzt werden. Damit wird das zentrale, den Kassenwettbewerb fördernde Instrument in seiner Anreizwirkung auf die einkommensstarken Mitglieder fokussiert. Auch wird wohl perspektivisch nicht mehr das Ziel verfolgt, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung von den Arbeitsentgelten abzukoppeln und die Umverteilungskomponente zunehmend in das Steuer- und Transfersystem zu verlagern. Vielmehr soll die Einkommensumverteilung wieder allein unter den Krankenversicherten mit entgeltproportionalen Beiträgen bis zur Beitragsbemessungsgrenze organisiert werden. Der bislang dafür vorgesehene Zuschuss des Bundes würde damit hinfällig.

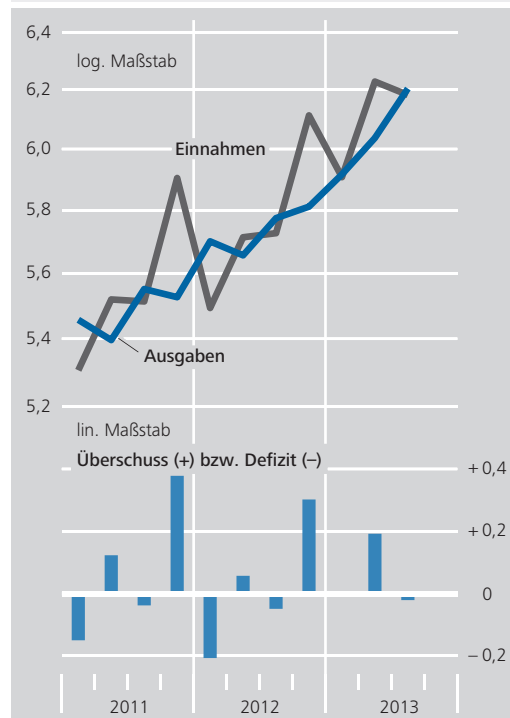
Soziale Pflegeversicherung

Erhebliches Ausgabenwachstum bei noch etwas schneller steigenden Einnahmen

Die soziale Pflegeversicherung verzeichnete im dritten Quartal 2013 – ebenso wie ein Jahr zuvor – ein leichtes Defizit. Die Ausgaben wuchsen nach den Leistungsausweitungen insbesondere für Demenzerkrankte mit 7 1/2% sehr stark. Dennoch stiegen die Einnahmen mit 8% insbesondere aufgrund der Beitragssatzanhebung von 1,95% auf 2,05% (jeweils zzgl. 0,25% für Kinderlose) zum Beginn des Jahres noch etwas kräftiger. Hinzu kommen – ebenso wie in der gesetzlichen Krankenversicherung – die anhaltend günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung sowie der dämpfende Ein-

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



* Vorläufige Vierteljahresergebnisse (PV45).

Deutsche Bundesbank

fluss durch die niedrige Rentenanpassung im Westen.

Im Gesamtjahr 2013 ist mit einem Überschuss in der sozialen Pflegeversicherung zu rechnen, weil die Mehreinnahmen aus der Beitragssatzanhebung zunächst die reformbedingten Mehrausgaben übersteigen. Im Koalitionsvertrag ist eine nochmalige deutliche Leistungsausweitung vorgesehen, die über eine weitere Anhebung des Beitragssatzes um insgesamt 0,5 Prozentpunkte finanziert werden soll. Ab dem Jahr 2015 sollen davon 0,1 Beitragssatzprozentpunkte zum Aufbau einer (von der Bundesbank zu verwaltenden) gesonderten Rücklage verwendet werden. Die umfangreicheren Leistungen werden künftig die Finanzierungslasten im Zuge des demographischen Wandels vergrößern. Der Aufbau einer Kapitalreserve verteilt zwar einen Teil dieser zusätzlichen Kosten auf heutige Beitragszahler. Künftige Beitragszahler werden aber nur vorübergehend entlastet werden können. Nach dem Verzehr der Rücklage wird die vollständige

Koalitionsbeschlüsse verschärfen langfristig das Finanzierungsproblem

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2012	2013	
	Oktober	September	Oktober
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	2,9	- 4,8	5,6
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 4,0	- 0,6	- 5,4
Anleihen der öffentlichen Hand	12,5	- 2,5	5,3
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	6,1	0,2	1,7
Erwerb			
Inländer	4,6	- 6,3	9,0
Kreditinstitute ³⁾	- 8,8	- 6,1	- 3,7
Deutsche Bundesbank	- 1,5	- 0,4	- 0,8
Übrige Sektoren ⁴⁾	14,9	0,1	13,5
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	5,8	- 4,9	9,0
Ausländer ²⁾	4,4	1,7	- 1,7
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	8,9	- 4,6	7,3

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Finanzierungsverantwortung wieder auf den Schultern der künftigen Beitragszahler liegen.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Nettoabsatz von Schuldverschreibungen am deutschen Rentenmarkt im Oktober

Das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im Oktober 2013 auf brutto 136,6 Mrd € (Vormonat: 118,2 Mrd €). Nach Abzug der ebenfalls gestiegenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten stieg der Umlauf heimischer Rentenwerte um 5,6 Mrd €. Zudem wurden ausländische Schuldverschreibungen für per saldo 1,7 Mrd € am deutschen Markt abgesetzt.

Nettoemissionen der Unternehmen

Inländische Unternehmen emittierten im Berichtsmonat Anleihen für per saldo 5,7 Mrd €. Dabei handelte es sich im Ergebnis vorrangig um Papiere mit einer Laufzeit von über einem Jahr.

Die öffentliche Hand begab im Oktober Anleihen für 5,3 Mrd € am Kapitalmarkt. Davon entfielen 5,0 Mrd € auf den Bund (inkl. der ihm zugerechneten Abwicklungsanstalt). Er emittierte vor allem zehnjährige Anleihen sowie zweijährige Schatzanweisungen (7,3 Mrd € bzw. 5,6 Mrd €), aber auch 30-jährige Anleihen (1,6 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Bundesobligationen für 9,2 Mrd € gegenüber. Die Länder nahmen den Kapitalmarkt im Berichtsmonat mit netto 0,3 Mrd € in Anspruch.

Nettoemissionen der öffentlichen Hand

Der Umlauf von Schuldverschreibungen heimischer Kreditinstitute sank im Berichtsmonat im Ergebnis um 5,4 Mrd €. Sonstige Bankschuldverschreibungen und Öffentliche Pfandbriefe wurden für 6,3 Mrd € beziehungsweise 2,5 Mrd € getilgt, in geringerem Umfang auch Hypothekendarlehen (0,8 Mrd €). Dagegen wurden Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten per saldo für 4,1 Mrd € am Markt abgesetzt.

Umlauf von Schuldverschreibungen der Kreditinstitute gesunken

Auf der Erwerberseite traten im Oktober ausschließlich die inländischen Nichtbanken in Erscheinung. Sie nahmen Rentenwerte für per saldo 13,5 Mrd € in ihre Portfolios auf. Hierbei entfiel ein Großteil auf inländische Titel. Dem standen Nettoverkäufe der heimischen Kreditinstitute in Höhe von 3,7 Mrd € gegenüber. Dabei wurden vor allem inländische Titel veräußert. Gebietsfremde Investoren sowie die Bundesbank trennten sich von Schuldverschreibungen für netto 1,7 Mrd € beziehungsweise 0,8 Mrd €.

Inländische Nichtbanken als stärkste Erwerbergruppe

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt begaben inländische Gesellschaften im Berichtsmonat junge Aktien für 0,2 Mrd €. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg ebenfalls (1,1 Mrd €). Erworben wurden Dividentitel im Ergebnis einzig von heimischen Nichtbanken. Diese nahmen Aktien für netto 5,4 Mrd € in ihre Bestände. Ausländische Investoren und inländische Kreditinstitute trennten sich hinge-

Geringe Neuemissionen am deutschen Aktienmarkt im Oktober

gen von Dividendenpapieren, und zwar für per saldo 3,9 Mrd € beziehungsweise 0,2 Mrd €.

Investmentfonds

Mittelzuflüsse
 bei Investment-
 fonds

Inländische Investmentfonds haben im Oktober Anteilscheine für netto 5,8 Mrd € am deutschen Markt abgesetzt (Vormonat: 4,2 Mrd €). Neue Mittel flossen im Ergebnis vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zu (4,0 Mrd €). Unter den Anlageklassen verzeichneten im Ergebnis vor allem Gemischte Wertpapierfonds sowie Gemischte Fonds Mittelzuflüsse (2,0 Mrd € bzw. 1,9 Mrd €). Auch Aktienfonds (1,5 Mrd €) und Rentenfonds (0,8 Mrd €) konnten neue Anteile am Markt platzieren. Am deutschen Markt vertriebene ausländische Fonds setzten im Berichtsmonat Anteile für 3,7 Mrd € ab. Auf der Erwerberseite traten im Ergebnis vor allem inländische Nichtbanken in Erscheinung, welche Fondsanteile für per saldo 9,0 Mrd € in den Bestand nahmen. Auch heimische Kreditinstitute erwarben Investmentanteile für per saldo 1,3 Mrd €. Ausländische Investoren verringerten hingegen ihre Anteilsbestände um 0,9 Mrd €.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz-
 überschuss
 gesunken

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Oktober 2013 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 19,1 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 0,9 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Ausschlaggebend dafür war der Rückgang des Aktivsaldos in der Handelsbilanz, der die Verbesserung des Positivsaldos im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfasst, überwog.

Niedrigerer
 Aktivsaldo im
 Außenhandel

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm der Überschuss im Außenhandel im Oktober gegenüber dem Vormonat um 2,4 Mrd € auf 17,9 Mrd € ab. Saison- und kalenderbereinigt gab er um 2,0

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2012	2013	
	Okt.	Sept. ¹⁾	Okt.
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel ¹⁾			
Ausfuhr (fob)	98,4	94,6	99,1
Einfuhr (cif)	82,5	74,3	81,2
Saldo	+ 16,0	+ 20,3	+ 17,9
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	92,3	92,7	92,9
Einfuhr (cif)	77,4	74,0	76,1
2. Ergänzungen zum Außenhandel ²⁾	- 2,5	- 2,5	- 1,7
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	17,8	20,6	19,2
Ausgaben	19,4	20,9	20,0
Saldo	- 1,6	- 0,4	- 0,8
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 6,9	+ 5,7	+ 6,7
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	0,7	1,6	0,9
Eigene Leistungen	4,0	4,7	3,9
Saldo	- 3,2	- 3,1	- 3,0
Saldo der Leistungsbilanz	+ 15,5	+ 20,0	+ 19,1
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	- 0,2	+ 0,1	+ 0,5
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
1. Direktinvestitionen			
Deutsche Anlagen im Ausland	- 4,0	+ 0,1	+ 14,5
Ausländische Anlagen im Inland	- 9,6	- 2,7	- 0,3
Ausländische Anlagen im Inland	+ 5,5	+ 2,8	+ 14,8
2. Wertpapiere			
Deutsche Anlagen im Ausland	- 9,5	+ 0,3	- 12,6
darunter: Aktien	- 14,3	- 3,5	- 6,0
Anleihen ⁴⁾	- 4,6	- 1,4	- 0,6
Ausländische Anlagen im Inland	- 5,3	- 3,6	+ 1,0
darunter: Aktien	+ 4,9	+ 3,8	- 6,5
Anleihen ⁴⁾	+ 0,8	+ 1,4	- 3,9
3. Finanzderivate	+ 3,0	+ 6,3	+ 0,7
4. Übriger Kapitalverkehr ⁵⁾			
Monetäre Finanzinstitute ⁶⁾	- 2,2	- 1,5	- 3,3
darunter: kurzfristig	- 6,1	- 24,8	- 18,7
Unternehmen und Privatpersonen	- 0,2	- 16,5	- 26,8
Staat	- 1,2	- 18,8	- 27,5
Bundesbank	+ 8,6	- 7,6	- 21,1
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	- 18,6	- 0,9	+ 0,6
Zunahme: -) ⁷⁾	+ 4,1	+ 0,1	+ 28,6
Saldo der Kapitalbilanz	- 22,0	- 25,4	- 19,9
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 6,7	+ 5,2	+ 0,3

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. 4 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. 5 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. 6 Ohne Bundesbank. 7 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Mrd € auf 16,8 Mrd € nach. Die wertmäßigen Ausfuhren überschritten den Stand des Vormonats geringfügig (+ 0,2%), während die Einfuhren kräftig stiegen (+ 2,9%).

Höherer Positivsaldo bei den „unsichtbaren“ Leistungsbilanztransaktionen

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verzeichneten im Oktober einen Überschuss von 2,9 Mrd €, nach 2,2 Mrd € im Vormonat. Zum Anstieg trug im Wesentlichen die Erhöhung der Nettoeinnahmen bei den grenzüberschreitenden Faktoreinkommen um 1,0 Mrd € auf 6,7 Mrd € bei. Sie hing vor allem mit niedrigeren Dividendenzahlungen aus Wertpapieranlagen an Gebietsfremde zusammen. Das Defizit bei den laufenden Übertragungen blieb mit 3,0 Mrd € praktisch unverändert. Demgegenüber nahm der Passivsaldo in der Dienstleistungsbilanz um 0,4 Mrd € auf 0,8 Mrd € zu.

Netto-Kapitalexporte im Wertpapierverkehr

Vor dem Hintergrund einer vergleichsweise ruhigen Finanzmarktentwicklung kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands im Oktober zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 12,6 Mrd €. Dazu beigetragen haben sowohl das höhere Auslandsengagement deutscher Anleger (6,0 Mrd €) als auch ein Mittelabzug gebietsfremder Anleger von den inländischen Wertpapiermärkten (6,5 Mrd €). Im Zentrum des Kaufinteresses hiesiger Portfolioinvestoren standen im Oktober Investmentzertifikate (3,7 Mrd €). Daneben erwarben sie auch Geldmarktpapiere (2,7 Mrd €) und Aktien (0,6 Mrd €). Demgegenüber trennten sie sich von Anleihen ausländischer Emittenten (1,0 Mrd €). Gebietsfremde Anleger verkauften vor allem deutsche Dividendepapiere (3,9 Mrd €). Darüber hinaus gaben sie hiesige Schuldverschreibungen (1,7 Mrd €) und Investmentzertifikate (0,9 Mrd €) ab.

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Oktober vergleichsweise hohe Netto-Kapitalimporte (14,5 Mrd €). Zu der Entwicklung hat wesentlich beigetragen, dass gebietsfremde Firmen ihren hiesigen Niederlassungen – vorwiegend über länger laufende Finanzkredite – Mittel im Umfang von 14,8 Mrd € bereitgestellt haben. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland waren im Oktober per saldo nahezu ausgeglichen (0,3 Mrd €).

Netto-Kapitalimporte bei den Direktinvestitionen

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, flossen im Oktober Gelder in Höhe von netto 18,7 Mrd € aus Deutschland ab. Transaktionen von Unternehmen und Privatpersonen führten zu Netto-Kapitalexporten im Umfang von 21,1 Mrd €. Sie stockten einerseits kurzfristige Bankguthaben im Ausland auf und bauten andererseits Finanzkredite im Ausland ab. Bei staatlichen Stellen kamen im Oktober Mittel im Umfang von 0,6 Mrd € auf. Dem Bankensystem flossen – im Wesentlichen als Reflex aller anderen Zahlungsbilanztransaktionen – 1,8 Mrd € zu. Während die Netto-Auslandsforderungen der Kreditinstitute im Oktober um 26,8 Mrd € zugenommen haben, verringerte sich die Auslandsposition der Bundesbank um 28,6 Mrd €. Dazu haben der Rückgang des TARGET2-Saldos und höhere Einlagen internationaler Organisationen bei der Bundesbank beigetragen.

Mittelabflüsse im übrigen Kapitalverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im Oktober – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,2 Mrd € abgenommen.

Währungsreserven

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015

Die deutsche Wirtschaft hat wieder Fahrt aufgenommen. Die durch die Verschärfung der Schuldenkrise im Euro-Gebiet zeitweilig unterbrochene Expansion der gesamtwirtschaftlichen Leistung setzt sich fort. Dabei wechseln jedoch die Antriebskräfte. Während in der Erholungsphase nach der Finanz- und Wirtschaftskrise außenwirtschaftliche Impulse überwogen, ist zuletzt die Binnenwirtschaft in den Vordergrund getreten. Hierbei spielt der gute Zustand der deutschen Volkswirtschaft eine Rolle, der sich in der niedrigen Arbeitslosenquote, dem anhaltenden Beschäftigungswachstum und spürbaren Verdienstzuwächsen ausdrückt. Zudem wirkt das niedrige Zinsniveau förderlich. Diese Faktoren stützen den privaten Verbrauch und treiben den Wohnungsbau an. Demgegenüber neigte der Außenhandel zuletzt zur Schwäche. Mit der weiteren konjunkturellen Aufhellung in den Industrieländern und der sich abzeichnenden Verbesserung im Euro-Gebiet sollten jedoch auch die Ausfuhren und in deren Folge Unternehmensinvestitionen und Einfuhren anziehen.

Unter diesen Bedingungen könnte die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr um 1,7% und im darauf folgenden Jahr um 2,0% wachsen, nach einem Anstieg von lediglich 0,5% im laufenden Jahr. Kalenderbereinigt ergäben sich Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,6% im Jahr 2013, 1,7% im Jahr 2014 und 1,8% im Jahr 2015. Bei einem Potenzialwachstum von jeweils 1,4% in den beiden kommenden Jahren würde sich der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad ausgehend von einem Normalniveau im Jahr 2013 moderat erhöhen. Damit einher ginge eine weitere Steigerung der Beschäftigung, die überwiegend aus Zuwanderung gespeist würde. Der Leistungsbilanzüberschuss könnte sich auf das Niveau vor der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise verringern. Der Staatshaushalt würde sich ohne Berücksichtigung der bei Prognoseabschluss noch nicht bekannten Koalitionsvereinbarungen etwas verbessern und im Jahr 2015 einen Überschuss von knapp ½% des BIP erreichen. Die hohe Schuldenquote könnte deutlich sinken.

Die im Vergleich zur vergangenen Dekade nachhaltig verbesserte Arbeitsmarktlage schlägt sich in einer Verstärkung des Lohnanstiegs nieder, die als Normalisierung zu sehen ist. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe könnte sich gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zwar zunächst von 1,6% im Jahr 2013 auf 1,3% im Jahr 2014 ermäßigen, dann aber wieder auf 1,5% im Jahr 2015 verstärken. Die Rate ohne Energie dürfte sich im Gefolge des verstärkten Lohnanstiegs bis zum Jahr 2015 auf 1,9% erhöhen.

Die Risiken für die Prognose sind zum einen im außenwirtschaftlichen Umfeld zu sehen. Zwar konnten die Auswirkungen der Schuldenkrise im Euro-Gebiet eingedämmt werden, und es wurden wichtige Reformen eingeleitet. Durch die drückende Verschuldung und die fortbestehenden Strukturprobleme ist jedoch die Störanfälligkeit der europäischen und der globalen Wirtschaft nach wie vor hoch. Zum anderen bestehen binnenwirtschaftliche Risiken. Eine Reihe der in der Koalitionsvereinbarung in Aussicht gestellten Maßnahmen hat das Potenzial, die Leistungsfähigkeit der Arbeits- und Gütermärkte zu beschädigen, und der fiskalische Kurs wird wohl aufgeweicht. Als konjunkturelle Aufwärtchance ist anzusehen, dass sich die wirtschaftliche Grunddynamik stärker als hier beschrieben darstellen könnte.

Ausgangslage

*Zügige
 konjunkturelle
 Normalisierung*

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich wie in der Juni-Projektion erwartet schnell von dem schwachen Winterhalbjahr 2012/2013 erholt und ist auf einen Expansionskurs zurückgekehrt. Nach dem durch Nach- und Aufhol-effekte erhöhten BIP-Wachstum von 0,7% im zweiten Vierteljahr stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung im dritten Vierteljahr um 0,3% an. Damit dürfte die deutsche Volkswirtschaft in den Bereich der Normalauslastung zurückgekehrt sein. Dafür spricht neben den Informationen zur Kapazitäts- und Geräteauslastung auch der hohe Grad an Zufriedenheit, mit dem Unternehmen in Umfragen des ifo Instituts und des DIHK ihre wirtschaftliche Lage beschreiben.

*Binnenwirtschaft
 als Träger des
 Wachstums*

Zuletzt wurde die konjunkturelle Aufwärtsbewegung fast ausschließlich von der Binnenwirtschaft getragen. Der private Konsum profitierte von den Aussichten auf spürbare Realeinkommensgewinne, und der Wohnungsbau wurde von der insbesondere in Ballungsräumen kräftig steigenden Nachfrage nach Wohnraum, den außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen sowie dem Mangel an als sicher und rentabel eingestuft Kapitalanlagemöglichkeiten angetrieben. Dies zeigt sich auch in dem steilen Anstieg der Baugenehmigungen für Wohngebäude. Da die Bautätigkeit in den

ersten vier Monaten des laufenden Jahres witterungsbedingt besonders schwach ausgefallen war, dürfte angesichts der bereits im vergangenen Jahr erreichten hohen Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe inzwischen ein erheblicher Nachfrageüberhang entstanden sein.

Die Warenexporte haben sich in realer Rechnung noch nicht vollständig von dem scharfen Rückgang gegen Ende des Jahres 2012 erholt. Insbesondere die Lieferungen in Drittländer neigten weiterhin zur Schwäche. Hingegen tendierten die Ausfuhren in den Euro-Raum wieder nach oben. Trotz der lebhaften Binnen-nachfrage expandierte die Produktionsleistung der Industrie deshalb nur verhalten. Erst im Oktober erreichte die Auslastung der Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe dem ifo Institut zufolge wieder näherungsweise den längerfristigen Durchschnitt. Dies dürfte auch der wesentliche Grund dafür gewesen sein, dass die Investitionstätigkeit der Unternehmen bisher ohne Schwung blieb.

*Ausfuhren und
 Unternehmens-
 investitionen
 weiterhin
 verhalten*

Auf dem Arbeitsmarkt stellte sich die Entwicklung der Erwerbstätigkeit günstiger dar als in der Juni-Prognose unterstellt, während die Arbeitslosigkeit anders als erwartet nicht leicht abnahm, sondern etwas anstieg. Dies ist im Zusammenhang mit der außerordentlich starken Zuwanderung zu sehen, die im ersten Halbjahr 2013 den bereits hohen Stand des Vorjahres netto um 13% übertraf und damit auch die Prognose vom Juni hinter sich ließ. Die weitgehend arbeitsmarktorientierte Zuwanderung wirkt einerseits Angebotsverknappungen entgegen und stärkt so das Beschäftigungswachstum. Andererseits schränkt sie tendenziell die Chancen inländischer Arbeitssuchender ein, wenn diese weniger mobil sind und nicht in gleichem Maße Qualifikationen aufweisen.

*Arbeitsmarkt im
 Zeichen starker
 Zuwanderung*

Der Anstieg der Arbeitsentgelte blieb im Sommerhalbjahr hinter den Erwartungen der Juni-Projektion zurück. Ein wesentlicher Faktor hierfür war, dass sich die Tarifparteien im Einzelhandel noch nicht auf einen neuen Abschluss einigen konnten. Zudem sahen einzelne neue

*Vorübergehend
 abgeschwächter
 Lohnanstieg*



Tarifverträge Nullmonate zu Beginn ihrer Laufzeit vor. Anders als noch im Frühjahr vermutet, dürfte sich deshalb der Anstieg der Tarifentgelte im laufenden Jahr auf 2,5% beschränken. Hinzu kam, dass das Ausmaß der Prämienzahlungen in der Industrie wohl etwas weniger umfangreich ausgefallen ist als im Vorjahr.

Preisanstieg zunächst im Rahmen der Erwartungen

Die Preistendenz hat sich, gemessen an den HVPI-Vorjahresraten, im Sommerhalbjahr 2013 etwas abgeflacht, wie dies auch in der Juni-Projektion erwartet worden war. Die Überschätzung des Preistrends vor allem bei gewerblichen Waren ohne Energie, aber auch bei Dienstleistungen, ist ein Hinweis darauf, dass sich der verstärkte Lohnanstieg unter dem Eindruck der Euro-Aufwertung langsamer bei den Verbraucherpreisen bemerkbar macht als bisher unterstellt. Demgegenüber fielen die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln spürbar stärker aus als angenommen. Dabei dürften die für die Landwirtschaft nicht immer günstigen Witterungsbedingungen eine erhebliche Rolle gespielt haben.

■ Rahmenbedingungen

Annahmehasierte Prognose

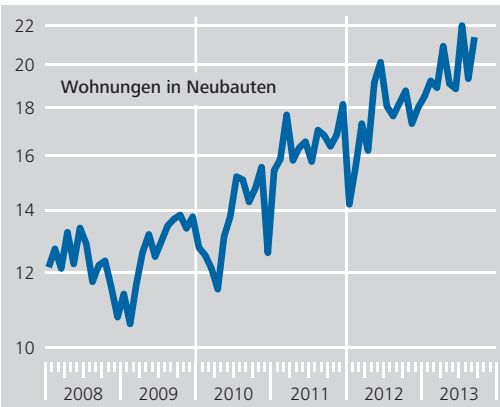
Die hier vorgelegte Projektion basiert auf Annahmen über den Welthandel, die Wechselkurse, die Rohstoffpreise und die Zinssätze, die von den Prognoseexperten des Eurosystems festgelegt wurden. Ihnen liegen Informationen zugrunde, die am 15. November 2013 verfügbar waren. Die Annahmen zu den Absatzmärkten im Euro-Raum ergeben sich aus den Projektionen der nationalen Zentralbanken der anderen Euro-Länder.

Globales Wachstum verstärkt sich spürbar

Vor dem Hintergrund einer anziehenden Industriekonjunktur hat sich das globale Wirtschaftswachstum im Verlauf des Jahres 2013 wieder verstärkt. Dabei ist es zu einer Gewichtsverlagerung von den aufstrebenden Volkswirtschaften zu den Industrieländern gekommen, die sich im Prognosezeitraum fortsetzen dürfte. Zwar werden von den Schwellenländern weiterhin überdurchschnittliche Wachstumsraten erwartet,

Erteilte Genehmigungen im Wohnungsbau

Anzahl in Tsd., saisonbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte aber in dieser Ländergruppe angesichts zunehmender struktureller Engpässe und steigender Langfristzinsen nicht mehr in dem Tempo früherer Jahre expandieren. In den Industrieländern verlieren belastende Faktoren wie der hohe Verschuldungsgrad des Privatsektors und die Konsolidierungsanstrengungen im öffentlichen Bereich für die Konjunktur an Bedeutung. Insgesamt könnte sich das globale Wachstum spürbar verstärken, ohne jedoch an das vor der Finanz- und Wirtschaftskrise erreichte hohe Expansionstempo heranzureichen. Mit einer BIP-Wachstumsrate gemäß kaufkraftparitätischer Gewichtung von 2¾% im laufenden Jahr und 3½% im Jahr 2014 würde die globale Expansion etwas schwächer ausfallen als in der Juni-Prognose unterstellt. Für das Jahr 2015 wird eine weitere leichte Steigerung auf 3¾% erwartet.

Im Euro-Raum verdichten sich die Anzeichen dafür, dass der im Frühjahr begonnene Erholungsprozess anhält. Im dritten Vierteljahr 2013 ist die Wirtschaftsleistung weiter gestiegen, und den Kurzfristindikatoren zufolge dürfte auch im vierten Quartal ein Zuwachs erzielt werden. Wesentlich hierfür ist, dass die inländische Nachfrage nicht weiter eingeschränkt wird. Allerdings wirken Belastungen aus der Schulden- und Anpassungskrise fort. Vor dem

Erholungsprozess im Euro-Raum hat begonnen

Hintergrund der weiterhin geringen Kapazitätsauslastung und des in einigen Ländern schwierigen Zugangs zu Bankkrediten erholen sich die gewerblichen Investitionen nur langsam. Zudem drücken der in vielen Ländern hohe Verschuldungsgrad des Privatsektors sowie die Arbeitslosigkeit auf die privaten Konsumausgaben. Gleichzeitig macht in einer Reihe von Ländern die Anpassung der Kostenstrukturen Fortschritte, und Unternehmen erschließen neue Absatzmärkte, sodass sie in stärkerem Maße am globalen Wachstum teilhaben. Es ist zu erwarten, dass von einem höheren Exportwachstum auch Impulse für die Binnenwirtschaft ausgehen. Wegen des statistischen Unterhangs und des schwachen Auftakts wird im laufenden Jahr trotz des beginnenden Erholungsprozesses die BIP-Wachstumsrate für den Euro-Raum mit $-0,4\%$ noch einmal negativ ausfallen. Erst für die Jahre 2014 und 2015 werden wieder positive Wachstumsraten von $1,1\%$ und $1,5\%$ erwartet. Ohne Deutschland gerechnet folgen auf einen Rückgang von $0,8\%$ Zuwächse von $0,9\%$ beziehungsweise $1,4\%$.

*Absatzmarkt-
wachstum
verstärkt sich
wieder*

Eine Delle in der globalen Industriekonjunktur hatte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres die Expansion des Welthandels beinahe zum Erliegen gebracht. Im laufenden Jahr hat sich der internationale Handel im Einklang mit der anziehenden Industrieproduktion wieder spürbar erholt. Es wird damit gerechnet, dass sich dieser Prozess im kommenden Jahr fortsetzt und die globalen Importe von Waren und Dienstleistungen dann im Jahr 2015 mit einer Rate von 6% zunehmen, nach $2\frac{3}{4}\%$ in diesem und $5\frac{1}{4}\%$ im nächsten Jahr. Die Absatzmöglichkeiten deutscher Exporteure wurden im vergangenen Jahr insbesondere durch den Rückgang der Einfuhren innerhalb des Euro-Gebiets empfindlich gedämpft. Angesichts der zunächst verhaltenen Erholung des Intrahandels sollte das Absatzmarktwachstum im Jahr 2013 mit lediglich $1\frac{1}{4}\%$ deutlich hinter der bereits gedrückten Expansionsrate des Welthandels zurückbleiben. Dies dürfte in Anbetracht des sich lediglich langsam verstärkenden Erholungsprozesses innerhalb des Euro-Raums auch für die

beiden folgenden Jahre gelten, allerdings mit geringer werdenden Abständen. Mit der erwarteten Expansion der Exportmärkte um 4% im Jahr 2014 und 5% im Jahr 2015 würden die deutschen Unternehmen am verstärkten globalen Wachstum teilhaben.

Nach einer Schwächephase im Frühjahr tendierte der Wert des Euro recht kontinuierlich nach oben. In dem für die Ableitung der Wechselkursannahmen relevanten Zeitraum notierte der Euro mit $1,34$ US- $\$$ um $2\frac{1}{4}\%$ höher als in der Juni-Prognose. In nominal effektiver Rechnung, das heißt bezogen auf die für den Außenhandel relevanten Währungen, gewann der Euro $1\frac{3}{4}\%$ an Wert.

*Höher
bewerteter Euro*

Produktionsausfälle und die Befürchtung einer militärischen Eskalation der politischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten führten im Sommer speziell am Kassamarkt zeitweise zu einem deutlichen Anziehen der Rohölnotierungen. Dabei zeigten die Terminkurse über das gesamte Fristenspektrum nach unten. Mit $108\frac{1}{4}$ US- $\$$ pro Fass der Sorte Brent liegen die aus den Terminpreisen technisch abgeleiteten Annahmen für das laufende Jahr $2\frac{1}{2}\%$ über denen der Juni-Prognose. Für das Jahr 2014 fallen sie mit 104 US- $\$$ rund 4% höher als in der Juni-Prognose aus, wobei wegen der zwischenzeitlichen Aufwertung gegenüber dem US-Dollar der Aufschlag in Euro gerechnet deutlich geringer ist. Für das Jahr 2015 wird den Terminnotierungen folgend ein weiterer Rückgang des Rohölpreises auf $99\frac{1}{4}$ US- $\$$ unterstellt.

*Im Prognosezeit-
raum Annahme
rückläufiger
Rohöl-
notierungen ...*

Bereits in den Sommermonaten und damit früher als in der Juni-Prognose angenommen hat auf den internationalen Märkten ein Rückgang der Notierungen von Nahrungs- und Genussmitteln eingesetzt, der sich fortsetzen dürfte. Bei den übrigen Agrarrohstoffen wird hingegen mit einer Verteuerung gerechnet. Insgesamt dürften die Rohstoffpreise nach einem deutlichen Rückgang im laufenden Jahr auch 2014 noch einmal nachgeben, bevor sie im Jahresdurchschnitt 2015 wieder ansteigen.

*... und sonstiger
Rohstoffpreise*

Zinsen kaum verändert

Der nachlassende Preisauftrieb, die zuletzt sehr niedrigen HVPI-Raten sowie die weiterhin schwache Kreditentwicklung haben den EZB-Rat Anfang November dazu veranlasst, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems auf ein neues historisches Tief zu senken. Diese Entscheidung und die nachfolgende Kommunikation haben die Erwartungen über den Pfad der Kurzfristzinssätze wieder etwas gedämpft. Für unbesicherte Geschäfte am Interbankenmarkt wird – wie in der Juni-Prognose – für das laufende Jahr ein Dreimonatszinssatz von 0,2% und für das Jahr 2014 von 0,3% abgeleitet. Im Jahr 2015 läge der Kurzfristzins bei 0,5%. Die Rendite neun- bis zehnjähriger deutscher Staatsanleihen ist im Sommer deutlich über die Annahmen der Juni-Prognose angestiegen. Der Aufwärtstrend dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Abgeleitet aus der Zinsstrukturkurve ergeben sich nach 1,6% im laufenden Jahr Rendite-niveaus von 2,0% im Jahr 2014 und 2,4% im Jahr 2015. Sie liegen damit im nächsten Jahr um 20 Basispunkte höher als in der Juni-Prognose.

Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig

Die Kreditzinsen deutscher Banken haben sich im Vergleich zum Frühjahr kaum verändert. Bei dem unterstellten Pfad der Geldmarktzinsen und der langfristigen Renditen auf Staatsanleihen dürften auch die Kreditzinsen für Unternehmen und Verbraucher im Prognosezeitraum von einem sehr niedrigen Niveau aus leicht ansteigen. Die Kreditrichtlinien der Banken im Unternehmensgeschäft wurden laut den Ergebnissen der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) im dritten Quartal 2013 weitgehend unverändert gelassen, und auch für das vierte Quartal werden kaum Veränderungen erwartet. Der Anteil der Unternehmen, die über einen eingeschränkten Zugang zu Bankkrediten berichten, ist laut dem ifo Kredit-hürdenindikator nach wie vor auf einem im längerfristigen Vergleich sehr niedrigen Niveau. Die Finanzierungsbedingungen sind daher weiterhin als äußerst günstig einzustufen. Daran dürfte sich im Prognosezeitraum nichts ändern.¹⁾

Wichtige Annahmen der Prognose

Position	2012	2013	2014	2015
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro Effektiv ¹⁾	1,29 97,8	1,33 101,5	1,34 102,3	1,34 102,3
Zinssätze EURIBOR-				
Dreimonatsgeld	0,6	0,2	0,3	0,5
Umlaufrendite öffentlicher Anleihen ²⁾	1,5	1,6	2,0	2,4
Rohstoffpreise				
Rohöl ³⁾	112,0	108,2	103,9	99,2
Sonstige Rohstoffe ^{4) 5)}	-7,2	-5,4	-2,6	3,7
Absatzmärkte der deutschen Exporteure ^{5) 6)}	1,3	1,3	4,0	5,0

¹⁾ Gegenüber den Währungen der 20 wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums (EWK-20-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100. ²⁾ Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. ³⁾ US-Dollar je Fass der Sorte Brent. ⁴⁾ In US-Dollar. ⁵⁾ Veränderung gegenüber Vorjahr in %. ⁶⁾ Arbeitstäglich bereinigt.

Deutsche Bundesbank

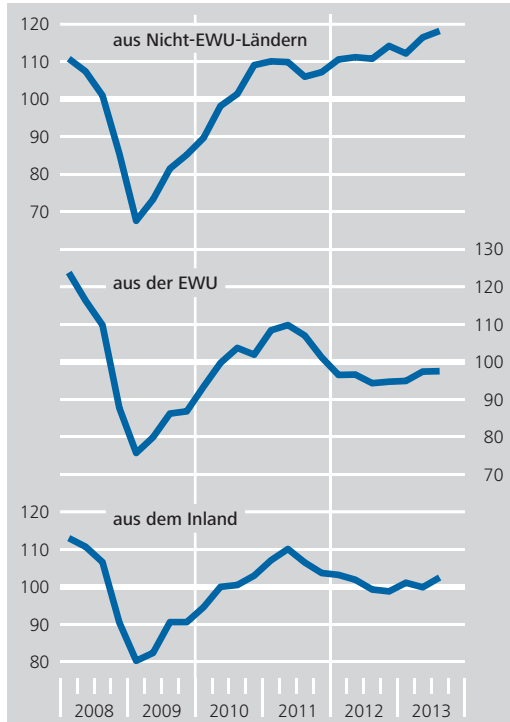
Bei der Vorausschätzung der öffentlichen Finanzen werden generell nur solche Maßnahmen einbezogen, die entweder verabschiedet sind oder die genau spezifiziert wurden und deren Umsetzung wahrscheinlich ist. Daher blieben insbesondere die bei Prognoseabschluss noch nicht bekannten Koalitionsvereinbarungen unberücksichtigt. Die in diese Projektion einbezogenen finanzpolitischen Maßnahmen erhöhen das Staatsdefizit 2014 in begrenztem Umfang und fallen im Jahr 2015 neutral aus. Die Mehrbelastung der staatlichen Haushalte im kommenden Jahr resultiert vor allem daraus, dass eine weitere Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,6 Prozentpunkte auf 18,3% unterstellt wurde. Hiermit wird in der Prognose – der grundsätzlichen Regelung entsprechend – die Rücklage Ende 2014 auf ihre Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben zurückgeführt. Im Hinblick auf die Leistungen aus dem im Sommer 2013 eingerichteten Fluthilfefonds (insgesamt 8 Mrd €) wurde eine Verteilung über mehrere Jahre angenommen, sodass der Finanzierungssaldo in den einzelnen Prognosejahren hierdurch vergleichsweise wenig beeinflusst wird.

Finanzpolitische Maßnahmen ohne Berücksichtigung der Koalitionsvereinbarungen

¹⁾ Es wird unterstellt, dass die bevorstehende Überprüfung der Bankbilanzen durch das Eurosystem keine nachteiligen Folgen für das Kreditangebot haben wird.

Auftragseingang in der Industrie

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Fiskalprognose durch Koalitionsvereinbarungen wohl nicht grundlegend geändert

Die Maßnahmen aus dem hier nicht berücksichtigten Koalitionsvertrag verändern aus heutiger Sicht das Prognosebild für die öffentlichen Finanzen in den kommenden zwei Jahren wohl nicht grundlegend, deuten aber auf eine Aufweichung des finanzpolitischen Kurses hin. Die Vereinbarungen sehen zusätzliche Ausgaben unter anderem im Bereich der Renten- und Pflegeversicherung sowie für Bildung und Infrastruktur vor. Bei gesamtstaatlicher Betrachtung werden die finanziellen Wirkungen im Vergleich zu den hier zugrunde gelegten Ansätzen vermutlich dadurch begrenzt, dass die Beitragssätze der Sozialversicherungen nicht wie in der Prognose unterstellt sinken dürften.²⁾ Die bislang bekannt gewordenen Größen für die staatlichen Investitionen dürften auf Jahresbasis ebenfalls nur einen überschaubaren gesamtwirtschaftlichen Impuls entfalten. Auch könnten die Belastungen der Staatshaushalte die zweite Hälfte der Legislaturperiode stärker betreffen, das heißt zum guten Teil außerhalb des Prognosehorizonts liegen.

Konjunktureller Ausblick³⁾

Nachdem das wirtschaftliche Wachstum im Sommerhalbjahr 2013 überwiegend von der Binnenwirtschaft getragen worden war, dürften ab dem Herbst auch außenwirtschaftliche Faktoren wieder an Bedeutung gewinnen. Dafür sprechen neben den deutlich nach oben gerichteten Erwartungen hinsichtlich der industriellen Produktion und der Ausfuhren, wie sie in den ifo Umfragen zum Ausdruck kommen, auch der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes, der zuletzt zwei Quartale in Folge mit einer Rate von 1½% angestiegen ist. Besonders die Aufträge aus Drittländern und zuletzt die Bestellungen aus dem Inland zogen spürbar an. Ein stärkerer konjunktureller Schwung in der Industrie dürfte auch helfen, das in den Dienstleistungsbereichen eingeschlagene Expansionstempo mindestens zu halten. Angesichts des Nachfrageüberhangs im Wohnungsbau sollte der Kapazitätsausbau in der Bauwirtschaft weiter fortschreiten und die Wachstumsrate der Bauleistungen zunächst noch vergleichsweise hoch halten. Dies alles spricht dafür, dass die deutsche Volkswirtschaft im Winterhalbjahr 2013/2014 recht kräftig expandieren wird, wenn nicht besonders ungünstige Witterungsbedingungen das Tempo vorübergehend abbremsen.

Verstärkung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung im Winterhalbjahr 2013/2014

In mittelfristiger Perspektive sollte die deutsche Volkswirtschaft davon profitieren, dass nicht nur die globale Wirtschaft wieder stärker wächst, sondern dass auch die europäische Wirtschaft zunehmend Tritt fasst. Bereits die Aussicht hierauf dürfte die Unternehmen bewegen, vermehrt in neue Ausrüstungen und Bauten zu investieren. Da sich zudem die Perspektiven für den privaten Konsum recht vor-

Sich weiter verbessernde konjunkturelle Aussichten

²⁾ Die Senkung des Rentenbeitragssatzes könnte zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung unterbleiben. Außerdem ist vorgesehen, den Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung im Jahr 2015 um 0,3 Prozentpunkte und in der Folge um weitere 0,2 Prozentpunkte anzuheben.

³⁾ Die hier vorgestellte Vorausschätzung für Deutschland wurde am 22. November 2013 abgeschlossen. Sie ist in die am 5. Dezember 2013 von der EZB veröffentlichte Projektion für den Euro-Raum eingegangen.

teilhaft darstellen, die Expansionsphase beim privaten Wohnungsbau noch eine Weile anhalten dürfte und von den staatlichen Konsum- und Investitionsausgaben keine Bremseffekte zu erwarten sind, sollte sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Laufe des Prognosezeitraums verstärken.

Wirtschaftswachstum erhöht sich

Unter diesen Bedingungen könnte die deutsche Volkswirtschaft gemessen am realen BIP im kommenden Jahr um 1,7% und im darauf folgenden Jahr um 2,0% expandieren, nach 0,5% im laufenden Jahr. Arbeitstäglich bereinigt entspräche dies BIP-Wachstumsraten von 0,6% im Jahr 2013, 1,7% im Jahr 2014 und 1,8% im Jahr 2015. Dabei ist die recht geringe Zuwachsrate im Jahr 2013 einem statistischen Unterhang aus dem Jahr 2012 zuzuschreiben. Die sich verstärkende konjunkturelle Dynamik zeigt sich auch in den Jahresverlaufsraten, die von 1,6% im Jahr 2013 auf 1,9% im Jahr 2015 ansteigen.

Zunehmender Auslastungsgrad bei verstärktem Potenzialwachstum

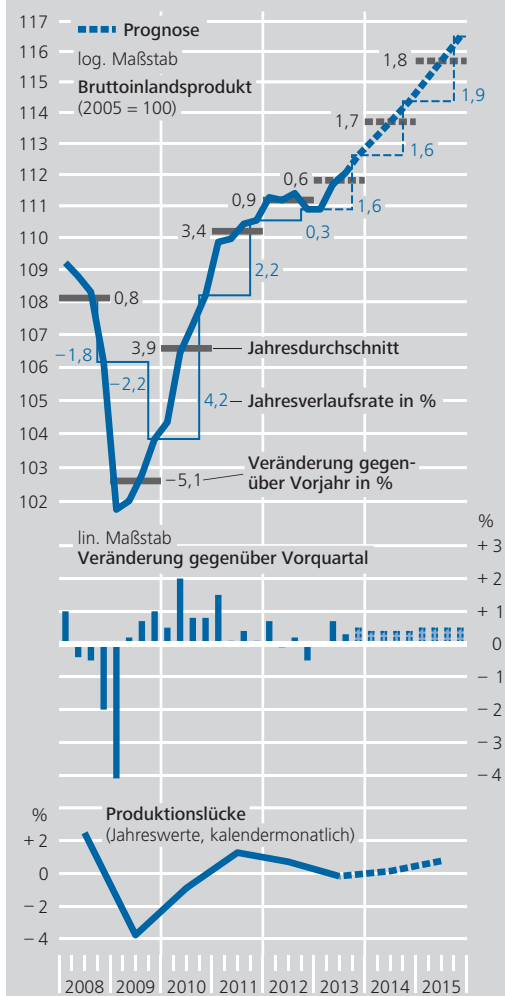
Bei dem hier abgeleiteten Wachstumsprofil würde sich der Auslastungsgrad der deutschen Volkswirtschaft ausgehend von einem Normalniveau im Jahr 2013 moderat erhöhen. Dabei wird eine gegenüber den früheren Prognosen leicht angehobene Schätzung des Potenzialwachstums zugrunde gelegt. Wegen der vermehrten Zuwanderung dürften sich die demographisch bedingten Angebotsverknappungen am Arbeitsmarkt erst verzögert bemerkbar machen. Deshalb scheint es angemessen, die Schätzung der Potenzialrate für die Jahre 2014 und 2015 auf 1,4% anzuheben, nach 1,3% im Jahr 2013 und 1,2% im Jahr 2012.

Leichte Aufwärtsrevision der BIP-Prognosen

Gegenüber der Juni-Projektion werden die Prognosen für das BIP-Wachstum sowohl für das Jahr 2013 als auch für das Jahr 2014 leicht um jeweils knapp 0,2 Prozentpunkte erhöht. Im Jahr 2013 stellen sich in erster Linie die Ausfuhren etwas günstiger dar, wobei auch Datenrevisionen eine Rolle spielen. Im Jahr 2014 sind verbesserte Aussichten für den privaten Verbrauch und Wohnungsbau ausschlaggebend.

Gesamtwirtschaftliche Produktion und Produktionslücke

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2013 bis 2015 eigene Prognose. Deutsche Bundesbank

Die Ausfuhren sollten bereits im Schlussquartal des laufenden Jahres deutlich an Schwung gewinnen und damit die vorangegangene Schwächephase beenden. Darauf deuten die seit August merklich verbesserten Exporterwartungen der Industrieunternehmen sowie die steigenden Auftragseingänge aus dem Ausland hin. Auch für die mittlere Frist haben sich die Absatzerwartungen der Exporteure gemäß der Herbstumfrage des DIHK spürbar erhöht. Während die Nachfragebelebung bislang von den Drittstaaten getragen wurde, dürfte die sich abzeichnende Erholung im Euro-Raum für weitere Absatzmöglichkeiten sorgen. Nach einem leichten Anstieg um ¼% im laufenden Jahr ist

Ausfuhren wieder mit deutlich mehr Schwung

Technische Komponenten zur BIP-Wachstumsprognose

in % bzw. Prozentpunkten

Position	2012	2013	2014	2015
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹⁾	0,3	-0,3	0,7	0,6
Jahresverlaufsrate ²⁾	0,3	1,6	1,6	1,9
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	0,9	0,6	1,7	1,8
Kalendereffekt ³⁾	-0,2	-0,1	0,0	0,2
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate ⁴⁾	0,7	0,5	1,7	2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 bis 2015 eigene Prognosen. **1** Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. **2** Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und arbeitstäglich bereinigt. **3** In % des BIP. **4** Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Deutsche Bundesbank

deshalb eine spürbare Verstärkung des Exportwachstums zu erwarten. Mit den hier unterstellten Expansionsraten von 4% im Jahr 2014 und 5½% im Jahr 2015 folgen die Ausfuhren im Großen und Ganzen der Entwicklung der Absatzmärkte. Anders als in den Vorjahren ist wegen der geänderten Kostentrends und der zunehmenden Konkurrenz aus anderen Euro-Ländern nicht mit überproportionalen Zuwächsen zu rechnen. Zudem gibt es zumindest in einigen Branchen die Neigung, Ausfuhren durch Vorortproduktion zu ersetzen oder zumindest zu ergänzen.⁴⁾

Wieder zunehmende Unternehmensinvestitionen

Mit anziehenden Exporten vor allem in die Euro-Länder sollte auch die Schwäche der Unternehmensinvestitionen bald überwunden werden. Eine steigende Kapazitätsauslastung in der Industrie, die reichlich vorhandenen Eigenmittel und die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen dürften der Investitionstätigkeit der Unternehmen zu neuem Schwung verhelfen. Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass infolge der Strukturreformen und der Anpassungsfortschritte auch die Attraktivität der anderen Euro-Länder als Produktionsstandort für deutsche Unternehmen wieder zunimmt. Zudem stimuliert das Bestreben, mit Teilen der Produktion nahe an den Endverbrauchern zu sein, Investitionen in Drittländern. Deshalb unterstellt diese Projektion eine Normalisierung

der Unternehmensinvestitionen im Inland, nicht aber einen erheblichen Ausbau der Kapazitäten.

Im Zuge der steigenden Nachfrage nach Wohnraum sowie nach wertbeständig erscheinenden Kapitalanlagen sind nicht nur die Mieten bei Neuverträgen und die Preise für Wohnimmobilien spürbar angestiegen, sondern es hat sich auch die Zahl neu genehmigter Bauvorhaben kräftig erhöht. Im dritten Vierteljahr 2013 ergab sich binnen Jahresfrist eine Steigerung um gut 15%, und der Aufwärtstrend scheint ungebrochen. Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen übertrafen im dritten Quartal die Wohnungsbauinvestitionen insgesamt einschließlich der vermutlich weniger stark zunehmenden Bestandsinvestitionen den Vorjahresstand um 3%. Ob sich die kräftig steigende Nachfrage in Bauleistungen rasch umsetzt, wird angesichts des hohen Auslastungsgrades davon abhängen, wie schnell die Kapazitäten erweitert werden können. Hierbei sollten neben der Zuwanderung auch die offenen Märkte in der EU helfen. Der bisher recht verhaltene Anstieg der Bauleistungspreise legt jedenfalls nahe, dass die Kapazitätsbeschränkungen bisher nicht zu einer Ausweitung der Preiserhöhungsspielräume geführt haben. Deshalb ist davon auszugehen, dass nach den beiden in besonderem Maß durch Auf- und Nachholeffekte geprägten Quartalen Mitte 2013 die Bauleistung mit noch recht hohen, aber abnehmenden Raten weiter expandiert. Jahresdurchschnittlich ergäbe sich dann eine Steigerung der Wohnungsbauinvestitionen um 5½% im Jahr 2014 und um 3¾% im Jahr 2015, nach einer Zunahme um lediglich 1¼% im Jahr 2013. In Relation zur gesamten Wirtschaftsleistung würden die Wohnungsbauinvestitionen bis ins Jahr 2015 ansteigen und den Tiefstand aus dem Jahr 2008 erheblich übertreffen. Sie blieben aber deutlich hinter

Wohnungsbau im Spannungsfeld stark steigender Nachfrage und hoher Geräteauslastung

⁴ Siehe: Deutsche Bundesbank, Zu den Ursachen für die jüngste Schwäche der deutschen Warenexporte nach China, Monatsbericht, November 2013, S. 50 ff.

dem Höchststand für das wieder vereinigte Deutschland aus dem Jahr 1994 zurück.⁵⁾

Öffentliche Investitionen ziehen an

Bei den staatlichen Investitionen zeichnet sich im laufenden Jahr nur ein moderates Wachstum ab. Für die kommenden Jahre wurde unterstellt, dass die Dynamik nicht zuletzt angesichts einer relativ guten Finanzlage in vielen Gemeinden zunimmt. Die nun vorliegenden Koalitionsvereinbarungen sehen zusätzliche staatliche Investitionen vor. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass das Gesamtvolumen noch auf Einzeljahre verteilt werden muss und Investitionen häufig einen längeren Planungsvorlauf haben.

Bruttoanlageinvestitionen mit kräftigem Beitrag zum Wirtschaftswachstum

Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen nach einem Minus von ¾% im laufenden Jahr im kommenden Jahr um 4¼% und im darauf folgenden Jahr um beinahe 5% zunehmen. Dazu kommt in den Jahren 2013 und 2014 eine Aufstockung der Vorräte. Die Bruttoinvestitionen würden damit auch unter Berücksichtigung des insbesondere bei Ausrüstungen recht hohen Importgehalts erheblich zur konjunkturellen Verstärkung des Wirtschaftswachstums in Deutschland beitragen.

Privater Konsum wächst etwas stärker als das verfügbare Einkommen

Der private Konsum profitiert davon, dass die Haushalte die Konjunkturaussichten zunehmend als verbessert einschätzen und auch davon überzeugt sind, dass sie daran über spürbar steigende Einkommen partizipieren. Dies geht jedenfalls aus den regelmäßigen GfK-Umfragen zum Konsumklima hervor. Nach der hier vorgelegten Projektion dürfte das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im kommenden Jahr fast um 1½% und im darauf folgenden Jahr um 1¾% steigen, nach einer Zunahme um lediglich gut ½% im laufenden Jahr. Die privaten Verbrauchsausgaben könnten infolge der verbesserten Konsumentenstimung etwas stärker zunehmen als der Ausgabenrahmen. Die Sparquote würde sich dann weiter leicht auf 9,8% im Jahr 2015 ermäßigen. Das in dem Koalitionsvertrag vorgesehene Mehr an Sozialleistungen könnte trotz der im Vergleich zu dieser Projektion vermutlich höhe-

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Prognose

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2012	2013	2014	2015
BIP (real)	0,7	0,5	1,7	2,0
desgl. arbeitstäglich bereinigt	0,9	0,6	1,7	1,8
Verwendung des realen BIP				
Private Konsumausgaben	0,8	0,9	1,4	1,9
Konsumausgaben des Staates	1,0	0,7	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	-2,1	-0,8	4,3	4,9
Exporte	3,2	0,2	3,9	5,4
Importe	1,4	1,1	5,1	6,5
Beiträge zum BIP-Wachstum ¹⁾				
Inländische Endnachfrage	0,2	0,5	1,8	2,2
Vorratsveränderungen	-0,5	0,3	0,2	0,0
Außenbeitrag	0,9	-0,4	-0,3	-0,2
Arbeitsmarkt				
Arbeitsvolumen ²⁾	0,2	0,5	0,7	0,5
Erwerbstätige ²⁾	1,1	0,6	0,5	0,4
Arbeitslose ³⁾	2,9	2,9	2,9	2,9
Arbeitslosenquote ⁴⁾	6,8	6,9	6,8	6,7
Lohnstückkosten ⁵⁾	3,1	2,1	1,6	1,5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,6	1,9	2,8	3,1
Reales BIP je Erwerbstätigen	-0,4	-0,2	1,2	1,6
Verbraucherpreise ⁶⁾	2,1	1,6	1,3	1,5
ohne Energie	1,6	1,6	1,5	1,9
Energiekomponente	5,6	1,8	-0,3	-1,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2013 bis 2015 eigene Prognosen. ¹ In Prozentpunkten. ² Inlandskonzept. ³ In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). ⁴ In % der zivilen Erwerbspersonen. ⁵ Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. ⁶ Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

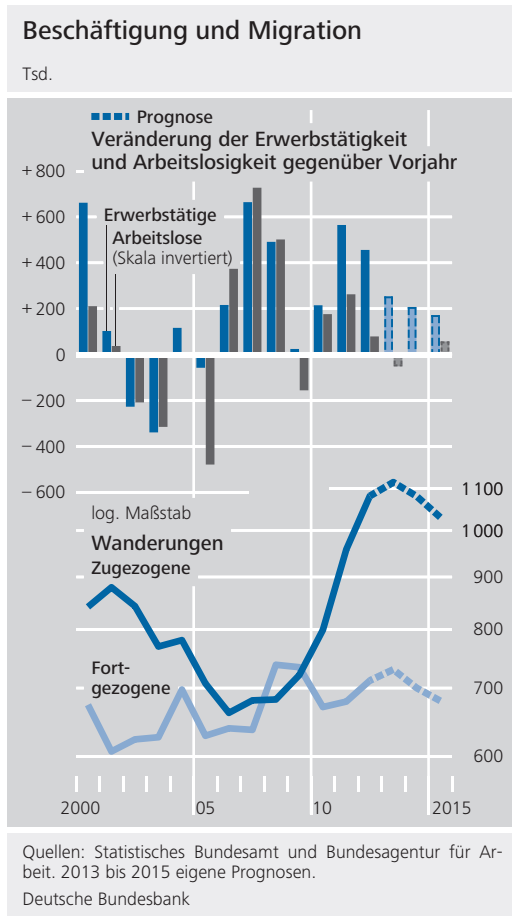
Deutsche Bundesbank

ren Beitragssätze zu den Sozialversicherungen dem verfügbaren Einkommen und auch dem privaten Konsum einen leichten zusätzlichen Impuls geben.

Der reale Staatsverbrauch dürfte im laufenden Jahr weiterhin nur verhalten steigen. Nominal ist allerdings nicht zuletzt wegen der Abschaffung der Praxisgebühr mit einem kräftigeren Anstieg zu rechnen. Für die Folgejahre sind auch in realer Betrachtung wieder höhere Zu-

Staatsverbrauch wieder mit höheren Zuwächsen

⁵ In der ersten Hälfte der neunziger Jahre war nicht nur die Zuwanderung wesentlich höher ausgefallen, hinzu kam vor allem der erhebliche Sanierungs- und Neubaubedarf in den neuen Bundesländern.



wächse unterstellt, und der Staatsverbrauch dürfte weitgehend im Einklang mit dem Produktionspotenzial zunehmen.

Wieder kräftig steigende Einfuhren

Die erwartete kräftige Expansion der inländischen Endnachfrage sollte mit einem spürbaren Anstieg der Einfuhren einhergehen. Zwar lassen sich aus den zuletzt für das Jahr 2009 veröffentlichten Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes bei wichtigen Nachfragekomponenten niedrigere Importintensitäten als in den Vorjahren ableiten; dies dürfte aber vor allem der Wirtschaftskrise 2008/2009 zuzuschreiben sein. Für den Prognosezeitraum wird unterstellt, dass sich das Importverhalten wieder den Vorkrisenjahren annähert. Unter dieser Bedingung sollten die Einfuhren im kommenden Jahr um gut 5% zunehmen und im darauf folgenden Jahr um 6½%, nach einer Steigerung von lediglich 1% im laufenden Jahr. Von den kräftig zunehmenden Einfuhren dürften die Partnerländer im Euro-Gebiet in besonderem Maß profitieren.

Der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz könnte sich infolge des kräftigen Importwachstums von fast 7% des nominalen BIP im Jahr 2013 auf 6¼% im Jahr 2015 vermindern. Er fiel dann wieder ähnlich hoch aus wie vor der Schuldenkrise im Euro-Gebiet. Dabei könnte der Handelsbilanzüberschuss von 6% des BIP auf 5½% zurückgehen. Einem stärkeren Rückgang steht in dieser Projektion die vergleichsweise verhaltene Dynamik der Unternehmensinvestitionen und der Preiskomponente des nominalen BIP in Deutschland entgegen. Hinsichtlich der Kapitalerträge ist angesichts des weiter steigenden Auslandsvermögens weiterhin mit einem erheblichen Zufluss zu rechnen. Allerdings dürften die laufenden Übertragungen an das Ausland auch infolge der verstärkten Zuwanderung spürbar zunehmen.

Nachgebender Leistungsbilanzüberschuss

■ Arbeitsmarkt

Die Bewegungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt werden im Prognosezeitraum zu einem erheblichen Teil durch anhaltend hohe Zuwanderung geprägt sein. Im ersten Halbjahr 2013 haben die Wanderungsströme das erhöhte Niveau des Vorjahres nochmals spürbar übertroffen. Für das Gesamtjahr erwartet die vorliegende Projektion einen Nettozufluss von 385 000 Personen, nach 370 000 Personen im Jahr 2012. Insbesondere aus den Ländern des Euro-Gebiets dürften im laufenden Jahr angesichts des erheblichen Arbeitsmarktgefälles nochmals spürbar mehr Personen zuwandern, und das erhöhte Niveau könnte in den Folgejahren weitgehend gehalten werden. Hinsichtlich der mittel- und osteuropäischen EU-Länder, denen bereits im Jahr 2011 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeräumt worden war, wird über den Prognosezeitraum ein allmähliches Abflauen des Nettozustroms erwartet. Demgegenüber wird es aus Rumänien und Bulgarien wegen des Wegfalls der Beschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit vorübergehend zu einem verstärkten Zufluss kommen. Im Jahr 2014 ist deshalb mit einer ähnlich hohen Nettozuwanderung wie im Jahr 2013 zu

Anhaltend hohe Zuwanderung

rechnen. Im Jahr 2015 könnte sie sich dann auf 350 000 Personen verringern. Da die Zuwanderung ganz überwiegend auf die Nutzung von Erwerbschancen ausgerichtet ist, erhöht sie zu einem erheblichen Teil unmittelbar das Arbeitskräftepotenzial. Im laufenden und im kommenden Jahr wird dies die Zahl der Erwerbspersonen jeweils wohl um 280 000 anheben, im Jahr 2015 um gut 250 000.

*Weiter steigende
Beschäftigung*

Es ist damit zu rechnen, dass ein Großteil der zugewanderten Personen recht schnell Beschäftigung findet, zumal diese häufig gute formale Qualifikationen aufweisen und gezielt in Segmente des deutschen Arbeitsmarktes gehen, in denen die Arbeitskräftenachfrage aus dem lokal verfügbaren Angebot nicht leicht zu stillen ist. So kann das Beschäftigungswachstum trotz abnehmender heimischer Reserven fortgesetzt werden. Allerdings dürfte es sich über den Prognosehorizont weiter leicht abschwächen, und zwar von 0,6% im Jahr 2013 auf 0,4% im Jahr 2015. Die Verlangsamung steht im Einklang mit der fortschreitenden Normalisierung des Lohnwachstums.

*Wieder leicht
rückläufige
Arbeitslosigkeit*

Die vorübergehende konjunkturelle Abschwächung bei einem erheblichen Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte hat die Arbeitslosigkeit seit Frühjahr 2012 leicht ansteigen lassen. Die verbesserten konjunkturellen Aussichten dürften trotz der weiterhin anhaltenden Zuwanderung die Zunahme der Arbeitslosigkeit zunächst abbremsen und dann eine leichte Gegenbewegung einleiten. Die Arbeitslosenquote könnte sich in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit von 6,9% im laufenden Jahr auf 6,7% im Jahr 2015 verringern; die nach internationalen Konventionen berechnete Erwerbslosenquote von 5,3% auf 5,2%.

branchenspezifischer Besonderheiten fortgeschrieben. Im Einzelhandel, in dem rund 10½% der in der Bundesbank-Tarifverdienststatistik erfassten Beschäftigten tätig sind, wurde bisher trotz monatelanger Tarifverhandlungen keine Einigung erzielt. In der vorliegenden Projektion wird davon ausgegangen, dass bald ein neuer Abschluss erreicht wird und dass dieser eine Kompensation für die vorangegangenen Monate ohne Lohnsteigerung enthalten wird.⁶ Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Tariflohnprognose für das Jahr 2014 nun eine Entgeltanhebung um 3,1% vorsieht, anstelle von 2,9% in der Juni-Projektion. Die bisher bekannt gewordenen Lohnforderungen für die Tarifrunde 2014 (jeweils 5,5% in der Chemie- und in der Druckindustrie) passen bei Unterstellung eines konjunkturabhängigen Erfolgsgrades in dieses Bild. Für das Jahr 2015 wird ebenfalls mit einer Zunahme der Tarifentgelte um 3,1% gerechnet, sodass sich in der Grundtendenz eine leichte Verstärkung des Tariflohnanstiegs ergibt.

Nachdem die Lohndrift im laufenden Jahr unter anderem wegen etwas verringerter Prämienzahlungen negativ ausgefallen sein dürfte, wird für die beiden Folgejahre eine auf Monatsbasis neutrale Lohndrift unterstellt. Dabei dürften sich verschiedene Effekte kompensieren. Auf Stundenbasis dürfte die Lohndrift im kommenden Jahr nochmals negativ ausfallen, dann aber in den neutralen Bereich drehen.

*Neutrale
Lohndrift*

Eine Entlastung bei den Arbeitgeberbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung, die auf Basis der geltenden Rechtslage unterstellt wurde, würde im Jahr 2014 den Anstieg des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer auf 2,8% drücken. Entfällt die Beitragssatzsenkung, wäre wie im Jahr 2015 mit einer Steige-

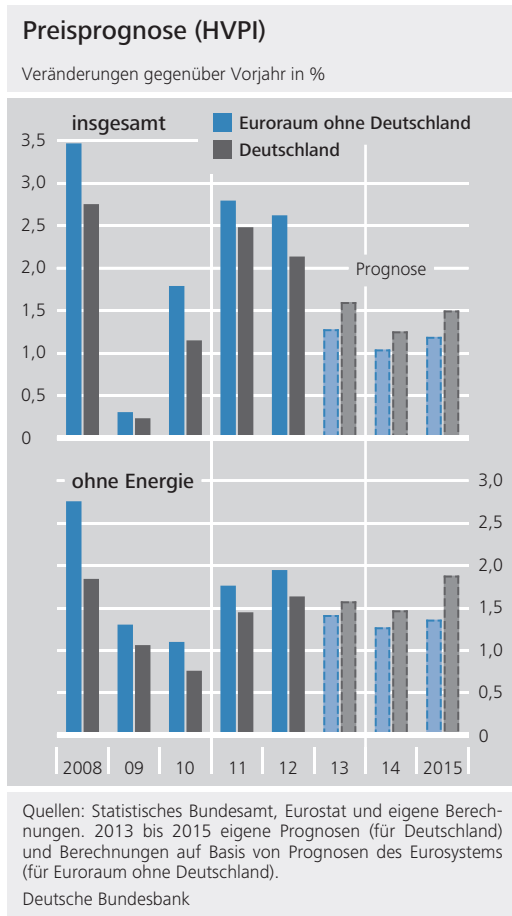
*Auswirkungen
politischer
Maßnahmen*

■ Arbeitskosten und Preise

*Verstärkt
steigende
Tarifentgelte*

Bei der Prognose des Tariflohnanstiegs werden alle Abschlüsse der Vorjahre berücksichtigt und am Ende ihrer Vertragslaufzeit unter Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Rahmens sowie

⁶ Nach Abschluss der Prognose wurde am 5. Dezember 2013 bekannt, dass sich die Tarifpartner in Baden-Württemberg auf einen Pilotabschluss für den Einzelhandel geeinigt haben. Er sieht rückwirkend zum 1. Juli 2013 eine Lohnsteigerung von 3% und zum 1. April 2014 eine weitere Steigerung um 2,1% vor. Damit könnte ein größerer Teil des Lohnanstiegs als in der Prognose unterstellt auf das Jahr 2013 entfallen.



den Projektionszeitraum mit einem gewissen Aufholeffekt gerechnet, der den Anstieg der Lohnstückkosten trotz des sich verstärkenden Lohnwachstums bremst. Unter der Annahme, dass sich die Stabilisierung der Lohnquote auf einem zwar im Vergleich zu den Jahren der Hochkonjunktur 2006 und 2007 erhöhten, in längerfristiger Perspektive jedoch gedrückten Niveau fortsetzt, würde die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung im Prognosezeitraum zwar gegen eine Rate von 2% pro Jahr tendieren, diese möglicherweise aber auch im Jahr 2015 noch nicht ganz erreichen. Der überproportionale Anstieg des BIP-Deflators im laufenden Jahr ist einer temporären Margenausweitung infolge der überraschend starken Terms-of-Trade-Verbesserung zuzuschreiben.

Eine insgesamt verhaltene Preistendenz bei sich nach und nach verstärkender Binnenkomponente prägt die Inflationsprognose auf der Verbraucherstufe. Das Lohnwachstum treibt vor allem die Dienstleistungspreise an, und die verstärkten zunehmenden Einkommen ziehen die Wohnungsmieten nach oben. Steigende inländische Vertriebskosten dürften auch die Preise gewerblicher Waren und von Nahrungsmitteln beeinflussen. Dem wirkt zumindest kurzfristig entgegen, dass die Preise von Obst und Gemüse im laufenden Jahr unter dem Einfluss ungünstiger Witterungsverhältnisse sehr stark gestiegen sind und die zu erwartende Korrektur den Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln im kommenden Jahr bremsen dürfte. Bei den Preisen gewerblicher Waren sollten sich zunächst noch die recht spürbare Euro-Aufwertung und die infolge der verhaltenen globalen Industriekonjunktur gedrückten Preistrends auf den vorgelegerten Absatzstufen bemerkbar machen. Ohne Energie gerechnet dürfte sich der Preisanstieg dem HVPI zufolge deshalb von 1,6% im Jahr 2013 über 1,5% im Jahr 2014 allmählich auf 1,9% im Jahr 2015 verstärken. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die deutsche HVPI-Jahresrate 2013 aufgrund von Verkettungsproblemen vor allem im Teilindex für Beherbergungsdienstleistungen erheblich nach oben

Allmählich stärker steigende Verbraucherpreise für Dienste und Waren

Der Anstieg der Arbeitskosten um 3,1% zu rechnen. Mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Anhebung des Beitragsatzes zur Pflegeversicherung würden die Arbeitskosten 2015 noch etwas stärker zunehmen. Die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € zum 1. Januar 2015 würde unmittelbar vermutlich eher geringe Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten haben, da zunächst noch Übergangsregeln gelten sollen. Diese sehen vor, dass branchenspezifische Mindestlöhne und Tarifentgelte unterhalb dieses Niveaus erst ab dem 1. Januar 2017 durch den gesetzlichen Mindestlohn abgelöst werden.

Ein Lohnkostenanstieg von rund 3% würde bei unveränderten makroökonomischen Verteilungsrelationen und einem Trendproduktivitätsanstieg von rund 1% eine Binneninflationsrate von rund 2% nach sich ziehen. Nachdem das tatsächliche Produktivitätswachstum in den vergangenen Jahren erheblich hinter dem längerfristigen Trend zurückgeblieben ist, wird für

Anziehende Binneninflation bei stabiler Lohnquote

verzerrt wird.⁷⁾ Ohne diesen Effekt würde die in der Prognose angelegte Verstärkung des Preisauftriebs deutlicher aufscheinen. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass die Abschaffung der Praxisgebühr die Vorjahresrate 2013 reduziert hat und dies ebenfalls als Sondereffekt zu verstehen ist.

*Nachgebende
Energiepreise*

Die Prognose der Energiekomponente des HVPI wird im Wesentlichen durch die Annahmen bezüglich der Rohölnotierungen und Wechselkurse bestimmt. Diese geben einen leicht abfallenden Pfad für Kraftstoffe und Heizöl vor. Bei elektrischem Strom scheinen günstigere Beschaffungspreise zusätzliche Belastungen durch erhöhte Umlagen für Energien aus erneuerbaren Quellen zu einem großen Teil zu kompensieren. Die Haushaltspreise für Gas und Wärmeenergie dürften sich zunächst seitwärts bewegen. Später könnten sie den Heizölpreisen folgen. Falls sich die konditionierenden Annahmen als zutreffend erweisen, sollten sich die Energiepreise im kommenden Jahr leicht um 0,3% und im darauf folgenden Jahr um 1,2% ermäßigen.

*Über gesamten
Prognose-
zeitraum ver-
haltener Anstieg
der Verbraucher-
preise*

Unter diesen Bedingungen ergäben sich für die Verbraucher in Deutschland gemessen am HVPI Teuerungsraten von 1,6% im laufenden, 1,3% im kommenden und 1,5% im darauf folgenden Jahr. Trotz der eher verhaltenen Preistendenz in Deutschland würde damit die mittlere Preissteigerungsrate der anderen Länder des Euro-Raums zumindest gegen Ende des Prognosezeitraums spürbar übertroffen.

*Im Jahr 2013
Staatshaushalt
praktisch aus-
geglichen
und ...*

Der staatliche Gesamthaushalt dürfte das laufende Jahr erneut praktisch ausgeglichen abschließen (2012: Überschuss von 0,1% des BIP). Im Folge der konjunkturellen Verlangsamung im Winterhalbjahr 2012/2013 ist zwar einerseits damit zu rechnen, dass sich der 2012 noch spürbar positive Konjunkturlauf abbaut.⁸⁾ Andererseits entfallen die temporären Belastungen durch die WestLB-Abwicklung aus dem

Vorjahr, und es zeichnet sich eine kleine strukturelle Haushaltsverbesserung ab. Auch strukturell dürfte der Finanzierungssaldo im Jahr 2013 praktisch ausgeglichen sein. Zur Verbesserung im Vorjahresvergleich tragen unter anderem die weiter moderate Entwicklung der Rentenausgaben, der Rückgang der Zinsausgaben sowie der Fiscal drag⁹⁾ bei. Haushaltsbelastungen wie insbesondere durch die Senkung des Rentenbeitragssatzes werden dadurch mehr als ausgeglichen.

Die Schuldenquote ist immer noch hoch (Ende 2012: 81,0%), im laufenden Jahr zeichnet sich aber ein merklicher Rückgang ab. Der Abwärtstrend, der sich bei nur noch vergleichsweise begrenzten Defiziten der Gebietskörperschaften durch das nominale BIP-Wachstum im Nenner ergibt, wird durch den fortgesetzten Portfolioabbau bei den staatlichen Bad Banks noch verstärkt. Gebremst wird er hingegen durch die – Bruttoschulden erhöhenden – Kapitalzuführungen an den ESM und EFSF-Hilfskredite¹⁰⁾ im Rahmen der Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro-Raums.

*... Schulden-
quote rückläufig*

Auch für die beiden Folgejahre werden keine größeren Haushaltsbewegungen prognostiziert, wobei die bei Prognoseabschluss noch nicht vorliegenden Koalitionsvereinbarungen nicht berücksichtigt sind. Bis 2015 könnte sich der Finanzierungssaldo schrittweise etwas verbessern und ein Überschuss von knapp ½% des BIP erreicht werden. Dazu trägt vor allem die konjunkturelle Belebung bei. In struktureller Betrachtung belastet insbesondere die in der Pro-

*Ohne Berücksichtigung der
Koalitionsvereinbarungen
begrenzter
Überschuss bis
2015, ...*

■ Öffentliche Finanzen

⁷ Siehe: Deutsche Bundesbank, Der Beitrag des Teilindex für Beherbergungsdienstleistungen zu den aktuellen Unterschieden zwischen den VPI- und HVPI-Raten, Monatsbericht, April 2013, S. 7.

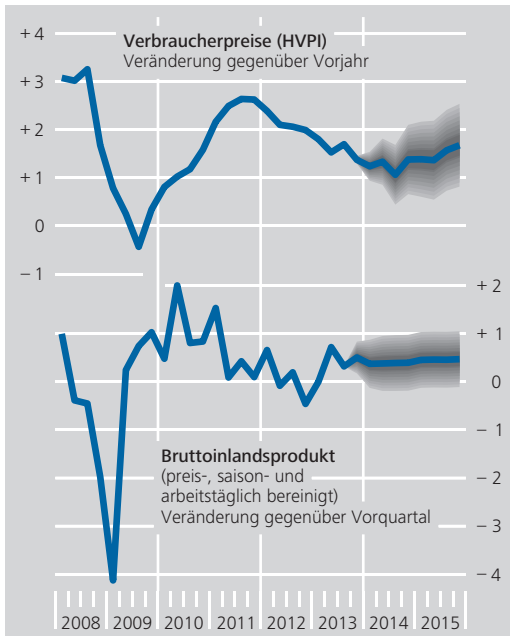
⁸ Hier wird das disaggregierte ESZB-Verfahren zur Konjunkturbereinigung herangezogen, vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63 ff.

⁹ Der Begriff umfasst hier (positiv) die Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression und (negativ) den Effekt der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern.

¹⁰ ESM: Europäischer Stabilitätsmechanismus, EFSF: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität.

Basislinie und Unsicherheitsmargen der Projektion*)

in %, vierteljährlich



Quelle: Statistisches Bundesamt. 2013 bis 2015 eigene Prognose * Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage des mittleren absoluten Prognosefehlers. Die Breite des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler.

Deutsche Bundesbank

gnose für 2014 unterstellte regelgebundene Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung. Etwas gewichtiger dürften aber entlastende Faktoren sein wie der weitere Rückgang der Zinsausgaben und der Fiscal drag. Trotz der leichten Verbesserung wäre der gesamtstaatliche Haushalt damit weiterhin strukturell praktisch ausgeglichen. Nach derzeitigem Kenntnisstand ergeben sich aus den Koalitionsvereinbarungen bis 2015 nur relativ begrenzte Haushaltsbelastungen, insbesondere wenn der Beitragssatz zur Rentenversicherung, anders als hier unterstellt, nicht gesenkt würde.

Hinter der Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos steht eine spürbare Haushaltsverbesserung bei den Gebietskörperschaften, die aber von einer Verschlechterung bei den Sozialversicherungen begleitet wird. Bund und Länder müssen sich auf die Einhaltung der langfristigen Budgetobergrenzen der nationalen Schuldenbremse vorbereiten, die ab 2016 für den Bund und ab 2020 für die Länder

... Verbesserung der Haushalte der Gebietskörperschaften und ...

grundsätzlich ausgeglichene Haushalte vorzuziehen. Bei den Sozialversicherungen dürfte die Ausgabendynamik wieder zunehmen, nicht zuletzt weil verschiedene Entlastungsfaktoren der letzten Jahre entfallen (z. B. Dämpfungsfaktoren bei den Rentenanpassungen, Einsparungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik). Insbesondere in der gesetzlichen Rentenversicherung ist mit deutlichen Defiziten zu rechnen.

Die Schuldenquote geht in dem hier vorgestellten Szenario in den kommenden Jahren beschleunigt zurück. Hintergrund sind die bessere Haushaltslage der Gebietskörperschaften und das stärkere nominale BIP-Wachstum. Hinzu kommt, dass die Schuldeneffekte durch die Stabilisierungsmaßnahmen auf europäischer Ebene annahmegemäß bis 2015 ausgelaufen sein werden. Die Schuldenquote würde aber auch im Jahr 2015 noch deutlich über 70% liegen.

... beschleunigter Abbau der Schuldenquote

Risikobeurteilung

Die realwirtschaftlichen Risiken für die Prognose sind zum einen im außenwirtschaftlichen Umfeld zu sehen. Zwar konnten die Auswirkungen der Schuldenkrise im Euro-Gebiet eingedämmt werden, und in einigen Krisenländern wurden weitgehende Reformen eingeleitet, welche die Funktionsfähigkeit der Arbeits- und Gütermärkte steigern und die Lage der öffentlichen Haushalte verbessern sollten. Auf europäischer Ebene wurden Schritte unternommen, um den institutionellen Rahmen besser an die sich aus der Währungsunion ergebenden Herausforderungen anzupassen. Die drückende Verschuldung und die fortbestehenden Strukturprobleme in einer Reihe von Ländern auch außerhalb des Euro-Gebiets werden jedoch noch einige Zeit die Störanfälligkeit der europäischen und der globalen Wirtschaft hoch halten. Die Erfahrung ist, dass sich konjunkturelle Rückschläge in anderen Wirtschaftsräumen recht unmittelbar auf die in erheblichem Maß in die internationale Arbeitsteilung eingebundene deutsche Wirtschaft auswirken.

Außenwirtschaftliche Risiken für das Wirtschaftswachstum

*Binnen-
wirtschaftliche
Risiken für das
Wirtschafts-
wachstum*

Zum anderen bestehen binnenwirtschaftliche Risiken für das Wirtschaftswachstum. Eine Reihe der in den Koalitionsvereinbarungen in Aussicht gestellten Maßnahmen wie beispielsweise ein genereller Mindestlohn in beachtlicher Höhe oder die sogenannte Mietpreisbremse hat das Potenzial, die Leistungsfähigkeit der Arbeits- und Gütermärkte zu beeinträchtigen. Die vereinbarten finanzpolitischen Maßnahmen weichen den fiskalischen Kurs wohl auf, auch wenn die gesamtstaatliche Defizitwirkung im Prognosezeitraum eher begrenzt sein könnte. Die Arbeitskosten dürften mit den Koalitionsbeschlüssen etwas höher ausfallen als hier unterstellt. Zwar könnten die verschiedenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen kurzfristig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärken, dem könnte aber die Antizipation längerfristiger nachteiliger Nebenwirkungen entgegenstehen.

*Höhere
konjunkturelle
Grunddynamik
als Chance*

Als konjunkturelle Chance ist anzusehen, dass sich die wirtschaftliche Grunddynamik in Deutschland stärker als hier beschrieben darstellen könnte. Darauf deuten beispielsweise die jüngsten Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen und des GfK-Konsumklimas hin. Hierzu könnten zum einen die außergewöhn-

lich niedrigen Zinsen und die besonders günstigen Finanzierungsbedingungen beitragen, deren Gesamtwirkung auf das Wirtschaftswachstum schwer abzuschätzen ist. Zum anderen könnten sich auch größere Exportchancen als hier unterstellt ergeben, vor allem wenn die globale Investitionskonjunktur einen zusätzlichen Schub erhalten sollte.

Zwar wurden die Wachstumserwartungen für die aufstrebenden Volkswirtschaften im Vergleich zur Juni-Prognose heruntergenommen, es stellt sich gleichwohl die Frage nach der Konsistenz der weiterhin recht hohen Expansionsraten für die globale Wirtschaft mit dem aus Terminnotierungen technisch abgeleiteten deutlich abfallenden Pfad der Rohölnotierungen, welcher in die Inflationsprognose eingeht. Sollten sich also die globalen Wachstumshoffnungen erfüllen, erscheint ein stärkerer Preisanstieg als hier abgeleitet wahrscheinlich. Eine höhere konjunkturelle Grunddynamik in Deutschland würde sich ebenfalls in kräftigeren Preissteigerungen niederschlagen, vor allem gegen Ende des Prognosehorizonts. Auch die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns könnte den Preisanstieg verstärken.

*Risiken für die
Preisprognose*

Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr

Seit dem Jahr 2000 steht die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes im bargeldlosen Zahlungsverkehr (Single Euro Payments Area: SEPA) für die Europäische Union auf ihrer politischen Agenda. Um in diesem Markt mehr Wettbewerb und Effizienz zu erreichen, sollten europaweit einheitliche Verfahren und Standards für die Abwicklung von Euro-Zahlungen geschaffen werden. Die durch den europäischen Gesetzgeber vorgegebene Umstellung von nationalen Überweisungen und Lastschriften auf gemeinsame europaweite Zahlungsinstrumente zum 1. Februar 2014 steht nun kurz vor der Vollendung. In Anbetracht der wenigen verbleibenden Wochen geben die noch niedrigen Nutzungszahlen der SEPA-Instrumente in Deutschland Grund zur Sorge. Die SEPA-Umstellung muss für alle Nutzer nun höchste Priorität haben. Mit dem bevorstehenden Umstieg auf SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften ist aber erst ein Teil des Weges zu einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt im bargeldlosen Zahlungsverkehr zurückgelegt. Zum einen gibt es bis zum 1. Februar 2016 noch verschiedentliche nationale Besonderheiten. Zum anderen beschränkt sich der bargeldlose Zahlungsverkehr nicht auf die Überweisung und Lastschrift. Neben der Zahlungskarte sind es vor allem Bezahlfverfahren, die im Internet oder per Mobiltelefon genutzt werden können, und sich teilweise eher im nationalen als im europäischen Rahmen entwickeln. Um diesen Änderungen Rechnung zu tragen, gilt es, im Massenzahlungsverkehr die gesetzlichen Regelungen anzupassen und den Dialog zwischen allen Marktteilnehmern stärker zu institutionalisieren. Ziel sollte sein, Sicherheitsaspekte angemessen zu berücksichtigen und zugleich die Leistungsfähigkeit des europäischen Massenzahlungsverkehrs stetig zu erhöhen.

SEPA-Überweisung und SEPA-Lastschrift als neuer Standard in Europa

SEPA kommt am 1. Februar 2014, ...

Überweisung und Lastschrift sind neben Kartenzahlungen die beiden klassischen Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Zum 1. Februar 2014 werden die heutigen Überweisungs- und Lastschriftverfahren in den Euro-Ländern weitgehend durch die entsprechenden SEPA-Zahlverfahren ersetzt. So sieht es die EU-Verordnung Nr. 260/2012 (sog. SEPA-Verordnung) vor.¹⁾ In Deutschland wird somit das seit 1976 bestehende Datenträgeraustausch-Format (DTA-Format) als technische Grundlage für den deutschen Zahlungsverkehr abgelöst. Der Deutsche SEPA-Rat, in dem unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesbank und Bundesministerium der Finanzen die Spitzenverbände der Angebotsseite und hochrangige Vertreter der Nachfrageseite des deutschen Zahlungsverkehrsmarktes vertreten sind, begleitet die Umsetzung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraumes in Deutschland.

Die Abkehr von den altbekannten nationalen Verfahren und der enge verbleibende Zeitkorridor bringen für Zahlungsdienstleister und ihre institutionellen Kunden nicht zu unterschätzende Herausforderungen mit sich. Für Unternehmen, öffentliche Kassen und Vereine ist die Anpassung ihrer Zahlungsprozesse mit einigem Aufwand verbunden. Dies gilt insbesondere für die Umstellung auf die SEPA-Lastschrift. Privatkunden erwartet ein eher sanfter Übergang. Sie müssen sich mittelfristig vor allem auf die Nutzung der internationalen Kontonummer IBAN (International Bank Account Number) statt der gewohnten Kontodaten (Kontonummer und Bankleitzahl) einstellen.

... aber die derzeitigen Nutzungszahlen sind besorgniserregend

In Anbetracht der wenigen verbleibenden Wochen bis zum gesetzlich festgelegten Auslauftermin am 1. Februar 2014 geben die derzeitigen Nutzungszahlen Grund zur Sorge. Der Anteil der SEPA-Überweisungen an der Gesamtzahl der in Deutschland getätigten Überweisungen ist mit 20,93% im Oktober 2013

noch sehr niedrig. In einem Großteil der Länder des Euro-Raums sind die Nutzungszahlen bereits deutlich höher als in Deutschland. Außerhalb Deutschlands war in der jüngeren Vergangenheit auch eine deutlich stärkere Dynamik zu verzeichnen. Für den Euro-Raum sind – gemessen am Transaktionsvolumen – neben Deutschland mit einem Marktanteil von 36%²⁾ bei den Überweisungen vor allem Frankreich (18%), die Niederlande (10%) und Italien (7%) relevant.

Die Anzahl der vergebenen Gläubiger-Identifikationsnummern (Gläubiger-IDs, Stand 10. Dezember 2013: 1 228 777) ist ein Indikator für die Vorbereitungen auf die Nutzung der SEPA-Lastschrift in Deutschland, da alle Lastschriftgläubiger diese Nummer beantragen müssen. Die in den letzten Monaten deutlich steigende Anzahl der beantragten Gläubiger-IDs und die steigende Anzahl versandter Kundeninformationen zur SEPA-Umstellung sind Indizien für den zunehmenden Vorbereitungsstand bei den Lastschriftgläubigern. Dennoch besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf. Denn der Anteil der SEPA-Lastschrift an allen Lastschriften in Deutschland ist mit 3% im Oktober 2013 weiterhin äußerst gering. In einem Großteil der Länder des Euro-Raums ist die Situation vergleichbar. Lastschriften werden im Euro-Raum vor allem in Deutschland mit einem Marktanteil von 47%, Frankreich (19%), Spanien (13%) und den Niederlanden (7%) genutzt.³⁾

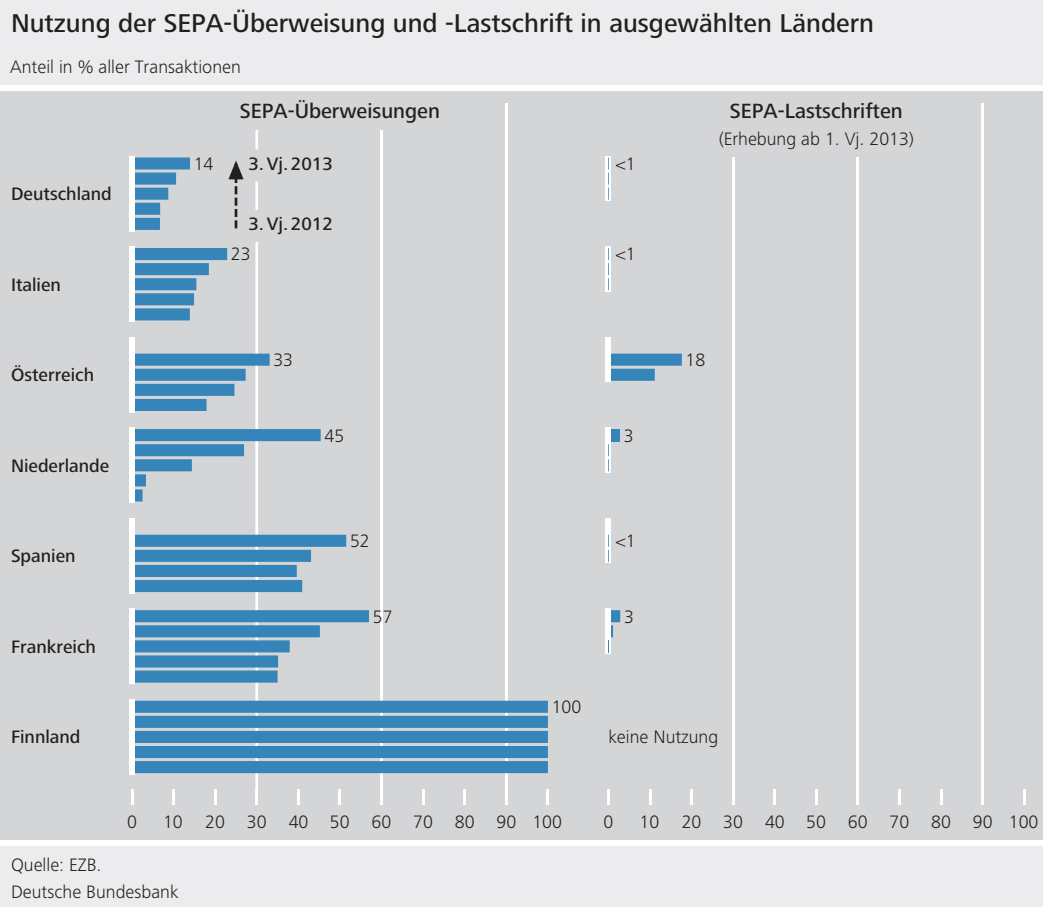
Zahlreiche Unternehmen in Deutschland haben ihre SEPA-Migration für das laufende vierte Quartal 2013 geplant. Insgesamt müssen in Deutschland pro Arbeitstag rund 25 Millionen Überweisungen im Wert von 227 Mrd € und rund 35 Millionen Lastschriften im Wert von rund 52 Mrd € umgestellt werden.

Zeitlich komprimierte SEPA-Umstellung ...

¹ Die Bundesbank hat die jeweiligen Schritte des SEPA-Prozesses in ihren Monatsberichten zuletzt im Januar 2012 und Juli 2009 beleuchtet. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der europäische Binnenmarkt im Zahlungsverkehr vor der Vollendung, Januar 2012, S. 47 ff., sowie: Neuere Entwicklungen im deutschen und europäischen Massenzahlungsverkehr, Monatsbericht, Juli 2009, S. 49 ff.

² Europäische Zentralbank, Statistical Data Warehouse, <http://sdw.ecb.europa.eu/browse.do?node=2746>.

³ Europäische Zentralbank, a. a. O.



... birgt operationelle, ...

Dabei muss die anstehende Migration der verbleibenden 19,5 Millionen Überweisungen und mehr als 30 Millionen Lastschriften pro Arbeitstag unter hohem Zeitdruck erfolgen und ist mit erhöhten operationellen Risiken verbunden. Wenn Unternehmen nicht rechtzeitig SEPA-fähig sind, drohen ihnen oder ihren Geschäftspartnern Liquiditätsengpässe und Kosten durch falsch oder verspätet abgewickelte Zahlungen.

... aber keine gesamtwirtschaftlichen Risiken

Aufgrund des fortgeschrittenen Vorbereitungsstandes der Finanzindustrie, Rückmeldungen von Marktteilnehmern und den zunehmenden Kundeninformationen ist davon auszugehen, dass der Vorbereitungsstand vieler Unternehmen hinreichend gut ist. Insofern ist weiterhin damit zu rechnen, dass die SEPA-Umstellung bis zum gesetzlich festgelegten Termin am 1. Februar 2014 abgeschlossen wird. Allerdings wird es in Deutschland zu einer zeitlich sehr komprimierten Umstellung aller Zahlungen kommen, die das Risiko vermehrter Störungen bei der Zahlungsabwicklung birgt. Gesamtwirt-

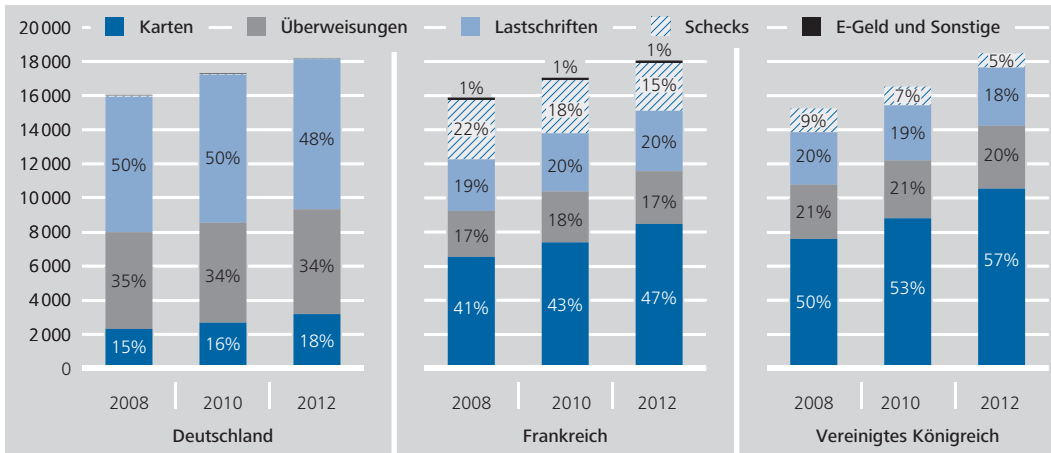
schaftliche Risiken sind jedoch aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich, da auch als „Notfalllösung“ die technische Möglichkeit besteht, die Zahlungsformate von DTA in SEPA zu konvertieren.

Die SEPA-Einführung bringt nicht nur für die Anbieter und Nutzer von Überweisungen und Lastschriften erhebliche Veränderungen mit sich, sondern auch im Markt für die Abwicklung von Massenzahlungen zwischen Banken. Die Verarbeitungsprozesse und -systeme müssen an die organisatorischen und technischen Vorgaben der SEPA-Verfahren angepasst werden. Ein Teil dieser Anpassungen wurde bereits mit Inbetriebnahme des jeweiligen Verfahrens – für die SEPA-Überweisung am 28. Januar 2008, für die SEPA-Lastschrift am 1. November 2009 – vorgenommen. So hat das von der Bundesbank betriebene Clearingsystem, der Elektronische Massenzahlungsverkehr (EMZ), die Abwicklung von SEPA-Zahlungen bereits frühzeitig in sein Leistungsangebot aufgenommen.

Auswirkungen von SEPA im Interbankenclearing ...

Bargeldlose Transaktionen nach Zahlungsinstrumenten in ausgewählten EU-Ländern

Anzahl in Millionen



Deutsche Bundesbank

men. Mit der europaweiten Vereinheitlichung des Massenzahlungsverkehrs zum Februar 2014 werden auch internationale Clearinghäuser einfacher den deutschen Markt bedienen können. Dies dürfte in der Abwicklungslandschaft zu steigendem Wettbewerb beitragen.

Traditionell wird in Deutschland allerdings nur ein kleiner Teil des inländischen Massenzahlungsverkehrs über Clearinghäuser abgewickelt. Zwar werden arbeitstäglich fast 12 Millionen Zahlungen über den EMZ der Bundesbank abgewickelt, aber der weitaus überwiegende Teil aller Zahlungen, etwa 85%, wird entweder rein bilateral oder in den sektorinternen Netzwerken der genossenschaftlichen Banken und der Sparkassen verarbeitet. Es zeichnet sich ab, dass zumindest kurzfristig ein Teil des bilateral abgewickelten Zahlungsverkehrs auf Clearinghäuser verlagert wird.

Auch wenn die SEPA-Verfahren für Überweisungen und Lastschriften ab 1. Februar 2014 zum Standard werden, können die Abwicklungsinfrastrukturen für die entsprechenden nationalen Verfahren noch nicht zum 1. Februar 2014 abgeschaltet werden, da einige Zahlungen, die nicht unter die SEPA-Verordnung fallen, für eine Übergangszeit weiter in den Altverfahren abgewickelt werden dürfen. Hierzu zählen in Deutschland neben Scheck-

und Kartenzahlungen auch Lastschriften aus dem Elektronischen Lastschriftverfahren (ELV), das aufgrund einer gesetzlichen Ausnahmeregelung bis zum 1. Februar 2016 genutzt werden darf. Ein Parallelbetrieb der alten und neuen Abwicklungsinfrastrukturen ist somit bis Februar 2016 erforderlich. Die technischen Voraussetzungen für eine SEPA-fähige Weiterentwicklung des ELV sind grundsätzlich gegeben. Es obliegt den Marktteilnehmern, ein entsprechendes Verfahren zu entwickeln und zu implementieren. Zur Entwicklung von SEPA-fähigen Alternativen für Karten- und Schecktransaktionen steht die Bundesbank mit der Deutschen Kreditwirtschaft⁴⁾ im Dialog. Während den Kartenzahlungen in Deutschland mit einem Marktanteil von 17,5% eine wachsende Bedeutung zukommt, spielen Scheckzahlungen mit einem Transaktionsanteil von 0,2% nur noch eine untergeordnete Rolle. Nach der Umstellung der Abwicklung von Scheck- und Kartenzahlungen auf SEPA soll der auf dem alten nationalen Standard basierende EMZ der Bundesbank zum 1. Februar 2016 abgeschaltet werden.

... führen zum Abschalten der alten Abwicklungsinfrastrukturen

⁴ Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) ist die Interessenvertretung der fünf kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Sie ist im August 2011 aus dem Zentralen Kreditausschuss (ZKA) hervorgegangen und führt dessen Arbeit fort.

Temporäre Abweichungen vom SEPA-Standard

Ausnahmeregelungen der SEPA-Verordnung lassen Ländergrenzen in SEPA fortbestehen

Neben der Möglichkeit, das ELV weiter zu nutzen (Art. 16(4) der SEPA-Verordnung), räumt die SEPA-Verordnung den Mitgliedstaaten die Anwendung weiterer befristeter Ausnahmeregelungen bis zum 1. Februar 2016 ein, um auf nationale Besonderheiten Rücksicht zu nehmen und ausreichend Zeit für die notwendigen Anpassungsprozesse zu lassen. Ob von einzelnen Optionen Gebrauch gemacht wird, entscheidet der nationale Gesetzgeber.

So dürfen Zahlungsdienstleister gemäß Artikel 16(1) der SEPA-Verordnung bis zum 1. Februar 2016 von Verbraucherinnen und Verbrauchern die nationalen Kontoidentifikatoren (BBAN) – in Deutschland Kontonummer und Bankleitzahl – für Inlandsüberweisungen annehmen und diese kostenlos sowie sicher in IBAN und BIC konvertieren. Des Weiteren können nationale Nischenprodukte im Bereich Überweisungen und Lastschriften mit einem Marktanteil von unter 10% gemäß Artikel 16(3) der SEPA-Verordnung bis zum 1. Februar 2016 von den Anforderungen der SEPA-Verordnung ausgenommen werden. Artikel 16(5) der SEPA-Verordnung ermöglicht, die verpflichtende Nutzung der SEPA-Nachrichtenformate⁵⁾ auf Grundlage des ISO 20022 XML-Standards an der Kunde-Bank-Schnittstelle bis zum 1. Februar 2016 aufzuschieben. Schließlich dürfen Zahlungsdienstleister gemäß Artikel 16(6) der SEPA-Verordnung neben der IBAN die Angabe des BIC von ihren Kunden auch für nationale SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften bis zum 1. Februar 2016 verlangen.

Im Sinne einer verbraucherfreundlichen SEPA-Umstellung hat der deutsche Gesetzgeber durch entsprechende Ergänzungen im Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetz mittels des deutschen SEPA-Begleitgesetzes von den Optionen gemäß Artikel 16(1) und 16(4) der SEPA-Verordnung Gebrauch gemacht.

Während die SEPA-Datenformate für den Interbankenzahlungsverkehr verbindlich von der europäischen Kreditwirtschaft (European Payments Council: EPC) vorgeschrieben wurden, gibt es für die Datenformate an der Kunde-Bank-Schnittstelle bislang lediglich eine Empfehlung des EPC.

In der Folge hat sich eine Vielzahl von Spezifikationen für die SEPA-Verfahren an der Kunde-Bank-Schnittstelle entwickelt. Daher existiert im SEPA-Raum derzeit keine einheitliche Datenstruktur für Kundenaufträge. Dies wird nicht zu Unrecht von Nutzern bemängelt, die gegenüber verschiedenen Zahlungsdienstleistern unterschiedliche Ausprägungen des Standards unterstützen müssen.

Auch in Deutschland wird der Empfehlung des EPC nicht vollständig gefolgt. Die Deutsche Kreditwirtschaft hat zwar in ihrer Spezifikation der Datenformate die Vorgaben des EPC exakt umgesetzt. Die ergänzenden Belegungsregeln zur Verbesserung der Qualität der Daten schränken diese Vorgaben aber ein.

Neben der einheitlichen Spezifikation der Kunde-Bank-Datenformate im SEPA-Raum wären weitere Harmonisierungsschritte wünschenswert, um zusätzliche Effizienzgewinne zu heben. Hierzu zählen einheitliche Kommunikations- und Sicherheitsstandards, um die Zahlungsverkehrsdateien an die Zahlungsdienstleister zu übermitteln. Denn derzeit nutzen die Zahlungsdienstleister in den europäischen Ländern hierfür verschiedene Verfahren und Lösungen. Die Gründung der EBICS Société coopérative à responsabilité limitée (SCRL), einer gemeinsamen Gesellschaft der Deutschen Kreditwirtschaft und des französischen CFONB (Comité Française d'Organisation et de Normalisation Bancaires) zur Weiterentwicklung und

Interpretationen des SEPA-Standards ...

... erschweren End-to-end-Abwicklung ...

... und machen weitere Harmonisierung wünschenswert

⁵ Der globale ISO 20022-Standard ist ein universelles Modell zur Entwicklung von internationalen Nachrichtenstandards für Finanzdienstleistungen und basiert auf XML (eXtensible Markup Language). Die SEPA-Nachrichtenformate wurden auf Grundlage des ISO 20022-Standards spezifiziert.

Überblick der wichtigsten Ausnahmeregelungen der SEPA-Verordnung und deren Nutzung in Ländern des Euro-Raums

Mitgliedstaat	BBAN – IBAN Konvertierung für Verbraucher Art. 16(1)	Nischenprodukte (Name) Art. 16(3)	ELV Art. 16(4)	XML-Pflicht verschieben Art. 16(5)	IBANonly verschieben Art. 16(6)
Belgien	Bislang keine Bekanntgabe				
Deutschland	ja	nein	ja	nein	nein
Estland	ja	nein	nein	ja	nein
Irland	nein	nein	nein	nein	nein
Griechenland	nein	ja „nicht-automatisierte Überweisung“ (in DIAS genutzte Überweisung)	nein	ja	ja
Spanien	nein	ja „los anticipos de crédito (cuaderno 58) & los recibos (cuaderno 32)“	nein	ja	nein
Frankreich	nein	ja „Titre Interbancaire de Paiement (TIP) & Electronic Payment order (telérèglement)“	nein	nein	nein
Italien	nein	ja „RID finanziario e RID a importe fisso (Rapporto Interbancario Diretto)“	nein	ja	nein
Zypern	ja	ja „Business continuity arrangements for electronic credit transfers“	nein	ja	ja
Luxemburg	nein	nein	nein	nein	nein
Malta	nein	nein	nein	nein	ja
Niederlande	nein	nein	nein	nein	nein
Österreich	nein	ja „image transfer Verfahren“	ja	nein	nein
Portugal	Bislang keine Bekanntgabe				
Slowenien	nein	nein	nein	nein	nein
Slowakei	ja	nein	nein	ja	nein
Finnland	nein	nein	nein	nein	nein

Quelle: Europäische Kommission, Stand Juli 2013, http://ec.europa.eu/internal_market/payments/docs/sepa/art16-member-states-options_07_2013_en.pdf.

Deutsche Bundesbank

Pflege des EBICS-Standards⁶⁾, der als offener Standard allen Ländern zur Verfügung steht, ist ein erster Ansatz zur Vereinheitlichung auf diesem Gebiet.

Zusatzdienste von Zahlungsdienstleistern erhöhen die Leistungsfähigkeit der SEPA-Verfahren, ...

In den SEPA-Regelwerken des EPC wurden bewusst Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Differenzierung der Leistungsangebote durch die Zahlungsdienstleister eingeräumt. Mit diesen vom EPC zu lizenzierenden Zusatzleistungen kann den Wünschen spezifischer Nutzergruppen entsprochen werden. Den Zahlungsdienstleistern steht es frei, diese Zusatzoptionen anzubieten. Grundsätzlich sind der-

artige Angebote zu begrüßen, da sie die Leistungsfähigkeit der SEPA-Verfahren erhöhen.

Sie können allerdings zu einer Fortführung nationaler Besonderheiten beitragen, da ähnliche Nutzerbedürfnisse traditionell entlang nationaler Grenzen verlaufen und nationale Regelungsprozesse zwischen Zahlungsdienstleistern häufig besser eingespielt sind als auf europäischer Ebene. Beispielsweise bieten Zahlungsdienstleister in Deutschland, Österreich und Spanien

... tragen aber oftmals zu nationalen Inselösungen bei ...

⁶ EBICS (Electronic Banking Internet Communication Standard) ist ein technischer Kommunikationsstandard für die sichere Datenfernübertragung zwischen Kunde und Kreditinstitut.

die sogenannte COR1-Option für SEPA-Basislastschriften an, die eine Verkürzung der Vorlagefrist, das heißt des Zeitpunktes, bis zu dem eine Lastschrift vor Fälligkeit bei der Zahlstelle vorliegen muss, auf einen Geschäftstag erlaubt. Nutzer profitieren von einer im Vergleich zum SEPA-Basis-Lastschriftverfahren früher zur Verfügung stehenden Liquidität. Denn beim SEPA-Basis-Lastschriftverfahren beträgt die Vorlagefrist fünf Geschäftstage bei erst- und einmaligen Lastschriften beziehungsweise zwei bei Folgelastschriften. Derzeit sind bilaterale Vereinbarungen zwischen Zahlungsdienstleistern in den unterschiedlichen Jurisdiktionen notwendig, um COR1-Lastschriften grenzüberschreitend abzuwickeln; eine europaweite Abwicklung ist also noch nicht möglich.

... und sollten daher mittelfristig zu europaweiten Lösungen werden

Das Eurosystem ist sehr darauf bedacht, dass bei der Weiterentwicklung des Marktes keine nationalen Insellösungen entstehen. Dies stünde im Widerspruch zum Grundgedanken von SEPA, der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts im Zahlungsverkehr auf Basis gemeinsamer Standards und hoher Effizienz. Daher können nationale Zusatzlösungen nur Zwischenlösungen für europaweite Dienste im gemeinsamen Binnenmarkt sein.

Veränderungen der Rahmenbedingungen im europäischen Massenzahlungsverkehr

Regulatorische Entwicklungen tragen technischen Entwicklungen Rechnung, ...

Neben der Neuausrichtung des Massenzahlungsverkehrs auf europaweite Standards machen Innovationen im Zahlungsverkehr, die mit der inzwischen allgegenwärtigen Nutzung des Internets zusammenhängen, eine Überarbeitung der institutionellen Rahmenbedingungen notwendig.

... stärken den Wettbewerb und die Sicherheit im Zahlungsverkehr ...

Zur Überarbeitung der geltenden Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Service Directive: PSD) hat die Europäische Kommission am 24. Juli 2013 einen Vorschlag für die „Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Ände-

rung der Richtlinien 2002/65/EG, 2013/36/EU und 2009/110/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG“ vorgelegt, die sogenannte Zahlungsdiensterichtlinie II (Payment Service Directive II: PSD II). Die neue Regulierung soll den technischen Entwicklungen bei Internetzahlverfahren und mobilen Zahlverfahren Rechnung tragen. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen unter anderem „Zahlungsauslösedienste“ (Payment Initiation Services) und „Kontoinformationsdienste“ (Account Information Services) in die Liste der Zahlungsdienste sowie die Anbieter dieser Dienste in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufgenommen und einer Aufsicht unterworfen werden. Für die neuen Dienstleister sollen die gleichen Rechte und Pflichten, beispielsweise hinsichtlich Datenschutz und Haftung, gelten wie für bestehende Zahlungsinstitute. Gleichzeitig sollen nach dem Kommissionsvorschlag kontoführende Zahlungsdienstleister verpflichtet werden, diesen Wettbewerbern den Zugang zu ihren Zahlungskonten zu gewähren.

Im Sinne des Verbraucherschutzes soll der Haftungshöchstbetrag von Zahlungsdienstnutzern im Falle nicht autorisierter Zahlungsvorgänge von derzeit 150 € auf 50 € herabgesetzt werden. Dies gilt allerdings nicht, wenn der Nutzer betrügerisch oder grob fahrlässig handelt.

... und sollen den Verbraucherschutz fördern

Das in der Zahlungsdiensterichtlinie enthaltene bedingte Erstattungsrecht der Zahler soll grundsätzlich durch ein bedingungsloses Erstattungsrecht ersetzt werden, wie es bereits in den SEPA-Verfahren vereinbart ist. Allerdings ist vorgesehen, das Erstattungsrecht auszuschließen, wenn die bezahlte Ware oder Dienstleistung bereits verbraucht beziehungsweise konsumiert wurde. Eine solche Beschränkung des Erstattungsrechtes ist äußerst kritisch zu bewerten, da der Zahlungsverkehr als hochautomatisiertes Massengeschäft kaum eine Verknüpfung mit dem Grundgeschäft zulässt. Darüber hinaus beruht gerade die hohe Popularität des Lastschriftverfahrens in Deutschland, und damit

*Europäischer
Gesetzgeber
plant Deckelung
der karten-
basierten
Interbanken-
entgelte ...*

auch des SEPA-Lastschriftverfahrens, auf einem uneingeschränkten Widerspruchsrecht innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Dieses ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg der SEPA-Lastschrift.

In Verbindung mit dem Vorschlag zur PSD II hat die Kommission ebenfalls am 24. Juli 2013 einen Entwurf zur Regulierung von Interbankenentgelten für kartenbasierte Transaktionen vorgelegt. Darin wird eine einheitliche europäische Regulierung von Interbankenentgelten im Kartengeschäft sowohl national als auch grenzüberschreitend angestrebt. Bei diesen Interbankenentgelten handelt es sich um Gebühren, die zwischen der Händlerbank und der kartenausgebenden Bank vereinbart sind. Die Händlerbank reicht diese Gebühr an den Händler weiter, der sie direkt an den Kunden weitergeben kann, oder sie in seiner allgemeinen Preiskalkulation berücksichtigt. Aktuell gibt es bei der Nutzung von Kredit- oder Debitkarten nicht unerhebliche Gebührenunterschiede innerhalb des Euro-Raums.

Der Vorschlag zur Regulierung der Interbankenentgelte sieht für Debitkarten eine Obergrenze von 0,2% und für Kreditkarten von 0,3% des Umsatzes vor. Abhängig davon, ob es sich um eine grenzüberschreitende oder um eine inländische Zahlung handelt, sollen die Regelungen zwei Monate beziehungsweise zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung greifen. Sollte der Vorschlag der Kommission geltendes Recht werden, würden gesetzliche Regeln bezüglich der Obergrenze von Interbankenentgelten im Kartengeschäft geschaffen.

*... und Maß-
nahmen zur
Förderung der
Wahlfreiheit und
Transparenz im
Kartenzahlungs-
verkehr*

Weiterhin sieht der Regulierungsentwurf Vorschriften für im Kartengeschäft gängige Geschäftspraktiken vor. Derzeit ist es üblich, dass die kartenausgebende Bank darüber entscheidet, welche Kartenmarken gemeinsam auf einer Karte zu finden sind (z. B. girocard, ehemals EC-Karte, und Maestro bzw. V PAY) und welche Kartenmarke primär zum Einsatz kommt. In Deutschland werden für nationale Zahlungen meist girocard und für grenzüber-

schreitende Zahlungen die Produkte der internationalen Kartenmarken genutzt. Die EU-Kommission schlägt nun in der Verordnung vor, dass der Karteninhaber eine Möglichkeit haben soll, selbst zu entscheiden, welche der auf die Karte aufgebrachten Kartenmarken er beim Bezahlvorgang nutzen möchte. Ebenso soll die bisher gängige Praxis aufgehoben werden, dass ein Händler alle Produkte eines Kartensystems akzeptieren muss, wenn er ein Produkt des Kartensystems akzeptiert.

Der Entwurf für die Zahlungsdiensterichtlinie II sowie der Entwurf für die Verordnung von Interbankenentgelten im Kartengeschäft muss noch vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union verabschiedet werden. Der Gesetzgebungsprozess wird voraussichtlich erst in der nächsten im September 2014 beginnenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments abgeschlossen werden.

Ergänzend hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine weitere Richtlinie vorgelegt, mit der die Verbraucherrechte im Hinblick auf den Zugang und die Nutzung von Zahlungskonten gestärkt werden sollen. Danach sollen die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren für die Verbraucher in der EU verbessert werden. Weiterhin soll es Verbrauchern durch verpflichtende Kontowechsel-Services ermöglicht werden, einfacher zu einem anderen Anbieter in der EU zu wechseln. Schließlich sollen alle EU-Verbraucher unabhängig von ihrer finanziellen Situation (und unabhängig von ihrem EU-Wohnsitz) ein Zahlungskonto mit Grundfunktionen eröffnen können.

Der Sicherheit im Zahlungsverkehr kommt neben der Effizienz eine übergeordnete Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der technischen Fortentwicklung des Zahlungsverkehrs. In diesem Kontext ist auch die Entwicklung harmonisierter europäischer Mindeststandards zur Erhöhung der Sicherheit im Massenzahlungsverkehr zu sehen, wie sie das im Jahr 2011 gegründete SecuRe Pay Forum (Forum on the Security of Retail Payments) ent-

*Europäisches
SecuRe Pay
Forum empfiehlt
harmonisierte
Mindest-
standards zur
Erhöhung der
Sicherheit im
Massen-
zahlungsverkehr*

wickelt. Dabei handelt es sich um einen freiwilligen Zusammenschluss von Bankenaufsichtern und Zahlungsverkehrsüberwachern aus ganz Europa unter Beteiligung von Beobachtern von Europol und EU-Kommission. Im Januar 2013 hat das SecuRe Pay Forum nach einer öffentlichen Konsultation Sicherheitsempfehlungen für Internetzahlungen (insbesondere Überweisungen, Kartenzahlungen, E-Geldtransfers) veröffentlicht, die bis Ende Januar 2015 umgesetzt werden sollen. Derzeit wird ein Bericht zu den erwähnten Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdiensten abgeschlossen. Weiterhin wurden Empfehlungen für mobile Zahlungen (u. a. kontaktlose Zahlungen, Zahlungen mit dem Mobiltelefon oder mithilfe von auf dem Mobiltelefon gespeicherten „Apps“) erarbeitet. Diese werden noch bis Ende Januar 2014 öffentlich konsultiert. Insgesamt dürfte die Arbeit des SecuRe Pay Forums zu einem höheren Maß an Sicherheit im Massenzahlungsverkehr beitragen.

Regulierung im Zahlungsverkehr zwar grundsätzlich notwendig, aber Fortentwicklung sollte primär marktgetrieben erfolgen

Die Einführung des Binnenmarkts im Zahlungsverkehr ebenso wie die technischen Entwicklungen haben ein Mehr an Regulierung im Zahlungsverkehr mit sich gebracht. Doch Aufbau und Ausbau von Infrastrukturen im Zahlungsverkehr machen hohe Investitionen notwendig, die im Massenzahlungsverkehr größtenteils privatwirtschaftlich, das heißt bislang insbesondere von der Kreditwirtschaft, getragen werden. Deren Engagement ist eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung von Zahlungsinstrumenten und -infrastrukturen. Im Zuge der laufenden Regulierungsbestrebungen muss gewährleistet werden, dass die Entwicklung des europäischen Massenzahlungsverkehrs weiter primär marktgetrieben erfolgt. Dabei gilt es aber darauf zu achten, bei grundsätzlichen Weichenstellungen die Nutzer von Zahlungsdiensten angemessen mit einzubeziehen.

ERPB als neues Gremium zur Weiterentwicklung von SEPA

Zurzeit ist offen, wie und von wem die weitere strategische Entwicklung von SEPA angegangen werden soll. Zur Begleitung des SEPA-Prozesses und zur strategischen Orientierung für

den Massenzahlungsverkehr in der EU hatten die EZB und die EU-Kommission im Jahr 2010 das SEPA-Council ins Leben gerufen, dem unter dem Vorsitz von EZB und EU-Kommission Vertreter der Nutzer- und Anbieterseite auf EU-Ebene als auch Beobachter des Eurosystems angehörten. Bisher konnte das SEPA-Council seinen Anspruch, die strategischen Leitlinien im europäischen Zahlungsverkehr zu entwickeln, nicht gerecht werden. Deshalb soll in Kürze als Nachfolger das Euro Retail Payments Boards (ERPB) gegründet werden, das unter dem Vorsitz der EZB arbeiten soll. Die EU-Kommission wird nur einen Beobachterstatus einnehmen. Bei der Ausgestaltung dieses neuen Gremiums sind drei Aspekte zu berücksichtigen. Es muss erstens effizient arbeiten können. Das bedeutet entweder, dass die Anzahl der Teilnehmer begrenzt ist, und/oder dass produktive Unterarbeitsgruppen entscheidungsreife Vorschläge vorlegen. Zweitens müssen alle Beteiligten bereit sein, ausreichend Ressourcen für die Mitarbeit in einem solchen Gremium bereitzustellen und dessen Entscheidungen auch bei den angeschlossenen Mitgliedsverbänden Geltung zu verschaffen. Und drittens muss die Verankerung mit der nationalen Ebene gewährleistet sein, denn die konkrete Implementierung strategischer Vorgaben aus Brüssel wird bisher und vermutlich auch künftig primär von den Akteuren auf nationaler Ebene unternommen werden.

Über die klassischen Instrumente hinaus: Zahlungen mit Karten, online und mobil

Nach der Einführung europaweit einheitlicher Standards für Überweisungen und Lastschriften arbeitet das Eurosystem weiter an der Schaffung eines integrierten Binnenmarkts im Kartenzahlungsverkehr. Doch im Gegensatz zu Überweisungen und Lastschriften fehlen hier bislang die einheitlichen europäischen technischen Standards. Bisherige Bestrebungen beschränken sich auf Leitlinien und Forderungen auf dem Weg zu „SEPA für Karten“, wie etwa

Kartenzahlungen noch nicht europäisch

Aktuelle Standardisierungsinitiativen im Kartenmarkt mit europaweitem Fokus

Karte

EMVCo

Trägergesellschaft der EMV (Europay International, MasterCard und VISA). Spezifikation von Zahlungskartenchips und Sicherheitsstandards für Chip-basierte Zahlungen

CIR-TWG

Common Implementation Recommendations Technical Working Group; erarbeitet den SEPA-FAST-Standard, der auf den Standards der EMV-Spezifikation beruht. Teilnehmer sind u.a. Equens, Groupement des Cartes Bancaires, Die Deutsche Kreditwirtschaft

Terminal

OSCar

Open Standards for Cards; Entwicklung und Betrieb von SEPA-weiten Terminalspezifikationen. Teilnehmer sind u.a. Groupement des Cartes Bancaires und Die Deutsche Kreditwirtschaft

EPAS

Electronic Protocol Application Software; entwickelt und betreut Kartenzahlungsprotokolle für den SEPA-Raum, bildet eine Grundlage für OSCar. Teilnehmer sind u.a. Equens, Groupement des Cartes Bancaires, VeriFone, Total

Acquirer

ATICA

Aus einer ISO-Arbeitsgruppe unter französischer Leitung hervorgegangene Initiative zur Bereitstellung eines einheitlichen Formats zur Abwicklung von Kartenzahlungen

Berlin Group

Initiative zur Erstellung eines einheitlichen Formats zur Abwicklung von Kartenzahlungen auf Grundlage des SEPA-Lastschrift-Formats. Teilnehmer sind u.a. Euro Kartensysteme GmbH, Die Deutsche Kreditwirtschaft

Issuer

die Anforderungen an europäische Kartensysteme im sechsten SEPA-Fortschrittsbericht⁷⁾ der EZB.

Da der Kartenmarkt mehr Akteure und Schnittstellen und damit eine höhere Komplexität als der für Überweisungen oder Lastschriften aufweist, konzentriert sich das Eurosystem darauf, über eine Standardisierung der drei wesentlichen technischen Schnittstellen im Geschäft mit Zahlungskarten eine marktgetriebene Integration des europäischen Kartenmarkts zu fördern. Mangels eines ganzheitlichen Ansatzes entwickeln teilweise mehrere Standardisierungsinitiativen konkurrierende Spezifikationen für die einzelnen Schnittstellen.

Die erste relevante Schnittstelle ist die Kunde-Terminal-Schnittstelle.⁸⁾ Hierbei ist die Kommunikation zwischen dem Chip der Karte und dem Terminal des Händlers entscheidend. Die zweite Schnittstelle befindet sich zwischen Terminal und Händlerbank (Acquirer).⁹⁾ Die dritte Schnittstelle der Spezifizierungskette besteht zwischen Acquirer und der kartenausgebenden Bank (Issuer), das heißt der Bank des Kunden. Diese ist aus deutscher Sicht besonders wichtig, da im deutschen Kartenzahlungsverkehr hohe Effizienz bei der Interbankenabwicklung durch die Mitnutzung der Infrastruktur für Überweisungen und Lastschriften erzeugt wird. Zielsetzung muss deshalb die Nutzung des auch bei SEPA verwendeten ISO 20022-Formats sein, wie es beispielsweise die Standardisierungsinitiative der Berlin Group vorsieht.

Das Eurosystem drängt dabei auf eine weitreichende Standardisierung, die auf offene und freie Standards setzt. Denn nur so lässt sich europaweit Interoperabilität zwischen den Sys-

Technische Standardisierung im Kartenmarkt entlang von drei Schnittstellen notwendig

⁷⁾ Europäische Zentralbank (2008), Sechster SEPA-Fortschrittsbericht, S. 25 ff.

⁸⁾ Ein Terminal ist ein Kartenakzeptanzgerät an der Ladenkasse, das den Kartenchip des Kunden lesen kann und die Zahlung initiiert.

⁹⁾ Acquirer bezeichnet die Stelle, die mit dem Händler einen Vertrag über die Akzeptanz von Kartenzahlungen vereinbart und an welche die Informationen übermittelt werden, die notwendig sind, um eine Kartenzahlung zu verarbeiten.

temen erreichen, was letztlich die Nutzung jeder Karte an jedem Terminal in der Europäischen Union sicherstellen soll.

Onlinehandel und spezialisierte Onlinezahlverfahren gewinnen an Bedeutung, ...

Die Umsätze des deutschen Onlinehandels sind in den vergangenen Jahren durchschnittlich um mehr als 10% pro Jahr gestiegen.¹⁰⁾ Im Gegensatz zum Kauf an der Ladenkasse fallen Zahlung und Erhalt der Ware im Onlinehandel oftmals auseinander. Üblicherweise bevorzugen Verkäufer die Ware erst dann zum Versand zu geben, wenn Sicherheit hinsichtlich der Zahlung des Käufers besteht oder seine Zahlung garantiert ist. Der Kunde wiederum möchte das mit einer Vorauszahlung verbundene Risiko, im Falle einer Nichtlieferung der Ware seinem Geld „hinterherlaufen“ zu müssen, vermeiden. In diesem Spannungsverhältnis zwischen den Wünschen beider Marktseiten bewegen sich Zahlverfahren im Onlinehandel. Lange Zeit dominierten im Onlinehandel die klassischen Bezahlfverfahren wie Überweisung, Kauf auf Rechnung oder die Zahlung per Kreditkarte. Diese Verfahren sind nach wie vor weit verbreitet. Spezialisierte Onlinezahlverfahren wie beispielsweise „PayPal“ oder „SOFORT Überweisung“ gewinnen jedoch an Bedeutung.¹¹⁾

... bieten dem Kunden aber oftmals nur einen neuen Zugangskanal zu klassischen Zahlungsinstrumenten

Ein Großteil der neuen Anbieter von Onlinezahlungsdiensten, die auch vermehrt von Nichtbanken in Konkurrenz zu den traditionellen Akteuren im Zahlungsverkehr angeboten werden, offeriert dem Kunden lediglich einen neuen Zugangskanal zu klassischen Zahlungsinstrumenten. Oftmals zielen die neuen Onlinezahlverfahren darauf ab, den Kunden eindeutig zu identifizieren, etwa mittels E-Mail-Adresse und Passwort, um dann im Hintergrund eine Überweisung, Lastschrift oder Kartenzahlung auszuführen, wie beispielsweise PayPal, Amazon Payments oder ClickandBuy. Eine immer größere Rolle spielt auch, dass Onlinehändler selbst solche Verfahren anbieten. Vielfach lassen sich diese auch in anderen Onlineshops nutzen. Dies hat für den Kunden – und damit indirekt auch für den Onlineshop – den Vorteil, dass dieser sich nicht erneut registrieren und

seine Zahlungsdetails nicht weiteren Händlern zur Verfügung stellen muss.

Neu auf den Markt drängende Zahlungsanbieter sind einer sich wandelnden Marktstruktur im Onlinehandel ausgesetzt. Zum einen nimmt der mobil initiierte Onlinehandel stetig zu, was auf die immer größere Verbreitung von Smartphones und Tablet-Computern zurückzuführen ist. Zum anderen lässt sich eine immer stärkere Verschmelzung zwischen Onlinehandel und stationärem Handel ausmachen. Auch diese Entwicklung wird durch die Verfügbarkeit mobiler Endgeräte ermöglicht, die nun sogar als Kassenterminal genutzt werden können (siehe Erläuterungen zum mPOS auf S. 40).

Mobile Endgeräte bringen Bewegung in den Markt für Zahlungsdienste

So haben große, mit dem Onlinehandel eng verbundene Zahlungsanbieter Pilotverfahren gestartet, um auch im stationären Handel Fuß zu fassen. Sie bieten Lösungen an, mit denen an der Ladenkasse durch das Scannen eines QR-Codes¹²⁾ eine Zahlung ausgelöst wird, die über das System des Zahlungsanbieters abgewickelt und dem stationären Händler gutgeschrieben wird. Vorteile der QR-Code-Technologie sind die hohe Flexibilität bei der Anzeige der Codes, beispielsweise auf dem Bon, dem Kassendisplay oder im Zahlungsterminal und die hohe Verfügbarkeit von Kameras in Mobiltelefonen zum Auslesen der Codes. QR-Codes bergen jedoch grundsätzlich Sicherheitsrisiken. Da derzeit keinerlei Sicherheitszertifikate für QR-Codes verfügbar sind, kann der Code den Nutzer beim Einscannen auf eine mit Schadcode verseuchte Internetseite führen oder auch direkt die Installation eines Schadprogramms auslösen. Solche Missbrauchs-

Zahlungsanbieter aus dem Onlinehandel stoßen in stationären Handel vor ...

¹⁰ <http://www.einzelhandel.de/index.php/presse/zahlenfaktengrafiken/internetunde-commerce/item/110185-e-commerce-umsaetze.html>

¹¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012), Zahlungsverhalten in Deutschland 2011, S. 63 ff.

¹² QR-Code (Quick Response: schnelle Antwort) ist ein zweidimensionaler Strichcode. In QR-Codes lassen sich beliebige Informationen einbetten, wobei der Inhalt im Prinzip aus Text besteht. Dieser Text kann eine Zahlungsanweisung enthalten, die ausgeführt wird, nachdem der Code mittels Smartphone und spezieller Software entschlüsselt wurde.

Kartenzahlungen mit dem Smartphone akzeptieren: der mobile Point of Sale (mPOS)

Im Jahr 2009 wurde mit dem Dienst „Square“ in den USA eine neue Möglichkeit eingeführt, Kartenzahlungen zu akzeptieren. Mithilfe eines Adapters, der in den Kopfhöreranschluss eines Smartphones gesteckt wird, können die Daten auf dem Magnetstreifen einer Zahlungskarte ausgelesen werden. Nachdem der Karteninhaber auf dem Display unterschrieben hat, wird eine entsprechende Zahlung initiiert.

Ähnliche Systeme wurden im Jahr 2010 in Europa von anderen Anbietern auf den Markt gebracht, zunächst mithilfe der in den USA gebräuchlichen Magnetstreifenlesegeräte. Mit Jahresbeginn 2010 trat jedoch eine vom EPC beschlossene Pflicht zur Nutzung des Chips auf der Karte für neue Terminals in Kraft.

Entsprechend wurden in Europa sowohl reine Chip-Leser als auch Chip-Leser mit PIN-Pad eingeführt, die zum Teil kontaktlos mit dem Smartphone verbunden werden konnten. Sicherheitsbedenken bestehen hingegen bei solchen Verfahren, die die Eingabe der PIN am Smartphone erfordern.

Die mPOS zeichnen sich im Vergleich zum klassischen Kartenterminal durch einfache Preismodelle und eine oftmals einfache Onlineanmeldung für den Händler aus. Zielgruppe sind daher vor allem kleinere Einzelhändler oder auch Handwerker, die bisher keine Kartenzahlungen akzeptieren. Im Vergleich zu herkömmlichen POS-Terminals fallen bei mPOS auch keine monatlichen Fixkosten an und die Provisionen, die anfangs einheitlich 2,75% betragen, nähern sich mittlerweile teilweise den Beträgen des klassischen POS-Markts an.

risiken kommen vor allem beim Scannen von QR-Codes im öffentlichen Raum (z. B. Plakate) zum Tragen. Die QR-Code-Technologie ist ein Beispiel aus einer Reihe von Ansätzen, mit denen Zahlungsdienstleister aus dem Onlinehandel nun auch in den stationären Handel vorstoßen.

Die Entwicklung erfolgt jedoch gleichermaßen in umgekehrter Richtung. Konnte bislang ausschließlich bei der Zahlung per Nachnahme Bargeld zur Begleichung von Rechnungen aus dem Onlinehandel eingesetzt werden, bilden sich neue Zahlungsdienste heraus, die weitere Möglichkeiten zur Nutzung von Bargeld im Internet eröffnen. Die Zahlung per Nachnahme ist für den Kunden relativ teuer, und der entsprechende Betrag muss bei der Lieferung bereitgehalten werden. Darüber hinaus lassen sich Dienstleistungen nur schwer per Nachnahme abrechnen. Bei den neuen Zahlungsdiensten drückt der Käufer nach Kaufabschluss im Onlineshop einen Barcode aus oder erhält

diesen auf sein Smartphone. Anschließend präsentiert er den Code einem am Verfahren teilnehmenden stationären Händler, um über dessen Kassensystem schließlich bar oder auch mit Debit- und Kreditkarte zu bezahlen.

Auch wenn mit diesen neuen Verfahren eine weitere Möglichkeit geschaffen wird, im Onlinehandel bar zu zahlen, gewinnen unbare Zahlungsinstrumente im stationären Einzelhandel stetig an Bedeutung, insbesondere Debit- und Kreditkarten.¹³⁾ An diese Entwicklung knüpft die Kontaktlostechnologie NFC¹⁴⁾ an, die vor allem eine Alternative für die bargelddominierten Kleinstbetragszahlungen bieten soll. Um mit einer kontaktlosen Karte zu zahlen, muss diese lediglich vor den Sensor eines entsprechend ausgerüsteten Terminals an der

Kontaktlose Kartenzahlverfahren haben sich noch nicht durchgesetzt ...

... und eröffnen auch neue Wege zur Barzahlung im Internet

¹³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012), Zahlungsverhalten in Deutschland 2011, S. 37, Tabelle 3.

¹⁴ NFC steht für Near Field Communication und ermöglicht die kontaktlose Datenübertragung mittels Funktechnik bis zu einem Abstand von maximal ca. 10 cm.

Ladenkasse gehalten werden. Bis zu einem Betrag von 25 € ist hierfür keine PIN-Eingabe notwendig. Neben Kreditkartenunternehmen, die ihre Karten bereits verstärkt mit einem entsprechenden Chip ausgeben, führt die Sparkassen-Finanzgruppe bereits seit dem Jahr 2012 ein NFC-Pilotprojekt unter dem Namen „girogo“ durch. Bislang ist noch nicht absehbar, ob die deutsche Kreditwirtschaft die girocard flächendeckend mit einem entsprechenden Chip ausstatten wird. Die Kontaktloskarte könnte ein Zwischenschritt hin zur Zahlung mit dem Mobiltelefon sein.

... und die digitale Brieftasche steckt noch in den Kinderschuhen

Die digitale Brieftasche (engl. Wallet) im Mobiltelefon ermöglicht es, neben den Zahlungskarten beispielsweise auch Veranstaltungstickets, Bahnfahrkarten oder Gutscheine zu speichern. Bei den derzeit am Markt befindlichen Pilotprojekten handelt es sich jedoch meist um geschlossene Systeme. Das bedeutet, dass jede Brieftasche nur von einem Anbieter bereitgestellt und in einem begrenzten Umfeld einsetzbar ist. Dies schreckt potenzielle Nutzer vor dem Einrichten einer Wallet ab. Offene Standards könnten Abhilfe schaffen. Einen solchen Ansatz verfolgen gemeinsame Initiativen von Kreditwirtschaft, Handel und Mobilfunkunternehmen beispielsweise bereits seit dem Jahr 2011 in Frankreich sowie seit kurzem auch in Österreich.

■ Ausblick

Nachdem über viele Jahrzehnte im Zahlungsverkehr nur eine begrenzte Dynamik erkennbar war, sorgen nun die Schaffung des Binnenmarkts in dieser Branche ebenso wie die rasante Veränderung in der Kommunikationstechnologie für neue Weichenstellungen. Insbesondere eröffnet die zunehmende Durchdringung der

Alltagswelt mit internetgebundenen Diensten neuen Anbietern von Zahlungsdiensten interessante Geschäftsfelder. Dies führt zu einer Umstrukturierung des Angebots im Zahlungsverkehr, die erhöhte Herausforderungen sowohl für die Marktteilnehmer als auch für die Regulatoren mit sich bringen. Bisher waren es fast ausschließlich Kreditinstitute, die Zahlungsdienste angeboten haben; nun kommen neue Anbieter hinzu, die durch innovative Lösungen auffallen, deren Marktanteile aber vielfach noch sehr gering sind. Die Kreditwirtschaft dagegen genießt bei den Kunden einen Vertrauensbonus und hat aufgrund der von ihnen eingeführten Angebote wohl auch die relativ bessere Ausgangsposition, wenn es um die Marktdurchdringung innovativer Produkte geht.

Aus regulatorischer Sicht muss es weiter darum gehen, die richtige Balance zwischen Marktöffnung und Wettbewerb auf der einen Seite und der Sicherheit des Zahlungsverkehrs auf der anderen Seite zu finden. Dabei besteht die Gefahr, dass die Komplexität solcher Regelwerke immer höher wird und die Überarbeitungszeiten immer länger werden. Für den Markt verursacht dies Unsicherheiten, die letztlich die Entwicklung neuer innovativer Produkte im europäischen Zahlungsverkehr entscheidend verzögern kann. Dies kann dazu führen, dass die auf den europäischen Markt konzentrierten Anbieter gegenüber ihren international tätigen Wettbewerbern ins Hintertreffen geraten. Denn sowohl im Kartengeschäft als auch bei Zahlungsdiensten für den Onlinehandel sind international tätige Unternehmen bereits in vielen europäischen Märkten gut aufgestellt. Die europäische Harmonisierung der Regularien sollte vor diesem Hintergrund mit Augenmaß vorangetrieben werden und einen stabilen und effizienten Handlungsrahmen für die Akteure bieten.

Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012

Die gewerblichen Unternehmen haben im Jahr 2012 im Zuge der vorübergehenden Konjunkturabkühlung die Umsätze zwar nur wenig steigern können. Die Rentabilität blieb jedoch auf einem guten Niveau. Dies lag zum einen daran, dass die Materialkosten weit weniger stark stiegen als in den beiden Jahren davor. Zum anderen hat die Anpassungsflexibilität beim Personaleinsatz dabei geholfen, Kostensteigerungen trotz weiter erhöhter Belegschaften und spürbarer Verdienstzuwächse zu begrenzen. Von der Nachfrageschwäche waren insbesondere einige Industriezweige wie die Metallerzeugung, die Chemie- und die Elektroindustrie sowie der Maschinenbau betroffen, während die Automobilbranche und der sonstige Fahrzeugbau weiterhin sehr gut abschnitten. Den Baufirmen verhalf die ausgezeichnete Branchenkonjunktur zu einem neuen Rekordwert bei der Umsatzrendite. Die Energieunternehmen konnten sich vom Gewinneinbruch im Jahr 2011 deutlich erholen. Auf den Dienstleistungsbereich wirkte sich die langsamere Gangart der Industriekonjunktur nur wenig aus. Für ungünstigere Ergebnisse sorgten – wie im Handel und Transportgewerbe – primär kostenseitige Belastungen.

Dass der Warenabsatz gegen Ende des letzten Jahres teilweise ins Stocken geriet, führte in den meisten Industriebranchen zu einem Aufbau der Fertigwarenläger. Von den anhaltend günstigen Nachfragebedingungen in weiten Teilen der Automobilindustrie zeugt hingegen, dass dort die Vorproduktbestände auf hohem Niveau geblieben sind. Bei starker Auslastung der Produktionskapazitäten gab es bei den Fahrzeugherstellern auch weiterhin großen Bedarf, in neue Anlagen zu investieren. Andere Industriezweige übten sich aufgrund der ungünstigen Auftragslage zwar in Zurückhaltung. Dafür gab es aber erhebliche Kapazitätserweiterungen im Baugewerbe und in der Energiewirtschaft. Außerdem setzte sich in den Dienstleistungsbranchen der stetige Akkumulationsprozess fort. Die Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik stehen damit in einem gewissen Kontrast zu dem von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach derzeitigem Rechenstand gezeichneten Bild einer ausgeprägten Investitionsschwäche der gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2012.

Die Unternehmen haben im In- und Ausland weiter Beteiligungen erworben. Die Firmenverflechtungen haben auch dadurch zugenommen, dass verstärkt Kredite innerhalb von Unternehmensverbänden vergeben wurden. Obwohl die Außenfinanzierung 2012 bei im Vergleich zu den Vorjahren geringerem Mittelbedarf an Gewicht gewann, spielten Bankkredite trotz sehr günstiger Finanzierungsbedingungen keine vorrangige Rolle. Die Eigenmittel der Unternehmen sind im gleichen Ausmaß wie die Bilanzsumme gestiegen. Der über Jahre zu beobachtende Prozess der Eigenkapitalstärkung hat sich mit Blick auf den nichtfinanziellen Unternehmenssektor als Ganzes nicht fortgesetzt. Firmen mit Nachholbedarf dürften aber weiterhin bestrebt sein, ihren Rückstand in der Eigenkapitalausstattung zu verringern.

■ Grundtendenzen

Rentabilität der Unternehmen trotz Konjunkturabkühlung stabil geblieben

Die vorübergehende konjunkturelle Abkühlung, welche die deutsche Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2012 erfasste, hat sich in den Geschäftsabschlüssen der nichtfinanziellen Unternehmen zwar bemerkbar gemacht, die Rentabilität insgesamt aber nicht beeinträchtigt.¹⁾ So schwächte sich das Umsatzwachstum, das 2011 noch fast an das kräftige Expansionstempo zu Beginn der Erholung von der schweren Rezession im Winterhalbjahr 2008/2009 herangereicht hatte, im Berichtszeitraum erheblich ab. Gleichzeitig gelang es den Firmen aber, den Kostenzuwachs in ähnlichem Umfang zu begrenzen. Das Jahresergebnis (vor Steuern) ist 2012 beinahe so kräftig gestiegen wie im Jahr davor. Die Brutto-Umsatzrendite erreichte im Durchschnitt aller in der Unternehmensabschlussstatistik der Deutschen Bundesbank vertretenen Firmen wie in den beiden Jahren zuvor rund 4½%. Dass im schwierigeren zyklischen Umfeld des Vorjahres die Rentabilität keinen Schaden nahm, zeugt alles in allem von einer großen Anpassungsflexibilität in den hiesigen Betrieben. Erleichternd kam allerdings hinzu, dass sich die Einkaufspreise von Vorleistungen nur wenig erhöht haben und die von tariflicher Seite induzierten Personalkostensteigerungen weiter im Rahmen geblieben sind.

Renditeplus in der Fahrzeugindustrie, bei Bauunternehmen und den Unternehmensdienstleistern

Von der Abschwächung des Umsatzwachstums waren alle großen Wirtschaftszweige betroffen, wobei die Abstufung in der Industrie besonders kräftig ausfiel. Vergleichsweise gut behaupteten sich die Automobilbranche und der sonstige Fahrzeugbau, während wichtige Vorleistungsbranchen das Umsatzergebnis aus dem Jahr 2011 gerade halten konnten oder sogar Einbußen hinnehmen mussten. Die Rentabilität der Industriefirmen blieb 2012 im Vorjahresvergleich unverändert und schnitt verglichen mit den anderen Branchen nach wie vor überdurchschnittlich ab. Das Baugewerbe konnte die Umsatzrendite weiter steigern, wobei der nur wenig erhöhte Leistungsumfang wohl darauf hindeutet, dass die Auslastung der Unternehmen bereits seit einiger Zeit die Ober-

grenze erreicht hat. Im Handel und Transportgewerbe liefen die Geschäfte demgegenüber schwächer, was bei etwas stärkerem Kostendruck mit Rentabilitätseinbußen verbunden war. In der Informations- und Kommunikationsbranche sowie bei den unternehmensnahen Dienstleistern war die Gewinnsituation auch im Jahr 2012 merklich günstiger als im Mittel aller hier betrachteten Wirtschaftsbereiche.

Die aggregierte Bilanz des nichtfinanziellen Unternehmenssektors wies aktivseitig keine nennenswerten Verschiebungen auf. Dies ist insoweit bemerkenswert, als die ausgeprägte Investitionsschwäche, die sich aus dem aktuellen Rechenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ablesen lässt, im bilanzierten Anlagenbestand der Firmen keinen entsprechenden Widerhall gefunden hat. Demnach wurden 2012 etwa so viele Mittel auf die Beschaffung neuer Sachanlagen verwendet wie im Durchschnitt der beiden Jahre davor. Damit wurde der Wert der Abschreibungen insgesamt um ein Achtel übertroffen.

Im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau (einschl. der Gewinnung von Steinen und Erden) ist der aus den Jahresabschlüssen hochgerechnete Brutto-Sachanlagenzugang 2012 um 5% gestiegen. Ein deutlicher Zuwachs ergibt sich auch aus der vor Kurzem veröffentlichten Investitionserhebung des Statistischen Bundesamtes. Diesen Ergebnissen zufolge haben die Industrie- und Bergbauunternehmen, die mindestens 20 Personen beschäftigen, im Berichtsjahr gut 3% mehr als im Jahr 2011 in Sachanlagen investiert.²⁾ Legt man die in der Vergangenheit übliche Revisionspraxis zu-

Investitionszurückhaltung den Jahresabschlussdaten zufolge weniger stark ausgeprägt, ...

... als es die VGR-Ergebnisse nach gegenwärtigem Rechenstand signalisieren

¹ Die Untersuchung für 2012 basiert auf 28 000 Jahresabschlüssen, die anhand von fortgeschriebenen aggregierten Angaben aus dem Unternehmensregister schätzungsweise hochgerechnet wurden. Zur Darstellung des aktuellen Verfahrens vgl.: Deutsche Bundesbank, Unternehmensabschlussstatistik mit breiterer sektoraler Abdeckung und neuer Hochrechnungsbasis, Monatsbericht, Dezember 2011, S. 34 f.

² Vgl.: Statistisches Bundesamt, Industrie investierte im Jahr 2012 57 Milliarden Euro in Sachanlagen, Pressemitteilung vom 19. November 2013.

grunde, ist mit einer Anpassung der VGR, die nach derzeitigem Datenstand in den betrachteten Wirtschaftsbereichen für das Jahr 2012 eine Verringerung der nominalen Brutto-Anlageinvestitionen um 1% ausweisen, zu rechnen.

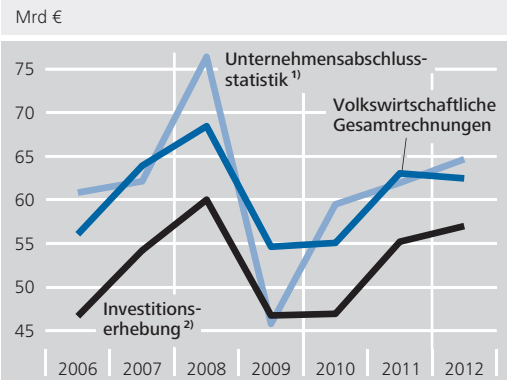
Unternehmensbeteiligungen weiter zugenommen

Der Beteiligungserwerb blieb 2012 fast auf dem Vorjahresniveau. Beteiligungen machten zum Ende des Bilanzjahres 34% des Anlagevermögens aller nichtfinanziellen Unternehmen aus, nachdem es vor 15 Jahren lediglich 22½% gewesen waren. Da sich hierin auch die zunehmenden Auslandsaktivitäten widerspiegeln, die in aller Regel im Rahmen rechtlich selbständiger Einheiten abgewickelt werden, spricht die Zunahme an Beteiligungen dafür, dass die Firmen ihr Standbein auf den internationalen Märkten weiter ausgebaut haben.

Lang anhaltender Prozess der Eigenkapitalstärkung zum Stillstand gekommen

Das Eigenkapital der nichtfinanziellen Unternehmen ist im Jahr 2012 mit derselben Rate wie die Bilanzsumme gewachsen. Der seit Langem anhaltende Prozess der Eigenkapitalstärkung ist offenbar zum Stillstand gekommen. (Zu den Bestimmungsfaktoren der nachhaltigen Stärkung der Eigenkapitalbasis im vergangenen Jahrzehnt vgl. die Erläuterungen auf den S. 46 ff.) Es scheint, als habe der deutsche Unternehmenssektor aus struktureller Sicht so weit an finanzieller Widerstandskraft gewonnen, dass in letzter Zeit auch die Vorteile des ausgesprochen günstigen Fremdfinanzierungsumfelds verstärkt genutzt wurden. Dies zeigte sich im Jahr 2012 daran, dass das Mittelaufkommen, welches sich gegenüber 2011 insgesamt um ein Sechstel verringerte, zu etwas größeren Teilen auf erhöhte Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und vermehrte Anleiheemissionen zurückzuführen war. Die wichtigste Rolle im Rahmen der Außenfinanzierung spielte aber nach wie vor die Zunahme der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Für externe Zuführungen von Eigenkapital bestand offensichtlich kein nennenswerter Bedarf. Die Verringerung des Bilanzgewichts der Rückstellungen setzte sich im Berichtszeitraum fort. Hierin hat sich – wie in den Jahren zuvor – zu einem Gutteil die im Rahmen des Bilanz-

Anlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau*)



* Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. **1** Veränderung der Sachanlagen zzgl. Abschreibungen. **2** Sachanlagenzugang von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. Angaben 2006 und 2007 teilweise geschätzt.

Deutsche Bundesbank

rechtsmodernisierungsgesetzes eingeführte Regelung niedergeschlagen, wonach betriebliche Pensionsrückstellungen und das dazugehörige Deckungsvermögen zu saldieren sind.

Die soliden Finanzierungsverhältnisse der gewerblichen Wirtschaft und die über die Branchen hinweg häufig günstigen, mindestens aber zufriedenstellenden Ertragsrelationen sind wichtige Erklärungsfaktoren dafür, dass die Insolvenzgefährdung 2012 trotz des durchwachsenen konjunkturellen Umfelds weiter abgenommen hat. Die Ausfallquote hat das bereits sehr niedrige Vorkrisenniveau unterschritten. Besonders deutlich fiel der Rückgang in den Handelssparten aus. Dass erneut weniger Bauunternehmen Insolvenz anmeldeten, ist vor dem Hintergrund der anhaltend günstigen Branchenkonjunktur nicht erstaunlich. Im Bereich „Verkehr und Lagerei“ gingen die Firmeninsolvenzen ebenfalls kräftig zurück, wenngleich das Vorkrisenniveau auch im Jahr 2012 weiter deutlich übertroffen wurde. Im Verarbeitenden Gewerbe verringerten sich die Geschäftsaufgaben nur wenig. Dies galt auch für die unternehmensnahen Dienstleister.

Firmeninsolvenzen 2012 weiter rückläufig

Nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalbasis nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland

Die bilanzielle Eigenkapitalquote des nicht-finanziellen Unternehmenssektors ist den hochgerechneten Angaben der Unternehmensabschlussstatistik der Deutschen Bundesbank zufolge seit dem Jahr 2000 kontinuierlich um insgesamt 8½ Prozentpunkte auf 27½% Ende 2012 gestiegen. Während sich in diesem Zeitraum die Eigenmittel mit 109% mehr als verdoppelt haben, ist die Bilanzsumme lediglich um 43% gewachsen. Im Ergebnis wurde die bei internationalen Kapitalstrukturvergleichen in der Vergangenheit vielfach beklagte „Eigenkapital-lücke“ deutscher Firmen weitgehend geschlossen. Selbst im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es Teilen des heimischen Unternehmenssektors gelungen, die finanzielle Bestandsfestigkeit weiter zu stärken.

Die deutlich sichtbaren Strukturveränderungen auf der Passivseite der Jahresabschlüsse sind in erster Linie das Ergebnis einer breit angelegten Unternehmensstrategie zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis, die von einem beachtlichen Ertragswachstum begleitet wurde. Zu dieser Entwicklung dürften freilich auch andere Faktoren wie der systematische Abbau von Bankverbindlichkeiten („Deleveraging“) und mitunter auch der Marktaustritt von finanziell angeschlagenen Unternehmen beigetragen haben.

Der Zuwachs der Eigenkapitalquote fiel bei den kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit 14½ Prozentpunkten weitaus umfangreicher aus als bei den Großunternehmen (+4 Prozentpunkte).¹⁾ Vor dem Hintergrund, dass bei kleinen und mittleren Unternehmen im Jahr 2000 das Eigenkapital weniger als ein Zehntel der Bilanzsumme betrug, ist dies als Aufholprozess zu werten. Damals galten sie als zu einseitig finanziert beziehungsweise unterkapitalisiert, während die Großunternehmen, nicht zuletzt durch hohe akkumulierte Rückstellungen, die langfristig verfügbares Kapital darstellen, im internatio-

nen Vergleich schon immer über eine vergleichsweise günstige Kapitalstruktur verfügten. Der Anstieg der Eigenkapitalquote für die Gesamtheit der Unternehmen lässt sich zu einem gewissen Teil jedoch auch auf einen Struktureffekt zurückführen, der sich daraus ergibt, dass die traditionell besser mit Eigenkapital ausgestatteten Großunternehmen im Betrachtungszeitraum deutlich stärker gewachsen sind als die kleinen und mittleren Unternehmen. Berücksichtigt man solche Anteilsverschiebungen nicht nur zwischen Größenklassen, sondern auch zwischen Rechtsformgruppen, so bemisst sich der Struktureffekt auf knapp ein Viertel des Gesamtzuwachses der aggregierten Eigenkapitalquote.

In Deutschland sind die kleinen und mittleren Unternehmen zu großen Teilen in der Rechtsform von Personengesellschaften oder Einzelkaufleuten organisiert. Da die Firmeneigentümer mit ihrem Privatvermögen haften und die Besteuerung der Gewinne im Rahmen der Einkommensteuer-Veranlagung der Inhaber erfolgt, lässt sich keine exakte Trennung zwischen betrieblicher und privater Sphäre vornehmen. Diese systematische Unschärfe in der Kapitalzuordnung kann dazu führen, dass Vermögensbestandteile, die für betriebliche Zwecke genutzt werden (z. B. als Sicherheit bei Firmenkrediten), gleichwohl im Privatbereich der Firmeninhaber verbleiben und folglich auch nicht in der Bilanz des Unternehmens erscheinen. Sofern dieses Kapital beispielsweise aufgrund verschärfter Sicherheitsanforderungen der Banken nur „umgewidmet“ wird, ist ein Teil des finanziellen Zuwachses eher buchungstechnischer Natur. Der Umfang des effektiven Aufholprozesses der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber den Großunternehmen

¹⁾ Kleine und mittlere Unternehmen werden von den Großunternehmen anhand des Umsatzschwellenwerts von 50 Mio € abgegrenzt.

lässt sich vor diesem Hintergrund deshalb nicht genau bestimmen. Er dürfte jedoch auch materieller Natur gewesen sein, da die vergleichbaren kleinen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften, für die solche Überlegungen in geringerem Umfang gelten, im Untersuchungszeitraum ihre Eigenkapitalquote um rund 13½ Prozentpunkte erheblich verbessert haben.

Im Branchenvergleich wird der Aufholprozess der kleinen und mittleren Unternehmen beim Eigenkapital besonders deutlich. Wirtschaftsbereiche, die von einer Vielzahl solcher Firmen gekennzeichnet sind, wiesen 2012 Eigenkapitalquoten auf, die sich im Vergleich zum Jahr 2000 auf das Doppelte oder Dreifache belaufen haben. Zu den Branchen mit kräftigem Zuwachs zählen insbesondere der Handel (+13 Prozentpunkte) und das Baugewerbe (+9½ Prozentpunkte). Demgegenüber haben Unternehmen der Chemie und des Fahrzeugbaus, deren Kapitalstruktur traditionell relativ günstig ist, ihre Eigenkapitalausstattung nur leicht verbessert oder gehalten.

Der Aufwärtstrend bei den Eigenmitteln beruhte vor allem auf dem Anstieg der Gewinnrücklagen bei den Kapitalgesellschaften und der nicht entnommenen Gewinne bei den Nichtkapitalgesellschaften. Auch wenn mit den verfügbaren Jahresabschlussdaten eine exakte Aufteilung zwischen dem innenfinanzierten (vor allem auf thesaurierten Unternehmenserträgen beruhenden) und dem außenfinanzierten (aus externen Finanzierungsquellen beschafften) Teil des Eigenkapitalaufbaus nicht durchgängig möglich ist,²⁾ lässt sich dennoch feststellen, dass mehr als die Hälfte aus unternehmensinternen Quellen stammen und damit von den Unternehmen selbst im Umsatzprozess erwirtschaftet wurden.³⁾

Ein wesentliches Motiv für die strukturellen Änderungen im Finanzierungsverhalten ist in der Verschärfung der Bankenregulierung durch die regulatorischen Regelwerke BaselII und BaselIII zu sehen. Die Unter-



nehmen sind seinerzeit sehr frühzeitig vor allem von ihren Hausbanken und Verbänden, aber ebenso in der öffentlichen Diskussion darauf hingewiesen worden, dass die vorgeschriebene kreditrisikobasierte Eigenkapitalunterlegung der Banken insbesondere für Unternehmen mit geringen Eigenkapitalquoten und eingeschränkter Risikotragfähigkeit zu ungünstigeren Finanzierungskonditionen und unter Umständen sogar zu Problemen bei der Kredit-

² Ein wesentlicher Grund besteht darin, dass das Bilanzmaterial Jahresabschlüsse entweder vor oder nach Ergebnisverwendung beinhaltet. Bei Ersteren ist die Aufteilung in den auszuschüttenden und den im Eigenkapital verbleibenden Teil des Jahresüberschusses noch nicht getroffen, sodass der gesamte Jahresüberschuss noch der Innenfinanzierung zugeschlagen wird. Dieses Problem entsteht in erster Linie bei Kapitalgesellschaften, während Personengesellschaften und Einzelkaufleute primär Bilanzen nach Ergebnisverwendung präsentieren.

³ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, Monatsbericht, Januar 2012, S. 13 ff.

vergabe führen kann.⁴⁾ Auch in der aktuellen Situation wird als Folge der erweiterten Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung von Banken durch Basel III eine noch stärkere Betonung der Unternehmensbonität erwartet und daher Unternehmen empfohlen, an der Pflege ihrer Kapitalstruktur konsequent weiterzuarbeiten.

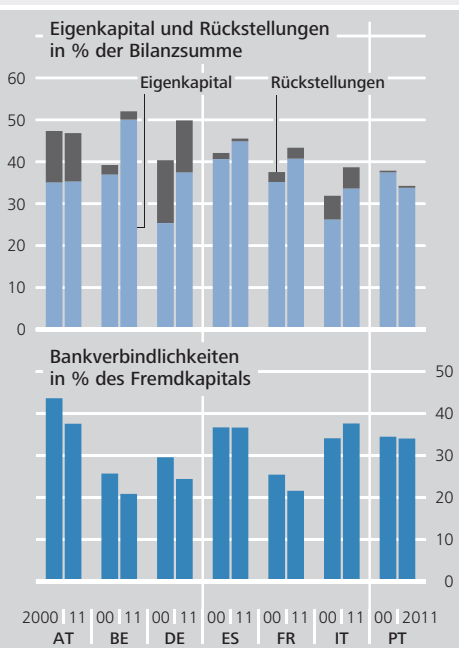
Außerdem begünstigten Steuerrechtsänderungen die höhere Rücklagenbildung im Unternehmenssektor. Mit der Unternehmensteuerreform des Jahres 2000 erfolgte eine Absenkung des Körperschaftsteuersatzes der Kapitalgesellschaften auf einheitlich 25%, wodurch die bis dahin bestehende steuerliche Benachteiligung der Gewinnthesaurierung beseitigt und ein Anreiz für eine stärkere Bildung von Gewinnrücklagen geschaffen wurde. Zur Veränderung des Ausschüttungsverhaltens der Unternehmen dürften ebenfalls die im Rahmen der Steuergesetzgebung von 2008 verabschiedete erneute Senkung des Körperschaftsteuer-

satzes auf 15% sowie die Einführung einer Thesaurierungsbegünstigung bei Personengesellschaften und Einzelkaufleuten durch Senkung des Einkommensteuerspitzenatzes für einbehaltene Gewinne von 45% auf 28,25% beigetragen haben.⁵⁾ Es ist evident, dass die nachhaltige Absenkung der Thesaurierungssteuersätze Anreize zugunsten der Innenfinanzierung gesetzt hat.

Schließlich spiegelt die Eigenkapitalentwicklung wohl auch Bemühungen der Unternehmen um eine stärkere Risikovorsorge wider. Vor allem die Wirtschaftszweige, die im Rezessionsjahr 2009 gravierenden Nachfrageeinbrüchen ausgesetzt waren, haben 2010 besonders viel zusätzliches Eigenkapital eingestellt, obwohl sie vor der Krise bereits mit Quoten von deutlich über 20% nicht zu den eigenkapitalschwachen Branchen gehörten. Offensichtlich soll den durch die exogenen Schocks induzierten finanz- und leistungswirtschaftlichen Risiken im Unternehmensbereich ein angemessener Eigenkapitalpuffer entgegengesetzt werden. So verfügen die deutschen Unternehmen seit 2003 bei einer insgesamt komfortablen Ertragslage auch über die notwendige finanzielle Kraft, um solche Risikopolster zu alimentieren und damit gleichzeitig eine erhöhte Bestandsfestigkeit und Kreditwürdigkeit zu dokumentieren.

Die mittlerweile deutlich verbesserte Finanzierungssituation deutscher Unternehmen zeigt sich auch im internationalen Vergleich, wenn man Eigenkapitalquoten kleiner und mittlerer Kapitalgesellschaften⁶⁾ im Ver-

Kapitalstruktur kleiner und mittelgroßer Kapitalgesellschaften in Europa³⁾



Quelle: BACH-Datenbank des Europäischen Ausschusses der Bilanzzentralen (ECCBSO). * Verarbeitendes Gewerbe.
 Deutsche Bundesbank

4 Vgl. exemplarisch die Aufsatzreihe im Wirtschaftsdienst, Zeitgespräch, Finanzierungsprobleme des Mittelstandes durch Basel III?, Heft 7 2002, S. 383 ff.

5 Allerdings wurden mit der Steuerreform von 2008 durch die Einführung der Abgeltungsteuer auch Steuererhöhungen im Unternehmensbereich vorgenommen. Die Besteuerung der Kapitalerträge von Privatanlegern und Kapitalgesellschaften wurde vereinheitlicht.

6 Der Vergleich muss sich auf Kapitalgesellschaften beschränken, da nur für diese Rechtsformen harmonisiertes Datenmaterial auf europäischer Ebene vorliegt. Diese Angaben sind für einen begrenzten Kreis von EU-Ländern in der BACH-Datenbank des Europäischen Ausschusses der Bilanzzentralen (ECCBSO) verfügbar.

arbeitenden Gewerbe ausgewählter europäischer Länder für die Jahre 2000 und 2011 gegenüberstellt. Danach haben die kleinen und mittleren Kapitalgesellschaften in Deutschland bei der Eigenmittelausstattung zum oberen Bereich aufgeschlossen, während sie zehn Jahre zuvor das Schlusslicht in der betrachteten Ländergruppe bildeten. Bestätigt wird dieser Befund durch Befragungsergebnisse der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission, wonach hierzulande die kleinen und mittelgroßen Unternehmen ihre Fremdfinanzierungsbedürfnisse wegen der erhöhten Verfügbarkeit von Eigenmitteln deutlich zurückführen konnten.⁷⁾ Mit dieser Entwicklung reduziert sich entsprechend auch die Bedeutung des Bankkredits als Mittel zur Unternehmensfinanzierung, wenngleich für einen nicht unerheblichen Teil gerade der kleinen und mittleren Unternehmen Bankkredite nach wie vor in der Kapitalstruktur dominieren.

Die Verbesserung der Finanzierungssituation deutscher Klein- und Mittelunternehmen in den letzten Jahren ist somit im Kern das Ergebnis eines verstärkten Rückgriffs auf Innenfinanzierungsmittel bei zugleich anhaltend guter Ertragslage sowie einer breiten Nutzung der unterschiedlichen für die Unternehmensfinanzierung zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen.⁸⁾ Insofern entsprechen einfache Klassifikationsversuche, die das deutsche System der Unternehmensfinanzierung pauschal als „bankbasiert“ kennzeichnen, nicht (mehr) dem tatsächlichen, weitaus differenzierteren Finanzierungsmuster.

⁷ Vgl.: Europäische Zentralbank, Survey on the access to finance of small and medium-sized enterprises in the euro area, October 2012 to March 2013, Frankfurt, April 2013, S. 7.

⁸ Vgl.: H. Friderichs und T. Körting, Die Rolle der Bankkredite im Finanzierungsspektrum der deutschen Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, H. 1, 2011, S. 31 ff.

■ Umsatz und Ertrag

Gewinnzuwachs 2012 trotz geringem Umsatzwachstums fast genauso kräftig wie 2011

Die Umsätze der nichtfinanziellen Unternehmen konnten 2012 nicht mehr an die Expansionsraten der zwei vorherigen Jahre (durchschnittlich + 9 ½%) anknüpfen und legten gegenüber 2011 lediglich um 2 ½% zu. Während sich der Personalaufwand im Berichtsjahr ähnlich kräftig wie 2010 und 2011 nach oben entwickelte, sind die Materialausgaben nur noch sehr moderat gestiegen. Dass sich das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern mit einem Zuwachs von 7% beinahe so stark erhöhte wie im Jahr zuvor, war überdies der geringen Zunahme bei den Abschreibungen und den übrigen Aufwendungen der Unternehmen geschuldet. Im Ergebnis lag die Brutto-Umsatzrendite in einem gesamtwirtschaftlich deutlich weniger günstigen Umfeld weiterhin bei 4 ½%.

Die vorübergehende Konjunkturintrübung konzentrierte sich primär auf das Verarbeitende Gewerbe. So sind die Umsätze der Industrie-

firmen 2012 nur um gut 1% gestiegen, nachdem es im Jahr 2011 noch ein zweistelliges Plus gegeben hatte. Eine Ausnahme bildeten die Kfz- und sonstigen Fahrzeughersteller, welche – zusammen mit den Unternehmen der Kokerei und Mineralölverarbeitung – das größte Umsatzplus auswiesen (+ 5%). Hierbei spielte eine entscheidende Rolle, dass der lebhaftere Kfz-Absatz insbesondere in den USA, Russland und China die Nachfrageflaute in den EWU-Ländern mehr als ausgeglichen hat. Die Maschinenbauer und die chemische Industrie verzeichneten zwar leichte Umsatzzuwächse; sie reichten allerdings nicht aus, um – unter anderem wegen des kontinuierlich gestiegenen Personalaufwands – das Jahresergebnis auf dem Stand von 2011 zu halten. Die Elektroindustrie musste ebenso wie die Metallherzeugung 2012 sogar ein Umsatzminus in Kauf nehmen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den beiden Jahren davor. Auf die Gewinne wirkte sich dies in beiden Fällen aber nicht negativ aus. Insgesamt verharrte die Umsatzrentabilität des Ver-

Verarbeitendes Gewerbe von Schwäche der Absatzmärkte betroffen

arbeitenden Gewerbes im Berichtszeitraum bei 5%.

*Baugewerbe
erneut mit aus-
gezeichnetem
Jahresergebnis*

Auch das Baugewerbe konnte seine Umsätze im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig ausweiten. Dies dürfte aber vor allem damit erklärbar sein, dass die Branche, die seit einiger Zeit am Rande der Kapazitätsgrenze produziert, auf Erweiterungsinvestitionen und Personalaufstockungen angewiesen ist, um die Geschäftstätigkeit substantiell zu erhöhen. Die sehr günstigen Nachfragebedingungen zeigten sich darin, dass die Brutto-Umsatzrendite der Bauunternehmen im Jahr 2012 auf den neuen Rekordwert von 6% gestiegen ist. Dazu haben auch geringe Materialkostensteigerungen beigetragen.

*Energieunter-
nehmen haben
Umsatz und
Ertrag gesteigert*

Der Erlöszuwachs im Energiesektor um mehr als ein Achtel war – neben dem weiter kräftig expandierenden Stromhandel – darauf zurückzuführen, dass eine Vielzahl von Anlagen, die Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen, in Betrieb genommen wurde. Dies ging mit Firmenneugründungen einher. Die Energieunternehmen erzielten 2012 auch wieder ein gutes Jahresergebnis, nachdem der Vorsteuergewinn im Jahr davor unter anderem wegen Verlusten aus dem Energiehandelsgeschäft sowie den Aufwendungen, die unmittelbar mit dem Abschalten von Kernkraftwerken verbunden waren, stark eingebrochen war. Dennoch konnte die Branche im Jahr 2012 noch nicht vollständig zu den Renditen aus der Zeit vor der Energiewende aufschließen.

*Handel mit
rückläufiger
Umsatzrendite*

Während der Einzelhandel und mit Abstrichen auch der Großhandel ihre Umsätze leicht ausweiten konnten, führten rückläufige Neuzulassungen im Jahr 2012 zu einem leichten Minus bei den Kfz-Händlern. In allen Handelssparten stiegen die Kosten relativ zu den Erträgen, was vor allem am Personalaufwand lag. Bei den Kfz-Händlern und im Einzelhandel verringerten sich die Gewinne spürbar. Alle Bereiche des Handels mussten Einbußen bei der Umsatzrendite in Kauf nehmen, wobei der Einzelhan-

del mit einer Rentabilität von 3½% innerhalb dieses Wirtschaftsbereichs weiterhin vorne lag.

Die anderen Dienstleistungsbranchen waren alles in allem weniger von der konjunkturellen Abkühlung betroffen. So verzeichneten die Unternehmensdienstleister im Jahr 2012 weiter einen substantiellen Umsatzzuwachs (+ 4%) und deutlich höhere Gewinne. Die unternehmensnahen Dienstleistungen und darunter insbesondere die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen lagen mit Blick auf die Rentabilität an der Spitze der gewerblichen Wirtschaft. Das Transportgewerbe sowie die Informations- und Kommunikationsbranche konnten ihre Erträge 2012 zwar geringfügig steigern. Aufgrund höherer Kosten ließ sich dies aber nicht in ein besseres Jahresergebnis ummünzen. Während die Umsatzrendite des Bereichs „Information und Kommunikation“ mit 8¼% weiterhin in der Spitzengruppe der betrachteten Wirtschaftszweige lag, schnitten die Transport- und Logistikfirmen klar unterdurchschnittlich ab. Mit 2¼% blieb die Rendite überdies noch weit hinter dem Vorkrisenniveau zurück.

*Unternehmens-
dienstleister
kaum von
konjunktureller
Abkühlung
betroffen*

Erträge und Aufwendungen im Einzelnen

Die Gesamtleistung der Unternehmen, die neben dem Umsatz den im Vergleich dazu kaum ins Gewicht fallenden Rechnungsposten der „Bestandsveränderung an Erzeugnissen“ enthält, ist im Jahr 2012 um 2½% gestiegen. Die weiteren Ertragskomponenten entwickelten sich teilweise recht unterschiedlich. Allerdings hoben sich die einzelnen Einflüsse praktisch auf, sodass auch die Gesamterträge der Unternehmen im Gleichschritt mit Umsatz und Gesamtleistung expandierten.

*Steigerung der
Gesamtleistung
im Einklang
mit Umsatz-
wachstum*

Die Zinserträge der Unternehmen haben sich im Jahr 2012 um 1% gegenüber dem Vorjahr ermäßigt. Dies war auf eine weitere Verminderung der ohnehin schon sehr mageren Durchschnittsverzinsung zurückzuführen. Insgesamt

*Zinserträge
schwach,
Beteiligungen
gewinnbringend*

rentierten die zinswirksamen Aktiva, deren Gesamtbestand sich im Unternehmenssektor um 2% erhöhte, lediglich mit 2%. Die Erträge aus Beteiligungen nahmen im Berichtsjahr dagegen um ein Zwölftel zu. Der Zuwachs war vor allem den gewinnbringenden Direktinvestitionen der deutschen Kfz-Hersteller in China³⁾ sowie Gewinnsteigerungen der Tochterunternehmen der deutschen Unternehmensdienstleister zuzuschreiben, während die Erträge aus Beteiligungen der Chemiebranche deutlich schrumpften. Die sonstigen betrieblichen Erträge trugen mit einem Plus von 4% ebenfalls überdurchschnittlich zur Entwicklung der Unternehmenserträge bei.

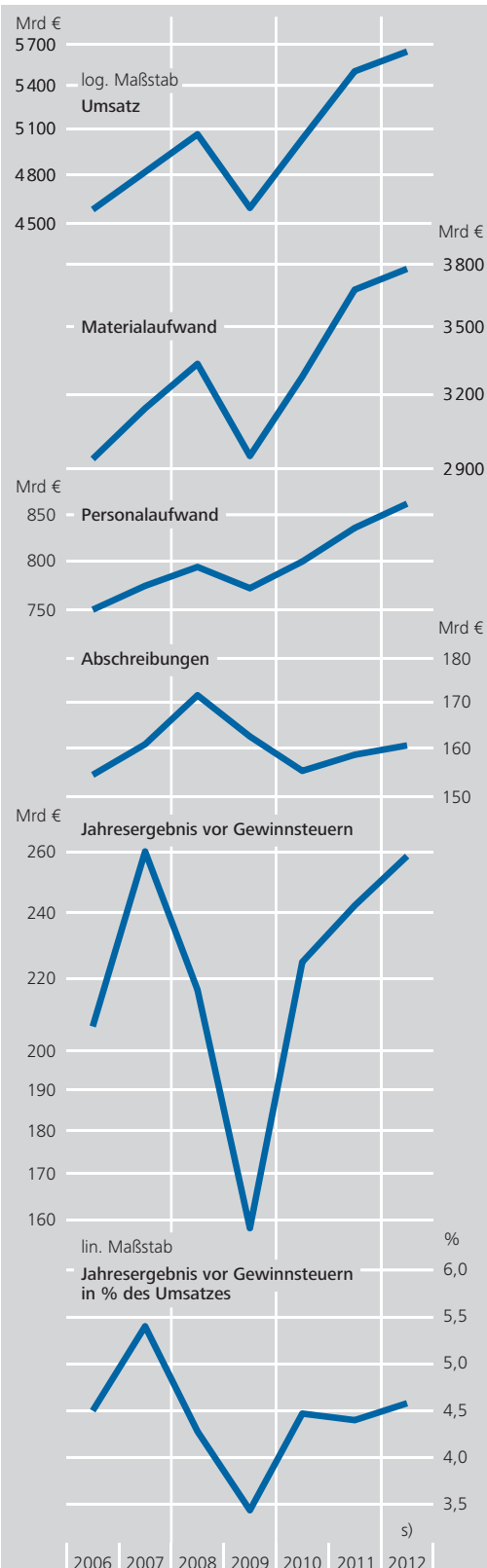
Materialaufwand 2012 nur moderat erhöht, ...

Die Kosten der Unternehmen für Material sind 2012 mit 3% deutlich moderater als in den Jahren davor gestiegen. Der Zuwachs war lediglich geringfügig stärker als das Umsatzplus. Dies war maßgeblich auf die gemäßigte Preisentwicklung bei Vorprodukten zurückzuführen. Einfuhrseitig erhöhten sich die Preise von Rohstoffen um 4½% und die von Halbwaren um 1¾%, nachdem es im Zuge des globalen Aufschwungs 2010 und 2011 noch zweistellige Steigerungsraten gegeben hatte. Die Preise für im Inland bezogene Vorleistungen nahmen im Jahr 2012 um ¼% zu. Infolgedessen kam es vor allem in der Industrie vonseiten der Materialkosten zu merklichen Erleichterungen. Bei den Unternehmensdienstleistern übertraf der Erlöszuwachs sogar die Kostensteigerungen bei den Vorleistungen. Demgegenüber musste der Einzelhandel im Jahr 2012 hinnehmen, dass die Einstandspreise stärker als die Verkaufspreise gestiegen sind. Eine in dieser Hinsicht ungünstige Kostensituation war in der Informations- und Kommunikationsbranche ebenfalls anzutreffen.

... dafür Personalkosten weiterhin mit hoher Dynamik

Der Personalkostenblock, in dem sich die Aufwendungen für die Stammebelegschaften niederschlagen, entwickelte sich im Berichtszeit-

Ausgewählte Indikatoren aus der Erfolgsrechnung deutscher Unternehmen^{*)}



^{*)} Hochgerechnete Ergebnisse der Unternehmensabschlussstatistik.
 Deutsche Bundesbank

³⁾ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den Ursachen für die jüngste Schwäche der deutschen Warenexporte nach China, Monatsbericht, November 2013, S. 50 ff.

Erfolgsrechnung der Unternehmen ¹⁾					
Position	2010	2011	2012 ⁵⁾	2011	2012 ⁵⁾
	Mrd €			Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
Erträge					
Umsatz	5 031,8	5 501,9	5 647	9,3	2,5
Bestandsveränderung an Erzeugnissen ¹⁾	29,6	36,2	30	22,3	- 17,5
Gesamtleistung	5 061,3	5 538,0	5 677	9,4	2,5
Zinserträge	19,1	21,5	21	12,3	- 1
Übrige Erträge ²⁾	244,5	249,0	258	1,8	3,5
darunter: Erträge aus Beteiligungen	32,4	29,4	32	- 9,4	8,5
Gesamte Erträge	5 325,0	5 808,5	5 956	9,1	2,5
Aufwendungen					
Materialaufwand	3 276,1	3 674,1	3 776,5	12,1	3
Personalaufwand	799,1	835,4	862,5	4,5	3,5
Abschreibungen	155,2	158,5	160,5	2,1	1
auf Sachanlagen ³⁾	142,5	141,7	145	- 0,5	2,5
sonstige ⁴⁾	12,7	16,8	15,5	32,3	- 8,5
Zinsaufwendungen	62,0	65,5	62,5	5,6	- 4,5
Betriebssteuern	64,9	65,6	65,5	1,0	- 0,5
darunter: Verbrauchsteuern	57,8	58,5	58	1,2	- 1
Übrige Aufwendungen ⁵⁾	742,8	767,2	770,0	3,3	0,5
Gesamte Aufwendungen vor Gewinnsteuern	5 100,2	5 566,3	5 697,5	9,1	2,5
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	224,8	242,2	258,5	7,7	7
Steuern vom Einkommen und Ertrag ⁶⁾	46,1	52,3	51,5	13,5	- 1,5
Jahresergebnis	178,7	189,8	207	6,2	9
Nachrichtlich:					
Cashflow (Eigenerwirtschaftete Mittel) ⁷⁾	⁸⁾ 349,4	367,8	354,5	5,3	- 3,5
Nettozinsaufwand	42,8	44,0	41,5	2,7	- 6
	in % des Umsatzes			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten	
Roherttrag ⁹⁾	35,5	33,9	33,7	- 1,6	- 0,2
Jahresergebnis	3,6	3,5	3,7	- 0,1	0,2
Jahresergebnis vor Gewinnsteuern	4,5	4,4	4,6	- 0,1	0,2
Nettozinsaufwand	0,9	0,8	0,7	- 0,1	- 0,1

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. anderer aktivierter Eigenleistungen. **2** Ohne Erträge aus Gewinnübernahmen (Mutter) sowie aus Verlustabführungen (Tochter). **3** Einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. **4** Überwiegend Abschreibungen auf Forderungen, Wertpapiere und Beteiligungen. **5** Ohne Aufwendungen aus Verlustübernahmen (Mutter) sowie aus Gewinnabführungen (Tochter). **6** Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur Gewerbeertragsteuer. **7** Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. **8** Schätzungsweise bereinigt um Sondereffekte infolge des BilMoG. **9** Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand.

Deutsche Bundesbank

raum – wie bereits in den zwei Jahren zuvor – mit einem Zuwachs von 3½% erneut vergleichsweise kräftig nach oben. Dies lag zum einen an spürbaren Verdienststeigerungen. So sind die Tarifentgelte in der Privatwirtschaft 2012 stärker gestiegen als in den Jahren davor, wobei das Verarbeitende Gewerbe die Spitzenposition unter den großen Wirtschaftszweigen einnahm. Hinzu kam, dass die Arbeitnehmer-einkommen durch Prämienzahlungen und Boni teilweise erheblich aufgestockt wurden. Dies war insbesondere bei den Automobilherstellern der Fall. Zum anderen haben die Unternehmen im Berichtszeitraum auch zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, wenngleich nicht mehr im sel-

ben Maße wie in den Jahren 2010 und 2011. Im Branchenvergleich betrachtet, hatten vor allem das Verarbeitende Gewerbe und der Handel darunter zu leiden, dass die Personalkosten stärker als die Absatzerlöse gestiegen sind. Im längerfristigen Vergleich befand sich der Anteil der Personalkosten an der Gesamtleistung in diesen Sektoren – ebenso wie im gesamten nichtfinanziellen Unternehmenssektor – aber weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Der Posten „Übrige Aufwendungen“ trug mit einem Zuwachs von ½% unterdurchschnittlich zur Ausgabenentwicklung der Unternehmen

Übrige Aufwendungen trugen 2012 unterdurchschnittlich zur Ausgabenentwicklung bei, ...

bei. Hierbei dürften Kostenerleichterungen durch Anpassungen bei flexiblen Arbeitseinsatzkomponenten eine Rolle gespielt haben. So führte vor allem die Industrie ihren Leiharbeiterbestand zurück, dessen Kosten in der Regel unter dieser Position gebucht werden. Hinzu kam, dass in großen Teilen des Verarbeitenden Gewerbes aufgrund der ungünstigeren Auftragslage die Arbeitszeitkonten der Mitarbeiter per saldo abgebaut wurden. Im Gegensatz zu den Jahren 2010 und 2011, in denen sich Stundenguthaben angesammelt hatten, musste diesmal keine entsprechende Vorsorge in Form zusätzlicher Rückstellungen getroffen werden. Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die infolge der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes 2010 zu einem deutlichen Anstieg der außerordentlichen Aufwendungen geführt hatten, verminderten sich ebenfalls.

... ebenso die Abschreibungen

Die Abschreibungen der Unternehmen legten im Berichtszeitraum nur mäßig um 1% zu. Zwar erhöhten sich die Abschreibungen auf Sachanlagen in praktisch allen Wirtschaftsbereichen zum ersten Mal seit 2008 (+ 2½%). Wertkorrekturen bei Finanzanlagen und anderen Vermögensgegenständen waren nach dem kräftigen Anstieg in der Vorperiode hingegen wieder rückläufig.

Niedriges Zinsniveau verringert Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen der Unternehmen haben sich im Berichtszeitraum das erste Mal seit 2009 wieder verringert (– 4½%). Dies lag ausschließlich am niedrigen Zinsniveau, welches in der Jahresdurchschnittsbetrachtung zu einem Rückgang der impliziten Verzinsung auf 4¼% führte, während die Unternehmen ihre zinswirksamen Verbindlichkeiten 2012 noch einmal deutlich ausbauten.

Mittelaufkommen und Mittelverwendung

Das Mittelaufkommen der Unternehmen fiel im Jahr 2012 um ein Sechstel geringer aus als 2011. Dahinter stand eine erhebliche Rück-

führung der Innenfinanzierung, auf die im Berichtszeitraum lediglich ein Anteil von zwei Dritteln entfiel, nachdem es im Jahr 2011 noch drei Viertel gewesen waren. Die Innenfinanzierungsmöglichkeiten haben sich zum einen durch die Auflösung von Rückstellungen verringert. Zum anderen fielen 2012 die Gewinnthesaurierungen nochmals spärlicher aus als im Jahr zuvor. Die Außenfinanzierung wurde hingegen leicht ausgeweitet. Ausschlaggebend hierfür war ein deutliches Plus bei den langfristigen Verbindlichkeiten, nachdem es im Jahr 2011 per saldo noch zu Tilgungen gekommen war. Insbesondere wurden neue Zahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen eingegangen. Kapitalmarktbasierter Finanzierungsmöglichkeiten spielten – abgesehen von vereinzelt Anleiheemissionen größerer Firmen – keine nennenswerte Rolle. Kleine und mittlere Unternehmen griffen wohl vermehrt auf die ihnen von den Banken eingeräumten Kreditlinien zurück.

Die Mittelverwendung verteilte sich 2012 ähnlich wie im Jahr davor zu sieben Zehntel auf die Akkumulation von Sachvermögen und zu drei Zehntel auf die Geldvermögensbildung. In letzterer Kategorie entfiel mehr als die Hälfte auf den Erwerb neuer Beteiligungen. Diesbezüglich sind Kapitalgesellschaften wesentlich aktiver als Nichtkapitalgesellschaften; im Berichtszeitraum kam es hier nur zu einer geringen Abnahme im Vergleich zum hohen Niveau der beiden Vorjahre. Bei Investitionen in den Anlagenbestand waren die Kapitalgesellschaften vergleichsweise zurückhaltend. Im Berichtsjahr überstieg der Brutto-Sachanlagenzugang die entsprechenden Abschreibungen dennoch um ein Achtel, nach einem Zehntel im Jahr 2011. Dies war allerdings ganz wesentlich von außergewöhnlich kräftigen Kapazitätserweiterungen bei größeren Automobilunternehmen und im sonstigen Fahrzeugbau bestimmt, während die meisten anderen Branchen eher schwach abschnitten.

Innenfinanzierungsspielraum spürbar eingeschränkt

Kräftige Investitionen bei den großen Automobilherstellern und ...

Bei den Nichtkapitalgesellschaften fielen im Jahr 2012 die Investitionen in Sachanlagen

Mittelaufkommen und Mittelverwendung der Unternehmen ¹⁾

Mrd €

Position	2010 ¹⁾	2011	2012 ²⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				2011	2012 ³⁾
Mittelaufkommen					
Kapitalerhöhung aus Gewinnen sowie Einlagen bei Nichtkapitalgesellschaften ²⁾	75,1	45,3	25	-29,8	-20,5
Abschreibungen (insgesamt)	155,2	158,5	160,5	3,3	2
Zuführung zu Rückstellungen ³⁾	-11,0	20,5	-13	31,5	-34
Innenfinanzierung	219,3	224,4	172	5,1	-52,5
Kapitalzuführung bei Kapitalgesellschaften ⁴⁾	41,1	8,1	2	-33,1	-6
Veränderung der Verbindlichkeiten	129,4	77,8	85	-51,6	7
kurzfristige	105,3	89,1	52,5	-16,2	-36,5
langfristige	24,2	-11,3	32,5	-35,5	43,5
Außenfinanzierung	170,6	85,9	86,5	-84,7	1
Insgesamt	389,9	310,3	259	-79,6	-51,5
Mittelverwendung					
Brutto-Sachanlagenzugang ⁵⁾	172,1	155,7	164	-16,4	8
Nachrichtlich:					
Netto-Sachanlagenzugang	29,6	14,0	19	-15,6	5
Abschreibungen auf Sachanlagen	142,5	141,7	145	-0,8	3
Vorratsveränderung	43,4	50,8	16,5	7,4	-34
Sachvermögensbildung (Bruttoinvestitionen)	215,6	206,5	180,5	-9,0	-26
Veränderung von Kasse und Bankguthaben	19,7	-6,1	10	-25,8	16
Veränderung von Forderungen ⁶⁾	115,9	67,8	27,5	-48,1	-40
kurzfristige	116,3	64,6	21	-51,6	-43,5
langfristige	-0,4	3,1	7	3,5	3,5
Erwerb von Wertpapieren	-11,5	-2,1	-2	9,5	0
Erwerb von Beteiligungen	50,3	44,1	43	-6,2	-1
Geldvermögensbildung	174,3	103,7	78,5	-70,6	-25,5
Insgesamt	389,9	310,3	259	-79,6	-51,5
Nachrichtlich:					
Innenfinanzierung in % der Bruttoinvestitionen	101,7	108,6	95,5	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. 1 Teilweise beeinflusst von Sondereffekten infolge des BilMoG. 2 Einschl. GmbH und Co KG und ähnlicher Rechtsformen. 3 Einschl. Veränderung des Saldos der Rechnungsabgrenzungsposten. 4 Erhöhung des Nominalkapitals durch Ausgabe von Aktien und GmbH-Anteilen sowie Zuführungen zur Kapitalrücklage. 5 Veränderung der Sachanlagen (einschl. immaterieller Vermögensgegenstände) zzgl. Abschreibungen. 6 Zzgl. unüblicher Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens.

Deutsche Bundesbank

... in den
 eher binnen-
 wirtschaftlich
 orientierten
 Sektoren

– bezogen auf die entsprechenden Abschreibungen – nicht nur kräftiger als bei Kapitalgesellschaften, sondern waren auch sektoral breiter gestreut. Im Produzierenden Gewerbe lagen kleine und mittlere Bau- und Energieunternehmen an der Spitze, was wohl auf den kräftigen Wohnungsbau beziehungsweise den forcierten Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung zurückzuführen war. In der Industrie schränkten die Nichtkapitalgesellschaften im Jahr 2012 die Sachkapitalakkumulation nach zwei Jahren mit deutlichem Zuwachs hingegen etwas ein. Im Dienstleistungsbereich, in dem Einzelunternehmen und Personengesellschaften weit stärker verbreitet sind als im Produzie-

renden Gewerbe, wurde im Berichtszeitraum branchenübergreifend die Sachkapitalausstattung erhöht. Dabei ist mit ins Bild zu nehmen, dass es im Jahr zuvor durchweg zu Rückgängen gekommen war. Im Großen und Ganzen spiegelt sich im Investitionsverhalten der nichtfinanziellen Unternehmen das sektorale Nachfrageprofil wider, das im Jahr 2012 einerseits durch eine temporäre Abschwächung der stark vom Export getragenen Industriekonjunktur und andererseits durch ein zunehmendes Bau- und Dienstleistungsgeschäft gekennzeichnet war.

Bilanz der Unternehmen ^{*)}					
Position	2010	2011	2012 ^{*)}	2011	2012 ^{*)}
	Mrd €			Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	83,9	80,8	80,5	- 3,7	- 0,5
Sachanlagen	839,1	856,3	875,5	2,0	2,5
Vorräte	542,6	593,4	610	9,4	3
Sachvermögen	1 465,7	1 530,5	1 566	4,4	2,5
Kasse und Bankguthaben	249,1	243,0	253	- 2,5	4
Forderungen	1 122,4	1 184,5	1 207,5	5,5	2
darunter:					
aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	371,4	390,4	398	5,1	2
Wertpapiere	608,1	648,0	660	6,6	2
Beteiligungen ¹⁾	78,1	76,1	74	- 2,6	- 3
Rechnungsabgrenzungsposten	499,5	532,5	565	6,6	6
	18,3	18,4	19,5	0,8	5,5
Forderungsvermögen	1 967,5	2 054,5	2 118,5	4,4	3
Aktiva insgesamt ²⁾	3 433,1	3 585,0	3 684,5	4,4	3
Kapital					
Eigenmittel ^{2) 3)}	927,9	981,3	1 008,5	5,8	3
Verbindlichkeiten	1 903,4	1 981,2	2 066	4,1	4,5
darunter:					
gegenüber Kreditinstituten	455,2	456,5	459	0,3	0,5
aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	289,7	306,1	311	5,7	1,5
erhaltene Anzahlungen	722,3	757,9	820	4,9	8
Rückstellungen ³⁾	187,0	204,8	209	9,5	2
darunter:	573,0	593,9	581	3,6	- 2
Pensionsrückstellungen	188,8	192,6	191	2,0	- 1
Rechnungsabgrenzungsposten	28,8	28,6	29,5	- 0,7	3
Fremdmittel	2 505,2	2 603,7	2 676,5	3,9	3
Passiva insgesamt ²⁾	3 433,1	3 585,0	3 684,5	4,4	3
Nachrichtlich:					
Umsatz	5 031,8	5 501,9	5 647	9,3	2,5
desgl. in % der Bilanzsumme	146,6	153,5	153,5	.	.

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. **1** Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. **2** Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. **3** Einschl. anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil.
 Deutsche Bundesbank

Bilanzentwicklung

Bilanzwachstum von zunehmenden Unternehmensverflechtungen getragen

Die Bilanzsumme des nichtfinanziellen Unternehmensbereichs ist im Jahr 2012 um 3% gestiegen. Der Zuwachs fiel damit etwas schwächer aus als im Jahr 2011 (+ 4½%). Aktivseitig wurden insbesondere mehr langfristige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen verbucht. Im Einklang mit der Bilanzsumme expandierten die Vorräte, während die Zunahme der Sachanlagen unterdurchschnittlich ausfiel. Auf der Passivseite sind die Fremdmittel insgesamt zwar im Gleichschritt mit den Eigenmitteln gewachsen, innerhalb dieser Bilanzkategorie gab es aber

wahrnehmbare Verschiebungen. So wurden im Jahr 2012 weniger Rückstellungen als 2011 gebildet, wohingegen insbesondere mehr kurz- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bilanzwirksam wurden. Das Gewicht der Positionen, die diese Art von Finanzverflechtungen zwischen Firmen abbilden, hat auf beiden Seiten der Bilanz seit Jahren zugenommen und beträgt inzwischen vermögensseitig gut ein Sechstel und knapp ein Viertel bei den Verpflichtungen.

Der im Berichtszeitraum beobachtbare Vorratsaufbau erklärt sich zum größeren Teil mit der vorübergehenden Abschwächung der Nach-

**Bilanzielle Kennziffern
 der Unternehmen ^{*)}**

Position	2010	2011	2012 ⁵⁾
	in % der Bilanzsumme ¹⁾		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2,4	2,3	2
Sachanlagen	24,4	23,9	24
Vorräte	15,8	16,6	16,5
Kurzfristige Forderungen	30,4	30,8	30,5
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	48,6	47,8	48
darunter:			
Eigenmittel ¹⁾	27,0	27,4	27,5
Langfristige Verbindlichkeiten	15,9	14,9	15,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	39,6	40,4	40,5
	in % der Sachanlagen ³⁾		
Eigenmittel ¹⁾	100,5	104,7	105,5
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	180,9	183,0	185,5
	in % des Anlagevermögens ⁴⁾		
Langfristig verfügbares Kapital ²⁾	108,2	107,9	107,5
	in % der kurzfristigen Verbindlichkeiten		
Liquide Mittel ⁵⁾ und kurzfristige Forderungen	97,9	95,7	93,5
	in % der Fremdmittel ⁶⁾		
Cashflow (Eigenerwirtschaftete Mittel) ⁷⁾	8) 15,5	15,6	14,5

* Hochgerechnete Ergebnisse; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. 1 Abzüglich Berichtigungsposten zum Eigenkapital. 2 Eigenmittel, Pensionsrückstellungen, langfristige Verbindlichkeiten und Sonderposten mit Rücklageanteil. 3 Einschl. immaterieller Vermögensgegenstände. 4 Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände, Beteiligungen, langfristige Forderungen und Wertpapiere des Anlagevermögens. 5 Kasse und Bankguthaben sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens. 6 Verbindlichkeiten, Rückstellungen, passivischer Rechnungsabgrenzungsposten und anteiliger Sonderposten mit Rücklageanteil, vermindert um Kasse und Bankguthaben. 7 Jahresergebnis, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen, des Sonderpostens mit Rücklageanteil und der Rechnungsabgrenzungsposten. 8 Schätzungsweise bereinigt um Sondereffekte infolge des BilMoG.

Deutsche Bundesbank

Vorratsaufbau im Zeichen abkühlender Industrie- und anhaltend kräftiger Baukonjunktur

frage nach Industrieerzeugnissen, die zum einen dazu geführt hat, dass viele Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes fertiggestellte Waren auf Lager nehmen mussten. Mit Absatzproblemen im Verlauf des Jahres 2012 waren die Elektroindustrie, die Metallherzeugung und die Chemie konfrontiert. Demgegenüber sind im Fahrzeugbau die Fertigwarenläger kaum gestiegen. Es zeugt von der guten Branchenkonjunktur, dass in diesem Sektor die Vorproduktbestände hoch geblieben sind, während in einigen anderen Industriezweigen bei den Inputorders eher vorsichtig disponiert wurde. Ein kleinerer Teil des Zuwachses bei den Vorräten ist darauf zurückzuführen, dass nicht ab-

gerechnete Leistungen der Bauunternehmen im Jahr 2012 um ein Zehntel umfangreicher ausfielen. Bereits in den beiden Jahren davor war es zu kräftigen Steigerungen gekommen. Dieser Aufwärtstrend ist mit der anhaltend guten Baukonjunktur erklärbar. Im Berichtszeitraum entfielen auf unfertige Bauten fast zwei Fünftel aller Aktiva im Bausektor.

Das Plus bei den Sachanlagen beruhte überwiegend auf der Zunahme des beweglichen Anlagevermögens, während der Grundstücks- und Gebäudebestand nur verhalten zugelegt hat. Diese Abstufung ist praktisch in allen großen Industriebranchen zu finden. Besonders kräftig war die Ausweitung der Produktionsanlagen in der Automobilfertigung, die sich sowohl auf Maschinen und Ausrüstungen (+ 10%) als auch auf die genutzten Gewerbeflächen (+ 6 1/2%) bezog. Dies spricht dafür, dass in diesem Bereich in erheblichem Umfang neue Kapazitäten geschaffen wurden. Das Bild akzentuiert sich weiter, wenn allein die großen, weltweit operierenden deutschen Automobilhersteller betrachtet werden; deren Sachanlagenakkumulation wies im Jahr 2012 im Durchschnitt sogar eine zweistellige Rate auf.

Die immateriellen Vermögensgegenstände haben in der aggregierten Bilanz des nicht-finanziellen Unternehmenssektors im Jahr 2012 – wie schon 2011 – etwas an Gewicht verloren, was insbesondere mit einem Rückgang bei den aktivierten Geschäfts- und Firmenwerten zusammenhing. Langfristige Forderungen und Wertpapiere sowie Beteiligungen wurden demgegenüber kräftig ausgeweitet, sodass gerade auch die Bestandteile des Geldvermögens substantielle Beiträge zum Aufbau des Anlagevermögens der Unternehmen leisteten. Im Ergebnis erhöhte sich im Berichtszeitraum der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme auf 45%, nachdem es in den beiden Jahren davor einen Rückgang gegeben hatte.

Mit dem Zuwachs im Anlagevermögen korrespondierte im Jahr 2012 passivseitig ein Plus beim langfristig verfügbaren Kapital, das neben

Plus bei Sachanlagen überdurchschnittlich auf Ausrüstungen zurückzuführen

Bilanzgewicht des gesamten Anlagevermögens wieder zugelegt ...

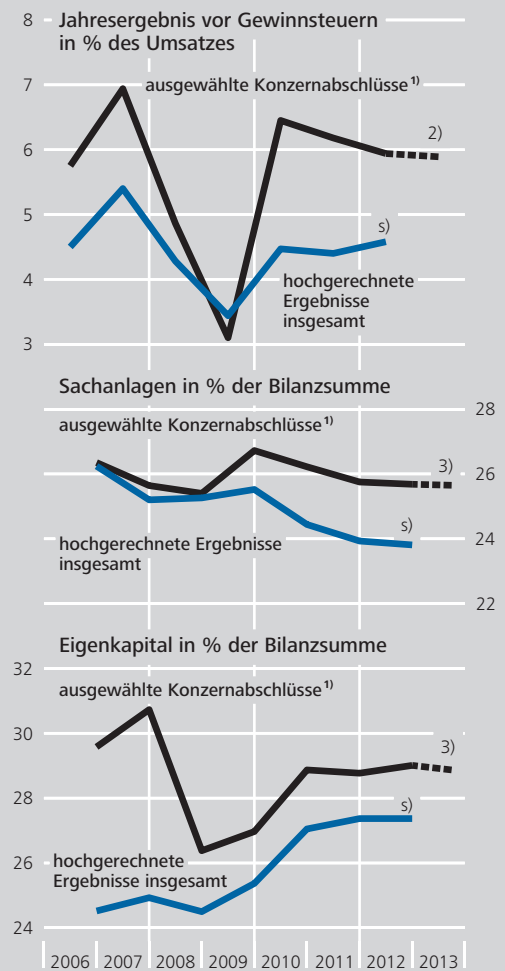
... und nach wie vor solide mit langfristigem Kapital finanziert

den Eigenmitteln insbesondere die langfristigen Verbindlichkeiten und Pensionsrückstellungen umfasst. In der Summe belaufen sich diese Positionen seit mehreren Jahren unverändert auf rund 48% der Bilanzsumme. Mit Blick auf die Fristigkeit sind die Produktionsmittel und Forderungen somit solide finanziert. Vor dem Hintergrund, dass der Eigenkapitalaufbau im Verhältnis zur Bilanzsumme zuletzt nicht weiter vorangeschritten ist und die Pensionsrückstellungen durch die „Ausfinanzierung“ betrieblicher Altersvorsorgezusagen geschrumpft sind, haben die Unternehmen verstärkt neue langfristige Verbindlichkeiten aufgenommen. Dabei spielten aber Ausleihungen von verbundenen Unternehmen eine größere Rolle als zusätzliche Bankkredite.

Eigenmittelquote 2012 genauso hoch wie 2011

Die Eigenmittelquote belief sich zum Ende des Bilanzjahres 2012 im Durchschnitt aller betrachteten Wirtschaftszweige auf 27 1/2% und war damit genauso hoch wie 2011, als es verglichen mit den Jahren davor bereits einen nur relativ verhaltenen Zuwachs gegeben hatte. Bei den Nichtkapitalgesellschaften, die seit längerer Zeit kontinuierlich gegenüber den Kapitalgesellschaften aufholen, kam es bis zuletzt zu weiteren Fortschritten. Im Berichtszeitraum lag hier der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme bei 17%. Die Eigenmittelquote der Kapitalgesellschaften verharrt seit 2010 auf einem Niveau von etwas über 30%. Auch aus sektoraler Sicht gibt es unterschiedliche Entwicklungstendenzen. Im Produzierenden Gewerbe und im Handel nahm die Eigenmittelquote 2012 zu, wohingegen bei den Unternehmensdienstleistern kleine und im Bereich „Information und Kommunikation“ spürbare Abstriche zu verzeichnen waren. Insgesamt dürfte die intersektorale Heterogenität in der Eigenkapitalausstattung weiter abgenommen haben, da Wirtschaftszweige mit unterdurchschnittlichen Quoten tendenziell stärker zugelegt haben. In dieser Hinsicht sind insbesondere das Baugewerbe, die Handelssparten und das Gastgewerbe zu nennen.

Ausgewählte Kennzahlen aus Konzern- und Jahresabschlüssen



1 Ca. 75 nichtfinanzielle Unternehmensgruppen des DAX und MDAX. **2** Saisonbereinigter Durchschnitt 1.–3. Vj. 2013. **3** Bilanzstichtag 30. September 2013. Deutsche Bundesbank

■ Tendenzen für das Jahr 2013

Für das Jahr 2013 ist bei den gewerblichen Unternehmen insgesamt mit einer sehr verhaltenen Umsatzentwicklung zu rechnen. Laut den Angaben aus der Konzernabschlusstatistik, welche die im DAX und MDAX notierten nichtfinanziellen Unternehmensgruppen umfasst, sind die Erlöse bis zum dritten Quartal im Vergleich zum Jahr 2012 praktisch auf der Stelle getreten. Beim Materialaufwand gab es aber spürbare Entlastungen, da sich die Preise für im Inland wie im Ausland bezogene Vorleistungen ermäßigt haben. Die Personalkosten dürften

Umsatzrendite der Konzerne bis zum dritten Quartal 2013 ...

bei moderatem Beschäftigungsaufbau und recht gleichförmiger Verdienstentwicklung in ähnlichem Umfang wie in den beiden Vorjahren gestiegen sein. Die Rentabilität des gesamten gewerblichen Unternehmensbereichs hat daher wohl aus heutiger Sicht keine erheblichen Einbußen erfahren.

*... ebenso wie
Eigenmittelquote
gegenüber 2012
unverändert*

Die aus der Hochrechnung der bis 2012 vorliegenden Einzelabschlüsse abgeleitete These, wonach sich der Prozess der Eigenkapitalstärkung nach Überwindung der scharfen Rezession des Winterhalbjahres 2008/2009 nicht fortgesetzt hat, bestätigt sich auch mit Blick auf die Konzernergebnisse für das laufende Jahr. Seither machen die Eigenmittel unverändert rund 29% der Bilanzsumme aus. Bei unveränderter Rentabilität steht das Bestreben der Konzerne, die Ausschüttungen an die Aktionäre nicht stark zu variieren, im Einklang mit stetigen Thesaurierungsbeiträgen.

Die Sachanlagen der Konzerne beliefen sich am Ende des dritten Quartals 2013 wie im Vorjahr auf knapp 26% der Bilanzsumme. Damit sta-

bilisiert sich die Quote in den Konzernbilanzen auf einem Niveau, das deutlich höher als der entsprechende Anteil in den aggregierten Einzelabschlüssen ausfällt. Dieser hat in den vergangenen Jahren spürbar nachgegeben. Wird berücksichtigt, dass Anlageinvestitionen bei ausländischen Tochterunternehmen in der Konzernbilanz das Sachvermögen erhöhen, sich in den Einzelabschlüssen nur teilweise und in anderen Positionen (z. B. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen) niederschlagen,⁴ könnten die unterschiedlichen Entwicklungslinien ein Hinweis darauf sein, dass die Auslandsengagements heimischer Unternehmen zulasten von Kapazitätserweiterungen an inländischen Standorten in den vergangenen Jahren zugenommen haben.

*Sachanlagen-
quote der
Konzerne seit
2010 stabil
geblieben*

⁴ Werden Investitionen an ausländischen Standorten mit Mitteln finanziert, die vor Ort vom Tochterunternehmen erwirtschaftet wurden, bilden sich mit Blick auf den Einzelabschluss des hiesigen Mutterunternehmens stille Reserven, da die Beteiligung zu Anschaffungswerten zu bilanzieren ist.

Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

Durch Marktentwicklungen, Reaktionen auf die Finanzkrise und regulatorische Maßnahmen haben die Repomärkte, die Märkte für Wertpapierpensionsgeschäfte, für das Finanzsystem in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Da das Finanzsystem eine zentrale Rolle dabei spielt, geldpolitische Maßnahmen in die Realwirtschaft und damit letztlich in die Preisentwicklung zu übertragen, sind die Entwicklungen auf dem Repomarkt für die Notenbanken von wachsendem Interesse. Dabei werfen vor allem zwei Trends Herausforderungen auf.

Weil kurzfristige Kreditgeschäfte zunehmend mit Wertpapieren besichert werden, wirken Kursbewegungen bei Wertpapieren direkter auf den Liquiditätsausgleich, insbesondere denjenigen zwischen den Geschäftsbanken. Kursverluste der für Repogeschäfte genutzten Sicherheiten können steigende Sicherheitsabschläge und damit weitere Kursverluste bedingen. Das kann den Liquiditätsausgleich zwischen den Banken stören und im Extremfall zum Erliegen bringen. Um eine solche Destabilisierungsspirale zu stoppen, wäre die Notenbank im äußersten Fall gezwungen, in die Intermediation am Interbankenmarkt einzutreten.

Eine ähnliche Herausforderung könnte der Zentralbank aus der wachsenden Bedeutung Zentraler Gegenparteien entstehen, die sich auf den Repomärkten etablieren und den Repo-Kontraktpartnern bei der Handhabung der Sicherheiten gewisse Vorteile bieten. Wäre nämlich mit dem Ausfall eines einzelnen Kontrahenten auch die Zentrale Gegenpartei als solche bedroht, kann sich die Notenbank der Finanzstabilität wegen in die Rolle des Liquiditätsgebers letzter Instanz gedrängt sehen.

Da in beiden Fällen Risiken systemischer Art für die Finanzstabilität entstehen können, die eine reibungslose Umsetzung der Geldpolitik stören, liegt es im ureigenen Interesse der Notenbank, derartige Risiken zu minimieren. Hierzu sind diese Märkte entsprechend zu regulieren und laufend zu überwachen, zentrale Finanzmarktinfrastrukturen gegen den Ausfall großer Akteure zu schützen und die mit Repogeschäften verbundenen Risiken möglichst umfassend zu internalisieren, das heißt bei der Bepreisung von Repotransaktionen zu berücksichtigen.

Weil die Repomärkte für die geldpolitische Transmission an Bedeutung gewonnen haben, wirken sich auch Regulierungen und staatliche Eingriffe in diesem Teil des Finanzmarktes zunehmend auf die Geldpolitik aus. So würde die geplante Finanztransaktionssteuer den Repomarkt nachhaltig beeinträchtigen und den Liquiditätsausgleich zwischen den Banken gefährden. Voraussichtbare Folge wäre eine stärkere Refinanzierung der Banken über das Eurosystem. Dies wäre geldpolitisch und ordnungspolitisch nicht wünschenswert.

*Zunehmende
Bedeutung von
Repogeschäften*

■ Einleitung

Repogeschäfte sind die mit Abstand wichtigste und relevanteste Form besicherter Geldmarktgeschäfte. Finanzinstitute, Wertpapierhändler, Unternehmen und andere Marktteilnehmer nutzen die Repomärkte vor allem um ihre Liquidität zu steuern oder längerfristige Anlagen zu finanzieren. Die Bedeutung von Repogeschäften hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Dahinter steht der anhaltende Trend, Risiken aus Kreditgeschäften zu begrenzen und sich wegen der Verpflichtung zu einer angemessenen Eigenkapitalausstattung zu beschränken. Dieser Trend hat schon vor der Finanzkrise eingesetzt und korrespondiert mit rückläufigen Umsätzen im unbesicherten Geldmarkt. Die Krise hat diese Entwicklung dramatisch verstärkt. Unmittelbar nach der Lehman-Insolvenz war der unbesicherte Interbanken-Geldmarkt in mittleren und längeren Laufzeiten weitgehend ausgetrocknet; eine nachhaltige Wiederbelebung dieses Segments, insbesondere bei längeren Laufzeiten, ist nicht absehbar.

Die Repomärkte sind – nicht zuletzt auch durch die Finanzkrise – starken Veränderungen unterworfen: Die Bedeutung außerbörslicher Repogeschäfte nimmt tendenziell ab, elektronische Handelsplattformen für Repogeschäfte und daran angeschlossene Abwicklungsinfrastrukturen gewinnen nicht nur Marktanteile, sondern tragen spürbar zum Wachstum dieser Märkte bei. Außerdem differenzieren die Geldmarktteilnehmer bei der Qualität der akzeptierten Sicherheiten und den Geschäftspartnern seit der Krise viel stärker als zuvor.

*Repomärkte
stellen auch
Zentralbanken
vor neue
Herausforderungen*

Für die Geldpolitik sind die Repomärkte von besonderer Bedeutung, weil sie im monetären Transmissionsprozess eine besondere Rolle spielen. Der Bedeutungsgewinn und die Entwicklung der Repomärkte haben in den letzten Jahren nicht nur die Rahmenbedingungen für Finanzmarktakteure verändert, sondern stellen auch Aufsichtsbehörden und Zentralbanken vor neue Herausforderungen. Dies berührt ver-

schiedenste Aufgabenbereiche – darunter den Infrastrukturbetrieb bei Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklung, die Analysen zur Finanzstabilität oder die Beobachtung der Finanzmärkte.

Zugleich sind die Repomärkte Objekt von Regulierungsinitiativen und Besteuerungsvorhaben, die ihren Ausgangspunkt ihrerseits in der noch immer andauernden Finanzkrise haben.

Diese regulatorischen Initiativen dürften sich angesichts der Bedeutung der Repomärkte wiederum auf die Durchführung der Geldpolitik und die geldpolitische Transmission auswirken, was die künftige Geldpolitik im Eurosystem vor neue Herausforderungen stellen kann. Der vorliegende Aufsatz beleuchtet die vorgenannten Aspekte im Zusammenhang und gelangt zu der Schlussfolgerung, dass bei der Ausgestaltung von Rahmenbedingungen für die Repomärkte die Interessen einer effektiven stabilitätsorientierten Geldpolitik nach Maßgabe des EU-Vertrages gewahrt bleiben müssen.

*Interessen der
Geldpolitik
müssen gewahrt
bleiben*

■ Merkmale von Repogeschäften

Ein Repo (Sale and Repurchase Agreement, Pensionsgeschäft) kommt über einen Vertrag zustande, bei dem der Verkäufer Wertpapiere an den Käufer verkauft und sich gleichzeitig verpflichtet, dieselben oder ähnliche Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt zurückzukaufen. Beim Rückkauf zahlt er den gleichen Preis wie beim ursprünglichen Verkauf, zuzüglich Zinsen für den erhaltenen Geldbetrag (Cash). Aus der Sicht des Käufers spricht man auch von einem Reverse Repo, da er die Wertpapiere zunächst kauft und später wieder verkauft, aus seiner Sicht also ein umgekehrtes Sale and Repurchase Agreement tätigt. Je nachdem, wie man sie betrachtet, erscheinen Repos als wertpapierbesicherter Kredit oder als Wertpapierleihe gegen Liquidität.

*Repos sind
Wertpapier-
pensions-
geschäfte*

Ein Repogeschäft besteht aus zwei Transaktionen:

- Zum Valutadatum verkauft der Verkäufer (d. h. der Kreditnehmer) die Wertpapiere an den Käufer (d. h. den Kreditgeber) zu einem vereinbarten Betrag.
- Bei Fälligkeit kauft der Verkäufer die Wertpapiere zum ursprünglichen Betrag wieder zurück und zahlt an den Käufer Zinsen für den Geldbetrag, den er für die Laufzeit des Repos erhalten hat.

Die Eigentumsrechte an den Sicherheiten gehen für die Laufzeit des Repogeschäfts an den Kreditgeber über. Er kann mithin frei über die Sicherheiten verfügen und diese beispielsweise wiederum als Sicherheiten für einen eigenen Kredit verwenden.

Alternativ zu den bisher dargestellten bilateralen Repogeschäften können auch Triparty-Repogeschäfte abgeschlossen werden. In den USA bilden sie das Gros der Repogeschäfte. Bei einem Triparty-Repo tritt ein Agent zwischen Wertpapierverleiher und Liquiditätsgeber. Dieser Agent kontrolliert physisch die als Sicherheiten gestellten Wertpapiere, die ursprünglichen Kontrahenten bleiben Vertragsparteien der Transaktion. Der Agent (in Europa meist ein Clearinghaus, in den USA eine Clearingbank) verwaltet die Sicherheiten, nimmt erforderliche Substitutionen vor, überwacht die Risiken und besorgt das Inkasso. Bei einem Ausfall des Agenten bleibt das rechtliche Eigentum an den Sicherheiten beim Liquiditätsgeber.

Als Sicherheiten können spezielle Wertpapiere oder Wertpapierkörbe akzeptiert werden

Verständigen sich die Vertragsparteien eines Repogeschäfts auf ein bestimmtes Wertpapier als Sicherheit, spricht man von einem Special-Repo. Im Gegensatz dazu beziehen sich General Collateral-Repos (GC-Repos) auf eine bestimmte Auswahl von Wertpapieren (etwa eine Liste von Wertpapieren). Die Liste jeweils zugelassener Wertpapiere (GC Basket) kann beispielsweise Staatsanleihen des Euro-Raums umfassen. GC-Repos sind immer geldgetrieben:

Sie werden abgeschlossen, weil sich der Kreditnehmer Liquidität beschaffen möchte. Special-Repos hingegen sind meist wertpapiergetrieben, der Kreditgeber sucht ein ganz bestimmtes Wertpapier. Über Special-Repos kann man zum Beispiel Lieferverpflichtungen aus einem Leerverkauf erfüllen.

Um beide Vertragsparteien gegen den möglichen Ausfall des jeweils anderen abzusichern, sollte der Wert der gestellten Sicherheiten in etwa dem Barwert des Repogeschäfts entsprechen. Ein weiteres Verlustrisiko besteht, wenn der Markt für das als Sicherheit übertragene Wertpapier nicht hinreichend liquide ist. Dann müsste das Wertpapier gegebenenfalls unter Bewertungskurs verkauft werden. Deshalb werden bei Repogeschäften Sicherheitsabschläge vereinbart (Margins bzw. Haircuts).

Der Marktwert der Sicherheiten kann sich verändern, während das Repogeschäft läuft. Für solche Vermögenspreisänderungen werden Schwankungsmargen kalkuliert. Die Sicherheiten werden zu Marktpreisen bewertet, in der Regel auf Tagesbasis. Verringert sich der Sicherheitenwert, muss der Kreditnehmer zusätzliche Sicherheiten hinterlegen. Steigt der Wert der Sicherheiten, erhält er hingegen Sicherheiten zurück.

Der Reposatz bestimmt den Zinsbetrag, der nach Ablauf des Repogeschäfts zu zahlen ist. Die meisten Repoerträge sehen feste Zinssätze vor. Bei variabel verzinslichen Repogeschäften bezieht man den Reposatz auf einen Referenzzinssatz und vereinbart dazu einen Auf- oder Abschlag. Der Reposatz ändert sich analog zum Referenzzinssatz. Die Reposätze von Special-Repos liegen meist etwas unter den GC-Sätzen, weil bei Special-Geschäften der Sicherheitengeber den Reposatz zahlen muss, obwohl er oft gar keinen Liquiditätsbedarf hat. Wenn er den erhaltenen Geldbetrag als GC-Repo wieder anlegt, kann er Zinserträge erzielen, denen allerdings die Risiken dieser Transaktionen gegenüberstehen. Ist die Nachfrage nach einem bestimmten Wertpapier besonders

Reposätze werden meist fest vereinbart

hoch, können die Special-Repósitos dafür auch deutlich unter dem entsprechenden GC-Repósito liegen.

Repogeschäfte können direkt oder über Zentrale Gegenparteien abgewickelt werden

Repogeschäfte werden sowohl außerbörslich (Over-the-Counter: OTC) als auch börslich und über Zentrale Gegenparteien (Central Counterparties: CCP) abgewickelt. Außerbörsliche Repogeschäfte sind im Umfang bedeutend und wenig transparent, da für die Marktteilnehmer in der Regel keine aufsichtliche Meldepflicht besteht. Der Handel an einem regulierten Markt wie einer elektronischen Börse macht das Handelsgeschehen bei Preisbildung, Angebots- und Nachfrageverhältnis sowie Volumen abgeschlossener Geschäfte transparent und gewährleistet die Anonymität der Anbieter und Nachfrager zum Zeitpunkt des Handelns. Falls diese Geschäfte über CCP abgewickelt werden, bleibt diese Anonymität auch für die Abwicklungsphase erhalten. Denn die neutrale CCP sichert die Anonymität der Handelsparteien auch in der Phase der Abwicklung, übernimmt die eingegangenen Verpflichtungen und garantiert deren Erfüllung. Zudem führt, bewertet und verrechnet eine CCP die Handelspositionen und löst am Erfüllungstag die Abwicklung der jeweiligen Zahlungs- beziehungsweise Lieferverpflichtungen aus. Bei Geldmarkttransaktionen via CCP verringert sich das Kontrahenten-ausfall- und Abwicklungsrisiko, zugleich verlangt die Bankenaufsicht für diese Geschäfte eine geringere Eigenkapitalunterlegung.

Übertragung des Eigentums an Sicherheiten impliziert die Möglichkeit von Wiederverwendungsketten

Weil bei einem Repogeschäft die Eigentumsrechte an den Sicherheiten an den Kreditgeber übergehen, kann dieser seinerseits die erhaltenen Sicherheiten über ein weiteres Repogeschäft beleihen. Dies kann zu Wiederverwendungsketten führen. Einerseits erhöht die Wiederverwendung von Sicherheiten die Liquidität der Wertpapiermärkte und senkt die Kosten für das Liquiditätsmanagement der einzelnen Bank. Andererseits könnten unter Finanzstabilitätsgesichtspunkten Wiederverwendungsketten problematisch sein: Fiele in einer Wiederverwendungskette ein Akteur aus, könnten auch weitere Akteure in der Kette in

die Situation geraten, bei Fälligkeit eines Repogeschäfts ein geschuldetes Wertpapier ihrerseits nicht zurückgeben zu können. In diesem Fall würden diese Akteure schadenersatzpflichtig werden, soweit der Wert der Sicherheit den Rückzahlungsbetrag des Repos übersteigt. Kritisch wird hier besonders die Verflechtung von Banken mit dem Schattenbankensystem gesehen. Einige Schattenbanken können wegen geringerer Eigenkapitalausstattung Schocks tendenziell weniger gut absorbieren.

Teilnehmer und Struktur der Repomärkte in Europa und Deutschland

Banken und Finanzdienstleister nutzen Repogeschäfte, um ihre Liquidität zu steuern, Leerverkäufe zu decken, fremdfinanzierte Positionen aufzubauen oder sich im Zinsbereich abzusichern. Investoren wie Investmentfonds, Pensionsfonds, Versicherungen und Finanzabteilungen von Unternehmen nutzen Repogeschäfte, um überschüssige Liquidität anzulegen oder auf ihre Portfolios Zusatzerträge zu erzielen.

Repos werden von Marktteilnehmern für vielfältige Zwecke eingesetzt

Die Repomärkte sind bedeutend, aber wie andere außerbörsliche Märkte relativ intransparent. In Europa ist der Repomarkt bis zur Finanzkrise gemessen am ausstehenden Volumen rasant gewachsen, seither schwankt er erheblich (siehe Schaubild auf S. 64). Die International Capital Market Association (ICMA) schätzt das ausstehende Volumen auf dem europäischen Repomarkt derzeit auf circa 6 Billionen €. Das Geschäft ist stark konzentriert: Auf die führenden 20 Institute entfallen 80% der Handelsaktivität. Zwei Drittel der Repogeschäfte laufen höchstens über einen Monat, die meisten nur bis zu einer Woche; der überwiegende Rest hat eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.¹⁾

Der Repomarkt ist bis zur Finanzkrise rasant gewachsen ...

¹ Vgl.: ICMA, European Repo Market Survey June 2013, Survey No 25, September 2013.

Infrastrukturentwicklungen auf dem europäischen Repomarkt

Abwicklungsinfrastruktur gewinnt an Bedeutung

Mit den Umbrüchen auf dem Geldmarkt und dem Trend zu besicherten Finanztransaktionen gewinnt die Infrastruktur zur Abwicklung von Wertpapiergeschäften an Bedeutung.

Auf den europäischen Repomärkten hat sich das Geschäft vom außerbörslichen (Over-the-Counter: OTC) Handel zunehmend auf Handelsplattformen mit Einschaltung einer Zentralen Gegenpartei (Central Counterparty: CCP) verschoben, wobei der bilaterale Handel mit bestimmten Sicherheiten weiterhin für einige Banken attraktiv ist.

Dabei zeigt sich die Marktinfrastruktur derzeit noch stark fragmentiert. Zwar stehen die CCP als Clearingstellen im Zentrum der Aufmerksamkeit, doch sind Zentralverwahrer (Central Securities Depositories: CSD) und deren Wertpapierabwicklungs- und Sicherheitenverwaltungssysteme ebenso bedeutsam. Beide privaten Infrastruktursegmente, Zentrale Gegenparteien und Zentralverwahrer, müssen mit den Zentralbankinfrastrukturen zusammenwirken – etwa um über Zahlungsverkehrssysteme Zahlungen in Zentralbankgeld abwickeln zu können.

Internationaler Clearing- und Settlementmarkt für Eurobonds zwischen zwei Zentralverwahrern aufgeteilt

Beim Clearing werden gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten und Lieferverpflichtungen festgestellt. Der Clearingprozess besteht aus Übermittlung, Abstimmung und, in einigen Fällen, Bestätigung von Abschlüssen oder sonstiger Usancen (etwa Zahlungsweg, Ort und Zeit der Lieferung). Clearing- und Abrechnungsstellen arbeiten im nationalen oder internationalen Rahmen. In der EU teilen sich die beiden

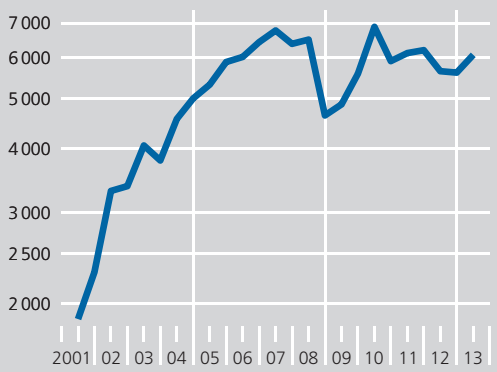
internationalen Zentralverwahrer (ICSD) Euroclear in Brüssel und Clearstream in Luxemburg den internationalen Clearing- und Settlementmarkt für Eurobonds, das heißt auf Euro lautende Anleihen, die in einem Nicht-Euro-Land emittiert wurden. Auf einheimische Währung lautende Wertpapiere werden in der Regel weiterhin jeweils bei nationalen CSD verwahrt und abgewickelt, die beiden ICSDs wickeln seit Einführung der Europäischen Währungsunion auch verstärkt national emittierte Wertpapiere ab. Die nationalen Zentralverwahrer vernetzen sich aber zunehmend untereinander und mit den internationalen Zentralverwahrern. So können Repogeschäfte leichter grenzüberschreitend abgewickelt werden. Das Projekt TARGET2-Securities (T2S) des Eurosystems wird künftig eine einheitliche Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld in Europa ermöglichen. Dann können Repogeschäfte noch kostengünstiger grenzüberschreitend abgewickelt werden. CSD werden dabei ihr jeweiliges Abwicklungssystem aufgeben und ein System auf einer einheitlichen Plattform nutzen. Die derzeit bei grenzüberschreitenden Transaktionen erheblich höheren Kosten sollen dadurch sinken und sich dem Niveau bei nationalen Transaktionen nähern.

Interoperabilität zwischen CCP wird forciert

Im Juli 2013 haben die beiden ICSD sowie Clearstream Banking AG und Eurex Clearing AG ein Kooperationsabkommen zur stärkeren Vernetzung ihrer Systeme beschlossen (Triparty Settlement Interoperability Initiative). Dadurch soll die Interoperabilität der Abwicklungs- und Sicherheitenverwaltungssysteme bis 2015 verbessert werden. Die Weitergabe von Sicherheiten zwischen den Infrastrukturen soll erleichtert und die Fragmentierung von sogenannten Sicherheitenpools reduziert werden. Das Sicherheitenmanagement innerhalb Europas soll so effizienter werden.

Ausstehendes Repovolumen in Europa¹⁾

Mrd €, Halbjahresendstände, log. Maßstab



Quelle: International Capital Market Association (ICMA). * Repo- und Reverse Repogeschäfte von in Europa (geografisch) tätigen Finanzinstituten, darunter auch europäische Niederlassungen außereuropäischer Finanzinstitute.

Deutsche Bundesbank

... und ist
aktuell das
wichtigste Geld-
marktsegment

Eine Geldmarktstudie des Eurosystems hat ergeben, dass der besicherte Geldmarkt – trotz Umsatzrückgangs in den Jahren 2008 und 2012 – in Deutschland und Europa größtes Geldmarktsegment geblieben ist. Der besicherte Geldmarkt ist der aktuellen Geldmarktumfrage des Eurosystems zufolge gemessen am Transaktionsvolumen etwa achtmal so groß wie der unbesicherte Geldmarkt.²⁾

Besicherte Geld-
markttrans-
aktionen über-
wiegen

Die Geldmarktstudie des Eurosystems fragte auch nach der Herkunft der Handelspartner. Bei den unbesicherten Geldmarktumsätzen in Deutschland im Jahr 2013 zeigte sich die Tendenz, weniger grenzüberschreitende Geschäfte mit Handelspartnern aus anderen Ländern des Euro-Raums abzuschließen (rd. 27% gegenüber 47% im Jahr 2007). Im besicherten Markt dagegen wurden im Jahr 2013 rund 50% der Umsätze mit ausländischen Handelspartnern aus dem Euro-Gebiet getätigt, sodass im besicherten Markt die Grenzen zwischen den Ländern des Euro-Raums erwartungsgemäß eine geringere Rolle spielten.

Bedeutung von Repos für die Bankenrefinanzierung in Deutschland

Die Bundesbank erhebt im Rahmen der monatlichen Bankenstatistik Daten zu Repos von den in Deutschland ansässigen Banken. Der weit überwiegende Teil der Transaktionen im Inland auf der Aktiv- wie auch der Passivseite findet zwischen Banken selbst beziehungsweise zwischen Banken und CCP statt. Die Refinanzierung der Banken über Repos auf der Passivseite beläuft sich auf circa 5% der Bilanzsumme (siehe Schaubild auf S. 66). Dabei sind circa 25% der ausstehenden Repogeschäfte täglich fällig. Weitere circa 72% haben eine Laufzeit beziehungsweise Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr. Analog zur Entwicklung am europäischen Repomarkt ist die Refinanzierung deutscher Banken über den Repomarkt bis zum Ausbruch der Finanzkrise stark gewachsen und unterliegt seit Ausbruch der Finanzkrise stärkeren Schwankungen.

Wichtige Rolle für Liquiditätsmanagement und Refinanzierung der deutschen Banken

Repogeschäfte sind für multinational tätige deutsche Banken erheblich wichtiger als für den deutschen Bankensektor insgesamt. Mit Ausbruch der Subprime-Krise am US-Immobilienmarkt ging der Anteil der Repogeschäfte an der kurzfristigen Refinanzierung multinational tätiger deutscher Banken jedoch deutlich zurück: Von nahezu 60% vor der Krise sank er bis kurz vor der Rettung von Bear Stearns im März 2008 auf 48%. Nach der Insolvenz von Lehman Brothers belief er sich auf nur noch 35%.³⁾ Diese Zahlen deuten darauf hin, dass der Zugang zu Repogeschäften für die kurzfristige Refinanzierung unmittelbar mit Ausbruch der Krise zunächst schwerer wurde, denn der Zusammenbruch des Subprime-Markts widerlegte die bis dahin geltende Annahme, auf verbrieften Krediten beruhende Repogeschäfte seien relativ sicher.

Deutlicher Rückgang der Finanzierung über Repos für multinationale deutsche Banken

² Vgl.: EZB, Euro Money Market Survey, November 2013.

³ Vgl.: C. Düwel, Repo funding and internal capital markets in the financial crisis, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 16/2013.

Repomärkte und Zentralbankpolitik: internationale Rückschau

Zentralbanken können Liquidität über Offenmarktgeschäfte beeinflussen. Neben Outright-Geschäften fallen darunter besicherte Kreditgeschäfte, die Repogeschäften sehr ähnlich sind und teilweise auch von den Notenbanken so bezeichnet werden. Bereits im Jahr 1917 nutzte die US-Notenbank Federal Reserve Repos, um Kredite an Banken auszureichen. Im darauffolgenden Jahrzehnt begann das Federal Reserve System, auf diese Weise Kredite auch an Wertpapierhändler zu vergeben. Während der Großen Depression und des Zweiten Weltkrieges wurden vorübergehend keine Repogeschäfte mehr durchgeführt. Erst im Jahr 1949 führte die US-Notenbank diese Art von Transaktion wieder ein. Im Jahr 1951 verabschiedete der US-Kongress den Treasury-Federal Reserve Accord. Damit wurde die Unabhängigkeit der Federal Reserve etabliert, sie erhielt die Kontrolle über die Geldpolitik, und Repogeschäfte gewannen wieder an Attraktivität.

In den siebziger Jahren führten zahlreiche Länder Repogeschäfte als geldpolitisches Instrument ein. Im Vereinigten Königreich kamen erst im Jahr 1997 mit staatlichen Schuldverschreibungen besicherte Repogeschäfte auf Tagesbasis zum Einsatz. Japan und die Schweiz folgten ab 1997 beziehungsweise 1998. Das Eurosystem nutzt seit Beginn der Europäischen Währungsunion im Jahr 1999 sogenannte Refinanzierungsgeschäfte als zentrales geldpolitisches Instrumentarium, die Repogeschäften sehr ähnlich sind.¹⁾

Repos sind für Zentralbanken ein wichtiges geldpolitisches Instrument geworden. Mittels Repogeschäften können Zentralban-

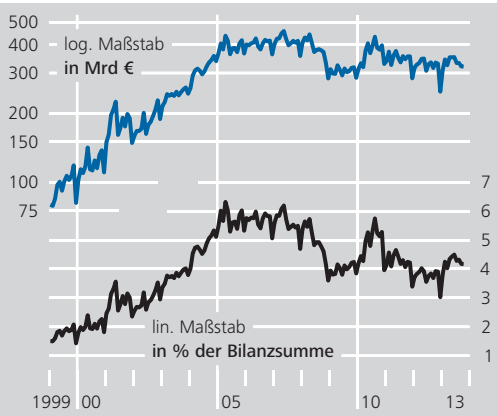
ken sowohl die Liquidität auf den Geldmärkten steuern als auch das angestrebte Zinsniveau an die Marktteilnehmer signalisieren. Zudem geben die Konditionen von Repogeschäften zwischen privaten Akteuren Aufschluss über die Erwartungen der Marktteilnehmer hinsichtlich der Geldpolitik in der kurzen Frist. Zahlreiche Zentralbanken nutzen Repogeschäfte zudem zur Verwaltung der Währungsreserven. Repos erweitern das Anlagespektrum.

Die Repomärkte haben von der Nutzung der Repos als geldpolitisches Instrument profitiert. Durch die Repogeschäfte der Zentralbanken sind zusätzliche Banken an den Repomärkten aktiv geworden. Die zusätzliche Liquiditätsversorgung des Bankensystems durch die Zentralbanken über Repos hat während der Finanzkrise dazu beigetragen, die Banken zahlungsfähig zu halten.

¹ Vgl. auch: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Implications of repo markets for central banks, CGFS Working paper, März 1999.

Refinanzierung deutscher Banken über Repos

Monatswerte



Deutsche Bundesbank

Der seit 2009 wieder verstärkte Trend zu einer besicherten Refinanzierung der Banken hat Auswirkungen auf die unbesicherten Gläubiger. Nach Angaben der BaFin wurden im Jahr 2012 bei Banken im Euro-Raum circa 1 100 Mrd € Verbindlichkeiten fällig, 80% davon unbesichert. Die Refinanzierungen waren 2012 aber nur zu circa 20% unbesichert.

Die geldpolitische Bedeutung der Repomärkte im Euro-Währungsgebiet

Repomärkte sind für Entscheidungs-vorbereitung und Durchführung der Geldpolitik relevant

Die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geldpolitik ist zentrale Aufgabe des Eurosystems. Dabei ist es das vorrangige Ziel der Geldpolitik, Preisstabilität zu gewährleisten. Der EZB-Rat fällt seine geldpolitischen Entscheidungen auf Grundlage breit fundierter Analysen, darunter Analysen der Repomärkte. Die geldpolitischen Beschlüsse des EZB-Rats setzt das Eurosystem mit den im geldpolitischen Handlungsrahmen vorgesehenen Instrumenten um. Zentrales Instrument dabei sind geldpolitische Refinanzierungsgeschäfte – befristete Offenmarktgeschäfte, mit denen den Geschäftsbanken revolving Liquidität gegen Sicherheiten bereitgestellt wird. Die Initiative geht dabei von der Notenbank aus.

Traditionell nutzen Zentralbanken Offenmarktgeschäfte als eine Möglichkeit, die aggregierte Liquiditätsposition des Bankensystems gegenüber der Zentralbank zu beeinflussen, um so die kurzfristigen Geldmarktsätze steuern zu können (Geldmarktsteuerung). Die kurzfristigen Geldmarktsätze beeinflussen dann wiederum die Zinssätze für weitere Finanzinstrumente längerer Laufzeit sowie die Zinssätze für Bankkredite und -einlagen (monetäre Transmission im Zinskanal).

Repogeschäfte mit anderen Teilnehmern am Repomarkt sind für eine Geschäftsbank das nächstliegende Substitut für Refinanzierungsgeschäfte mit dem Eurosystem. Mit den Konditionen ihrer Refinanzierungsgeschäfte kann die Zentralbank die Kosten von ähnlich ausgestalteten Geldmarktgeschäften zwischen Geschäftsbanken beeinflussen. Dieses geldpolitische Arrangement setzt funktionierende Finanzmärkte voraus, die die geldpolitischen Impulse effektiv in den Finanzsektor und dann in die Realwirtschaft übertragen.

Erste Stufe der monetären Transmission im Zinskanal

Im Verlauf der noch andauernden Finanzkrise sah der EZB-Rat diese Transmission zeitweise als gestört an. Um die Wirksamkeit geldpolitischer Maßnahmen zu gewährleisten, beschloss er temporäre geldpolitische Sondermaßnahmen. Weil das Finanzsystem im Euro-Währungsgebiet überwiegend auf den Banken beruht, setzten die zentralen geldpolitischen Sondermaßnahmen beim Bankensystem an (Vollzuteilung bei den Refinanzierungsgeschäften, Ausweitung des Sicherheitenrahmens). Das wiederum wirkte sich auch auf die Entwicklung der Repomärkte aus und führte tendenziell zu Umsatzrückgängen.

Entwicklung der Repomärkte in der Finanzkrise

Der mit der Finanzkrise einhergehende Vertrauensverlust hat den unbesicherten Interbanken-Geldmarkt in mittleren und längeren Laufzeiten weitgehend ausgetrocknet, aber auch die

Zum Bedeutungsgewinn von General Collateral-Repos

In der Finanzkrise haben General Collateral-Repos (GC-Repos), die über elektronische Handelsplattformen unter Einbeziehung einer CCP abgewickelt werden, noch stärker an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der über CCP abgewickelten Repotransaktionen ist von 37% im Jahr 2008 auf 65% im Jahr 2013 gestiegen. Neben anderen elektronischen Handelsplattformen, die CCP einschließen, hat insbesondere das ausstehende Volumen von Eurex Repo GC Pooling zugenommen, von 22 Mrd € Anfang Januar 2008 auf rund 165 Mrd € Mitte November 2013. Dies lag in erster Linie an einem wachsenden Kontrahentenkreis, insbesondere internationaler Teilnehmer. Die Anzahl der Teilnehmer an GC Pooling hat sich von Januar 2008 bis November 2013 auf 111 Teilnehmer (davon 50 in Deutschland) etwa verfünffacht.

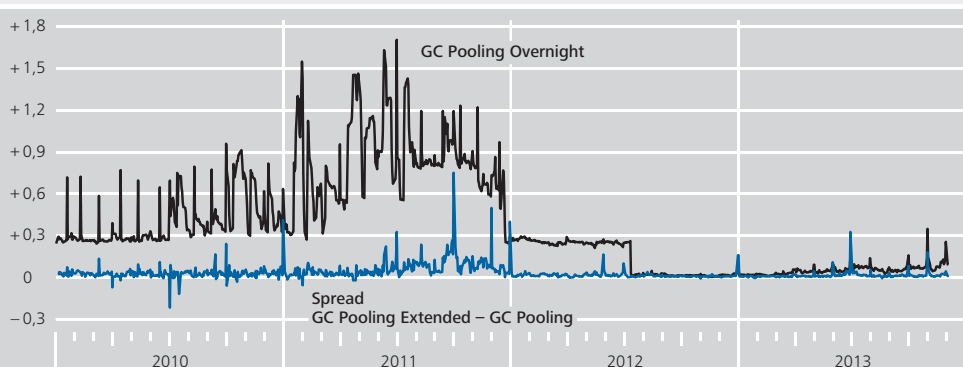
Als Sicherheitenkörbe hat die Eurex insbesondere die General Collateral Pooling Baskets etabliert: Der GC Pooling ECB Basket umfasst circa 7 500 EZB-fähige Sicherheiten höchster Bonität, der GC Pooling ECB EXTended Basket enthält circa

25 000 EZB-fähige Sicherheiten, darunter auch Anleihen niedrigerer Bonität. Die unterschiedliche Bonität der Sicherheiten spiegelt sich in den grundsätzlich differierenden Zinssätzen beider GC-Pooling-Sicherheitenkörbe (siehe unten stehendes Schaubild).

Nachdem das Eurosystem über den Jahreswechsel 2011/2012 mit seinen beiden Dreijahrestendern den Banken Liquidität in Rekordhöhe zugeteilt hat, ist am GC-Pooling-Markt die Überschussnachfrage nach Liquidität einem Angebotsüberschuss gewichen. Nun bestimmen die Kreditnehmer anstelle der Kreditgeber die Zinssätze, die Differenz zwischen beiden Reposätzen ist gesunken. Nicht nur die Zinsdifferenz bei den Sicherheitenkörben, sondern vor allem das Niveau der Reposätze insgesamt war nach den Dreijahrestendern auf nahe null gefallen. Dahinter standen, neben dem Liquiditätsüberschuss, die niedrigen Marktzinsen und die niedrigen Renditen von Sicherheiten höchster Bonität.

General-Collateral-Pooling-Sätze^{*)}

%-Punkte, Tageswerte



Quelle: Eurex Repo. * Die General-Collateral (GC)-Pooling-Sätze repräsentieren Geldmarktsätze für besicherte Transaktionen im Interbankenmarkt. Der GC-Pooling-Sicherheitenkorb umfasst EZB-fähige Sicherheiten höchster Qualität, der EXTended Basket auch EZB-fähige Sicherheiten niedrigerer Qualität.

Deutsche Bundesbank

Vertrauensverlust während der Finanzkrise beeinträchtigt auch die Repomärkte

internationalen Repomärkte beeinträchtigt – trotz Besicherung der Geschäfte. Ab Mitte 2007 gerieten die Repomärkte unter Druck, weil sich Zweifel an der Werthaltigkeit und der laufenden Marktpreisbewertung von Sicherheiten ausbreiteten. Ausgehend vom US-Repomarkt kam es zu Belastungen der internationalen Repomärkte. Die Finanzierungsbedingungen verschärfen sich, für die Besicherung wurden zunehmend bonitätsstarke und liquide Staatsanleihen gefordert. Investmentbanken wie Bear Stearns sahen sich deshalb schlagartig mit Refinanzierungslücken konfrontiert, weil wesentliche Anteile ihres umfangreichen, kurzfristig refinanzierten Wertpapierportfolios am US-Repomarkt nicht mehr als Sicherheiten akzeptiert wurden. Mit dem Ausfall von Lehman Brothers im September 2008, die im Repogeschäft besonders aktiv waren, wurde auch in Europa die bis dahin schwelende Liquiditätskrise zu einer breiten Finanzkrise. Die verbliebene Funktionalität der Repomärkte für Sicherheiten von hoher Qualität konnte die Liquidität der Banken nicht mehr allein gewährleisten.

Segmentierung zugunsten qualitativ hochwertiger Sicherheiten

Im europäischen Repomarkt schlug sich im Zuge der im Jahr 2010 einsetzenden Staatsschuldenkrise die gewachsene Risikoaversion in einer verringerten Akzeptanz von Sicherheiten aus bestimmten Ländern der Europäischen Währungsunion nieder. Marktteilnehmer begannen, stärker zwischen der Bonität von Staatsanleihen verschiedener Länder zu differenzieren. Anleihen von Staaten, bei denen die Marktteilnehmer ein höheres Kreditrisiko sahen, wurden kaum noch als Sicherheiten akzeptiert. Insgesamt jedoch blieb in Europa der Anteil von Staatsanleihen der Euro-Länder bei Repogeschäften von 2009 bis Ende 2012 mit rund 80% relativ stabil.⁴⁾

Reduzierte Nutzung von Anleihen der Euro-Peripherie für CCP-Repogeschäfte

Per saldo nahm dabei das Gewicht von Staatsanleihen aus der Euro-Peripherie stark ab. Der Anteil deutscher Bundesanleihen verringerte sich nur in geringem Maße, sie wurden vermehrt als sichere und liquide Anlagen nachgefragt. Besonders auffallend sank der Anteil von Euro-Peripherie-Anleihen bei CCP-Repogeschäf-

ten. Im Gegensatz zum Gesamtmarkt, wo der Anteil deutscher Staatsanleihen leicht rückläufig war, glichen am CCP-Repomarkt französische und deutsche Anleihen neben Wertpapieren öffentlicher internationaler Finanzinstitute, insbesondere aber Pfandbriefen, diese Verschiebungen im Sicherheitspektrum aus.

Dass deutsche Staatsanleihen im Gegensatz zur Situation am Gesamtmarkt gerade bei CCP-Repogeschäften vermehrt genutzt wurden, lag überwiegend daran, dass der Sicherheitengeber bei CCP-Repogeschäften sicher sein kann, seine Anleihen bei Fälligkeit zurückzuerhalten. Denn in den meisten CCP-Reposystemen können Sicherheiten nicht weiterverwendet werden. Bei bilateralen außerbörslichen Repogeschäften ist die Wiederverwendung hingegen üblich. Marktteilnehmer setzten ihre deutschen Staatsanleihen aus Sorge davor, sie nicht zurückzuerhalten, nur zögerlich ein.

Maßnahmen des Eurosystems in der Finanzkrise

Grundsätzlich können alle mindestreservspflichtigen Banken im Euro-Währungsgebiet mit dem Eurosystem Refinanzierungsgeschäfte abschließen (breiter Geschäftspartnerkreis). Die nationalen Zentralbanken des Eurosystems gewähren ihnen im Rahmen der nationalen Umsetzung der einheitlichen Geldpolitik durch regelmäßig angebotene Refinanzierungsgeschäfte Kredite gegen die Verpfändung von Sicherheiten. Bis zur Finanzkrise geschah dies über wettbewerbliche Bietungsverfahren, bei denen jeweils das Zuteilungsvolumen vorab festgelegt war. Es reichte gerade aus, um den aggregierten Liquiditätsbedarf des Bankensystems zu decken. Von den 6 300 Kreditinstituten des Euro-Raums sind rund 2 200 als Geschäftspartner des Eurosystems zugelassen, und von diesen nehmen in der Regel nur vergleichsweise wenige an den Refinanzierungsgeschäften teil.

Durchführung der Geldpolitik bis zur Finanzkrise: Wettbewerbliche Bietungsverfahren, begrenztes Zuteilungsvolumen, breiter Geschäftspartnerkreis und breiter Sicherheitenrahmen

⁴ Vgl.: ICMA, European Repo Market Survey December 2012, Survey No 24, März 2013.

Das Eurosystem akzeptiert ein breites Spektrum an Sicherheiten, von öffentlichen Anleihen bis hin zu Kreditforderungen. Auch gedeckte und ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie Unternehmensanleihen und Asset Backed Securities (ABS) sind mit entsprechenden Sicherheitsabschlägen grundsätzlich als Sicherheiten zugelassen.

Globale Finanzkrise: Zentralbanken reagieren mit unkonventionellen Maßnahmen

Im Verlauf der Finanzkrise trocknete der unbesicherte Interbanken-Geldmarkt in mittleren und längeren Laufzeiten weitgehend aus. Auch die Repomärkte gerieten teilweise deutlich unter Druck: Einerseits wurden zahlreiche Banken auch für besicherte Geldmarktgeschäfte nicht mehr als hinreichend vertrauenswürdig angesehen, andererseits wurden Wertpapiere geringerer Liquidität und Ausfallsicherheit kaum noch als Sicherheiten für Repogeschäfte akzeptiert. Um die Liquidität der Banken zu gewährleisten und eine Kreditklemme zu vermeiden, ergriffen die Zentralbanken weltweit unkonventionelle Maßnahmen. So kauften sie Wertpapiere geringer Liquidität oder stellten den Banken mittels besicherter Kredite zusätzliche Liquidität zur Verfügung.

Eurosystem: Umfangreiche Liquiditätsbereitstellung mittels geldpolitischer Refinanzierungsgeschäfte

Das Eurosystem reagierte mit umfangreichen geldpolitischen Sondermaßnahmen auf den breiten Vertrauensverlust an den Geld- und Finanzmärkten. Um den Liquiditätsbedarf der Banken in dieser besonderen Situation zu decken, beschloss das Eurosystem Mitte Oktober 2008 bei den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften die vollständige Zuteilung der Gebote. Diese Vollzuteilung wird seitdem praktisch unverändert fortgeführt. Zugelassene Geschäftspartner erhalten unbeschränkt Liquidität, soweit sie über die erforderlichen notenbankfähigen Sicherheiten verfügen. Dabei wurden zeitweise auch Refinanzierungsgeschäfte mit längeren Laufzeiten angeboten. So führte das Eurosystem 2009 drei längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von 12 Monaten durch, die in Summe im Umfang von über 600 Mrd € genutzt wurden. Ab Dezember 2011 folgten zwei weitere langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer

Laufzeit von drei Jahren. Diese nahmen die Geschäftspartner des Eurosystems in einem Umfang von über 1 000 Mrd € in Anspruch.

Möglich wurde diese umfangreiche Inanspruchnahme bei den Refinanzierungsgeschäften, weil das Eurosystem den Sicherheitenrahmen für geldpolitische Operationen seit Oktober 2008 deutlich ausgeweitet hatte. Insbesondere senkte es die Bonitätsschwellenwerte (Ratinganforderungen) für notenbankfähige Sicherheiten, um die bei zahlreichen Instituten bestehenden Engpässe an marktgängigen und notenbankfähigen Sicherheiten zu mildern.

Bei Refinanzierungsgeschäften der Zentralbank mit außergewöhnlich langen Laufzeiten besteht – wie bei allen geldpolitischen Sondermaßnahmen – die Gefahr, dass sie an den Märkten private Geschäfte verdrängen und Marktpreise verzerren. Dies gilt umso stärker, je länger diese Maßnahmen fortbestehen. Es gibt Hinweise, dass die entsprechenden großvolumigen Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems Teile des Repomarkts verdrängt haben könnten. Daten der ICMA zeigen, dass es in den Jahren 2008 und 2009 zu einem deutlichen Einbruch an den europäischen Repomärkten kam. Auch in den von Überschussliquidität geprägten Folgejahren konnten die Repomärkte nicht an das Vorkrisenwachstum anknüpfen (siehe Schaubild auf S. 64).

Seit der Krise erscheinen die früher einheitlichen Repomärkte stark segmentiert: Einem Teil der Banken fehlt es an marktgängigen Sicherheiten, oder sie erhalten wegen ihrer spezifischen Risikoeigenschaften an den Finanzierungsmärkten keine Mittel. Andere Institute würden zwar grundsätzlich Liquidität und Finanzierungsmittel am Markt erhalten, nutzen aber teilweise die angebotenen Geschäfte des Eurosystems, weil hier die Konditionen attraktiver sind als am privaten Markt. Dies kann sich einerseits auf die Zinskonditionen in Relation zur Laufzeit der Geschäfte beziehen oder aber auf die Anforderungen an Sicherheiten. Insbesondere akzeptiert das Eurosystem auch solche

Langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit vollständiger Zuteilung haben auch mögliche unerwünschte Nebenwirkungen

Eurosystem mindert durch günstige Refinanzierungskonditionen Anreize für die Banken, den Marktzugang wiederzuerlangen

Der Repomarkt in den USA

Großes ausstehendes Volumen von Repogeschäften in den USA

Der weltweit größte Repomarkt befindet sich nach wie vor in den USA mit einem ausstehenden Volumen von circa 10 Billionen US-\$ (rd. 70% des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts). Der US-Repomarkt beruht überwiegend auf US-Schatztiteln, doch gibt es auch Märkte für hypothekarisch besicherte Anleihen (Mortgage Backed Securities: MBS) und für Unternehmensanleihen.

Anders als im Euro-Währungsgebiet sind in den USA lediglich einige wenige Banken als Geschäftspartner (Primary Dealer) des Federal Reserve Systems zugelassen. Die geldpolitische Transmission läuft deshalb von der Federal Reserve über die Primary Dealer mittels Repogeschäften zu den übrigen Geschäftsbanken.

ICMA-Daten zufolge sind in den USA rund zwei Drittel der Repogeschäfte sogenannte Triparty-Repos. Bei einem Triparty-Repo übernimmt eine Clearingbank wichtige Dienstleistungen bei der Verwaltung der zwischen Wertpapierverleiher (Kreditnehmer) und Liquiditätsgeber gestellten Sicherheiten und bei der Bereitstellung von Innersicherheitsliquidität.

Wertpapierportfolios werden über den Triparty-Repomarkt finanziert

Die Clearingbank kontrolliert die als Sicherheiten gestellten Wertpapiere. Bei einem Ausfall bleibt das rechtliche Eigentum an den Sicherheiten beim Liquiditätsgeber. Der Triparty-Repomarkt ist für Investmentbanken sowie Wertpapierhändler und -makler (sog. Broker-Dealer) die wichtigste Refinanzierungsquelle. Sie versorgen sich über ihn mit kurzfristiger Liquidität, um ihre Wert-

papierportfolios zu finanzieren. Liquiditätsgeber sind in der Regel Geldmarktfonds, Investmentfonds, Vermögensverwalter oder auch staatliche Stellen mit Liquiditätsüberschüssen. Für die Liquiditätsgeber stellen Repos eine unkomplizierte Alternative zu Bankeinlagen dar, weil die Mittel besichert verliehen werden und täglich abrufbar sind. Die kurzfristige Verfügbarkeit wird durch die tägliche Fälligkeit aller Repos – unabhängig von ihrer Laufzeit – ermöglicht, die Liquiditätsgeber erhalten ihre Barmittel zurück und die Liquiditätsnehmer ihre Wertpapiersicherheiten. Diese Vorgehensweise unterscheidet sich von der Praxis in Europa, wo Repos erst am Ende der Laufzeit abgewickelt werden. In den USA entsteht daher aufseiten der Liquiditätsnehmer (insbesondere der Broker-Dealer) bis zum Schließen der Repos am Abend eine Finanzierungslücke, die die Clearingbanken üblicherweise mit Überbrückungskrediten (Innertageskrediten) schließen. Eine Clearingbank im Triparty-Repomarkt übernimmt dabei das relativ komplexe Sicherheitenmanagement (Abwicklung, Verwahrung) und die Abwicklung der Zahlungsströme für beide Parteien.

Tägliche Fälligkeit birgt Risiken

Wie die Krise gezeigt hat, birgt diese Konstruktion erhebliche Risiken. Bei Zweifeln an der Bonität eines Liquiditätsnehmers hatten Liquiditätsgeber wie Clearingbanken kein Interesse mehr, ihre Repos beziehungsweise Überbrückungskredite zu prolongieren. Im Falle eines Broker-Dealer-Konkurses hätten sie nämlich Reposicherheiten in einem gestressten Marktumfeld verkaufen müssen. Diese Situation trat nach dem Kollaps der Investmentbank Bear Stearns ein, die Liquidität am Triparty-Repomarkt drohte auszutrocknen. Die Notverkäufe von Sicherheiten führten zudem zu finanziellen Ansteckungseffekten.

Sicherheiten, die bei Repogeschäften zwischen privaten Akteuren üblicherweise nicht zur Besicherung verwendet werden können. Das Eurosystem mindert so die Anreize für die Banken, sich eine Kapital- und Finanzierungsstruktur zuzulegen, die ihnen wieder den Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt verschafft. Diese Maßnahmen dienen dazu, die Verwerfungen an den Märkten in der Krise zu mildern. Sie enthalten jedoch auch Nebenwirkungen. Es entsteht die Gefahr, dass das Eurosystem über die Zeit mit seinen Maßnahmen die bestehende Marktsegmentierung perpetuiert. Damit sich die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet in der Breite erholen kann, müssen die Probleme des Finanzsektors beseitigt werden, die zur Marktsegmentierung geführt haben.

Herausforderungen für Regulierung und Finanzstabilitätspolitik

Einbeziehung der Repomärkte in Regulierungsinitiativen

Im Verlauf der Finanzkrise waren die für kurzfristige Finanzierungen besonders wichtigen Repomärkte starken Verwerfungen ausgesetzt. Daher werden sie in verschiedene Regulierungsinitiativen einbezogen. Weil die Finanzmärkte international verflochten sind, gehen neue regulatorische Initiativen häufig von internationalen Gremien oder Organisationen aus, die jeweils Teilprobleme der Regulierung und Finanzstabilitätspolitik bearbeiten.

Repomärkte sind Gegenstand der Finanzmarktregulierung und Finanzstabilitätspolitik

So untersucht derzeit eine Arbeitsgruppe zu Repos und Wertpapierleihe beim Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board: FSB) das Schattenbankensystem unter dem Blickwinkel, wie sich die Variabilität von Margin- und Haircut-Anforderungen bei Repogeschäften auf die Finanzstabilität auswirkt. Darauf basierende Empfehlungen für die Regulierung wurden Ende August 2013 veröffentlicht. Eine weitere Dimension von Regulierungsfragen betrifft die zentrale Rolle von CCP. Der Ausschuss für Zahlungsverkehr der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), das Committee on Payment and Settlement Systems (CPSS), hat ge-

meinsam mit der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) einen Konsultationsbericht zu quantitativen Berichtsstandards für CCP herausgegeben, die bessere Informationen über die Systemrelevanz, Robustheit und potenziellen Risiken von CCP liefern sollen. Die in diesen Zusammenhängen problematisierten Mechanismen sind vielfältig und komplex, können aber exemplarisch anhand des folgenden Mechanismus beschrieben werden: Schätzen Investoren das Risiko bezüglich einzelner Wertpapieremittenten höher ein, erhöhen die Teilnehmer am bilateralen Repomarkt tendenziell ihre Sicherheitsabschläge (Margins und Haircuts). Dann können Finanzmarktakteure, die große Wertpapierportfolios über Repogeschäfte finanzieren, in Refinanzierungsprobleme geraten und müssten gegebenenfalls Wertpapiere veräußern, um liquide zu bleiben. Dies kann eine Spirale aus Preisrückgängen bei Anleihen, abnehmender Marktliquidität, zunehmenden Sicherheitsabschlägen und weiter abnehmenden Beleihungswerten auslösen. Diskutiert wird, inwieweit einzelne Marktakteure mit besonderer Marktmacht durch ihre Margin- oder Haircut-Entscheidungen eine solche Spirale beschleunigen können. Entscheidungen, die aus Sicht der einzelnen Marktakteure richtig und vernünftig sind, könnten sich zum Nachteil der Stabilität des Finanzsystems auswirken. Schlussfolgerungen für etwaige konkrete Regulierungsvorhaben auf nationaler oder europäischer Ebene stehen noch aus, werden aber die Repomärkte beeinflussen.

Konkrete Schlussfolgerungen stehen noch aus

Die künftige Liquiditätsregulierung, die Bestandteil des Basel III-Regelwerks ist, reguliert das Verhalten von Banken bezüglich der Laufzeitstruktur ihrer Aktiva und Passiva und nimmt damit auch die Repomärkte als zentrale kurzfristige Finanzierungsquelle für Banken in den Blick. Die neuen Liquiditätsregeln machen konkrete Vorgaben für die Steuerung des Liquiditätsrisikos von Banken durch definierte Kennzahlen. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) erfasst Liquiditätszu- und -abflüsse in Laufzeitbereichen bis zu 30 Tagen, die Net Stable Funding

Liquiditätsregulierung erhöht Attraktivität längerfristiger Repogeschäfte für die Finanzierung der Banken

Ratio (NSFR) solche bis zu einem Jahr. Banken müssen dann genügend Liquidität (bzw. liquide Aktiva) vorhalten, um die Netto-Zahlungsmittelabflüsse binnen 30 Tagen beziehungsweise einem Jahr zu decken. Das erhöht die Nachfrage der Banken nach anrechnungsfähigen liquiden Aktiva und das Interesse vieler Banken an einer ausgeglicheneren Laufzeitstruktur bei Aktiva und Passiva. Die unter Basel III geplante Liquiditätsregulierung dürfte Banken am Repomarkt stärker längerfristige Geschäfte nachfragen lassen.

Implikationen der Finanztransaktionssteuer

Derzeit wollen 11 Euro-Länder eine Finanztransaktionssteuer einführen

Die in der EU zur Diskussion stehende Finanztransaktionssteuer könnte, so sie denn eingeführt würde, die Repomärkte ebenfalls erheblich beeinflussen. Im Wege der „Verstärkten Zusammenarbeit“ beabsichtigen 11 Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets diese Finanztransaktionssteuer einzuführen, die auch Transaktionen zwischen Finanzinstituten betrifft. Die Steuer soll erhoben werden, wenn zumindest eine Partei der Finanztransaktion ihren Sitz in einem teilnehmenden Mitgliedsland hat (dennoch wären beide Seiten steuerpflichtig) oder der Emittent des Finanzinstruments seinen Sitz in einem teilnehmenden Mitgliedstaat hat. Die Steuer soll also selbst dann anfallen, wenn außerhalb der 11 Teilnehmerstaaten Finanzinstrumente gehandelt werden, die innerhalb der Teilnehmerstaaten emittiert wurden.

Theoretisch würde die Steuer damit Finanzaktivitäten von Finanzmarktteilnehmern weltweit belasten. Praktisch bliebe die rechtliche Durchsetzung der Steuer in ausländischen Jurisdiktionen allerdings problematisch. Als Steuersatz ist eine verbindliche Untergrenze von 0,1% für allgemeine Finanztransaktionen, darunter Repotransaktionen, und 0,01% für Derivate-transaktionen im Gespräch. Insbesondere für kurzfristige und revolvingende Repogeschäfte würde die Finanztransaktionssteuer eine sehr

hohe Belastung darstellen, da sie bei jeder Transaktion erneut anfiel.

Als Folge der Steuer würde der Repomarkt zumindest im kurzfristigen Laufzeitbereich mit hoher Wahrscheinlichkeit austrocknen, weil die zu entrichtende Steuer mit abnehmender Laufzeit des Repogeschäfts in zunehmendem Missverhältnis zum erzielbaren Zinsertrag steht. Eine Verschiebung der Refinanzierung vom Repomarkt in den unbesicherten Geldmarkt, der der Steuer nicht unterläge, wäre nicht konsistent mit der künftigen Liquiditätsregulierung innerhalb des Basel III-Rahmenwerks: Im darin enthaltenen Konzept der LCR werden besicherte Finanzierungsformen im Vergleich zur unbesicherten Liquiditätsversorgung am Interbankenmarkt begünstigt, weil nach den Erfahrungen aus der Finanzkrise unbesicherte kurzfristige Finanzierungen als weniger stabil gelten.

Eine weitere Ausweichreaktion wären Securitised Lending Operations. Dabei handelt es sich um besicherte Geschäfte, bei denen Wertpapiere verpfändet werden, also nicht wie bei Repogeschäften den Eigentümer wechseln. Deshalb fielen sie nicht unter die Finanztransaktionssteuer. Allerdings dürften die Finanzierungskosten bei besicherten Geldmarktgeschäften ohne Eigentumsübergang höher sein als bei Repogeschäften, weil der Liquiditätsgeber mangels Wiederverwendungsmöglichkeit höhere Liquiditätsrisiken eingeht. Vermutlich wären solche Geschäfte für Marktteilnehmer auch deshalb kein attraktiver Ersatz, weil Pfand- und Insolvenzrecht in Europa sehr unterschiedlich sind und infolgedessen die Rechtssicherheit beeinträchtigt sein könnte. Zudem würde das Geschäftsmodell von elektronischen Handelsplattformen und CCP infrage gestellt, ohne dass die Verfügbarkeit von Ersatzlösungen gewährleistet wäre.

Es steht also zu erwarten, dass eine steuerbedingte Verkleinerung des Repomarkts zu einer stärkeren Refinanzierung der Banken über das Eurosystem führen würde.

Nachhaltige Auswirkungen auf die Repomärkte zu erwarten

Verpfändung von Wertpapieren kein überzeugender Ersatz für Repogeschäfte

Ausblick: Repomärkte im Spannungsfeld von Geldpolitik, Besteuerung und Regulierung

Wirksamkeit der Geldpolitik steht für die Zentralbank im Vordergrund

Am Repomarkt als einem der zentralen Segmente des Finanzmarktes kristallisieren sich – gewissermaßen symptomatisch für den gesamten Finanzsektor in der ausgehenden Finanzkrise – verschiedene Entwicklungstendenzen heraus, die teils übereinstimmende, teils aber auch in Konflikt stehende Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen und Akteure widerspiegeln. Die Notenbanken sind vor dem Hintergrund ihres geldpolitischen Mandats (und ihrer weiteren Aufgaben z. B. im Bereich Zahlungsverkehr) bedeutende, auch im Krisenfall handlungsfähige Akteure. Die Zentralbank hat ein vordringliches Interesse daran, dass ihre geldpolitischen Impulse auch wirksam auf die Realwirtschaft übertragen werden.

Finanztransaktionssteuer gefährdet Liquiditätsausgleich zwischen den Banken

Die geplante Finanztransaktionssteuer gefährdet die Rolle der Repomärkte. Mit dem steuerpolitischen Instrument Finanztransaktionssteuer verfolgen die Regierungen zwei Ziele: Als Lenkungssteuer soll sie Transaktionen bremsen und Akteure belasten, die von der Öffentlichkeit für Fehlentwicklungen im Finanzsektor verantwortlich gemacht werden. Als Fiskalsteuer soll sie die Steuereinnahmen erhöhen. Eine Finanztransaktionssteuer auf Repogeschäfte ließe diese aber für die Banken unvorteilhaft werden. Die nächstliegende und für die Banken sehr viel günstigere Alternative wären Kredite der Zentralbank, die damit zum Liquiditätsmanager für das Bankensystem würde. Aus geldpolitischer wie ordnungspolitischer Sicht wäre es nicht wünschenswert, wenn eine prohibitiv hohe Besteuerung den Liquiditätsausgleich zwischen den Banken über die Repomärkte faktisch ausschaltete und stattdessen das Eurosystem mit seinen geldpolitischen Instrumenten in diese Aufgabe drängte.

Und auch die Variabilität der Sicherheitsabschläge (Haircut- und Margin-Anforderungen im Finanzzyklus) könnte dazu führen, dass Zen-

tralbanken immer stärker in die Rolle eines zentralen Intermediators rücken. Wenn Banken einen hohen Anteil ihrer bilanzierten, als Sicherheiten nutzbaren Aktiva durch Repogeschäfte finanziert haben und die Beleihungswerte dieser Sicherheiten abrupt sinken, könnte die Zentralbank in die Rolle eines Liquiditätsgebers letzter Instanz gedrängt werden.

Die wachsende Bedeutung des CCP-Clearing könnte ebenfalls Auswirkungen auf Zentralbanken haben. Während der Finanzkrise ist die Zahl internationaler Teilnehmer auf Handelsplattformen wie Eurex Repo GC Pooling stark gewachsen. Die aktuelle Finanzkrise hat gezeigt, wie auch große, gut etablierte Finanzmarktakteure in Illiquidität oder Insolvenz fallen können. Zentrale Finanzmarktinfrastrukturen mit wachsender Bedeutung müssen daher gegen den Ausfall großer Finanzinstitute geschützt werden, ohne dass Zentralbanken als Liquiditätsgeber letzter Instanz einspringen müssen.

Auch andere regulatorische Eingriffe in die Repomärkte könnten die Banken aus dem Markt zur Zentralbank treiben und damit deren geldpolitische Aufgaben beeinträchtigen. Liquide Repomärkte für nicht anrechnungsfähige liquide Aktiva können den Finanzinstituten helfen, liquiditätsregulatorische Anforderungen zu erfüllen. Werden Teile des Repomarkts illiquide, könnten die Banken vermehrt Zentralbankkredite nachfragen, um die Liquiditätsanforderungen zu erfüllen. Es ist jedoch Ziel der Regulierung, dass Banken die regulatorischen Liquiditätsanforderungen aus eigener Kraft, nicht aber durch Nutzung von Zentralbankkrediten erfüllen.

Der Trend zu besicherten Geldmarktgeschäften wirkt ebenfalls auf die Geldpolitik zurück. Unbesicherte Geldmarktkredite längerer Laufzeit werden kaum noch angeboten und nachgefragt. Mangels Besicherung wären sie deutlich teurer als Repogeschäfte und kämen vor allem für Kreditnehmer in Betracht, die nicht über genügend marktgängige Sicherheiten verfügen.

Zentralbank darf nicht regelmäßig als Liquiditätsgeber der letzten Instanz fungieren

Banken müssen regulatorische Liquiditätsanforderungen aus eigener Kraft erfüllen

Liquiditätsnachfrage von Instituten, die nicht mehr über ungenutzte marktgängige Sicherheiten verfügen

Vor einer solchen Selbstoffenbarung dürften aber alle Institute zurückschrecken. Indem das Eurosystem einen breiten Sicherheitenrahmen anbietet, der deutlich über marktgängige Sicherheiten hinausgeht, setzt es sich der Liquiditätsnachfrage insbesondere solcher Institute aus, die nicht mehr in hinreichendem Maße über ungenutzte marktgängige Sicherheiten verfügen. Sie sind daher bereit, dem Eurosystem den Leitzins zu bezahlen, der derzeit die Reposätze für marktgängige Sicherheiten deutlich übersteigt.

Die für die Zentralbank sehr wichtigen Repomärkte haben in den letzten Jahren starke Veränderungen erfahren und befinden sich weiter im Umbruch – getrieben von Marktentwicklungen, Krisenreaktionen und regulatorischen Maßnahmen. An einigen Schnittstellen können diese Entwicklungen weitreichende Rückwirkungen auf die Zentralbank haben. Vor diesem Hintergrund liegt es im ureigensten Interesse von Zentralbanken, die Aktivitäten an den Repomärkten verstärkt zu beobachten und besser zu verstehen.

Weitreichende Rückwirkungen auf die Zentralbank

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40•

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	55•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	57*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	57*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	58*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	62*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	64*
3. Auftragseingang in der Industrie	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen	66*
6. Arbeitsmarkt	67*
7. Preise	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	69*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	70*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	71*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	72*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	73*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland .	73*
6. Vermögensübertragungen	73*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	74*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	75*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	75*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	76*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	77*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	77*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	78*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
			M3	gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2012 Febr.	2,6	2,8	2,5	2,5	1,4	0,4	2,1	0,37	1,05	4,3	
März	2,7	2,8	2,8	2,6	1,8	0,5	1,3	0,36	0,86	3,9	
April	2,0	2,5	2,4	2,7	1,4	- 0,1	0,8	0,35	0,74	3,9	
Mai	3,3	2,8	2,9	2,8	1,5	- 0,3	- 0,1	0,34	0,68	4,0	
Juni	3,5	2,9	3,0	3,1	1,5	- 0,4	- 0,3	0,33	0,66	4,0	
Juli	4,6	3,4	3,5	3,1	1,3	- 0,6	- 1,1	0,18	0,50	3,8	
Aug.	4,9	3,1	2,8	3,0	0,8	- 1,0	- 1,2	0,11	0,33	3,7	
Sept.	5,2	3,1	2,8	3,1	0,9	- 0,9	- 1,3	0,10	0,25	3,5	
Okt.	6,4	4,3	3,9	3,5	0,6	- 1,3	- 1,8	0,09	0,21	3,3	
Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,5	- 1,3	- 1,8	0,08	0,19	3,2	
Dez.	6,5	4,5	3,5	3,6	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0	
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,2	- 0,8	- 1,7	0,07	0,20	2,9	
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,1	- 0,7	- 1,6	0,07	0,22	3,0	
März	7,1	4,2	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	2,9	
April	8,7	4,9	3,2	2,9	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7	
Mai	8,4	4,7	2,9	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6	
Juni	7,6	4,3	2,4	2,5	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	2,9	
Juli	7,1	4,1	2,2	2,3	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0	
Aug.	6,8	4,0	2,3	2,2	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0	
Sept.	6,7	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1	
Okt.	6,6	3,2	1,4	...	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	3,0	
Nov.	0,10	0,22	2,8	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)			
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)	
	Mio €							Euro/US-\$		1. Vj. 1999=100	
2012 Febr.	- 3 401	+ 2 907	+ 7 075	+ 11 342	+ 16 276	- 18 941	- 1 603	1,3224	99,7	97,2	
März	+ 8 313	+ 10 495	- 12 660	- 8 599	- 36 871	+ 32 144	+ 665	1,3201	99,9	97,3	
April	+ 5 569	+ 4 244	- 504	+ 9 945	- 3 908	- 3 596	- 2 946	1,3162	99,5	97,1	
Mai	- 1 912	+ 6 743	+ 3 701	+ 15 372	+ 12 736	- 22 952	- 1 456	1,2789	98,1	95,6	
Juni	+ 22 512	+ 13 747	- 18 822	- 50 075	+ 72 340	- 36 583	- 4 504	1,2526	97,2	94,8	
Juli	+ 21 529	+ 14 356	- 12 546	+ 15 659	- 9 596	- 19 106	+ 496	1,2288	95,4	93,1	
Aug.	+ 9 708	+ 5 520	- 7 570	+ 22 197	- 12 242	- 15 962	- 1 564	1,2400	95,3	93,0	
Sept.	+ 12 254	+ 9 945	- 19 623	- 6 910	- 3 794	- 9 895	+ 976	1,2856	97,2	94,9	
Okt.	+ 13 665	+ 10 500	- 27 114	- 50 518	+ 69 534	- 43 485	- 2 644	1,2974	97,8	95,5	
Nov.	+ 20 899	+ 13 415	- 34 527	+ 19 156	+ 23 613	- 76 312	- 985	1,2828	97,3	94,9	
Dez.	+ 27 328	+ 11 064	- 38 519	+ 3 799	+ 5 186	- 48 284	+ 779	1,3119	98,7	96,2	
2013 Jan.	- 6 820	- 2 695	+ 4 699	- 10 901	+ 31 457	- 11 058	- 4 799	1,3288	100,4	98,0	
Febr.	+ 9 016	+ 11 220	- 11 069	+ 2 202	- 11 277	- 4 554	+ 2 560	1,3359	101,7	99,0	
März	+ 22 401	+ 22 167	- 18 759	- 15 284	+ 4 712	- 10 437	+ 2 251	1,2964	100,2	97,8	
April	+ 13 880	+ 16 425	- 18 429	- 12 153	- 5 762	- 503	- 11	1,3026	100,5	97,8	
Mai	+ 9 873	+ 17 216	- 11 914	- 15 851	+ 31 358	- 26 858	- 564	1,2982	100,6	98,0	
Juni	+ 29 064	+ 18 453	- 25 984	- 20 726	+ 43 885	- 48 581	- 563	1,3189	101,6	98,8	
Juli	+ 26 116	+ 19 688	- 29 642	- 2 899	- 42 122	+ 15 125	+ 255	1,3080	101,5	98,8	
Aug.	+ 12 439	+ 8 260	- 13 932	- 7 164	+ 31 488	- 36 293	- 1 965	1,3310	102,2	99,5	
Sept.	+ 14 040	+ 13 684	- 18 096	- 7 284	- 1 452	- 8 195	- 1 165	1,3348	102,0	99,1	
Okt.	1,3635	102,9	99,7	
Nov.	1,3493	102,7	99,4	

* Quelle: EZB. 1 Siehe auch Tab. XI.12 und 13, S. 75• / 76• 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-21-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
2010	2,0	2,3	4,0	2,6	3,4	1,7	- 4,9	- 1,1	1,7
2011	1,6	1,8	3,3	9,6	2,7	2,0	- 7,1	2,2	0,5
2012	- 0,7	- 0,1	0,7	3,9	- 0,8	0,0	- 6,4	0,2	- 2,5
2012 2.Vj.	- 0,5	- 0,1	0,6	2,5	- 0,7	- 0,3	- 6,4	0,4	- 3,0
3.Vj.	- 0,7	- 0,2	0,4	3,5	- 1,5	- 0,1	- 6,7	- 0,5	- 2,9
4.Vj.	- 1,0	- 0,6	0,0	4,9	- 2,4	- 0,2	- 5,7	- 1,0	- 2,8
2013 1.Vj.	- 1,2	- 0,5	- 1,6	1,3	- 3,3	- 0,9	- 5,5	- 1,0	- 2,8
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,9	1,1	- 0,8	0,5	- 3,7	- 1,2	- 2,5
3.Vj.	- 0,4	0,4	1,1	...	- 1,0	0,5	- 3,0	...	- 1,6
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2010	7,3	11,2	10,9	22,9	5,2	5,0	- 6,6	7,5	6,7
2011	3,4	4,4	7,2	19,7	2,1	2,3	- 8,0	0,0	1,1
2012	- 2,5	- 3,3	4) - 0,3	0,3	- 1,5	- 2,7	- 3,7	- 1,3	- 6,5
2012 2.Vj.	- 2,4	- 5,4	0,2	- 0,7	- 2,4	- 2,7	- 2,3	2,9	- 7,3
3.Vj.	- 2,3	- 3,4	- 0,7	0,0	- 1,1	- 2,1	- 3,2	- 3,3	- 5,1
4.Vj.	- 3,3	- 1,8	- 2,0	1,7	- 0,2	- 3,2	- 0,5	- 6,6	- 7,0
2013 1.Vj.	- 2,2	- 3,2	- 2,0	5,1	- 3,8	- 1,9	- 3,2	- 2,9	- 4,3
2.Vj.	- 1,0	1,2	- 0,4	4,8	- 6,9	0,6	- 1,5	- 2,5	- 3,7
3.Vj.	- 1,1	0,6	5)p) - 0,3	2,4	- 1,6	- 1,5	- 5,9	- 0,6	- 3,8
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾									
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	81,0	65,0	-	70,1
2012 3.Vj.	78,2	76,9	82,6	71,3	80,1	82,0	63,9	-	69,7
4.Vj.	77,2	76,6	80,7	70,1	77,4	80,4	65,1	-	69,0
2013 1.Vj.	77,6	75,5	82,2	70,5	78,3	82,3	65,3	-	68,5
2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	80,0	65,9	-	72,2
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾									
2010	10,1	8,3	7,1	16,9	8,4	9,7	12,6	13,9	8,4
2011	10,1	7,2	6,0	12,5	7,8	9,6	17,7	14,7	8,4
2012	11,4	7,6	5,5	10,2	7,7	10,2	24,3	14,7	10,7
2013 Mai	12,1	8,5	5,3	8,1	8,1	10,8	27,5	13,8	12,2
Juni	12,1	8,6	5,4	8,0	8,1	10,9	27,4	13,6	12,1
Juli	12,1	8,7	5,2	8,1	8,0	11,0	27,3	13,2	12,1
Aug.	12,1	8,8	5,2	8,4	8,1	11,0	27,3	12,8	12,4
Sept.	12,2	8,9	5,4	8,8	8,1	11,1	...	12,7	12,5
Okt.	12,1	9,0	5,3	...	8,1	10,9	...	12,6	12,5
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2010	1,6	2,3	1,2	2,7	1,7	1,7	4,7	- 1,6	1,6
2011	9) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3
2013 Juni	1,6	1,5	1,9	4,1	2,3	1,0	- 0,3	0,7	1,4
Juli	1,6	1,6	1,9	3,9	2,5	1,2	- 0,5	0,7	1,2
Aug.	1,3	1,1	1,6	3,6	2,0	1,0	- 1,0	0,0	1,2
Sept.	1,1	1,0	1,6	2,6	1,8	1,0	- 1,0	0,0	0,9
Okt.	0,7	0,7	1,2	2,2	1,7	0,7	- 1,9	- 0,1	0,8
Nov.	5) 0,9	0,9	1,6	- 2,9	...	5) 0,6
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾									
2010	- 6,2	- 3,7	- 4,2	0,2	- 2,5	- 7,1	- 10,7	- 30,6	- 4,5
2011	- 4,1	- 3,7	- 0,8	1,1	- 0,7	- 5,3	- 9,5	- 13,1	- 3,8
2012	- 3,7	- 4,0	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,8	- 9,0	- 8,2	- 3,0
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾									
2010	85,4	95,7	82,5	6,7	48,7	82,4	148,3	91,2	119,3
2011	87,3	98,0	80,0	6,1	49,2	85,8	170,3	104,1	120,7
2012	90,6	99,8	81,0	9,8	53,6	90,2	156,9	117,4	127,0

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **5** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung (ab Juli). **6** Verarbeitendes

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
3,1	3,3	1,5	1,8	1,9	4,4	1,3	0,2	1,3	2010
1,9	1,7	0,9	2,8	1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	0,9	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
0,2	1,4	- 0,7	- 0,3	- 4,0	2,3	- 3,5	- 1,7	- 2,5	2012 2.Vj.
- 0,5	1,0	- 1,7	0,5	- 2,5	1,9	- 3,0	- 1,7	- 1,9	3.Vj.
0,4	1,9	- 1,5	1,3	- 5,4	0,4	- 3,3	- 1,9	- 3,6	4.Vj.
1,1	1,5	- 1,8	- 0,3	- 4,9	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,1	2013 1.Vj.
2,4	3,3	- 1,7	0,0	- 2,5	0,8	- 1,5	- 1,8	- 6,0	2.Vj.
...	1,9	- 0,6	0,5	...	0,9	- 0,6	- 0,7	- 5,3	3.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
8,7	-	7,8	6,7	1,6	8,3	7,0	0,8	- 1,7	2010
2,0	-	0,7	6,8	- 1,0	5,4	1,9	- 1,6	- 7,7	2011
- 3,8	-	0,5	- 0,2	- 6,1	8,0	- 0,6	- 6,7	- 10,3	2012
- 3,6	-	1,6	0,4	- 7,7	9,6	0,0	- 6,6	- 11,2	2012 2.Vj.
- 4,3	-	2,3	0,0	- 3,8	11,5	0,4	- 6,5	- 5,7	3.Vj.
- 3,6	-	0,4	- 0,9	- 5,2	4,4	- 2,3	- 7,1	- 12,4	4.Vj.
- 6,9	-	2,6	0,5	- 1,4	2,7	- 1,2	- 3,9	- 14,2	2013 1.Vj.
- 6,5	-	0,5	0,2	- 1,9	2,8	- 1,8	- 2,5	- 13,7	2.Vj.
- 2,2	-	0,1	p)	- 1,3	p)	4,8	- 1,5	- 12,7	3.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
78,1	76,2	78,3	84,9	74,2	71,2	79,4	70,7	58,2	2012 3.Vj.
65,7	74,3	77,0	83,6	72,6	68,4	76,6	72,5	53,7	4.Vj.
66,9	77,2	77,0	84,9	73,5	60,7	77,8	68,7	52,2	2013 1.Vj.
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾									
4,6	6,9	4,5	4,4	12,0	14,5	7,3	20,1	6,3	2010
4,8	6,5	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,7	7,9	2011
5,1	6,4	5,3	4,3	15,9	14,0	8,9	25,0	11,9	2012
5,7	6,6	6,6	4,6	16,9	14,2	10,7	26,4	15,8	2013 Mai
5,8	6,5	6,8	4,6	16,6	14,2	10,5	26,5	16,2	Juni
5,8	6,4	7,0	4,8	16,2	14,0	10,3	26,6	16,1	Juli
5,8	6,4	7,0	5,0	16,0	14,0	10,3	26,6	16,6	Aug.
5,8	6,4	7,0	4,9	15,8	13,9	10,2	26,6	16,8	Sept.
5,9	6,4	7,0	4,8	15,7	13,9	10,1	26,7	17,0	Okt.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2,8	2,0	0,9	1,7	1,4	0,7	2,1	2,0	2,6	2010
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
2,0	0,6	3,2	2,2	1,2	1,7	2,2	2,2	0,8	2013 Juni
1,8	0,9	3,1	2,1	0,8	1,6	2,8	1,9	0,7	Juli
1,7	0,7	2,8	2,0	0,2	1,4	2,2	1,6	0,1	Aug.
1,5	0,6	2,4	1,8	0,3	1,1	1,5	0,5	0,3	Sept.
1,0	0,5	1,3	p)	1,5	0,7	1,1	0,0	- 0,5	Okt.
1,1	...	1,2	...	0,1	...	1,2	...	- 0,8	Nov.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾									
- 0,8	- 3,5	- 5,1	- 4,5	- 9,8	- 7,7	- 5,9	- 9,6	- 5,3	2010
0,1	- 2,8	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 5,1	- 6,3	- 9,6	- 6,3	2011
- 0,6	- 3,3	- 4,1	- 2,5	- 6,4	- 4,5	- 3,8	- 10,6	- 6,4	2012
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾									
19,5	66,8	63,4	72,3	94,0	41,0	38,7	61,7	61,3	2010
18,7	69,5	65,7	72,8	108,2	43,4	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	71,3	71,3	74,0	124,1	52,4	54,4	86,0	86,6	2012

Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **7** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **8** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten

des Statistischen Bundesamtes. **9** Ab 2011 einschl. Estland. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2012 März	36,6	2,8	1,2	33,8	36,5	- 26,2	33,5	59,7	- 35,1	- 26,4	- 0,6	- 18,9	10,7
April	12,2	7,8	15,9	4,4	- 2,6	- 29,8	- 14,3	15,5	- 5,8	- 3,9	- 0,1	- 7,0	5,2
Mai	23,3	- 7,4	- 10,2	30,7	29,0	14,1	27,6	13,5	- 41,8	- 32,5	- 0,9	- 23,2	14,8
Juni	8,3	- 35,3	- 59,6	43,6	18,3	20,6	- 82,1	- 102,6	10,9	- 12,4	- 1,0	- 13,0	37,4
Juli	- 33,9	- 17,7	- 42,4	- 16,2	- 15,4	9,7	6,5	- 3,3	- 33,3	- 53,4	- 1,1	6,5	14,6
Aug.	- 77,5	- 60,6	- 15,2	- 16,9	- 7,6	21,8	- 24,0	- 45,8	3,3	2,9	- 1,3	- 1,0	2,7
Sept.	65,4	32,4	- 3,6	33,0	30,7	- 6,7	- 41,2	- 34,5	- 0,4	- 7,6	- 1,4	- 3,7	12,3
Okt.	- 4,7	- 20,5	- 6,1	15,8	1,1	20,5	7,3	- 13,2	- 25,0	- 12,6	- 0,7	- 12,7	0,9
Nov.	13,9	- 3,7	- 0,5	17,7	27,2	64,4	- 12,4	- 76,8	- 2,5	- 4,6	- 0,7	- 1,4	4,2
Dez.	- 70,1	- 4,7	66,7	- 65,4	- 50,6	32,4	- 91,9	- 124,3	16,1	- 4,2	- 1,8	- 19,6	41,7
2013 Jan.	48,0	17,4	- 2,5	30,6	26,5	32,2	60,1	27,9	- 6,1	- 4,3	- 1,0	- 7,1	6,3
Febr.	- 5,1	- 9,7	- 3,4	4,6	43,8	- 10,4	- 10,5	- 0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
März	66,6	31,3	24,1	35,4	29,8	12,1	- 41,3	- 53,4	- 5,8	16,7	- 1,5	- 32,3	11,4
April	10,5	9,3	33,9	1,2	- 8,8	- 6,1	58,9	65,1	- 25,2	- 7,6	- 1,9	- 15,8	0,0
Mai	10,6	- 15,8	0,4	26,4	52,0	74,9	1,0	- 73,9	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 2,1	- 30,6	- 25,2	28,4	36,4	38,4	- 57,4	- 95,8	13,4	- 0,8	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 122,4	- 85,1	- 12,4	- 37,3	- 39,6	- 5,7	- 31,7	- 26,0	- 34,2	- 4,3	- 1,0	- 26,9	- 2,0
Aug.	- 55,7	- 37,9	- 6,0	- 17,8	- 2,7	34,1	- 15,6	- 49,8	- 9,7	- 6,5	- 0,2	- 13,6	10,6
Sept.	1,0	17,0	- 2,9	- 16,0	- 16,2	22,0	- 31,8	- 53,8	- 10,0	- 3,9	- 2,1	- 2,1	- 1,9
Okt.	- 43,8	- 60,8	- 25,2	17,0	4,6	31,8	64,6	32,8	8,5	1,3	- 0,5	15,5	- 7,9

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2012 März	2,1	1,2	8,4	0,9	3,2	- 51,5	5,1	56,6	- 6,8	- 4,9	- 0,8	- 6,2	5,1
April	18,0	16,0	12,9	2,0	- 3,2	- 12,4	- 0,5	11,9	1,4	- 1,4	- 0,3	2,3	0,8
Mai	- 33,7	- 25,5	- 20,6	- 8,2	- 2,7	- 21,2	- 5,0	16,2	- 12,6	- 3,0	- 0,8	- 6,0	- 2,7
Juni	10,1	- 7,5	- 9,2	17,6	7,0	- 27,1	- 28,9	- 1,8	1,7	- 3,0	- 1,0	- 1,3	7,0
Juli	29,8	34,2	- 0,6	- 4,5	- 0,4	- 16,1	1,5	17,6	- 5,5	- 4,9	- 0,8	- 2,2	2,5
Aug.	- 4,1	0,6	1,6	- 4,7	2,1	- 7,0	13,2	20,2	- 5,0	- 1,9	- 1,4	- 2,4	0,7
Sept.	7,3	2,3	5,0	5,1	6,1	52,6	7,0	- 45,7	- 5,7	- 3,2	- 1,6	- 1,4	0,5
Okt.	18,7	8,2	- 5,0	10,5	3,2	10,1	0,9	- 9,2	- 14,0	- 8,9	- 0,7	- 3,8	- 0,6
Nov.	- 5,2	- 4,1	0,8	- 1,2	5,0	23,7	- 7,2	- 30,9	- 12,5	- 5,4	- 1,3	- 5,4	- 0,4
Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	10,6	0,5	0,4	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,1	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
- 13,8	- 42,2	-	101,4	69,1	49,3	2,4	46,9	9,8	10,0	- 14,5	10,6	25,9	2012 März
- 36,3	21,8	-	2,6	- 1,7	3,7	2,7	1,0	- 9,9	4,5	3,4	9,7	- 6,6	April
26,2	27,5	-	25,5	19,8	39,1	8,7	30,4	- 25,9	6,6	27,3	12,6	- 6,4	Mai
17,2	- 35,3	-	36,0	59,0	74,3	11,4	62,9	- 21,9	6,6	- 0,0	- 23,3	- 6,7	Juni
- 32,6	15,8	-	26,0	20,3	22,7	3,8	19,0	- 8,0	5,6	4,6	- 1,3	- 2,0	Juli
- 39,6	- 8,2	-	- 11,3	- 3,6	1,8	- 1,3	3,1	- 13,7	8,3	- 13,5	4,3	- 10,4	Aug.
33,5	7,7	-	17,8	43,1	47,2	- 3,5	50,7	- 6,3	2,2	14,2	- 20,7	- 4,2	Sept.
- 22,8	6,6	-	57,0	63,7	34,1	- 2,4	36,5	18,3	11,3	- 20,7	5,3	- 5,1	Okt.
40,5	33,0	-	7,3	29,6	35,4	- 0,2	35,5	- 13,9	8,1	7,6	- 1,2	- 19,6	Nov.
- 60,6	- 52,1	-	58,9	98,2	85,3	12,7	72,6	- 12,3	25,2	- 42,3	- 26,9	- 6,1	Dez.
33,9	76,9	-	- 24,5	- 35,2	- 53,8	- 19,8	- 34,0	- 5,4	24,1	11,8	7,2	- 6,6	2013 Jan.
5,6	- 18,0	-	1,5	10,1	5,2	- 1,2	6,4	- 3,4	8,2	28,0	6,3	- 13,3	Febr.
10,7	28,3	-	45,5	58,7	48,0	11,7	36,2	5,1	5,6	24,2	- 5,9	- 5,4	März
- 50,6	21,9	-	58,3	54,5	74,3	7,2	67,1	- 26,5	6,7	- 11,4	- 0,4	- 1,4	April
62,6	29,1	-	- 0,6	12,0	26,2	4,9	21,4	- 17,2	3,0	10,9	- 2,0	- 11,1	Mai
30,3	- 4,0	-	- 3,4	26,3	45,6	6,3	39,3	- 19,1	- 0,2	22,9	- 21,0	1,6	Juni
- 26,1	- 61,7	-	- 6,2	- 6,7	- 8,1	6,9	- 15,0	- 2,1	3,5	- 47,5	- 1,1	- 6,7	Juli
- 55,7	14,8	-	29,0	23,8	22,4	1,4	21,0	- 0,2	1,6	4,9	9,5	- 1,1	Aug.
10,1	56,3	-	- 33,4	- 0,8	23,4	- 0,2	23,5	- 18,5	- 5,7	- 7,2	- 26,4	6,5	Sept.
- 28,0	- 7,9	-	15,4	21,4	37,7	3,9	33,8	- 9,1	- 7,2	- 7,9	1,0	- 12,1	Okt.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)				
- 10,7	- 34,6	3,2	- 0,2	2,7	8,7	- 0,8	0,4	- 3,6	- 0,2	- 1,9	2012 März		
1,9	- 15,6	2,1	1,0	17,9	10,4	3,1	- 1,2	7,2	0,0	- 1,7	April		
- 0,0	- 62,6	1,7	2,1	20,3	17,2	2,9	0,1	5,3	0,0	- 5,1	Mai		
1,7	- 36,9	1,7	2,8	16,5	18,0	6,6	0,1	- 9,4	0,2	1,0	Juni		
- 5,2	- 5,9	3,5	1,7	30,3	20,4	- 0,8	0,8	7,6	0,0	2,3	Juli		
- 1,1	- 15,8	3,9	- 0,9	10,8	12,4	- 2,1	0,9	1,7	- 0,4	1,6	Aug.		
1,0	62,5	3,4	- 1,2	2,1	23,9	- 13,5	0,3	- 10,1	- 0,2	1,7	Sept.		
- 2,1	- 11,2	2,8	- 0,3	56,1	55,8	- 11,1	0,2	9,9	0,4	1,1	Okt.		
1,3	12,0	2,6	- 0,1	17,5	25,9	- 9,0	0,5	- 0,8	- 0,0	1,1	Nov.		
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	- 2,2	Dez.		
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	3,6	2013 Jan.		
- 2,9	- 12,4	2,0	- 0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	Febr.		
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	- 1,1	März		
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	April		
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	0,9	Mai		
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	- 2,7	Juni		
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	Juli		
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	- 9,4	0,0	3,0	Aug.		
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	1,8	Sept.		
- 3,3	8,1	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	Okt.		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2011 Sept.	26 973,2	16 608,5	13 521,0	11 297,5	1 470,6	752,8	3 087,4	1 163,4	1 924,1	5 190,1	5 174,7
Okt.	26 619,3	16 622,1	13 550,1	11 268,0	1 530,0	752,1	3 072,0	1 162,6	1 909,4	5 028,0	4 969,2
Nov.	26 619,6	16 626,5	13 541,3	11 253,0	1 533,8	754,5	3 085,2	1 162,1	1 923,1	5 063,3	4 929,9
Dez.	26 718,7	16 562,9	13 432,5	11 164,1	1 527,4	741,0	3 130,5	1 177,6	1 952,8	5 032,7	5 123,1
2012 Jan.	26 895,5	16 673,7	13 478,2	11 196,6	1 532,2	749,3	3 195,5	1 174,8	2 020,7	5 046,6	5 175,2
Febr.	26 832,2	16 686,9	13 451,7	11 165,7	1 539,0	747,0	3 235,2	1 158,9	2 076,3	5 015,7	5 129,6
März	26 693,8	16 707,6	13 447,9	11 163,9	1 526,6	757,3	3 259,8	1 155,6	2 104,1	5 034,1	4 952,1
April	26 862,2	16 703,9	13 447,1	11 157,7	1 520,8	768,6	3 256,8	1 159,6	2 097,2	5 056,0	5 102,3
Mai	27 825,4	16 721,3	13 448,4	11 175,7	1 520,6	752,1	3 272,8	1 161,3	2 111,5	5 205,5	5 898,6
Juni	27 211,8	16 729,0	13 386,4	11 190,8	1 463,1	732,5	3 342,6	1 187,0	2 155,6	5 089,7	5 393,1
Juli	27 534,1	16 699,8	13 371,0	11 218,1	1 416,1	736,8	3 328,8	1 186,4	2 142,4	5 183,4	5 651,0
Aug.	27 305,1	16 627,3	13 304,9	11 165,0	1 400,8	739,1	3 322,4	1 177,0	2 145,4	5 104,1	5 573,7
Sept.	27 159,9	16 695,7	13 325,3	11 188,4	1 386,6	750,3	3 370,4	1 180,1	2 190,3	5 045,6	5 418,6
Okt.	26 627,5	16 695,5	13 300,3	11 168,3	1 384,2	747,8	3 395,2	1 194,7	2 200,5	5 013,0	4 918,9
Nov.	26 695,1	16 718,3	13 292,7	11 161,0	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,2
Dez.	26 247,1	16 610,0	13 244,3	11 043,5	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 843,9	4 793,2
2013 Jan.	26 387,5	16 638,7	13 241,5	11 044,9	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 797,9	4 950,8
Febr.	26 501,5	16 626,6	13 229,4	11 034,9	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,6	4 824,4	5 050,4
März	26 566,1	16 698,2	13 262,2	11 044,2	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 843,3	5 024,6
April	26 703,7	16 726,8	13 266,5	11 010,2	1 440,9	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 817,8	5 159,0
Mai	26 370,2	16 727,3	13 248,3	10 991,1	1 447,0	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,5	4 844,3
Juni	25 930,0	16 696,0	13 205,0	10 979,9	1 432,6	792,5	3 491,0	1 116,9	2 374,1	4 668,3	4 565,6
Juli	25 678,5	16 576,4	13 116,3	10 898,9	1 431,8	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,1	4 466,0
Aug.	25 459,2	16 418,9	12 978,9	10 769,6	1 427,7	781,6	3 440,0	1 105,2	2 334,8	4 661,1	4 379,1
Sept.	25 415,0	16 421,1	12 994,2	10 782,3	1 419,3	792,6	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 584,7	4 409,2
Okt.	25 462,9	16 389,7	12 932,0	10 738,6	1 400,3	793,1	3 457,7	1 118,1	2 339,5	4 622,1	4 451,1
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2011 Sept.	6 294,6	3 744,9	3 001,5	2 584,8	181,4	235,4	743,4	400,3	343,1	1 193,9	1 355,7
Okt.	6 167,9	3 767,6	3 022,8	2 609,4	179,0	234,4	744,8	396,1	348,7	1 157,5	1 242,8
Nov.	6 189,0	3 771,3	3 030,2	2 615,1	181,7	233,3	741,1	393,6	347,5	1 179,7	1 238,0
Dez.	6 229,9	3 720,7	2 986,3	2 576,3	183,2	226,8	734,4	396,9	337,5	1 180,4	1 328,9
2012 Jan.	6 292,8	3 751,9	3 007,6	2 594,7	182,4	230,4	744,4	400,3	344,0	1 212,0	1 328,9
Febr.	6 239,0	3 746,7	3 001,7	2 595,0	179,9	226,8	745,0	398,1	346,9	1 193,1	1 299,2
März	6 185,1	3 751,3	3 002,6	2 587,7	182,1	232,9	748,7	395,8	352,9	1 191,6	1 242,1
April	6 250,5	3 775,2	3 022,0	2 594,1	179,8	248,0	753,3	401,1	352,2	1 198,9	1 276,4
Mai	6 499,3	3 745,2	3 001,6	2 594,7	178,2	228,7	743,5	395,8	347,7	1 221,4	1 532,7
Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 159,8	1 253,7
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 669,3	3 660,4	2 888,3	2 498,3	145,4	244,6	772,2	382,6	389,5	1 090,1	918,8

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)				
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
831,2	10 534,1	9 962,8	10 018,6	3 724,1	1 463,7	312,8	2 495,3	1 911,6	111,3	2011 Sept.	
837,5	10 539,9	9 973,9	10 028,0	3 722,8	1 458,4	308,5	2 517,6	1 909,4	111,5	Okt.	
841,4	10 536,4	9 961,3	10 007,8	3 722,8	1 437,6	312,5	2 509,9	1 915,2	109,8	Nov.	
857,5	10 626,2	10 052,5	10 119,6	3 800,1	1 446,8	310,5	2 524,5	1 928,2	109,4	Dez.	
843,0	10 678,5	10 051,3	10 103,0	3 765,6	1 445,1	315,4	2 523,6	1 944,9	108,5	2012 Jan.	
842,5	10 704,6	10 055,2	10 101,9	3 735,2	1 464,1	325,6	2 517,3	1 951,1	108,5	Febr.	
844,9	10 731,4	10 103,4	10 128,0	3 775,3	1 469,1	323,2	2 491,4	1 960,9	108,1	März	
847,6	10 689,9	10 094,3	10 126,9	3 783,4	1 468,8	312,1	2 489,2	1 965,2	108,2	April	
856,3	10 707,2	10 079,2	10 101,9	3 811,1	1 440,0	312,0	2 459,7	1 971,8	107,4	Mai	
867,7	10 754,8	10 113,1	10 103,6	3 869,9	1 411,5	304,0	2 433,6	1 978,1	106,6	Juni	
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli	
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.	
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.	
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,2	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.	
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.	
876,8	10 813,6	10 249,8	10 272,7	4 064,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.	
857,0	10 825,6	10 227,7	10 256,7	4 039,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.	
855,8	10 840,7	10 224,2	10 265,8	4 051,0	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.	
867,5	10 920,6	10 292,0	10 330,1	4 094,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März	
874,7	10 900,4	10 329,1	10 359,0	4 152,0	1 320,3	350,5	2 358,6	2 084,1	93,5	April	
879,6	10 972,6	10 336,7	10 356,2	4 165,1	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai	
885,9	11 017,0	10 344,2	10 361,8	4 196,7	1 256,2	371,2	2 360,0	2 087,3	90,4	Juni	
892,8	10 964,7	10 326,4	10 347,2	4 187,0	1 243,2	383,2	2 354,1	2 090,2	89,4	Juli	
894,2	10 926,3	10 338,3	10 364,5	4 210,8	1 241,0	385,7	2 346,5	2 091,3	89,2	Aug.	
894,0	10 925,7	10 324,4	10 349,4	4 228,8	1 212,5	392,4	2 342,9	2 085,6	87,2	Sept.	
898,0	10 915,2	10 342,7	10 372,8	4 264,5	1 193,8	405,3	2 343,6	2 078,7	86,8	Okt.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
205,8	3 008,4	2 930,1	2 832,6	1 099,5	271,9	42,5	804,8	510,1	103,9	2011 Sept.	
207,6	3 009,6	2 934,1	2 844,1	1 109,9	274,3	43,5	802,7	509,9	103,8	Okt.	
209,1	3 030,2	2 954,6	2 858,9	1 128,2	272,4	44,5	801,4	510,4	102,0	Nov.	
212,6	3 038,9	2 962,5	2 867,9	1 130,2	276,1	44,9	799,8	515,8	101,2	Dez.	
209,6	3 040,0	2 961,3	2 864,8	1 130,9	274,7	44,8	796,2	518,1	100,3	2012 Jan.	
209,4	3 049,0	2 965,8	2 864,0	1 138,8	265,6	45,4	793,2	521,0	100,0	Febr.	
209,3	3 041,1	2 968,3	2 857,2	1 143,7	259,8	44,8	788,4	521,4	99,2	März	
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,5	1 156,8	260,2	44,1	787,2	520,2	98,9	April	
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	Mai	
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni	
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli	
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.	
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.	
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.	
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.	
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.	
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.	
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.	
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März	
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April	
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai	
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni	
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli	
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.	
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.	
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,2	32,8	713,0	528,1	78,1	Okt.	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												insgesamt	darunter: auf Euro			
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet			Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)		
	öffentliche Haushalte															insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte		mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen						
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	insgesamt									
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																	
2011 Sept.	261,5	254,0	122,6	83,8	4,7	29,2	7,1	6,6	517,7	515,1	549,2	3 015,0	2 314,2				
Okt.	261,9	249,9	125,9	76,5	4,8	29,3	7,0	6,4	495,1	492,4	540,8	2 979,6	2 301,9				
Nov.	266,1	262,5	135,1	79,8	4,9	29,3	7,2	6,2	467,0	464,2	547,0	2 999,1	2 312,2				
Dez.	259,3	247,4	117,9	81,6	5,2	29,5	7,4	5,9	397,3	394,6	520,4	3 006,2	2 297,0				
2012 Jan.	319,2	256,4	124,7	81,8	5,3	29,7	7,5	7,4	414,5	411,7	510,6	2 989,8	2 298,4				
Febr.	342,2	260,5	122,3	87,9	5,5	29,8	8,0	7,1	428,1	425,7	500,9	2 982,2	2 303,8				
März	328,5	275,0	129,4	94,8	5,7	29,8	8,3	6,9	413,6	410,9	511,4	2 988,1	2 312,8				
April	289,9	273,2	123,1	99,4	5,6	29,6	8,7	6,8	419,8	417,3	521,0	2 981,5	2 289,4				
Mai	316,1	289,1	131,3	106,4	5,9	30,0	9,0	6,6	428,4	422,5	533,6	2 983,9	2 272,1				
Juni	333,3	317,9	134,8	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	428,9	425,1	510,1	2 975,5	2 275,5				
Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	433,9	428,0	508,8	2 997,2	2 276,1				
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	418,0	412,8	513,2	2 966,1	2 265,1				
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	427,9	423,9	492,5	2 938,7	2 251,8				
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	407,1	403,5	497,3	2 914,7	2 226,4				
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	414,8	411,0	495,5	2 889,6	2 206,9				
Dez.	252,1	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	372,2	368,2	467,9	2 853,4	2 183,4				
2013 Jan.	286,0	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	383,6	379,8	459,7	2 807,9	2 172,5				
Febr.	291,6	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	411,9	406,6	465,9	2 807,2	2 151,8				
März	302,3	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	436,4	430,3	459,6	2 775,7	2 122,3				
April	251,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	424,7	417,3	459,1	2 747,6	2 102,3				
Mai	314,3	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	435,7	428,8	457,1	2 717,9	2 075,7				
Juni	344,6	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	458,4	452,0	436,0	2 696,1	2 062,1				
Juli	318,5	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	410,8	405,0	434,8	2 655,8	2 031,5				
Aug.	262,8	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	333,3	327,0	444,4	2 645,5	2 013,3				
Sept.	272,9	303,4	133,7	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	326,0	320,3	417,9	2 642,0	2 003,9				
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	44,9	14,7	5,6	318,0	312,1	418,8	2 637,5	2 006,6				
Deutscher Beitrag (Mrd €)																	
2011 Sept.	42,9	132,9	41,1	61,8	3,0	24,7	2,0	0,4	107,0	107,0	5,8	687,1	406,9				
Okt.	40,1	125,3	39,9	55,3	3,1	24,6	2,0	0,4	105,7	105,7	5,8	678,9	407,9				
Nov.	39,9	131,4	43,3	57,9	3,2	24,6	2,0	0,4	111,1	111,1	4,9	689,5	411,6				
Dez.	40,1	130,8	40,2	60,3	3,3	24,6	2,0	0,4	97,1	97,1	4,8	691,1	404,5				
2012 Jan.	44,1	131,1	40,0	60,6	3,4	24,8	1,8	0,4	86,7	86,2	4,5	663,1	384,3				
Febr.	47,6	137,4	41,5	65,1	3,6	24,9	1,9	0,4	96,6	96,5	4,4	667,4	389,9				
März	36,9	147,0	45,4	70,6	3,7	24,9	1,9	0,4	93,1	93,0	4,1	660,3	379,3				
April	36,4	150,2	42,9	76,6	3,7	24,8	1,9	0,4	102,9	102,9	4,2	664,4	380,6				
Mai	36,4	161,4	47,2	82,8	3,9	25,1	2,0	0,4	108,3	105,0	4,2	666,3	373,8				
Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1				
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1				
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5				
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7				
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0				
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6				
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3				
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1				
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1				
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4				
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1				
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7				
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4				
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1				
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2				
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5				
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5				

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)						sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich				Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post-, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung 13)		
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 10)	M2 11)	M3 12)			
94,8	75,8	2 844,4	4 218,0	2 182,2	- 15,7	5 141,6	-	4 758,5	8 568,0	9 466,0	7 668,9	106,6	2011 Sept.
95,5	75,3	2 808,7	4 125,5	2 185,0	- 34,5	4 950,4	-	4 765,5	8 555,9	9 436,9	7 658,5	105,2	Okt.
90,9	82,3	2 825,9	4 149,7	2 198,7	- 25,4	4 905,7	-	4 782,4	8 565,2	9 448,4	7 679,9	108,8	Nov.
122,9	83,7	2 799,6	4 089,5	2 219,1	- 17,9	5 020,5	-	4 866,6	8 671,2	9 535,4	7 688,0	116,0	Dez.
109,0	91,6	2 789,2	4 104,0	2 273,3	- 63,8	5 145,6	-	4 815,7	8 640,9	9 495,8	7 731,7	107,7	2012 Jan.
115,6	98,8	2 767,8	4 068,1	2 290,8	- 39,6	5 054,7	-	4 781,8	8 648,7	9 505,8	7 721,3	106,5	Febr.
135,2	103,5	2 749,4	4 139,1	2 271,1	- 58,0	4 852,1	-	4 831,8	8 718,7	9 606,2	7 656,8	107,0	März
119,4	107,7	2 754,4	4 178,1	2 268,7	- 56,3	5 011,8	-	4 837,2	8 721,7	9 608,6	7 656,9	107,8	April
114,2	107,3	2 762,4	4 285,5	2 276,0	- 54,5	5 809,0	-	4 883,1	8 752,8	9 646,5	7 642,1	109,1	Mai
128,7	102,1	2 744,7	4 158,4	2 312,3	- 56,5	5 260,6	-	4 958,2	8 810,9	9 683,7	7 646,4	111,0	Juni
136,3	96,2	2 764,7	4 201,6	2 353,7	- 56,4	5 537,2	-	4 982,7	8 834,6	9 713,0	7 654,8	113,5	Juli
122,9	96,4	2 746,8	4 115,5	2 361,9	- 40,9	5 458,0	-	4 979,0	8 827,3	9 688,8	7 646,4	113,0	Aug.
120,1	92,6	2 726,0	4 047,4	2 405,7	- 61,1	5 325,9	-	5 022,9	8 868,1	9 702,0	7 665,1	113,1	Sept.
113,8	93,5	2 707,3	4 020,6	2 394,2	- 73,4	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 757,1	7 621,2	112,1	Okt.
96,3	91,2	2 702,1	3 939,7	2 408,7	- 69,6	4 944,7	-	5 091,6	8 957,5	9 761,4	7 627,2	114,6	Nov.
87,6	93,8	2 672,0	3 789,7	2 395,9	- 52,0	4 729,7	-	5 171,7	9 048,6	9 812,3	7 577,5	120,0	Dez.
70,4	92,3	2 645,2	3 770,7	2 387,6	- 37,1	4 932,3	-	5 112,7	9 005,3	9 752,2	7 536,2	112,0	2013 Jan.
62,0	88,2	2 657,0	3 808,9	2 378,2	- 49,4	4 982,3	-	5 122,6	9 021,7	9 760,6	7 529,5	111,1	Febr.
59,5	84,1	2 632,1	3 794,8	2 414,4	- 58,8	4 955,8	-	5 174,3	9 085,9	9 810,2	7 557,3	110,9	März
62,7	81,6	2 603,3	3 829,2	2 390,0	- 44,4	5 122,2	-	5 244,1	9 132,6	9 859,7	7 495,4	111,2	April
59,4	74,4	2 584,0	3 755,6	2 377,7	- 51,2	4 825,3	-	5 269,9	9 144,3	9 859,7	7 467,3	111,9	Mai
66,4	68,4	2 561,4	3 648,8	2 335,8	- 55,0	4 507,1	-	5 314,4	9 170,8	9 856,2	7 397,7	113,0	Juni
62,3	66,7	2 526,8	3 596,2	2 367,2	- 54,5	4 410,8	-	5 304,7	9 161,1	9 848,0	7 388,4	116,5	Juli
66,4	63,1	2 516,0	3 569,1	2 392,2	- 55,9	4 310,1	-	5 328,1	9 187,5	9 887,6	7 394,3	115,9	Aug.
76,2	58,3	2 507,5	3 497,1	2 372,6	- 43,1	4 382,7	-	5 348,7	9 182,7	9 848,8	7 360,8	116,6	Sept.
64,2	58,1	2 515,2	3 510,3	2 376,6	- 48,9	4 437,3	-	5 384,7	9 201,3	9 861,1	7 372,9	114,3	Okt.
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
21,8	11,9	653,4	738,9	476,2	- 600,2	1 871,4	170,7	1 140,5	2 031,7	2 178,3	2 063,4	-	2011 Sept.
18,8	11,2	648,9	746,8	478,0	- 608,3	1 751,4	170,7	1 149,9	2 037,9	2 179,4	2 058,5	-	Okt.
22,5	11,7	655,3	769,8	478,8	- 639,8	1 744,5	170,9	1 171,5	2 061,9	2 212,1	2 062,5	-	Nov.
22,8	9,7	658,6	696,1	473,6	- 607,5	1 835,9	170,5	1 170,4	2 072,8	2 207,2	2 058,1	-	Dez.
19,7	10,3	633,1	801,2	486,8	- 614,9	1 825,4	171,0	1 170,9	2 074,3	2 195,5	2 041,5	-	2012 Jan.
20,2	11,4	635,8	815,9	493,4	- 670,9	1 783,3	172,2	1 180,3	2 082,8	2 215,4	2 047,8	-	Febr.
19,9	9,8	630,5	873,9	491,9	- 710,2	1 730,8	175,5	1 189,1	2 091,3	2 218,3	2 035,5	-	März
16,6	11,5	636,3	889,0	497,3	- 733,8	1 772,5	177,6	1 199,7	2 106,4	2 241,6	2 044,8	-	April
13,4	9,9	643,0	919,2	495,5	- 796,5	2 029,9	179,3	1 218,0	2 128,2	2 264,1	2 046,1	-	Mai
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-	Juni
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 954,6	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	Juli
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-	Aug.
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-	Sept.
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-	Okt.
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	Nov.
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 693,7	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,7	-	Okt.

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
 Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2011 Mai	525,9	109,2	320,5	0,4	136,6	22,8	76,8	833,9	61,3	- 111,6	209,5	1 066,1
Juni	526,8	114,7	317,9	0,0	135,5	18,4	76,2	836,6	62,6	- 107,9	209,0	1 064,0
Juli	533,6	146,0	311,6	0,2	134,2	29,5	76,9	846,2	73,4	- 111,2	210,9	1 086,6
Aug.	541,3	171,7	321,5	0,1	133,9	56,7	79,2	854,2	71,4	- 104,5	211,5	1 122,4
Sept.	540,3	135,1	389,8	0,3	178,0	121,8	109,8	853,2	52,3	- 103,0	209,5	1 184,5
Okt.	571,0	193,0	373,6	1,5	217,4	168,7	162,9	854,9	50,0	- 88,5	208,7	1 232,2
Nov.	612,1	196,1	387,1	2,8	231,9	204,6	178,0	861,4	57,9	- 80,8	208,9	1 274,8
Dez.	622,1	238,0	389,0	4,4	260,3	253,7	200,5	869,4	63,8	- 85,9	212,2	1 335,3
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	860,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	110,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	333,8	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Deutsche Bundesbank												
2011 Mai	142,4	17,9	47,7	0,2	31,9	10,8	38,2	207,6	0,4	- 68,2	51,4	269,8
Juni	142,5	10,6	41,5	0,0	31,7	8,1	33,4	208,7	0,3	- 75,8	51,7	268,4
Juli	144,3	22,8	35,8	0,0	31,4	11,1	36,4	211,1	0,3	- 77,3	52,6	274,8
Aug.	146,7	13,6	36,5	0,0	31,3	15,4	35,2	213,0	0,2	- 88,4	52,7	281,1
Sept.	146,7	6,6	33,6	0,0	42,3	27,8	60,2	213,4	0,3	- 124,3	51,8	293,0
Okt.	155,5	10,7	20,8	0,0	52,3	41,5	86,8	213,5	0,3	- 155,0	52,2	307,2
Nov.	167,5	4,0	18,0	0,1	55,7	55,0	87,9	213,8	0,2	- 164,5	53,0	321,8
Dez.	168,7	3,0	17,6	0,1	63,2	60,4	126,2	216,3	0,7	- 205,5	54,4	331,2
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	95,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berich-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) ⁷⁾	Basisgeld ⁸⁾	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode ¹⁾
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte ⁴⁾	Banknotenumlauf ⁵⁾	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) ⁶⁾			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte ³⁾								
- 18,2	+ 11,9	- 14,9	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 2,7	+ 9,5	- 11,8	- 16,4	- 1,0	+ 8,2	2011 Mai
+ 0,9	+ 5,5	- 2,6	- 0,4	- 1,1	- 4,4	- 0,6	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,7	- 0,5	- 2,1	Juni
+ 6,8	+ 31,3	- 6,3	+ 0,2	- 1,3	+ 11,1	+ 0,7	+ 9,6	+ 10,8	- 3,3	+ 1,9	+ 22,6	Juli
+ 7,7	+ 25,7	+ 9,9	- 0,1	- 0,3	+ 27,2	+ 2,3	+ 8,0	- 2,0	+ 6,7	+ 0,6	+ 35,8	Aug.
- 1,0	- 36,6	+ 68,3	+ 0,2	+ 44,1	+ 65,1	+ 30,6	- 1,0	- 19,1	+ 1,5	- 2,0	+ 62,1	Sept.
+ 30,7	+ 57,9	- 16,2	+ 1,2	+ 39,4	+ 46,9	+ 53,1	+ 1,7	- 2,3	+ 14,5	- 0,8	+ 47,7	Okt.
+ 41,1	+ 3,1	+ 13,5	+ 1,3	+ 14,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 6,5	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 42,6	Nov.
+ 10,0	+ 41,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 28,4	+ 49,1	+ 22,5	+ 8,0	+ 5,9	- 5,1	+ 3,3	+ 60,5	Dez.
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	- 104,2	- 28,2	Febr.
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	+ 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 54,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
Deutsche Bundesbank												
- 4,2	- 6,2	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,0	- 2,8	- 0,7	+ 2,4	+ 0,1	- 6,7	- 0,3	- 0,7	2011 Mai
+ 0,2	- 7,3	- 6,3	- 0,2	- 0,2	- 2,7	- 4,7	+ 1,1	- 0,1	- 7,6	+ 0,2	- 1,4	Juni
+ 1,7	+ 12,2	- 5,7	+ 0,0	- 0,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,9	+ 6,4	Juli
+ 2,4	- 9,2	+ 0,7	- 0,0	- 0,0	+ 4,3	- 1,2	+ 1,9	- 0,1	- 11,1	+ 0,1	+ 6,3	Aug.
+ 0,0	- 6,9	- 2,9	+ 0,0	+ 11,0	+ 12,4	+ 25,0	+ 0,4	+ 0,1	- 35,9	- 0,9	+ 12,0	Sept.
+ 8,8	+ 4,1	- 12,8	+ 0,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 26,6	+ 0,1	- 0,0	- 30,7	+ 0,3	+ 14,2	Okt.
+ 12,0	- 6,7	- 2,8	+ 0,1	+ 3,5	+ 13,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	- 9,5	+ 0,9	+ 14,6	Nov.
+ 1,2	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	+ 7,5	+ 5,5	+ 38,4	+ 2,5	+ 0,5	- 41,0	+ 1,4	+ 9,4	Dez.
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	+ 26,2	+ 11,1	Febr.
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	± 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	+ 0,6	+ 50,2	März
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. ⁶ Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. ⁷ Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. ⁸ Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem 2)										
2013 März 29.	2 648,1	435,3	254,4	87,1	167,2	31,6	22,1	22,1	–	–
April 5.	2 647,1	435,3	254,6	87,1	167,5	34,3	21,8	21,8	–	–
12.	2 634,5	435,3	254,6	87,0	167,6	34,5	22,2	22,2	–	–
19.	2 617,3	435,3	253,7	86,9	166,7	34,9	21,2	21,2	–	–
26.	2 611,3	435,3	253,1	86,9	166,2	35,6	21,7	21,7	–	–
Mai 3.	2 608,1	435,3	254,5	86,9	167,6	35,4	22,5	22,5	–	–
10.	2 606,3	435,3	256,0	86,6	169,5	35,6	22,8	22,8	–	–
17.	2 577,4	435,3	253,7	86,5	167,2	35,5	22,5	22,5	–	–
24.	2 560,2	435,3	254,0	86,4	167,5	28,6	21,7	21,7	–	–
31.	2 549,4	435,3	255,1	86,4	168,7	27,3	19,9	19,9	–	–
Juni 7.	2 546,6	435,3	255,1	86,7	168,4	28,2	18,9	18,9	–	–
14.	2 550,7	435,3	255,6	87,1	168,6	29,3	18,3	18,3	–	–
21.	2 545,3	435,3	256,2	86,9	169,3	29,3	18,3	18,3	–	–
28.	2 430,4	320,0	247,6	85,3	162,3	27,5	18,1	18,1	–	–
Juli 5.	2 420,3	320,0	248,0	85,3	162,7	26,4	20,4	20,4	–	–
12.	2 403,3	320,0	248,3	85,3	163,0	26,6	21,6	21,6	–	–
19.	2 399,0	320,0	247,2	85,1	162,1	26,2	20,7	20,7	–	–
26.	2 396,2	320,0	247,7	85,1	162,6	25,9	20,8	20,8	–	–
Aug. 2.	2 391,1	320,0	247,3	85,3	162,0	25,8	21,7	21,7	–	–
9.	2 379,3	320,0	250,1	85,6	164,5	24,2	20,8	20,8	–	–
16.	2 368,5	320,0	250,1	84,7	165,4	22,7	21,9	21,9	–	–
23.	2 360,8	320,0	250,4	84,7	165,8	22,8	22,3	22,3	–	–
30.	2 360,6	320,0	249,6	84,6	165,1	24,0	22,3	22,3	–	–
2013 Sept. 6.	2 356,7	320,0	251,4	84,7	166,8	23,2	22,3	22,3	–	–
13.	2 350,1	320,0	251,0	84,6	166,4	23,7	22,3	22,3	–	–
20.	2 346,6	320,0	250,7	84,7	166,0	22,7	23,1	23,1	–	–
27.	2 338,0	320,0	250,0	84,6	165,4	22,7	23,3	23,3	–	–
Okt. 4.	2 350,6	343,9	245,4	83,5	161,9	21,5	23,6	23,6	–	–
11.	2 340,4	343,9	245,7	83,5	162,2	20,9	22,8	22,8	–	–
18.	2 328,0	343,9	244,7	83,3	161,4	21,2	21,5	21,5	–	–
25.	2 318,7	343,9	245,4	83,1	162,3	21,3	21,7	21,7	–	–
Nov. 1.	2 314,4	343,9	244,8	83,2	161,6	22,2	21,5	21,5	–	–
8.	2 305,4	343,9	243,9	82,7	161,2	22,4	18,7	18,7	–	–
15.	2 299,0	343,9	244,2	82,5	161,7	22,5	19,1	19,1	–	–
22.	2 293,6	343,9	244,9	82,5	162,4	22,8	19,4	19,4	–	–
29.	2 291,0	343,9	244,3	82,5	161,8	23,4	19,3	19,3	–	–
Deutsche Bundesbank										
2012 Jan.	860,1	132,9	51,9	22,3	29,6	11,6	–	–	–	–
Febr.	910,9	132,9	52,4	22,6	29,8	14,3	–	–	–	–
März	1 002,8	135,8	50,9	22,2	28,7	8,9	–	–	–	–
April	1 031,3	135,8	51,4	22,4	29,1	8,3	–	–	–	–
Mai	1 087,0	135,8	51,6	22,3	29,3	6,9	–	–	–	–
Juni	1 119,4	136,1	54,2	23,3	30,8	6,2	–	–	–	–
Juli	1 112,9	136,1	54,1	23,3	30,8	3,2	–	–	–	–
Aug.	1 135,4	136,1	54,5	23,5	31,0	1,7	–	–	–	–
Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	–	–	–	–
Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	–	–	–	–
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–	–
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–	–
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–	–
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–	–
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–	–
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–	–
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–	–
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–	–
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–	–
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–	–
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
903,6	123,2	778,9	–	–	1,5	–	88,5	618,1	269,3	348,7	29,9	264,7	2013 März	29.
896,8	124,9	771,9	–	–	0,0	–	90,1	619,0	269,3	349,6	29,9	265,4	April	5.
884,2	119,3	764,3	–	–	0,6	–	93,3	618,0	269,0	348,9	29,9	262,5		12.
869,9	116,4	753,5	–	–	0,1	–	97,7	613,1	265,6	347,5	29,9	261,5		19.
852,2	110,4	741,8	–	–	0,0	–	107,3	611,6	265,6	346,0	29,9	264,5		26.
846,4	105,0	739,5	–	–	1,9	–	111,8	608,6	263,4	345,2	29,0	264,6	Mai	3.
850,5	110,3	739,0	–	–	1,2	–	103,2	608,7	263,2	345,5	29,0	265,2		10.
836,6	103,8	732,6	–	–	0,1	–	96,6	609,1	263,2	345,9	29,0	259,1		17.
835,4	103,4	731,5	–	–	0,5	–	96,0	604,5	259,2	345,4	29,0	255,6		24.
824,1	103,2	720,9	–	–	0,0	–	91,5	605,6	259,0	346,6	29,0	261,5		31.
821,9	103,0	717,8	–	–	1,1	–	90,2	604,3	256,6	347,6	29,0	263,7	Juni	7.
821,8	108,3	713,2	–	–	0,2	–	95,0	606,0	256,5	349,5	29,0	260,4		14.
815,6	102,0	710,1	–	–	3,5	–	92,4	606,9	256,5	350,4	29,0	262,1		21.
822,7	117,3	705,4	–	–	0,0	–	92,1	609,5	256,8	352,6	28,4	264,6		28.
811,4	107,7	703,3	–	–	0,4	–	91,8	608,4	256,4	352,0	28,4	265,5	Juli	5.
803,3	102,1	701,1	–	–	0,1	–	87,7	606,9	256,1	350,8	28,4	260,5		12.
804,4	104,4	699,9	–	–	0,0	–	88,3	606,6	255,7	350,9	28,4	257,2		19.
800,6	102,3	697,5	–	–	0,7	–	86,0	607,6	255,4	352,3	28,4	259,3		26.
804,9	109,2	695,7	–	–	0,0	0,0	86,8	600,7	252,5	348,2	28,4	255,5	Aug.	2.
793,6	99,4	694,0	–	–	0,2	–	84,3	602,7	252,5	350,2	28,4	255,2		9.
790,9	97,6	693,3	–	–	0,1	–	82,1	603,9	252,5	351,4	28,4	248,6		16.
790,3	97,7	692,6	–	–	0,0	–	80,8	602,5	250,6	351,9	28,4	243,3		23.
790,5	97,1	693,3	–	–	0,1	–	79,7	603,1	250,1	353,0	28,4	243,1		30.
786,5	95,6	688,6	–	–	2,2	–	75,2	604,2	250,1	354,1	28,4	245,6	2013 Sept.	6.
779,5	97,2	682,3	–	–	0,1	–	77,1	604,3	250,1	354,2	28,4	243,9		13.
775,4	96,2	678,9	–	–	0,2	–	76,1	604,0	249,8	354,3	28,4	246,2		20.
767,3	97,0	670,2	–	–	0,1	–	81,3	600,1	246,7	353,4	28,4	245,1		27.
761,6	94,5	667,0	–	–	0,1	0,0	74,1	599,9	247,0	352,9	28,3	252,3	Okt.	4.
753,0	93,4	659,3	–	–	0,3	–	76,0	599,7	246,6	353,1	28,3	250,1		11.
749,7	91,2	658,5	–	–	–	0,0	73,5	599,6	246,6	353,0	28,3	245,6		18.
743,9	90,6	653,3	–	–	–	0,0	77,3	595,0	245,7	349,2	28,3	241,9		25.
740,2	89,3	650,8	–	–	0,0	0,0	80,4	593,4	241,6	351,7	28,3	239,8	Nov.	1.
729,7	89,5	640,2	–	–	0,0	0,0	83,2	593,2	241,6	351,6	28,3	242,2		8.
721,9	87,7	634,1	–	–	–	0,0	84,0	592,2	241,6	350,7	28,3	242,9		15.
717,6	86,9	630,6	–	–	0,2	0,0	81,4	592,3	241,5	350,8	28,3	242,9		22.
719,0	97,2	621,7	–	–	0,1	0,0	77,2	592,2	241,4	350,8	28,3	243,3		29.
Deutsche Bundesbank														
48,6	2,0	46,6	–	–	0,0	–	8,4	74,1	69,2	4,9	4,4	528,2	2012 Jan.	
48,0	0,9	46,6	0,5	–	0,0	–	8,5	73,9	69,1	4,8	4,4	576,4	Febr.	
74,6	1,2	73,2	–	–	0,1	–	9,4	73,5	68,7	4,8	4,4	645,3	März	
74,9	1,2	73,7	–	–	0,0	–	10,1	73,5	68,7	4,8	4,4	672,8	April	
79,7	3,6	76,1	–	–	0,0	–	8,0	73,4	68,6	4,8	4,4	727,0	Mai	
79,5	2,5	77,0	–	–	0,1	–	8,8	73,1	68,7	4,3	4,4	757,2	Juni	
78,6	2,9	75,7	–	–	0,0	–	7,6	73,2	68,8	4,3	4,4	755,7	Juli	
76,8	1,7	75,1	–	–	0,0	–	9,4	72,8	68,4	4,3	4,4	779,6	Aug.	
76,1	1,7	73,9	–	–	0,5	–	8,9	68,8	68,8	–	4,4	727,8	Sept.	
76,6	1,6	73,9	–	–	1,1	–	5,0	67,9	67,9	–	4,4	751,0	Okt.	
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	637,9	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Terminanlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 4)													
2013 März 29.	2 648,1	896,4	669,9	319,3	144,6	205,5	–	0,4	6,5	–	120,6	96,3	24,3
April 5.	2 647,1	895,2	677,4	336,9	134,9	205,5	–	0,1	6,3	–	110,7	88,6	22,2
12.	2 634,5	894,5	669,1	343,1	119,9	206,0	–	0,1	6,1	–	110,2	87,7	22,5
19.	2 617,3	894,1	641,6	329,8	105,6	206,0	–	0,2	5,8	–	120,7	90,1	30,6
26.	2 611,3	897,0	628,1	316,0	109,7	202,5	–	0,0	6,1	–	116,5	83,3	33,3
Mai 3.	2 608,1	904,6	623,1	296,2	124,1	202,5	–	0,3	6,1	–	104,9	72,3	32,5
10.	2 606,3	905,0	630,0	333,7	95,3	201,0	–	–	5,5	–	95,2	65,6	29,5
17.	2 577,4	905,2	603,6	319,5	83,0	201,0	–	0,0	5,7	–	106,6	80,8	25,8
24.	2 560,2	901,4	576,7	294,6	81,0	201,0	–	–	6,1	–	128,1	99,2	28,9
31.	2 549,4	905,2	556,1	273,4	85,6	197,0	–	0,1	6,6	–	135,2	102,7	32,5
Juni 7.	2 546,6	906,9	578,0	280,0	100,9	197,0	–	0,1	6,7	–	106,8	70,7	36,1
14.	2 550,7	906,6	594,8	309,8	90,0	195,0	–	0,0	6,4	–	99,7	61,8	37,9
21.	2 545,3	906,3	557,5	279,5	83,0	195,0	–	0,0	6,8	–	134,4	106,4	28,0
28.	2 430,4	911,0	564,0	276,3	92,2	195,0	–	0,5	7,1	–	135,3	114,4	20,9
Juli 5.	2 420,3	915,8	570,1	271,3	103,9	195,0	–	0,0	6,2	–	109,6	89,3	20,4
12.	2 403,3	917,0	565,5	275,3	94,6	195,5	–	0,0	6,4	–	105,5	84,3	21,2
19.	2 399,0	916,8	536,6	264,7	76,4	195,5	–	0,0	6,4	–	135,4	111,0	24,4
26.	2 396,2	916,7	530,6	255,8	79,2	195,5	–	0,0	6,7	–	137,1	114,4	22,7
Aug. 2.	2 391,1	922,3	555,4	272,3	87,3	195,5	–	0,2	6,5	–	99,7	75,6	24,2
9.	2 379,3	922,9	553,6	284,0	77,0	192,5	–	0,0	6,4	–	91,2	68,6	22,6
16.	2 368,5	924,2	555,3	281,5	81,2	192,5	–	0,0	6,5	–	81,4	57,7	23,7
23.	2 360,8	918,3	535,9	256,1	87,2	192,5	–	0,1	6,1	–	109,5	86,7	22,8
30.	2 360,6	919,4	533,5	272,3	70,6	190,5	–	0,1	5,6	–	108,8	86,4	22,3
2013 Sept. 6.	2 356,7	920,4	539,6	269,2	79,9	190,5	–	0,0	6,3	–	94,6	70,4	24,2
13.	2 350,1	919,3	537,8	275,8	71,4	190,5	–	0,1	6,3	–	94,5	67,4	27,1
20.	2 346,6	916,7	515,1	274,5	50,1	190,5	–	0,0	6,1	–	112,8	84,9	27,9
27.	2 338,0	917,7	502,2	258,8	52,9	190,5	–	0,0	6,2	–	119,6	94,9	24,7
Okt. 4.	2 350,6	921,7	508,2	265,4	55,3	187,5	–	0,0	6,0	–	103,8	76,6	27,2
11.	2 340,4	920,1	508,6	268,0	52,6	188,0	–	0,0	5,9	–	94,1	73,4	20,8
18.	2 328,0	918,6	502,8	269,1	45,7	188,0	–	0,0	5,5	–	101,5	70,7	30,8
25.	2 318,7	917,9	469,7	230,2	51,3	188,0	–	0,2	5,5	–	119,0	88,8	30,3
Nov. 1.	2 314,4	924,5	467,1	226,9	52,1	188,0	–	0,0	5,7	–	110,3	62,7	47,7
8.	2 305,4	923,6	477,2	230,6	62,4	184,0	–	0,2	5,5	–	89,1	48,3	40,8
15.	2 299,0	922,6	459,8	231,9	43,9	184,0	–	0,0	5,3	–	106,4	68,0	38,4
22.	2 293,6	921,0	446,1	218,0	44,0	184,0	–	0,1	5,4	–	117,1	83,4	33,7
29.	2 291,0	927,5	429,6	215,5	56,1	157,8	–	0,2	5,1	–	133,9	96,5	37,4
Deutsche Bundesbank													
2012 Jan.	860,1	216,3	294,1	34,6	119,7	139,7	–	–	–	–	1,4	0,7	0,7
Febr.	910,9	216,0	342,5	29,9	166,4	146,2	–	–	–	–	2,8	0,8	2,0
März	1 002,8	216,6	424,5	30,9	248,2	145,4	–	–	–	–	3,4	0,8	2,6
April	1 031,3	217,6	452,3	33,0	276,9	142,4	–	–	0,0	–	2,0	0,7	1,3
Mai	1 087,0	219,9	464,8	33,4	275,0	156,3	–	–	0,0	–	2,6	0,6	2,0
Juni	1 119,4	222,5	457,1	33,3	262,9	160,9	–	–	–	–	3,2	1,2	2,0
Juli	1 112,9	223,6	421,7	178,3	88,1	155,2	–	–	–	–	19,5	7,3	12,2
Aug.	1 135,4	223,2	442,5	201,4	111,4	129,7	–	–	–	–	17,6	5,5	12,1
Sept.	1 090,9	222,2	385,8	173,1	78,4	134,2	–	–	–	–	17,3	7,0	10,2
Okt.	1 110,0	222,0	372,3	177,9	59,0	135,5	–	–	–	–	50,7	5,1	45,7
Nov.	1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez.	1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan.	964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr.	934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März	906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April	916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweissichttag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
157,7	4,1	5,3	5,3	–	55,1	237,1	–	406,6	88,9	2013 März 29.
158,7	4,5	7,0	7,0	–	55,1	236,4	–	406,6	88,9	April 5.
155,0	6,5	6,2	6,2	–	55,1	236,2	–	406,6	88,9	12.
153,9	5,6	6,5	6,5	–	55,1	238,5	–	406,6	88,9	19.
163,0	5,4	5,5	5,5	–	55,1	239,0	–	406,6	88,9	26.
166,8	5,6	6,4	6,4	–	55,1	239,9	–	406,6	88,9	Mai 3.
165,4	7,1	6,5	6,5	–	55,1	240,8	–	406,6	89,0	10.
163,3	4,2	6,5	6,5	–	55,1	231,8	–	406,6	88,8	17.
157,3	2,8	5,7	5,7	–	55,1	231,5	–	406,6	88,8	24.
151,6	2,5	6,0	6,0	–	55,1	235,7	–	406,6	88,8	31.
153,1	1,3	7,7	7,7	–	55,1	234,5	–	406,6	89,8	Juni 7.
145,2	3,1	6,3	6,3	–	55,1	236,9	–	406,6	89,8	14.
146,8	4,2	6,0	6,0	–	55,1	230,7	–	406,6	90,8	21.
141,6	4,0	4,9	4,9	–	54,2	233,2	–	284,7	90,4	28.
145,0	2,6	5,6	5,6	–	54,2	236,0	–	284,7	90,4	Juli 5.
140,9	2,9	5,5	5,5	–	54,2	230,3	–	284,7	90,4	12.
136,4	1,7	5,3	5,3	–	54,2	231,0	–	284,7	90,4	19.
136,4	1,6	5,4	5,4	–	54,2	232,4	–	284,7	90,4	26.
135,9	1,4	4,8	4,8	–	54,2	235,7	–	284,7	90,4	Aug. 2.
135,8	1,9	5,2	5,2	–	54,2	233,0	–	284,7	90,4	9.
136,8	1,4	5,8	5,8	–	54,2	227,8	–	284,7	90,4	16.
131,8	1,6	5,9	5,9	–	54,2	222,4	–	284,7	90,4	23.
135,0	1,8	5,8	5,8	–	54,2	221,5	–	284,7	90,4	30.
136,4	1,7	6,6	6,6	–	54,2	221,8	–	284,7	90,4	2013 Sept. 6.
132,0	3,0	5,5	5,5	–	54,2	222,5	–	284,7	90,4	13.
134,8	2,6	4,4	4,4	–	54,2	224,8	–	284,7	90,4	20.
134,9	2,5	3,8	3,8	–	54,2	221,8	–	284,7	90,4	27.
129,2	2,1	4,0	4,0	–	53,6	227,0	–	304,5	90,4	Okt. 4.
131,1	2,4	3,3	3,3	–	53,6	226,3	–	304,5	90,4	11.
124,2	1,8	3,4	3,4	–	53,6	221,6	–	304,5	90,4	18.
126,7	1,7	4,6	4,6	–	53,6	225,2	–	304,5	90,4	25.
123,5	1,2	5,0	5,0	–	53,6	228,5	–	304,5	90,4	Nov. 1.
129,5	1,3	4,5	4,5	–	53,6	226,1	–	304,5	90,4	8.
122,7	1,3	4,9	4,9	–	53,6	227,4	–	304,5	90,4	15.
122,7	2,2	5,2	5,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	22.
114,3	2,3	5,1	5,1	–	53,6	224,6	–	304,5	90,4	29.
Deutsche Bundesbank										
11,9	0,0	0,0	0,0	–	14,3	16,5	171,0	129,4	5,0	2012 Jan.
11,7	0,0	0,3	0,3	–	14,3	16,7	172,2	129,4	5,0	Febr.
15,9	0,0	0,2	0,2	–	14,0	16,9	175,5	130,8	5,0	März
14,2	0,0	0,4	0,4	–	14,0	17,5	177,6	130,8	5,0	April
52,0	0,0	0,4	0,4	–	14,0	18,2	179,3	130,8	5,0	Mai
83,2	0,0	0,2	0,2	–	14,5	19,5	181,0	133,3	5,0	Juni
90,9	0,0	0,0	0,0	–	14,5	19,9	184,5	133,3	5,0	Juli
89,9	0,0	0,3	0,3	–	14,5	20,6	188,5	133,3	5,0	Aug.
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	Sept.
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-Umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³⁾ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴⁾ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2012 Jan.	8 517,7	14,5	2 470,6	1 921,9	1 444,6	477,3	548,7	362,6	186,1	3 702,0	3 298,2	2 729,8	2 437,1
Febr.	8 526,0	14,4	2 534,4	1 981,0	1 499,7	481,3	553,4	369,7	183,7	3 695,5	3 291,4	2 723,7	2 437,0
März	8 522,7	15,4	2 577,6	2 037,3	1 559,1	478,2	540,3	358,1	182,2	3 698,3	3 292,5	2 722,7	2 427,8
April	8 599,6	15,3	2 593,3	2 049,9	1 574,4	475,5	543,4	365,1	178,2	3 719,9	3 314,2	2 739,4	2 430,9
Mai	8 859,6	15,5	2 605,1	2 060,4	1 585,9	474,5	544,7	365,3	179,4	3 692,5	3 288,7	2 722,4	2 434,0
Juni	8 636,4	15,5	2 566,1	2 041,1	1 571,3	469,8	525,0	351,0	174,1	3 699,4	3 297,2	2 692,7	2 432,4
Juli	8 726,8	14,8	2 531,1	2 000,3	1 530,8	469,5	530,8	359,0	171,8	3 731,2	3 327,5	2 724,4	2 467,2
Aug.	8 695,6	15,7	2 538,3	2 016,4	1 547,5	468,9	522,0	349,7	172,2	3 725,2	3 321,8	2 723,8	2 464,9
Sept.	8 567,6	16,0	2 463,9	1 947,5	1 481,5	466,0	516,4	346,1	170,3	3 730,1	3 322,3	2 720,6	2 458,6
Okt.	8 489,2	15,9	2 426,0	1 916,6	1 456,5	460,1	509,4	340,1	169,3	3 748,2	3 340,1	2 728,3	2 471,5
Nov.	8 440,0	15,6	2 411,8	1 904,4	1 448,5	455,9	507,4	337,2	170,2	3 741,9	3 334,9	2 722,7	2 465,5
Dez.	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013 Jan.	8 110,4	15,0	2 284,4	1 784,1	1 337,9	446,2	500,3	325,9	174,4	3 717,9	3 313,3	2 721,2	2 454,3
Febr.	8 094,4	15,0	2 268,2	1 755,8	1 312,0	443,8	512,4	339,6	172,8	3 711,7	3 307,1	2 718,4	2 457,6
März	8 063,0	16,9	2 228,8	1 727,6	1 290,0	437,6	501,1	332,8	168,3	3 710,8	3 302,6	2 715,8	2 451,0
April	8 080,3	15,7	2 220,5	1 715,6	1 281,3	434,3	504,9	337,1	167,8	3 736,2	3 329,5	2 732,4	2 446,6
Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 327,1	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6
Okt.	7 670,3	15,9	2 204,1	1 700,7	1 282,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 609,0	3 209,1	2 616,8	2 352,6
Veränderungen 3)													
2005	187,9	0,1	93,0	10,4	22,8	- 12,5	82,6	44,6	38,1	59,7	14,2	37,2	15,5
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8
2012 Febr.	20,7	- 0,1	65,8	60,4	56,0	- 4,4	5,5	7,8	- 2,3	- 3,2	- 4,6	- 4,1	1,7
März	- 7,0	0,9	42,3	55,8	59,1	- 3,3	- 13,5	- 11,8	- 1,6	3,0	1,5	- 0,5	- 8,9
April	68,9	- 0,1	17,5	15,1	17,9	- 2,7	2,4	6,5	- 4,2	18,0	18,8	13,9	0,1
Mai	226,6	0,2	6,4	7,4	9,1	- 1,7	- 1,0	- 1,8	0,9	- 33,0	- 29,2	- 20,4	- 0,4
Juni	- 214,5	0,0	- 37,7	- 18,6	- 14,0	- 4,6	- 19,2	- 13,9	- 5,3	10,7	11,6	- 6,6	1,4
Juli	85,2	- 0,7	- 37,3	- 42,0	- 41,4	- 0,6	4,7	7,1	- 2,4	29,8	29,3	30,9	33,9
Aug.	- 16,8	0,9	9,4	17,2	17,5	- 0,4	- 7,8	- 8,5	0,7	- 3,5	- 3,9	1,2	- 0,7
Sept.	- 115,5	0,3	- 72,0	- 67,4	- 65,3	- 2,1	- 4,7	- 2,9	- 1,8	7,3	2,2	- 0,6	- 4,0
Okt.	- 75,9	- 0,1	- 38,7	- 31,8	- 26,6	- 5,3	- 6,8	- 5,8	- 1,0	19,2	18,6	9,1	14,3
Nov.	- 29,4	- 0,3	- 14,3	- 12,3	- 8,0	- 4,3	- 1,9	- 2,8	0,8	- 5,2	- 4,6	- 4,9	- 5,3
Dez.	- 204,3	3,6	- 101,8	- 90,5	- 84,2	- 6,3	- 11,3	- 14,5	3,2	- 50,5	- 43,1	- 24,8	- 27,5
2013 Jan.	- 97,7	- 4,2	- 21,9	- 27,6	- 24,8	- 2,8	5,7	5,0	0,7	35,4	28,8	30,4	23,3
Febr.	- 27,1	0,0	- 15,6	- 26,4	- 23,7	- 2,7	10,8	12,6	- 1,8	- 8,1	- 7,4	- 4,0	2,0
März	- 44,2	1,9	- 41,3	- 29,2	- 22,7	- 6,5	- 12,1	- 6,8	- 5,3	- 2,4	- 5,1	- 3,2	- 7,3
April	27,6	- 1,3	- 6,9	- 11,2	- 8,1	- 3,1	4,3	4,9	- 0,5	27,6	28,4	18,1	- 2,8
Mai	- 142,7	0,3	- 23,5	- 22,8	- 22,4	- 0,5	- 0,7	- 1,4	0,7	- 22,0	- 27,1	- 11,6	5,5
Juni	- 102,1	- 0,2	- 7,2	- 16,1	- 14,9	- 1,1	8,8	9,1	- 0,3	1,1	6,6	7,3	12,9
Juli	- 72,5	- 0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1
Aug.	- 87,5	1,2	7,7	5,7	7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4
Sept.	- 14,6	- 1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8
Okt.	- 11,8	0,6	- 46,3	- 41,1	- 35,5	- 5,7	- 5,2	- 3,6	- 1,5	9,9	11,7	1,7	1,0

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)		
Privat-		öffentliche Haushalte			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen		zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004	
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
292,8	568,3	363,6	204,8	403,8	277,7	157,6	126,1	32,3	93,8	1 016,2	794,5	1 314,3	2012 Jan.	
286,7	567,7	361,3	206,4	404,1	278,1	158,1	126,1	32,4	93,7	996,6	778,9	1 285,0	Febr.	
295,0	569,8	359,9	209,9	405,8	279,9	159,9	125,9	31,5	94,3	1 004,1	782,1	1 227,4	März	
308,5	574,8	365,3	209,6	405,7	282,6	163,2	123,1	31,4	91,7	1 008,5	786,8	1 262,6	April	
288,3	566,3	359,8	206,5	403,8	279,3	160,7	124,6	31,5	93,0	1 027,6	804,5	1 518,8	Mai	
260,4	604,5	370,2	234,3	402,2	278,2	160,3	124,0	31,8	92,2	992,6	772,1	1 362,8	Juni	
257,2	603,1	367,0	236,1	403,7	282,5	162,1	121,2	31,1	90,1	1 005,2	786,0	1 444,5	Juli	
258,9	598,1	359,6	238,4	403,4	281,3	161,0	122,1	31,7	90,4	1 007,4	787,3	1 408,9	Aug.	
262,1	601,7	359,8	241,9	407,8	283,5	161,4	124,3	31,4	92,9	1 005,3	788,1	1 352,2	Sept.	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,2	592,3	347,3	245,0	399,9	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
Veränderungen 3)														
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,7	13,5	57,1	31,2	- 22,2	2005	
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
- 5,8	- 0,5	- 2,2	1,7	1,5	1,3	1,3	0,2	0,1	0,2	- 12,0	- 8,4	- 30,0	2012 Febr.	
8,4	2,0	- 1,4	3,4	1,5	1,7	1,7	- 0,2	- 0,9	0,6	4,9	0,8	- 58,2	März	
13,8	4,8	5,3	- 0,5	- 0,8	2,0	2,9	- 2,8	- 0,1	- 2,7	- 0,6	0,3	34,1	April	
- 19,9	- 8,8	- 5,6	- 3,2	- 3,9	- 5,1	- 4,4	1,2	0,1	1,1	- 2,6	- 2,5	255,6	Mai	
- 8,0	18,2	10,4	7,8	- 0,9	- 0,9	0,2	- 0,0	0,2	- 0,3	- 29,4	- 27,1	- 158,0	Juni	
- 3,0	- 1,6	- 3,3	1,8	0,5	3,4	0,9	- 2,9	- 0,7	- 2,2	2,6	5,2	90,7	Juli	
1,9	- 5,1	- 7,4	2,3	0,4	- 0,5	- 0,2	1,0	0,6	0,3	12,0	10,2	- 35,6	Aug.	
3,4	2,8	- 0,6	3,4	5,1	2,9	1,3	2,2	- 0,4	2,6	6,7	9,1	- 57,7	Sept.	
- 5,2	9,5	6,7	2,8	0,7	- 0,9	- 1,1	1,6	0,6	1,0	0,9	- 0,8	- 57,3	Okt.	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	9,9	7,1	2,8	- 1,7	- 2,3	- 1,8	0,6	0,7	- 0,1	22,0	22,9	2,0	Okt.	

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II.1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht- täglich fällig		
		ins- gesamt	von Banken		ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Kündigungsfrist					
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8		
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6		
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9		
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2012 Jan.	8 517,7	1 475,9	1 221,1	254,8	3 038,6	2 912,4	1 144,4	1 150,7	360,9	617,2	517,4	82,8	29,3		
Febr.	8 526,0	1 484,7	1 232,3	252,4	3 046,2	2 915,6	1 147,2	1 148,6	361,0	619,8	520,2	83,7	31,0		
März	8 522,7	1 501,9	1 232,1	269,8	3 037,7	2 924,1	1 157,4	1 147,3	363,0	619,4	520,6	77,3	28,9		
April	8 599,6	1 501,9	1 222,4	279,5	3 052,2	2 938,9	1 170,0	1 151,0	368,0	617,9	519,4	77,4	28,3		
Mai	8 859,6	1 494,1	1 219,3	274,8	3 069,6	2 955,6	1 185,8	1 152,7	372,2	617,1	519,5	78,2	30,1		
Juni	8 636,4	1 469,5	1 207,6	262,0	3 091,1	2 975,0	1 203,3	1 155,7	378,1	616,0	519,4	78,9	30,3		
Juli	8 726,8	1 454,7	1 190,5	264,1	3 084,9	2 974,1	1 207,7	1 151,3	378,6	615,9	520,1	78,5	30,1		
Aug.	8 695,6	1 447,9	1 185,3	262,6	3 092,7	2 985,4	1 221,5	1 149,6	378,2	615,3	521,0	76,3	30,3		
Sept.	8 567,6	1 428,2	1 175,5	252,8	3 100,1	2 991,1	1 241,8	1 135,2	366,7	614,1	521,3	77,5	33,6		
Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1		
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1		
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1		
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7		
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3		
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4		
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7		
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1		
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9		
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0		
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9		
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0		
Veränderungen 4)															
2005	187,9	32,8	27,0	5,9	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	- 2,9	- 8,0	0,5		
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4		
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6		
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	- 0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2012 Febr.	20,7	10,2	12,2	- 2,0	8,2	3,7	6,7	- 5,6	- 3,3	2,6	3,8	1,0	1,7		
März	- 7,0	16,7	- 0,6	17,3	- 8,6	8,4	10,1	- 1,3	1,9	- 0,4	0,4	- 6,4	- 2,1		
April	68,9	1,8	- 7,6	9,4	14,0	12,1	12,5	1,1	2,4	- 1,5	- 1,2	0,0	- 0,6		
Mai	226,6	- 11,5	- 5,4	- 6,1	15,7	15,2	14,8	1,2	3,8	- 0,8	0,0	0,5	1,7		
Juni	- 214,5	- 23,7	- 11,2	- 12,5	21,9	19,8	17,7	3,2	6,0	- 1,1	- 0,1	0,8	0,2		
Juli	85,2	- 16,3	- 17,9	1,7	- 7,0	- 1,6	4,0	- 5,4	- 0,4	- 0,2	0,7	- 0,5	- 0,2		
Aug.	- 16,8	- 5,4	- 4,4	- 1,0	8,5	11,9	14,3	- 1,8	- 0,5	- 0,5	0,9	- 2,1	0,3		
Sept.	- 115,5	- 18,4	- 9,1	- 9,3	7,2	5,1	21,0	- 14,7	- 11,8	- 1,2	0,3	1,3	3,4		
Okt.	- 75,9	- 15,5	- 17,2	1,7	- 0,4	3,0	24,0	- 20,5	- 11,3	- 0,6	0,2	- 1,1	- 1,5		
Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0		
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	- 1,8		
2013 Jan.	- 97,7	2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0		
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5		
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5		
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1		
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	- 2,2		
Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5		
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	- 2,1		
Aug.	- 87,5	12,9	18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 8,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	- 1,0		
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 3,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0		
Okt.	- 11,8	- 12,2	- 5,9	- 6,3	- 0,2	5,8	11,5	- 5,7	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,5	- 4,9		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
50,1	19,0	3,4	2,6	43,4	40,9	86,7	5,9	1 311,1	74,3	702,3	468,9	1 428,2	2012 Jan.
49,2	18,6	3,4	2,6	46,9	45,2	96,6	5,7	1 316,9	75,6	719,2	471,8	1 384,9	Febr.
44,9	16,0	3,5	2,6	36,3	35,6	93,1	5,5	1 305,7	72,7	772,9	476,9	1 329,2	März
45,6	16,7	3,5	2,6	35,8	33,4	102,9	5,5	1 303,7	68,5	788,9	477,2	1 367,2	April
44,5	15,9	3,6	2,7	35,8	31,5	108,3	5,5	1 304,1	63,6	775,2	482,5	1 620,2	Mai
44,9	16,5	3,8	2,8	37,2	33,8	98,9	5,7	1 291,7	62,9	737,8	489,4	1 452,5	Juni
44,6	16,1	3,8	2,9	32,3	30,0	106,6	5,7	1 296,0	65,5	748,5	497,0	1 533,4	Juli
42,1	14,3	3,9	2,9	31,0	27,7	108,1	5,3	1 285,6	62,8	769,0	492,5	1 494,5	Aug.
40,0	12,5	3,9	2,9	31,5	26,7	98,0	5,1	1 277,2	61,0	726,4	487,8	1 444,8	Sept.
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	Okt.
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
Veränderungen 4)													
- 7,7	- 0,3	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	- 4,7	- 0,2	38,7	- 9,9	22,0	14,8	9,7	2005
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	- 0,3	34,8	22,1	32,4	27,5	36,6	2006
8,0	12,9	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	- 1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,8	- 0,3	0,1	0,0	3,5	4,4	10,0	- 0,2	11,6	1,4	20,7	3,9	- 43,7	2012 Febr.
- 4,3	- 2,7	0,0	0,0	- 10,6	- 9,7	- 3,6	- 0,2	- 12,5	- 3,0	52,5	4,9	- 56,2	März
0,7	0,7	- 0,0	- 0,0	1,9	0,2	7,2	- 0,0	- 5,8	- 4,3	13,8	- 0,3	38,3	April
- 1,3	- 0,9	0,1	0,1	0,0	- 1,9	5,3	0,0	- 13,8	- 5,4	- 24,4	2,8	252,6	Mai
0,4	0,7	0,2	0,1	1,3	2,3	- 9,4	0,2	- 8,7	- 0,6	- 34,7	7,6	- 167,7	Juni
- 0,3	- 0,4	0,1	0,0	- 4,9	- 3,8	7,6	0,1	- 2,7	2,4	6,3	6,3	90,8	Juli
- 2,4	- 1,8	0,0	0,0	- 1,3	- 2,3	1,7	- 0,4	- 4,1	- 2,5	25,2	- 3,3	- 39,0	Aug.
- 2,1	- 1,8	0,0	0,0	0,8	- 0,8	- 10,1	- 0,2	- 3,2	- 1,7	- 38,1	- 3,2	- 49,4	Sept.
0,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,0	9,9	0,4	- 10,5	- 0,2	- 5,8	0,7	- 54,6	Okt.
- 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,0	2,2	0,0	- 0,8	- 0,0	- 8,4	0,2	- 33,4	2,7	- 3,6	Nov.
2,5	2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	1,1	- 2,0	2,7	0,1	- 12,0	- 4,6	7,3	5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	5,5	8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	1,8	8,4	März
- 0,3	0,1	- 0,0	0,0	- 2,8	- 1,6	1,9	0,7	- 4,3	0,8	6,0	0,9	4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,6	15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	10,8	- 91,2	Juni
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	4,0	- 5,7	2,0	- 18,3	Juli
1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	21,4	Sept.
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	4,0	- 0,5	- 9,3	- 0,6	2,2	- 0,1	4,3	Okt.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung					
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2013 Mai	1 867	8 020,8	105,6	2 624,5	1 979,8	637,5	3 973,4	494,8	2 745,5	0,6	719,1	138,2	1 179,1
2013 Juni	1 867	7 915,5	107,6	2 612,1	1 968,1	636,5	3 966,8	497,7	2 741,5	0,6	716,0	137,4	1 091,5
2013 Juli	1 866	7 834,4	105,3	2 560,7	1 923,9	629,3	3 961,6	482,4	2 743,7	0,5	722,9	137,2	1 069,5
2013 Aug.	1 864	7 764,1	108,1	2 669,3	2 031,3	630,9	3 850,8	376,2	2 740,6	0,5	718,9	137,4	998,5
2013 Sept.	1 858	7 760,6	113,2	2 642,0	2 006,4	628,0	3 839,7	376,4	2 730,5	0,5	720,9	137,2	1 028,4
2013 Okt.	1 849	7 747,9	76,8	2 657,1	2 027,9	622,1	3 848,4	381,1	2 731,3	0,5	723,3	137,2	1 028,4
Kreditbanken 6)													
2013 Sept.	275	2 867,5	75,7	945,0	854,7	88,9	1 049,7	183,8	655,2	0,2	203,6	71,7	725,4
2013 Okt.	276	2 865,3	41,7	972,6	884,2	87,2	1 052,2	183,5	654,5	0,2	205,7	71,6	727,1
Großbanken 7)													
2013 Sept.	4	1 821,6	38,9	563,8	516,5	46,1	465,0	101,9	250,0	0,2	106,5	64,5	689,4
2013 Okt.	4	1 819,5	11,8	583,9	537,7	45,2	467,8	102,3	248,1	0,2	109,7	64,5	691,4
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2013 Sept.	163	819,1	28,0	224,3	183,2	41,0	529,5	63,3	373,2	0,0	92,8	6,5	30,7
2013 Okt.	164	817,8	21,0	230,0	189,7	40,2	530,0	63,1	374,7	0,0	91,9	6,5	30,3
Zweigstellen ausländischer Banken													
2013 Sept.	108	226,8	8,8	156,8	155,0	1,8	55,2	18,5	32,0	0,0	4,4	0,7	5,3
2013 Okt.	108	228,0	9,0	158,6	156,8	1,8	54,3	18,1	31,8	0,0	4,2	0,7	5,4
Landesbanken													
2013 Sept.	9	1 138,8	7,5	413,4	304,6	106,7	563,7	71,7	376,9	0,1	111,8	14,5	139,6
2013 Okt.	9	1 128,1	7,6	402,2	293,3	107,1	567,1	76,8	375,4	0,1	112,0	14,5	136,7
Sparkassen													
2013 Sept.	422	1 098,5	15,0	220,3	78,5	141,4	829,8	58,4	648,1	0,1	123,1	16,0	17,5
2013 Okt.	421	1 101,5	15,4	221,2	81,3	139,7	831,5	57,5	650,4	0,1	123,4	16,0	17,4
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2013 Sept.	2	278,4	0,3	162,1	128,4	33,7	64,3	12,2	21,7	0,0	30,2	14,5	37,2
2013 Okt.	2	276,5	0,2	159,3	126,2	33,1	64,2	12,0	21,8	0,0	30,1	14,5	38,2
Kreditgenossenschaften													
2013 Sept.	1 091	753,0	10,5	175,5	54,9	120,3	535,2	33,5	424,2	0,1	77,3	12,0	19,7
2013 Okt.	1 082	756,1	10,6	177,2	57,5	119,4	536,8	32,4	426,7	0,1	77,5	12,0	19,4
Realkreditinstitute													
2013 Sept.	18	465,6	0,4	125,5	72,4	50,0	323,9	5,3	243,7	-	74,9	0,6	15,2
2013 Okt.	18	461,0	0,5	122,3	70,8	48,5	322,1	6,1	241,7	-	74,2	0,6	15,4
Bausparkassen													
2013 Sept.	22	204,2	0,3	60,0	42,8	16,9	137,0	1,6	118,4	.	16,9	0,4	6,5
2013 Okt.	22	204,1	0,3	60,1	42,9	17,0	137,1	1,6	118,5	.	16,9	0,4	6,2
Banken mit Sonderaufgaben													
2013 Sept.	19	954,6	3,5	540,3	470,0	70,1	336,1	10,0	242,3	-	83,1	7,5	67,2
2013 Okt.	19	955,4	0,4	542,2	471,8	70,2	337,4	11,2	242,2	-	83,4	7,5	67,9
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2013 Sept.	144	848,0	33,6	327,5	285,6	40,8	395,5	64,4	238,2	0,1	90,3	5,4	85,9
2013 Okt.	144	845,8	26,6	337,5	296,2	40,2	392,9	61,0	238,1	0,1	91,1	5,4	83,3
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2013 Sept.	36	621,2	24,8	170,7	130,6	38,9	340,3	45,9	206,1	0,0	86,0	4,8	80,6
2013 Okt.	36	617,8	17,6	178,9	139,3	38,4	338,6	42,9	206,4	0,1	87,0	4,8	77,9

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
Alle Bankengruppen															
1 727,7	419,7	1 308,0	3 376,8	1 495,6	391,8	768,7	177,3	621,0	537,2	99,7	1 254,8	429,1	1 232,6	2013 Mai	
1 708,7	394,5	1 314,2	3 385,2	1 496,3	404,6	766,9	186,1	619,8	536,9	97,5	1 246,8	435,8	1 139,0	2013 Juni	
1 690,6	399,5	1 291,2	3 355,8	1 501,2	378,4	762,4	161,8	618,2	536,3	95,6	1 231,9	435,7	1 120,4	2013 Juli	
1 776,1	394,6	1 381,5	3 277,2	1 502,2	311,9	750,8	74,3	617,5	536,5	94,9	1 228,5	436,3	1 045,9	2013 Aug.	
1 748,6	419,5	1 329,1	3 267,4	1 502,5	306,8	747,9	64,7	616,3	536,2	93,9	1 223,9	436,6	1 084,1	2013 Sept.	
1 736,3	408,9	1 327,4	3 273,9	1 517,1	302,0	745,5	71,7	616,3	536,2	93,1	1 213,7	437,0	1 086,9	2013 Okt.	
Kreditbanken 6)															
690,9	267,6	423,3	1 184,3	678,5	156,0	206,5	44,4	115,8	102,2	27,6	152,1	140,7	699,4	2013 Sept.	
686,5	266,5	420,0	1 190,6	684,6	157,5	205,8	52,9	115,2	101,6	27,4	147,5	140,8	699,8	2013 Okt.	
Großbanken 7)															
458,3	197,4	260,9	527,4	284,0	75,1	85,0	44,3	73,0	70,7	10,3	114,6	80,4	640,9	2013 Sept.	
455,7	204,6	251,1	531,3	288,5	76,1	84,0	52,7	72,4	70,2	10,3	110,0	80,4	642,1	2013 Okt.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
135,1	41,4	93,7	543,0	320,5	64,2	99,4	0,1	42,7	31,4	16,1	36,9	51,9	52,2	2013 Sept.	
132,7	37,4	95,3	545,0	321,7	65,0	99,8	0,2	42,6	31,4	16,0	37,0	52,0	51,1	2013 Okt.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
97,5	28,8	68,8	113,9	74,0	16,7	22,0	-	0,1	0,1	1,2	0,6	8,4	6,3	2013 Sept.	
98,2	24,4	73,7	114,3	74,5	16,4	22,1	-	0,1	0,1	1,2	0,6	8,4	6,5	2013 Okt.	
Landesbanken															
342,0	52,9	289,1	306,3	103,8	56,8	130,6	16,0	14,9	10,6	0,2	281,7	61,7	147,1	2013 Sept.	
338,8	49,5	289,3	302,5	104,9	52,6	130,0	14,6	14,8	10,6	0,2	278,4	61,7	146,7	2013 Okt.	
Sparkassen															
158,8	19,3	139,4	793,4	400,8	29,6	15,8	-	298,2	256,3	49,0	15,9	84,3	46,2	2013 Sept.	
155,6	16,0	139,6	798,5	406,8	28,9	15,7	-	298,4	256,5	48,6	15,7	84,3	47,4	2013 Okt.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
133,7	30,5	103,2	36,5	11,7	11,0	11,6	3,2	-	-	2,2	58,1	13,8	36,2	2013 Sept.	
133,7	30,2	103,4	35,0	10,4	10,8	11,5	3,3	-	-	2,2	57,9	13,8	36,2	2013 Okt.	
Kreditgenossenschaften															
102,1	8,4	93,7	550,1	288,2	38,5	22,6	-	186,9	166,6	13,9	12,0	54,6	34,2	2013 Sept.	
100,4	6,6	93,8	554,6	292,8	38,3	22,5	-	187,3	166,9	13,7	11,8	54,7	34,5	2013 Okt.	
Realkreditinstitute															
119,7	6,0	113,7	160,1	8,2	8,6	143,0	-	0,2	0,2	.	148,2	17,6	20,0	2013 Sept.	
119,9	5,8	114,2	158,8	8,3	8,0	142,1	0,0	0,2	0,2	.	144,8	17,6	19,9	2013 Okt.	
Bausparkassen															
23,1	2,3	20,8	151,6	0,5	0,6	149,2	-	0,3	0,3	0,9	4,2	9,0	16,3	2013 Sept.	
23,1	2,1	21,0	151,7	0,5	0,6	149,4	-	0,3	0,3	0,9	4,2	9,0	16,1	2013 Okt.	
Banken mit Sonderaufgaben															
178,2	32,4	145,8	85,1	10,9	5,6	68,6	1,0	-	-	.	551,8	55,0	84,6	2013 Sept.	
178,2	32,2	146,1	82,3	8,7	5,1	68,4	0,9	-	-	.	553,4	55,2	86,3	2013 Okt.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
221,2	75,3	145,8	453,7	284,3	61,6	74,3	8,0	21,0	20,7	12,5	30,4	46,4	96,4	2013 Sept.	
221,9	71,0	150,9	456,9	289,3	59,6	74,5	9,9	21,1	20,8	12,4	29,8	46,4	90,8	2013 Okt.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
123,7	46,6	77,1	339,7	210,4	44,9	52,2	8,0	20,9	20,7	11,3	29,8	38,0	90,0	2013 Sept.	
123,7	46,6	77,1	342,6	214,9	43,2	52,4	9,9	21,0	20,7	11,2	29,2	38,0	84,3	2013 Okt.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2012 Mai	14,8	76,4	1 959,2	1 509,0	–	5,9	444,3	2,0	3 219,1	2 793,4	0,5	4,5	420,7
Juni	14,7	89,2	1 927,0	1 481,6	–	6,1	439,3	2,1	3 227,6	2 802,1	0,5	6,1	418,9
Juli	14,0	185,5	1 789,7	1 344,8	–	6,3	438,6	2,1	3 257,8	2 833,8	0,5	5,2	418,3
Aug.	14,6	203,4	1 788,0	1 343,7	–	5,4	438,8	2,1	3 252,3	2 824,1	0,5	5,1	422,7
Sept.	14,9	175,1	1 748,0	1 306,1	–	4,1	437,8	2,1	3 253,0	2 817,9	0,5	5,6	429,0
Okt.	15,0	178,6	1 713,5	1 277,5	–	3,6	432,3	2,1	3 271,1	2 837,5	0,5	6,5	426,7
Nov.	14,7	185,4	1 695,0	1 262,7	–	2,8	429,5	2,1	3 265,5	2 825,2	0,5	5,8	433,9
Dez.	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013 Jan.	14,4	131,5	1 629,0	1 206,0	–	2,0	421,0	2,4	3 243,1	2 806,0	0,5	2,1	434,4
Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	–	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	–	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	–	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	–	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	–	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	–	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	–	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 616,4	1 221,2	–	1,5	393,6	2,2	3 139,3	2 699,5	0,4	1,6	437,8
Veränderungen *)													
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,6	+ 24,5	+ 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	– 68,6	– 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	– 4,3	+ 15,7
2012 Mai	+ 0,3	+ 21,0	– 9,7	– 9,5	–	– 0,7	+ 0,5	+ 0,0	– 25,6	– 2,2	– 0,0	– 1,1	– 22,2
Juni	– 0,1	+ 12,8	– 32,2	– 27,4	–	+ 0,2	– 5,1	+ 0,1	+ 10,2	+ 10,4	– 0,0	+ 1,6	– 1,8
Juli	– 0,6	+ 96,3	– 137,2	– 136,8	–	+ 0,3	– 0,7	– 0,0	+ 30,5	+ 32,0	+ 0,0	– 0,9	– 0,6
Aug.	+ 0,6	+ 17,9	– 1,7	– 1,1	–	– 0,9	+ 0,2	+ 0,1	– 5,5	– 9,7	– 0,0	– 0,2	+ 4,4
Sept.	+ 0,3	– 28,3	– 40,0	– 37,7	–	– 1,3	– 1,0	– 0,1	+ 0,5	– 6,4	+ 0,0	+ 0,5	+ 6,3
Okt.	+ 0,1	+ 3,6	– 35,7	– 30,3	–	– 0,5	– 4,9	+ 0,0	+ 17,4	+ 19,6	+ 0,0	+ 0,9	– 3,0
Nov.	– 0,3	+ 6,8	– 18,4	– 14,8	–	– 0,8	– 2,8	+ 0,0	– 5,5	– 12,0	– 0,0	– 0,7	+ 7,3
Dez.	+ 3,8	– 51,2	– 40,0	– 33,7	–	– 0,4	– 6,0	+ 0,1	– 45,1	– 39,8	+ 0,2	– 3,7	– 1,8
2013 Jan.	– 4,0	– 2,8	– 26,1	– 23,1	–	– 0,4	– 2,6	– 0,0	+ 22,7	+ 20,5	– 0,1	– 0,0	+ 2,4
Febr.	– 0,0	– 27,9	+ 2,5	+ 4,8	–	+ 0,1	– 2,5	– 0,0	– 5,7	– 1,6	– 0,1	– 0,2	– 3,9
März	+ 1,6	+ 9,3	– 37,4	– 31,3	–	– 0,2	– 5,9	– 0,0	– 3,4	– 8,7	– 0,0	– 0,0	+ 5,4
April	– 1,1	– 9,5	– 2,8	+ 0,5	–	+ 0,2	– 3,4	– 0,0	+ 26,9	+ 5,7	– 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	– 14,0	– 9,8	– 8,2	–	– 0,0	– 1,5	– 0,0	– 28,8	– 5,6	– 0,0	+ 0,0	– 23,2
Juni	– 0,2	+ 2,5	– 17,9	– 17,2	–	– 0,2	– 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	– 1,3	– 3,1
Juli	– 0,4	– 1,8	– 24,5	– 18,8	+ 0,0	+ 0,1	– 5,8	– 0,1	– 7,2	– 9,3	– 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	– 0,0	– 0,1	– 1,4	+ 0,0	– 10,7	– 12,0	– 0,0	– 0,2	+ 1,4
Sept.	– 0,4	+ 6,3	– 16,7	– 15,6	–	– 0,2	– 0,9	– 0,1	+ 0,3	+ 0,1	– 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	– 37,0	– 4,0	+ 1,6	–	– 0,2	– 5,4	– 0,0	+ 12,0	+ 7,7	+ 0,0	– 0,5	+ 4,7

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
–	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
–	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
–	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
–	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
–	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
–	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
–	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
–	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
–	35,3	90,9	1 219,1	137,8	1 081,1	0,0	36,4	3 091,6	1 216,8	1 155,6	617,1	102,0	35,5	2012 Mai
–	35,2	91,1	1 207,3	134,1	1 073,0	0,0	36,3	3 104,7	1 233,8	1 153,5	616,1	101,3	35,2	Juni
–	34,9	91,4	1 190,1	128,0	1 062,0	0,0	36,4	3 105,8	1 235,4	1 154,2	615,9	100,3	35,1	Juli
–	35,2	91,5	1 184,9	124,8	1 059,9	0,0	36,5	3 118,3	1 247,0	1 156,8	615,4	99,1	35,1	Aug.
–	35,0	90,6	1 175,0	129,2	1 045,5	0,0	36,1	3 112,2	1 262,9	1 137,3	614,1	97,9	35,0	Sept.
–	34,7	90,3	1 160,8	124,6	1 035,9	0,0	36,3	3 124,7	1 292,7	1 121,9	613,6	96,6	34,9	Okt.
–	35,0	90,2	1 160,0	136,1	1 023,7	0,0	36,4	3 137,0	1 317,7	1 111,8	612,8	94,6	35,2	Nov.
–	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	Dez.
–	34,5	90,8	1 126,1	125,9	1 000,2	0,0	35,4	3 087,3	1 326,2	1 053,6	616,8	90,7	35,0	2013 Jan.
–	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	Febr.
–	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	März
–	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April
–	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai
–	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni
–	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	Juli
–	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	Aug.
–	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	Sept.
–	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.

Veränderungen ¹)														
– 1,1	+ 3,0	– 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	– 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	– 1,5	+ 1,2	2004
– 1,0	– 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	– 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	– 1,2	– 5,4	– 1,2	2005
–	– 3,7	– 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	– 0,1	– 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	– 16,8	+ 7,2	– 4,1	2006
–	– 2,3	+ 3,1	+ 132,0	– 3,3	+ 135,3	– 0,0	– 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	– 31,1	+ 20,1	– 2,0	2007
–	– 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	– 0,0	– 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	– 20,2	+ 17,0	– 1,3	2008
–	– 4,2	+ 0,7	– 225,4	– 9,7	– 215,7	– 0,0	– 5,7	+ 59,7	+ 211,4	– 179,3	+ 59,3	– 31,6	– 0,9	2009
–	– 2,1	– 9,2	– 96,5	+ 22,3	– 119,1	– 0,0	– 0,2	+ 77,8	+ 76,0	– 18,9	+ 24,0	– 3,3	– 1,7	2010
–	– 1,1	– 2,2	– 25,0	– 20,0	– 5,1	– 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	– 2,6	+ 9,3	– 1,1	2011
–	– 1,3	– 4,1	– 70,8	+ 21,5	– 91,9	– 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	– 86,7	+ 1,5	– 11,2	– 1,6	2012
–	+ 0,0	– 0,8	– 3,3	+ 2,8	– 6,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 20,2	+ 19,2	+ 2,4	– 0,8	– 0,5	– 0,0	2012 Mai
–	– 0,2	+ 0,2	– 11,8	– 3,7	– 8,1	–	– 0,1	+ 13,1	+ 16,9	– 2,0	– 1,1	– 0,7	– 0,3	Juni
–	– 0,2	+ 0,3	– 17,2	– 6,1	– 11,0	– 0,0	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,7	– 0,2	– 1,1	– 0,1	Juli
–	+ 0,3	+ 0,1	– 5,2	– 3,2	– 2,0	–	+ 0,1	+ 12,5	+ 11,5	+ 2,6	– 0,5	– 1,1	– 0,0	Aug.
–	– 0,2	– 0,3	– 9,9	+ 5,3	– 15,2	+ 0,0	– 0,4	– 5,8	+ 16,2	– 19,6	– 1,2	– 1,2	– 0,1	Sept.
–	– 0,3	– 0,4	– 17,2	– 7,6	– 9,6	– 0,0	+ 0,2	+ 12,5	+ 29,8	– 15,4	– 0,6	– 1,3	– 0,2	Okt.
–	+ 0,3	– 0,1	– 0,8	+ 11,4	– 12,2	–	+ 0,1	+ 12,2	+ 25,0	– 10,0	– 0,7	– 2,0	+ 0,3	Nov.
–	+ 0,0	– 0,2	– 19,9	+ 1,4	– 21,1	–	– 0,1	– 46,5	– 11,2	– 39,1	+ 4,8	– 1,0	– 0,3	Dez.
–	– 0,3	+ 0,9	– 9,0	– 6,8	– 2,2	–	– 0,8	– 2,9	+ 19,7	– 18,8	– 0,8	– 2,9	– 0,0	2013 Jan.
–	– 0,0	– 0,4	– 23,9	+ 3,5	– 27,4	–	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	– 0,1	– 2,2	– 0,0	Febr.
–	– 0,3	– 1,2	– 9,6	+ 1,6	– 11,3	– 0,0	+ 0,2	– 1,2	– 6,2	+ 8,9	– 2,2	– 1,8	– 0,1	März
–	– 0,5	+ 0,1	– 4,1	– 0,8	– 3,3	+ 0,0	– 0,4	+ 4,1	+ 14,6	– 6,7	– 2,1	– 1,6	– 0,2	April
–	– 0,2	+ 2,5	– 17,8	– 5,1	– 12,7	+ 0,0	– 0,1	+ 15,0	+ 18,9	– 0,1	– 1,6	– 2,2	– 0,1	Mai
–	– 0,3	– 0,8	– 11,4	– 1,4	– 10,0	– 0,0	– 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	– 1,1	– 2,0	– 0,1	Juni
–	– 0,5	– 0,1	– 10,2	– 3,0	– 7,1	+ 0,0	– 0,7	– 24,5	+ 5,0	– 26,5	– 1,5	– 1,5	– 0,0	Juli
–	– 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	–	– 0,1	+ 0,1	+ 13,3	– 11,8	– 0,7	– 0,7	+ 0,0	Aug.
–	– 0,7	+ 0,1	– 1,3	+ 5,9	– 7,3	+ 0,0	– 0,5	– 3,0	+ 6,4	– 7,5	– 1,1	– 0,9	– 0,5	Sept.
–	– 0,4	– 0,0	– 5,8	+ 3,9	– 9,7	– 0,0	– 0,5	+ 6,6	+ 13,5	– 6,3	– 0,0	– 0,6	– 0,1	Okt.

rangiger Verbindlichkeiten. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. **5** Eigene Akzpte und Solawechsel im Umlauf. **6** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **7** Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. **8** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003	
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004	
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
33,1	47,9	890,3	410,3	480,0	353,8	126,2	0,1	246,3	115,1	131,2	67,6	63,6	1,2	2012 Mai	
32,7	48,0	847,4	359,3	488,0	364,5	123,5	0,1	238,0	109,6	128,4	65,1	63,3	1,1	Juni	
33,1	48,1	852,0	402,5	449,5	325,8	123,7	0,1	247,6	115,4	132,2	68,9	63,3	1,3	Juli	
33,0	49,2	869,9	389,0	480,9	359,2	121,7	0,1	245,9	118,7	127,2	65,0	62,2	1,3	Aug.	
32,7	48,9	816,2	369,2	446,9	323,2	123,8	0,1	249,4	122,8	126,6	64,9	61,7	1,3	Sept.	
33,1	49,0	812,6	371,9	440,7	320,6	120,2	0,1	244,0	118,7	125,2	63,2	62,0	1,4	Okt.	
33,1	49,0	780,0	353,5	426,5	307,5	119,0	0,1	244,5	120,2	124,3	62,7	61,6	1,3	Nov.	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	Dez.	
32,1	49,6	702,8	318,1	384,7	268,8	115,9	0,1	241,9	116,4	125,5	65,5	60,0	1,2	2013 Jan.	
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	Febr.	
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	März	
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April	
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai	
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni	
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	Juli	
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.	
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.	
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.	
Veränderungen *)															
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004	
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005	
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
+ 0,7	+ 1,0	- 25,4	+ 42,3	- 67,7	- 67,1	- 0,6	- 0,0	- 3,4	- 1,7	- 1,7	- 1,2	- 0,4	+ 0,0	2012 Mai	
- 0,4	+ 0,2	- 40,6	- 49,3	+ 8,8	+ 11,0	- 2,3	- 0,0	- 7,6	- 5,2	- 2,3	- 2,3	- 0,0	- 0,1	Juni	
+ 0,4	- 0,0	+ 0,6	+ 41,9	- 41,3	- 40,5	- 0,8	-	+ 8,3	+ 5,2	+ 3,0	+ 3,4	- 0,4	+ 0,2	Juli	
- 0,2	+ 1,2	+ 21,8	- 12,2	+ 33,9	+ 35,1	- 1,2	- 0,0	- 0,3	+ 4,0	- 4,3	- 3,5	- 0,8	+ 0,0	Aug.	
- 0,3	- 0,2	- 50,1	- 17,8	- 32,4	- 35,1	+ 2,8	- 0,0	+ 4,8	+ 4,7	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	Sept.	
+ 0,4	+ 0,1	- 2,5	+ 3,0	- 5,5	- 2,1	- 3,3	- 0,0	- 5,0	- 3,9	- 1,1	- 1,5	+ 0,4	+ 0,1	Okt.	
+ 0,1	- 0,0	- 32,1	- 18,3	- 13,8	- 13,0	- 0,8	- 0,0	+ 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,1	Nov.	
- 0,5	- 2,5	- 86,4	- 63,2	- 23,2	- 21,8	- 1,4	- 0,0	- 6,1	- 12,5	+ 6,4	+ 6,6	- 0,2	- 0,1	Dez.	
- 0,5	+ 3,2	+ 16,2	+ 30,1	- 13,9	- 14,1	+ 0,1	-	+ 5,9	+ 9,8	- 3,9	- 3,2	- 0,7	- 0,0	2013 Jan.	
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	Febr.	
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	März	
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April	
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai	
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni	
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	Juli	
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	- 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.	
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.	
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2012 Mai	3 219,1	2 793,9	393,6	325,6	324,4	1,2	68,0	64,6	3,3	2 825,5	2 328,8
Juni	3 227,6	2 802,6	404,9	324,4	323,9	0,5	80,5	74,9	5,6	2 822,6	2 300,2
Juli	3 257,8	2 834,2	429,4	351,6	351,2	0,4	77,8	72,9	4,8	2 828,4	2 304,6
Aug.	3 252,3	2 824,5	415,9	344,6	344,2	0,4	71,3	66,6	4,7	2 836,4	2 310,8
Sept.	3 253,0	2 818,4	413,9	340,9	340,4	0,4	73,1	67,9	5,2	2 839,1	2 311,5
Okt.	3 271,1	2 838,0	430,6	351,1	350,6	0,5	79,6	73,6	6,0	2 840,5	2 309,7
Nov.	3 265,5	2 825,7	410,4	338,2	337,8	0,4	72,1	66,8	5,4	2 855,1	2 316,4
Dez.	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013 Jan.	3 243,1	2 806,5	399,6	338,2	337,4	0,8	61,4	60,1	1,4	2 843,4	2 314,1
Febr.	3 237,4	2 804,9	396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6
März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9
April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4
Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8
Juni	3 238,0	2 806,4	389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6
Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0
Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5
Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5
Okt.	3 139,3	2 699,9	280,5	222,0	221,4	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,8	2 326,0
Veränderungen *)											
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2012 Mai	- 25,6	- 2,3	- 8,9	- 3,6	- 3,9	+ 0,3	- 5,3	- 3,8	- 1,5	- 16,7	- 13,5
Juni	+ 10,2	+ 10,4	+ 11,4	- 1,1	- 0,5	- 0,7	+ 12,5	+ 10,3	+ 2,2	- 1,2	- 6,9
Juli	+ 30,5	+ 32,0	+ 24,5	+ 27,3	+ 27,4	- 0,1	- 2,7	- 2,0	- 0,7	+ 6,0	+ 4,7
Aug.	- 5,5	- 9,7	- 13,5	- 6,9	- 7,0	+ 0,0	- 6,5	- 6,3	- 0,2	+ 8,0	+ 6,2
Sept.	+ 0,5	- 6,4	- 2,4	- 3,5	- 3,5	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,8	+ 1,1
Okt.	+ 17,4	+ 19,6	+ 16,7	+ 10,2	+ 10,2	+ 0,0	+ 6,5	+ 5,7	+ 0,8	+ 0,7	- 1,9
Nov.	- 5,5	- 12,1	- 20,3	- 12,8	- 12,8	- 0,0	- 7,4	- 6,8	- 0,6	+ 14,8	+ 6,9
Dez.	- 45,1	- 39,6	- 34,3	- 21,4	- 21,4	+ 0,0	- 12,9	- 9,2	- 3,7	- 10,8	- 5,5
2013 Jan.	+ 22,7	+ 20,4	+ 24,4	+ 22,3	+ 22,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	- 0,3	- 1,7	+ 2,3
Febr.	- 5,7	- 1,7	- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5
März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4
April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5
Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6
Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6
Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3
Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7
Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1
Okt.	+ 12,0	+ 7,7	+ 4,0	- 3,7	- 3,5	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 8,0	+ 5,5

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	-	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	2012	
2 109,6	248,6	1 861,1	219,2	31,7	496,7	295,2	40,1	255,1	201,5	-	3,6	2012 Mai	
2 108,5	248,3	1 860,1	191,8	31,5	522,4	295,3	39,8	255,5	227,1	-	3,6	2012 Juni	
2 116,0	249,7	1 866,3	188,6	31,4	523,8	294,1	39,7	254,4	229,7	-	3,6	2012 Juli	
2 120,7	249,6	1 871,1	190,1	31,6	525,6	293,0	39,3	253,7	232,6	-	3,5	2012 Aug.	
2 118,1	249,0	1 869,1	193,4	31,5	527,6	291,9	39,1	252,8	235,7	-	3,5	2012 Sept.	
2 120,9	249,8	1 871,1	188,7	31,2	530,8	292,9	39,9	253,0	237,9	-	3,5	2012 Okt.	
2 127,7	251,3	1 876,4	188,7	31,5	538,7	293,4	40,1	253,4	245,2	-	3,5	2012 Nov.	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	2012 Dez.	
2 116,9	249,6	1 867,3	197,2	31,0	529,4	292,1	39,7	252,4	237,3	-	3,5	2013 Jan.	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	-	3,4	2013 Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	-	3,4	2013 März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	-	3,3	2013 April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	-	3,2	2013 Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	-	3,2	2013 Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	-	3,1	2013 Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	-	3,1	2013 Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	-	2,7	2013 Sept.	
2 131,2	248,0	1 883,3	194,7	29,0	532,8	289,8	39,3	250,5	243,1	-	2,6	2013 Okt.	
Veränderungen *)													
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	- 13,8	- 0,9	- 12,9	+ 34,3	- 1,1	- 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	- 3,9	+ 15,2	- 7,6	+ 2,5	- 10,2	+ 22,8	-	- 0,2	2009	
+ 18,6	- 4,0	+ 22,6	- 3,8	- 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	- 0,0	+ 31,7	-	- 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	- 13,2	- 1,0	+ 5,2	- 2,1	+ 4,9	- 7,0	+ 7,3	-	- 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	- 10,7	- 1,1	+ 19,8	- 6,6	- 1,9	- 4,7	+ 26,4	-	- 0,2	2012	
+ 7,1	+ 1,2	+ 5,9	- 20,6	+ 0,0	- 3,2	- 1,6	- 0,4	- 1,2	- 1,6	-	- 0,0	2012 Mai	
+ 0,5	- 0,1	+ 0,6	- 7,4	- 0,2	+ 5,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	+ 5,6	-	- 0,0	2012 Juni	
+ 7,8	+ 1,5	+ 6,3	- 3,2	- 0,2	+ 1,4	- 1,2	- 0,1	- 1,1	+ 2,6	-	- 0,1	2012 Juli	
+ 4,7	- 0,1	+ 4,8	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,8	- 1,1	- 0,4	- 0,7	+ 2,9	-	- 0,0	2012 Aug.	
- 2,2	- 0,9	- 1,3	+ 3,3	- 0,2	+ 1,8	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 3,0	-	- 0,0	2012 Sept.	
+ 2,8	+ 0,8	+ 2,0	- 4,6	- 0,2	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,6	-	- 0,0	2012 Okt.	
+ 7,0	+ 1,5	+ 5,5	- 0,0	+ 0,3	+ 7,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 7,3	-	-	2012 Nov.	
- 8,2	- 1,6	- 6,6	+ 2,7	+ 0,0	- 5,3	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 4,6	-	- 0,0	2012 Dez.	
- 3,5	- 0,9	- 2,5	+ 5,7	- 0,3	- 4,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	- 3,4	-	- 0,0	2013 Jan.	
+ 3,2	- 0,3	+ 3,5	- 5,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,5	- 0,4	- 1,0	+ 1,8	-	- 0,0	2013 Febr.	
- 0,8	+ 0,3	- 1,0	+ 5,1	- 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	- 0,6	+ 0,3	-	- 0,0	2013 März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	-	- 0,2	2013 April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	- 18,2	- 0,2	- 5,1	- 0,0	- 0,5	+ 0,4	- 5,0	-	- 0,0	2013 Mai	
- 0,8	- 1,5	+ 0,7	- 5,8	- 0,2	+ 2,5	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 2,7	-	- 0,0	2013 Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	- 1,2	- 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	+ 2,6	-	- 0,1	2013 Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,0	-	- 0,0	2013 Aug.	
- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 0,6	- 0,2	- 2,5	- 2,0	- 0,5	- 1,4	- 0,6	-	- 0,5	2013 Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	- 0,3	+ 2,5	- 0,9	- 1,4	+ 0,6	+ 3,4	-	- 0,0	2013 Okt.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:					Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypo- thekar- kredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige						Finan- zierungs- institu- tionen (ohne MFIs) und Versiche- rungs- unter- nehmen		
			zusammen	Hypo- thekar- kredite auf Wohn- grund- stücke	sonstige Kredite für den Wohn- bau	zusammen	darunter Kredite für den Wohn- bau	Verarbei- tendes Gewerbe	Energie- und Wasserver- sorgung, Ent- sorgung, Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden	Bau- gewerbe	Handel; Instand- haltung und Reparatur von Kraft- fahr- zeugen		Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei und Aqua- kultur	Verkehr und Lagerei, Nach- richten- über- mittlung
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2011	2 415,7	1 167,3	1 114,0	914,0	200,0	1 368,0	305,0	134,6	84,4	59,6	124,0	42,7	80,1	196,4
2012 Sept.	2 458,6	1 167,3	1 126,6	917,8	208,8	1 404,2	309,8	133,9	90,8	60,3	127,4	44,8	78,4	213,9
Dez.	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 März	2 451,1	1 173,5	1 136,8	926,0	210,8	1 394,1	311,9	133,2	94,6	60,3	126,9	44,7	76,2	208,8
Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,8	45,6	74,0	219,9
Sept.	2 352,4	1 177,9	1 152,6	933,4	219,2	1 282,8	316,6	130,3	95,7	60,1	124,9	46,2	72,0	104,5
Kurzfristige Kredite														
2011	316,2	-	7,7	-	7,7	276,7	3,9	33,8	6,0	11,9	41,8	3,3	7,0	111,0
2012 Sept.	340,5	-	7,8	-	7,8	301,5	3,9	36,4	6,8	12,9	44,7	3,9	7,4	127,8
Dez.	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 März	331,7	-	7,8	-	7,8	294,9	3,9	37,5	7,5	13,1	43,6	3,6	7,0	125,4
Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
Sept.	225,3	-	8,1	-	8,1	187,8	4,0	35,9	6,5	13,0	42,2	4,0	6,2	23,9
Mittelfristige Kredite														
2011	247,9	-	34,5	-	34,5	176,7	11,8	28,2	6,0	9,4	15,5	4,0	11,8	35,4
2012 Sept.	249,0	-	35,3	-	35,3	176,3	11,9	25,9	6,8	9,3	16,0	4,1	11,1	36,2
Dez.	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 März	249,6	-	34,9	-	34,9	176,5	11,6	25,8	6,8	9,2	16,6	3,9	11,3	37,0
Juni	250,5	-	35,7	-	35,7	176,6	12,3	24,7	6,7	9,4	16,9	3,9	11,2	37,7
Sept.	247,6	-	35,7	-	35,7	173,1	12,3	24,8	6,6	9,4	16,5	4,0	11,3	34,5
Langfristige Kredite														
2011	1 851,7	1 167,3	1 071,8	914,0	157,8	914,6	289,3	72,6	72,4	38,3	66,7	35,4	61,2	49,9
2012 Sept.	1 869,1	1 167,3	1 083,5	917,8	165,7	926,5	294,0	71,6	77,3	38,1	66,7	36,8	59,9	49,9
Dez.	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 März	1 869,7	1 173,5	1 094,0	926,0	168,0	922,7	296,5	69,8	80,4	38,1	66,7	37,2	58,0	46,4
Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
Sept.	1 879,4	1 177,9	1 108,8	933,4	175,4	922,0	300,3	69,6	82,6	37,7	66,2	38,2	54,5	46,1
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2012 3.Vj.	+ 27,2	+ 3,3	+ 8,9	+ 5,2	+ 3,6	+ 20,1	+ 2,6	- 2,7	+ 2,1	- 0,3	+ 2,0	+ 0,7	- 1,7	+ 17,1
4.Vj.	- 22,5	+ 2,9	+ 6,2	+ 3,5	+ 2,7	- 26,2	+ 1,4	- 2,8	+ 1,8	- 0,7	- 1,2	- 0,3	- 1,8	- 18,5
2013 1.Vj.	+ 15,1	- 0,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 16,4	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	- 0,4	+ 13,4
2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 1,8	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	+ 2,1	+ 0,9	- 2,2	+ 10,9
3.Vj.	- 18,8	+ 2,4	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,4	- 26,5	+ 2,4	- 1,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 22,6
Kurzfristige Kredite														
2012 3.Vj.	+ 16,9	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 16,6	+ 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 1,9	- 0,1	- 0,0	+ 16,8
4.Vj.	- 24,1	-	+ 0,0	-	+ 0,0	- 23,5	- 0,1	- 1,6	+ 0,0	- 0,9	+ 1,5	- 0,6	- 0,5	- 15,0
2013 1.Vj.	+ 16,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 12,6
2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	+ 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
3.Vj.	- 23,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 23,7	+ 0,0	- 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 21,4
Mittelfristige Kredite														
2012 3.Vj.	+ 0,5	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 0,3	+ 0,3	- 1,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,2
4.Vj.	+ 0,7	-	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	- 0,3
2013 1.Vj.	- 1,0	-	- 0,4	-	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 1,1
2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,5
3.Vj.	- 0,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
Langfristige Kredite														
2012 3.Vj.	+ 9,9	+ 3,3	+ 8,1	+ 5,2	+ 2,9	+ 3,8	+ 2,2	- 0,8	+ 1,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,6	- 1,2	+ 0,5
4.Vj.	+ 0,8	+ 2,9	+ 6,1	+ 3,5	+ 2,6	- 3,1	+ 1,6	- 0,8	+ 1,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	- 1,1	- 3,2
2013 1.Vj.	- 0,1	- 0,2	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,2	- 0,5	+ 1,0	- 0,9	+ 1,6	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,3
2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,6
3.Vj.	+ 4,3	+ 2,4	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,4	- 2,3	+ 2,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,0

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:				Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
646,3	180,0	42,9	177,9	382,9	51,7	1 034,3	805,6	228,7	147,8	13,5	13,4	3,5	2011	
654,7	182,8	42,4	179,3	388,0	51,8	1 040,8	813,3	227,5	148,5	13,4	13,6	3,5	2012 Sept.	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012 Dez.	
649,4	184,6	38,5	178,7	387,3	51,3	1 043,6	821,3	222,3	146,5	12,6	13,3	3,5	2013 März	
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	2013 Juni	
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	2013 Sept.	
Kurzfristige Kredite														
61,9	9,6	11,1	13,2	30,4	7,2	38,5	3,9	34,7	2,5	13,5	0,9	0,0	2011	
61,7	9,5	10,9	13,0	30,0	7,7	37,8	3,9	33,9	1,9	13,4	1,2	0,0	2012 Sept.	
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012 Dez.	
57,3	9,0	8,2	12,8	30,1	7,8	35,9	3,9	32,0	2,0	12,6	1,0	0,0	2013 März	
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	2013 Juni	
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	2013 Sept.	
Mittelfristige Kredite														
66,3	8,1	8,4	20,4	31,2	3,6	70,6	22,7	47,9	42,8	-	0,6	0,0	2011	
66,9	8,4	8,2	19,9	32,0	3,6	72,2	23,4	48,8	43,9	-	0,5	0,0	2012 Sept.	
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012 Dez.	
65,9	8,6	7,2	19,9	31,9	3,6	72,6	23,3	49,3	43,8	-	0,5	0,0	2013 März	
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	2013 Juni	
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	2013 Sept.	
Langfristige Kredite														
518,1	162,4	23,4	144,3	321,3	40,9	925,2	779,1	146,1	102,5	-	11,9	3,4	2011	
526,1	164,9	23,4	146,4	326,0	40,5	930,8	786,0	144,8	102,7	-	11,8	3,5	2012 Sept.	
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012 Dez.	
526,3	167,0	23,1	146,0	325,3	39,9	935,1	794,1	141,0	100,7	-	11,9	3,5	2013 März	
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	2013 Juni	
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	2013 Sept.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 2,9	+ 1,6	- 0,8	+ 1,2	+ 0,2	- 0,1	+ 7,2	+ 6,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	2012 3.Vj.	
- 2,8	+ 1,8	- 3,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,8	+ 3,8	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,0	2012 4.Vj.	
- 2,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 2,1	- 0,7	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	- 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 0,6	+ 0,1	- 0,9	+ 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	2012 3.Vj.	
- 3,4	- 0,2	- 3,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,0	2012 4.Vj.	
- 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 0,1	-	2013 1.Vj.	
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	2013 3.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	-	- 0,1	-	2012 3.Vj.	
+ 0,6	+ 0,5	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,0	- 0,0	2012 4.Vj.	
- 1,7	- 0,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,3	-	+ 0,0	-	2013 1.Vj.	
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	2013 3.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 2,9	+ 1,2	- 0,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 6,2	+ 5,9	+ 0,3	+ 0,5	-	- 0,2	- 0,0	2012 3.Vj.	
+ 0,1	+ 1,5	- 0,1	- 0,9	+ 0,2	- 0,2	+ 3,9	+ 4,6	- 0,7	- 0,5	-	+ 0,0	- 0,0	2012 4.Vj.	
+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	- 0,6	- 0,2	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)^{*)}

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	2 935,2	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	95,4	37,5	35,7	80,9		
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2012 Nov.	3 137,0	1 317,7	1 111,8	378,1	733,8	32,3	701,4	612,8	94,6	35,2	31,8	105,4		
2012 Dez.	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013 Jan.	3 087,3	1 326,2	1 053,6	322,4	731,2	32,5	698,7	616,8	90,7	35,0	31,2	81,9		
2013 Febr.	3 097,1	1 336,2	1 055,8	326,7	729,1	32,2	696,9	616,6	88,5	34,9	30,7	98,0		
2013 März	3 096,3	1 330,3	1 064,7	335,4	729,3	32,2	697,2	614,5	86,8	34,8	30,4	94,3		
2013 April	3 100,3	1 344,5	1 058,4	333,6	724,7	32,3	692,5	612,3	85,1	34,6	30,2	95,6		
2013 Mai	3 115,4	1 363,4	1 058,3	332,0	726,2	32,9	693,4	610,7	83,0	34,5	30,1	96,8		
2013 Juni	3 129,7	1 369,8	1 069,2	344,8	724,4	32,2	692,3	609,7	81,0	34,4	30,1	110,9		
2013 Juli	3 105,2	1 374,8	1 042,7	322,8	719,9	31,2	688,8	608,1	79,6	34,4	30,4	88,5		
2013 Aug.	3 023,6	1 372,9	964,4	254,9	709,5	29,2	680,3	607,5	78,8	34,4	30,4	1,2		
2013 Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
2013 Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,7	702,9	29,3	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Veränderungen *)														
2011	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	+ 57,0	- 16,1	+ 6,5	- 22,6	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	- 1,4	+ 16,0		
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	+ 16,8		
2012 Nov.	+ 12,2	+ 25,0	- 10,0	- 5,9	- 4,1	- 0,1	- 4,0	- 0,7	- 2,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,6		
2012 Dez.	- 46,5	- 11,2	- 39,1	- 36,8	- 2,4	- 0,3	- 2,0	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	- 0,2	- 22,4		
2013 Jan.	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 19,0	+ 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,8	- 2,9	- 0,0	- 0,5	- 1,0		
2013 Febr.	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	+ 4,3	- 2,1	- 0,3	- 1,8	- 0,1	- 2,2	- 0,0	- 0,5	+ 16,1		
2013 März	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	+ 8,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	- 2,2	- 1,8	- 0,1	- 0,3	- 3,7		
2013 April	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 4,6	+ 0,1	- 4,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,3		
2013 Mai	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,2		
2013 Juni	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	+ 12,2	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 14,1		
2013 Juli	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 21,9	- 4,6	- 1,0	- 3,6	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 0,3	- 22,5		
2013 Aug.	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 3,3	- 8,4	- 0,2	- 8,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1		
2013 Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
2013 Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,3	- 3,0	+ 0,4	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2010	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4		
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2012 Nov.	216,8	56,6	155,8	96,3	59,5	4,6	55,0	3,0	1,4	32,8	5,9	0,8		
2012 Dez.	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013 Jan.	179,1	50,6	124,0	67,1	56,9	4,6	52,3	3,1	1,3	32,7	5,9	1,1		
2013 Febr.	179,0	50,6	124,0	67,0	57,0	4,5	52,4	3,2	1,3	32,6	5,9	2,2		
2013 März	185,9	49,5	131,9	74,1	57,8	5,0	52,8	3,3	1,2	32,6	5,8	1,3		
2013 April	184,1	51,5	128,1	71,7	56,4	5,2	51,2	3,3	1,2	32,3	5,8	2,3		
2013 Mai	190,2	52,1	133,4	76,0	57,4	5,5	51,9	3,5	1,2	32,3	5,8	2,1		
2013 Juni	194,8	54,0	135,9	78,9	57,1	5,5	51,5	3,5	1,3	32,0	5,8	0,5		
2013 Juli	189,8	49,2	135,7	78,5	57,2	5,1	52,1	3,6	1,3	32,0	5,8	0,3		
2013 Aug.	185,1	50,7	129,3	77,9	51,4	5,1	46,3	3,7	1,4	32,1	5,8	0,2		
2013 Sept.	184,4	49,5	129,9	77,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
2013 Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Veränderungen *)														
2011	+ 14,6	+ 0,1	+ 15,0	+ 21,4	- 6,5	+ 1,2	- 7,7	- 0,4	+ 0,0	- 0,7	- 0,2	+ 2,7		
2012	+ 2,2	+ 2,9	- 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2012 Nov.	+ 0,2	- 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
2012 Dez.	- 30,6	- 5,9	- 25,0	- 23,2	- 1,8	- 0,0	- 1,8	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 2,3		
2013 Jan.	- 7,1	- 0,1	- 6,7	- 6,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
2013 Febr.	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 1,1		
2013 März	+ 5,6	- 1,5	+ 7,0	+ 6,9	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,9		
2013 April	- 1,7	+ 2,1	- 3,8	- 2,4	- 1,4	+ 0,2	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 1,0		
2013 Mai	+ 6,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 4,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2		
2013 Juni	+ 4,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,6		
2013 Juli	- 5,0	- 4,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2		
2013 Aug.	- 4,0	+ 1,6	- 5,7	- 0,6	- 5,1	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
2013 Sept.	- 0,7	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	+ 0,6		
2013 Okt.	- 7,0	- 2,7	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,7		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten aus Repos

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)		
2010	2 781,8	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	93,9	2,9	29,5	80,5			
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0			
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8			
2012 Nov.	2 920,2	1 261,1	956,1	281,8	674,3	27,8	646,5	609,8	93,3	2,3	25,9	104,6			
2012 Dez.	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8			
2013 Jan.	2 908,2	1 275,5	929,6	255,3	674,3	27,9	646,4	613,6	89,5	2,3	25,3	80,9			
2013 Febr.	2 918,2	1 285,6	931,9	259,7	672,1	27,7	644,5	613,4	87,3	2,3	24,8	95,8			
2013 März	2 910,4	1 280,8	932,9	261,3	671,5	27,2	644,4	611,2	85,5	2,3	24,6	93,0			
2013 April	2 916,2	1 293,0	930,2	261,9	668,4	27,1	641,3	609,0	83,9	2,3	24,4	93,3			
2013 Mai	2 925,1	1 311,3	924,8	256,0	668,8	27,3	641,5	607,3	81,7	2,3	24,4	94,7			
2013 Juni	2 934,9	1 315,7	933,3	265,9	667,4	26,6	640,7	606,2	79,7	2,3	24,3	110,4			
2013 Juli	2 915,4	1 325,6	907,0	244,3	662,7	26,1	636,7	604,5	78,2	2,3	24,6	88,2			
2013 Aug.	2 838,5	1 322,2	835,1	177,0	658,1	24,1	634,0	603,8	77,5	2,3	24,6	1,1			
2013 Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4			
2013 Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,4	651,7	23,9	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6			
Veränderungen *)															
2011	+ 96,6	+ 63,6	+ 25,9	+ 35,5	- 9,6	+ 5,2	- 14,9	- 2,2	+ 9,3	- 0,3	- 1,2	+ 13,3			
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	+ 16,8			
2012 Nov.	+ 12,0	+ 25,8	- 10,9	- 6,6	- 4,3	- 0,2	- 4,0	- 0,8	- 2,1	+ 0,3	- 0,3	- 0,5			
2012 Dez.	- 15,9	- 5,3	- 14,1	- 13,5	- 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 4,7	- 1,2	- 0,1	- 0,1	- 24,8			
2013 Jan.	+ 4,2	+ 19,8	- 12,1	- 12,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	- 0,9	- 2,6	- 0,0	- 0,5	+ 1,0			
2013 Febr.	+ 9,9	+ 10,1	+ 2,2	+ 4,4	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 0,2	- 2,2	- 0,0	- 0,5	+ 15,0			
2013 März	- 6,8	- 4,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 2,3	- 1,7	- 0,0	- 0,2	- 2,8			
2013 April	+ 5,8	+ 12,5	- 2,9	+ 0,2	- 3,1	- 0,0	- 3,1	- 2,2	- 1,6	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2			
2013 Mai	+ 8,9	+ 18,3	- 5,4	- 5,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 1,8	- 2,2	- 0,0	- 0,1	+ 1,4			
2013 Juni	+ 10,1	+ 4,4	+ 8,8	+ 9,4	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7			
2013 Juli	- 19,5	+ 9,8	- 26,2	- 21,5	- 4,7	- 0,5	- 4,2	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,3	- 22,2			
2013 Aug.	+ 4,1	+ 11,7	- 6,1	- 2,7	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 6,0			
2013 Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7			
2013 Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,2	- 3,1	+ 0,1	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2			
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)		
2010	1 124,4	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,4	80,5			
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0			
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8			
2012 Nov.	1 131,1	425,2	683,6	198,0	485,6	10,3	475,4	6,5	15,8	2,3	18,3	104,6			
2012 Dez.	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8			
2013 Jan.	1 109,2	428,0	658,5	175,7	482,8	10,7	472,2	6,6	16,0	2,3	17,8	80,9			
2013 Febr.	1 112,0	427,9	661,5	181,0	480,5	10,9	469,6	6,8	15,9	2,3	17,3	95,8			
2013 März	1 104,5	418,0	664,0	184,3	479,7	10,7	469,0	6,8	15,7	2,3	17,2	93,0			
2013 April	1 108,9	424,0	662,5	185,6	476,8	11,1	465,8	6,9	15,5	2,3	17,0	93,3			
2013 Mai	1 110,2	430,2	657,4	180,5	476,9	11,5	465,4	7,1	15,5	2,3	17,1	94,7			
2013 Juni	1 116,9	426,8	667,6	192,0	475,6	11,4	464,2	7,2	15,3	2,3	17,1	110,4			
2013 Juli	1 096,9	430,4	644,1	172,1	472,0	11,6	460,4	7,3	15,2	2,3	17,4	88,2			
2013 Aug.	1 013,2	417,2	573,4	106,0	467,4	10,0	457,4	7,4	15,3	2,3	17,5	1,1			
2013 Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4			
2013 Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6			
Veränderungen *)															
2011	+ 33,6	+ 29,1	+ 5,1	+ 27,6	- 22,5	+ 1,9	- 24,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 1,1	+ 13,3			
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8			
2012 Nov.	- 2,8	+ 5,5	- 8,1	- 4,2	- 3,9	+ 0,1	- 4,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,5			
2012 Dez.	- 25,6	- 11,0	- 14,9	- 12,1	- 2,9	+ 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	- 24,8			
2013 Jan.	+ 3,7	+ 13,8	- 10,1	- 10,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 1,0			
2013 Febr.	+ 2,8	- 0,1	+ 3,0	+ 5,3	- 2,3	+ 0,2	- 2,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 15,0			
2013 März	- 6,5	- 9,9	+ 3,4	+ 3,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 2,8			
2013 April	+ 4,4	+ 6,3	- 1,9	+ 1,0	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2			
2013 Mai	+ 1,3	+ 6,2	- 5,1	- 5,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,4			
2013 Juni	+ 7,0	- 3,4	+ 10,5	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7			
2013 Juli	- 20,0	+ 3,6	- 23,5	- 19,8	- 3,7	+ 0,2	- 3,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 22,2			
2013 Aug.	- 2,6	+ 1,9	- 4,8	- 1,6	- 3,2	+ 0,2	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 6,0			
2013 Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7			
2013 Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2			

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2**. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2010	1 657,4	713,7	692,4	123,8	471,2	97,4	21,3	258,6	241,4	21,2	203,7	16,4
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013 Mai	1 814,9	881,1	853,0	152,5	572,8	127,7	28,2	267,4	252,0	17,2	216,5	18,3
Juni	1 818,0	889,0	860,9	150,0	582,8	128,0	28,1	265,7	250,5	16,9	215,8	17,8
Juli	1 818,5	895,2	867,4	155,4	582,9	129,2	27,9	263,0	247,8	16,7	213,6	17,5
Aug.	1 825,3	905,0	876,8	158,4	588,8	129,7	28,1	261,7	246,6	16,6	212,8	17,2
Sept.	1 822,9	905,6	877,3	156,7	593,1	127,4	28,3	260,6	245,5	16,4	212,9	16,2
Okt.	1 831,8	915,7	887,2	161,4	597,0	128,9	28,5	260,0	244,7	16,4	212,4	15,9
Veränderungen *)												
2011	+ 63,0	+ 34,5	+ 33,5	+ 7,8	+ 19,7	+ 6,0	+ 1,1	+ 20,8	+ 20,3	+ 2,1	+ 15,2	+ 3,0
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013 Mai	+ 7,6	+ 12,1	+ 11,5	+ 2,2	+ 7,4	+ 1,8	+ 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1
Juni	+ 3,1	+ 7,8	+ 7,9	- 2,5	+ 10,1	+ 0,4	- 0,1	- 1,7	- 1,6	- 0,4	- 0,7	- 0,5
Juli	+ 0,5	+ 6,2	+ 6,5	+ 5,4	+ 0,0	+ 1,1	- 0,2	- 2,7	- 2,6	- 0,2	- 2,1	- 0,3
Aug.	+ 6,8	+ 9,8	+ 9,5	+ 3,0	+ 5,9	+ 0,5	+ 0,3	- 1,3	- 1,3	- 0,1	- 0,8	- 0,3
Sept.	- 2,2	+ 0,6	+ 0,4	- 1,6	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,1	- 0,9	- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,5
Okt.	+ 8,8	+ 10,2	+ 9,9	+ 4,7	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,2	- 0,7	- 0,8	- 0,1	- 0,5	- 0,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)					Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2010	153,4	38,7	5,7	3,3	29,6	0,1	17,0	28,2	8,5	6,7	12,9	0,2	17,2
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9
2013 Mai	190,2	22,5	4,3	3,6	14,6	0,1	16,4	46,9	9,6	13,7	23,4	0,2	15,5
Juni	194,8	21,9	3,9	3,4	14,5	0,1	16,2	50,7	12,3	14,9	23,3	0,2	15,5
Juli	189,8	23,5	3,8	5,2	14,4	0,1	16,2	48,1	11,0	13,7	23,1	0,2	15,5
Aug.	185,1	16,7	4,3	3,3	9,0	0,1	16,2	44,7	8,8	12,6	23,0	0,2	15,5
Sept.	184,4	15,4	3,1	3,6	8,5	0,1	16,2	49,0	11,0	14,7	23,0	0,2	14,6
Okt.	177,5	13,9	2,9	2,7	8,2	0,1	16,2	45,9	11,1	11,7	22,9	0,2	14,6
Veränderungen *)													
2011	+ 14,6	- 0,7	+ 0,5	+ 6,3	- 7,5	+ 0,0	- 0,2	+ 6,6	+ 2,9	+ 4,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9
2013 Mai	+ 6,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,0	-	- 0,0	- 2,7	- 2,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
Juni	+ 4,6	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 3,8	+ 2,7	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0
Juli	- 5,0	+ 1,5	- 0,1	+ 1,7	- 0,1	-	- 0,0	- 2,6	- 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Aug.	- 4,0	- 6,8	+ 0,5	- 1,9	- 5,4	+ 0,0	+ 0,0	- 3,4	- 2,2	- 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Sept.	- 0,7	- 1,3	- 1,2	+ 0,4	- 0,5	-	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5
Okt.	- 7,0	- 1,5	- 0,2	- 1,0	- 0,3	- 0,0	-	- 3,1	+ 0,0	- 3,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	über 1 Jahr ²⁾		darunter:		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos	
	bis 1 Jahr einschl.	zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}											
17,3	85,7	173,0	15,0	158,0	609,1	599,2	9,9	76,0	0,1	8,2	-	2010
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	-	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	-	2012
15,4	75,5	191,9	15,8	176,1	600,2	589,9	10,3	66,2	0,0	7,2	-	2013 Mai
15,2	74,0	191,7	15,2	176,5	599,0	588,7	10,3	64,4	0,0	7,2	-	Juni
15,2	72,2	190,8	14,5	176,3	597,3	587,1	10,2	63,1	0,0	7,2	-	Juli
15,1	71,0	190,6	14,1	176,5	596,4	586,2	10,2	62,2	0,0	7,1	-	Aug.
15,1	69,9	190,7	13,9	176,8	595,3	585,2	10,1	61,4	0,0	7,2	-	Sept.
15,3	69,1	190,9	13,6	177,2	595,2	585,2	10,1	60,8	0,0	7,1	-	Okt.
Veränderungen ^{*)}												
+ 0,5	+ 8,0	+ 12,9	+ 3,3	+ 9,5	- 1,8	- 1,1	- 0,7	+ 9,5	- 0,0	- 0,1	-	2011
- 1,1	- 11,2	+ 5,6	- 1,3	+ 6,9	- 0,2	- 1,1	+ 1,0	- 10,1	- 0,0	- 0,5	-	2012
- 0,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 1,9	- 1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,0	- 0,1	-	2013 Mai
- 0,2	- 1,6	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,2	- 1,2	- 0,0	- 1,8	+ 0,0	- 0,0	-	Juni
- 0,1	- 1,7	- 1,0	- 0,7	- 0,3	- 1,7	- 1,6	- 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 0,1	-	Juli
- 0,0	- 1,2	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,9	- 0,8	- 0,0	- 0,8	+ 0,0	- 0,0	-	Aug.
+ 0,1	- 1,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,4	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	-	Sept.
+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	-	Okt.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
37,4	19,5	9,9	4,5	3,5	0,4	49,1	12,3	27,9	8,3	0,6	0,0	2010
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
45,0	22,9	12,0	6,2	3,8	0,4	75,8	15,4	46,6	13,2	0,7	0,0	2013 Mai
43,4	21,8	11,4	6,3	3,9	0,4	78,8	16,0	49,1	13,1	0,7	0,0	Juni
41,9	20,4	11,2	6,3	4,0	0,4	76,4	14,0	48,4	13,3	0,7	0,0	Juli
46,1	23,6	11,9	6,5	4,1	0,4	77,7	14,0	50,1	12,8	0,7	0,0	Aug.
43,2	21,5	11,2	6,5	4,1	0,4	76,9	13,9	49,3	13,0	0,7	0,0	Sept.
41,7	20,1	10,9	6,6	4,1	0,4	75,9	12,7	49,0	13,4	0,7	0,0	Okt.
Veränderungen ^{*)}												
+ 1,8	- 1,4	+ 2,9	+ 0,5	- 0,2	- 0,0	+ 7,0	- 1,9	+ 8,2	+ 0,9	- 0,2	- 0,0	2011
+ 4,3	+ 4,8	- 1,7	+ 0,7	+ 0,4	- 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	- 0,0	2012
+ 3,7	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 4,4	+ 0,1	+ 3,4	+ 0,9	+ 0,1	-	2013 Mai
- 1,6	- 1,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,4	- 0,1	+ 0,0	-	Juni
- 1,6	- 1,5	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,7	+ 0,3	+ 0,0	-	Juli
+ 4,2	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 1,9	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,0	-	Aug.
- 2,9	- 2,1	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,8	- 0,1	- 0,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	Sept.
- 1,5	- 1,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,0	-	- 1,0	- 1,2	- 0,3	+ 0,5	+ 0,0	-	Okt.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
	ins-gesamt	zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit drei-monatiger Kündigungs-frist	zu-sammen			zu-sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2010	628,2	618,2	512,5	412,3	105,7	96,6	9,9	7,7	10,9	113,1	95,4	70,5	17,7	
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7	
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9	
2013 Juni	619,8	609,7	528,9	413,9	80,8	68,7	10,1	8,0	0,2	97,5	81,0	61,8	16,5	
Juli	618,2	608,1	528,4	413,1	79,8	67,7	10,1	7,9	0,3	95,6	79,6	61,1	16,1	
Aug.	617,5	607,5	528,6	413,0	78,9	66,6	10,0	7,9	0,2	94,9	78,8	60,8	16,0	
Sept.	616,3	606,4	528,3	412,4	78,1	65,8	9,9	7,9	0,2	93,9	78,0	60,4	15,9	
Okt.	616,3	606,4	528,3	411,5	78,0	65,6	9,9	7,8	0,3	93,1	77,3	60,1	15,8	
Veränderungen *)														
2011	- 2,4	- 2,6	+ 1,3	+ 0,2	- 3,9	- 4,3	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 9,4	+ 9,3	+ 4,0	+ 0,2	
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7	
2013 Juni	- 1,1	- 1,1	- 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,9	- 0,1	- 0,0	.	- 2,2	- 2,0	- 1,3	- 0,2	
Juli	- 1,6	- 1,5	- 0,6	- 0,8	- 1,0	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 1,9	- 1,5	- 0,8	- 0,4	
Aug.	- 0,8	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,9	- 1,0	- 0,1	- 0,0	.	- 0,8	- 0,7	- 0,2	- 0,0	
Sept.	- 1,1	- 1,1	- 0,3	- 0,6	- 0,8	- 0,9	- 0,0	- 0,0	.	- 1,0	- 0,9	- 0,5	- 0,1	
Okt.	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,8	- 0,6	- 0,3	- 0,2	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	ins-gesamt	darunter:							ins-gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	ins-gesamt	darunter: börsen-fähige Schuld-verschrei-bungen	nicht börsen-fähige Schuld-verschrei-bungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremd-wäh-rungs-anlei-hen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zu-sammen	darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)	zu-sammen						darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2010	1 435,1	342,0	40,7	366,5	82,8	97,0	4,6	56,8	6,5	1 281,4	0,7	0,6	43,9	1,5
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013 Juni	1 209,2	329,1	30,1	355,3	73,1	86,2	2,9	40,3	4,6	1 082,7	0,3	0,2	37,6	1,1
Juli	1 194,7	325,4	30,5	352,1	76,5	90,4	3,0	41,4	4,8	1 062,9	0,2	0,2	37,2	1,1
Aug.	1 191,1	324,9	29,5	353,7	78,9	91,9	2,8	40,1	4,7	1 059,1	0,2	0,2	37,4	1,1
Sept.	1 185,6	322,9	28,6	350,8	74,5	89,2	2,6	39,1	4,5	1 057,3	0,2	0,2	38,3	1,1
Okt.	1 176,3	319,2	29,8	347,5	72,1	88,9	2,7	38,0	4,7	1 049,5	0,6	0,2	37,4	1,1
Veränderungen *)														
2011	- 59,0	+ 10,6	- 5,2	+ 8,4	- 7,5	- 2,1	- 1,6	- 2,9	- 2,0	- 54,0	- 0,0	- 0,2	- 0,8	- 0,0
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013 Juni	- 8,0	- 2,5	- 0,0	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,6	+ 0,4	- 1,7	+ 0,3	- 8,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
Juli	- 14,6	- 3,7	+ 0,4	- 3,2	+ 3,4	+ 4,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,1	- 19,8	- 0,0	- 0,0	- 0,3	-
Aug.	- 3,6	- 0,6	- 1,0	+ 1,7	+ 2,4	+ 1,6	- 0,2	- 1,3	- 0,1	- 3,9	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	-
Sept.	- 5,5	- 1,9	- 1,0	- 3,0	- 4,5	- 2,8	- 0,2	- 1,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9	- 0,0
Okt.	- 9,3	- 3,7	+ 1,2	- 3,3	- 2,4	- 0,3	+ 0,1	- 1,2	+ 0,2	- 7,8	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finanzie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
Alle Bausparkassen																
2011	23	197,5	41,4	0,0	17,6	27,1	74,2	15,9	13,0	0,7	22,8	136,7	6,9	5,4	8,3	99,2
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013 Aug.	22	204,2	43,6	0,0	17,2	21,8	80,8	17,0	17,0	1,5	22,2	145,4	5,8	4,2	9,0	8,1
Sept.	22	204,2	43,1	0,0	17,1	21,6	81,5	17,0	16,9	1,5	21,6	145,8	5,7	4,2	9,0	8,0
Okt.	22	204,1	43,2	0,0	17,3	21,4	81,8	16,9	16,9	1,5	21,6	146,0	5,7	4,2	9,0	8,5
Private Bausparkassen																
2013 Aug.	12	144,7	26,1	0,0	10,6	14,9	63,9	14,6	8,6	1,0	18,7	96,2	5,7	4,2	6,0	5,3
Sept.	12	144,4	25,7	0,0	10,6	14,8	64,4	14,6	8,3	1,1	18,0	96,6	5,6	4,2	6,0	5,3
Okt.	12	144,1	25,8	0,0	10,7	14,7	64,6	14,5	8,1	1,1	18,0	96,6	5,5	4,2	6,0	5,5
Öffentliche Bausparkassen																
2013 Aug.	10	59,5	17,5	0,0	6,6	6,9	16,9	2,3	8,4	0,5	3,5	49,2	0,1	-	3,0	2,8
Sept.	10	59,8	17,5	0,0	6,6	6,8	17,1	2,3	8,6	0,5	3,6	49,3	0,1	-	3,0	2,8
Okt.	10	60,0	17,5	0,0	6,6	6,7	17,2	2,3	8,7	0,5	3,6	49,4	0,1	-	3,0	2,9

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspereinlagen	Rückzahlungen von Bauspereinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen		neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal				
						Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)						zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		zusammen
Alle Bausparkassen																
2011	27,6	2,5	6,1	46,2	31,0	40,9	18,1	4,4	8,2	4,1	14,6	12,1	7,5	11,0	9,3	0,5
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013 Aug.	2,3	0,0	0,6	4,1	2,5	3,5	1,5	0,3	0,6	0,3	1,5	14,8	8,2	0,9		0,0
Sept.	2,3	0,0	0,5	3,9	2,3	3,4	1,3	0,3	0,5	0,3	1,6	14,7	8,2	0,9	2,4	0,0
Okt.	2,3	0,0	0,6	3,9	2,5	3,6	1,5	0,4	0,6	0,3	1,6	14,5	8,2	0,9		0,0
Private Bausparkassen																
2013 Aug.	1,5	0,0	0,3	2,9	1,6	2,6	1,1	0,3	0,4	0,2	1,1	9,8	4,5	0,6		0,0
Sept.	1,6	0,0	0,3	2,8	1,6	2,5	0,9	0,2	0,4	0,2	1,2	9,8	4,5	0,7	1,6	0,0
Okt.	1,5	0,0	0,3	2,8	1,8	2,7	1,1	0,3	0,4	0,3	1,2	9,7	4,5	0,7		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2013 Aug.	0,8	0,0	0,3	1,2	0,8	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	5,0	3,7	0,3		0,0
Sept.	0,8	0,0	0,2	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,9	3,7	0,3	0,8	0,0
Okt.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,4	4,8	3,7	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	insgesamt	Guthaben und Buchkredite zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	zusammen	Buchkredite an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands
Auslandsfilialen Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2010	55	212	2 226,3	591,4	564,8	232,0	332,8	26,6	696,7	532,5	27,5	505,0	164,2	938,2	633,9
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8
2012 Dez.	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8
2013 Jan.	55	209	2 048,5	554,7	539,9	182,7	357,2	14,8	560,1	436,2	15,6	420,6	123,8	933,8	633,7
Febr.	55	209	2 052,3	547,0	531,9	165,9	366,0	15,1	578,8	456,2	14,6	441,7	122,5	926,5	650,9
März	55	209	2 007,7	541,0	525,3	162,4	362,9	15,7	580,6	454,3	14,7	439,6	126,3	886,2	636,8
April	55	207	2 034,7	537,8	522,2	163,0	359,1	15,6	578,8	458,2	13,7	444,6	120,6	918,1	656,3
Mai	55	208	2 003,3	534,1	518,7	160,6	358,2	15,3	595,4	468,8	13,0	455,7	126,6	873,8	613,0
Juni	55	207	1 909,3	528,0	512,8	162,1	350,6	15,2	563,0	446,7	12,8	433,9	116,3	818,3	605,9
Juli	54	206	1 845,8	511,4	497,0	156,7	340,3	14,5	540,5	431,2	12,0	419,2	109,3	793,9	544,3
Aug.	54	206	1 812,6	506,8	492,3	147,6	344,6	14,6	533,5	422,8	12,2	410,6	110,7	772,3	508,3
Sept.	54	207	1 720,0	471,0	457,5	143,2	314,3	13,6	560,5	449,8	12,1	437,7	110,7	688,4	492,6
Veränderungen *)															
2011	+ 1	- 3	+ 56,9	- 4,6	+ 3,2	- 32,9	+ 36,2	- 7,9	- 68,9	- 40,9	- 4,3	- 36,7	- 28,0	+ 130,4	+ 251,0
2012	- 2	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2
2013 Jan.	-	- 1	+ 27,9	+ 12,4	+ 11,7	+ 3,1	+ 8,6	+ 0,7	+ 20,9	+ 18,2	- 1,3	+ 19,5	+ 2,7	- 5,4	- 38,1
Febr.	-	-	- 14,1	- 16,9	- 17,1	- 16,8	- 0,3	+ 0,2	+ 11,5	+ 14,2	- 1,0	+ 15,3	- 2,8	- 8,7	+ 17,2
März	-	-	- 61,2	- 13,7	- 14,1	- 3,5	- 10,6	+ 0,4	- 6,1	- 8,5	+ 0,1	- 8,7	+ 2,5	- 41,5	- 14,1
April	-	- 2	+ 41,3	+ 4,1	+ 4,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 0,0	+ 4,4	+ 9,0	- 1,0	+ 10,1	- 4,6	+ 32,7	+ 19,5
Mai	-	+ 1	- 31,5	- 4,0	- 3,8	- 2,5	- 1,3	- 0,3	+ 16,8	+ 10,7	- 0,6	+ 11,3	+ 6,1	- 44,3	- 43,3
Juni	-	- 1	- 89,8	- 4,0	- 3,9	+ 1,6	- 5,4	- 0,1	- 30,5	- 20,6	- 0,2	- 20,4	- 9,9	- 55,3	- 7,1
Juli	- 1	- 1	- 54,0	- 12,0	- 11,4	- 5,4	- 6,0	- 0,6	- 17,9	- 11,7	+ 0,8	- 10,9	- 6,3	- 24,0	- 61,6
Aug.	-	-	- 36,5	- 5,8	- 5,8	- 9,1	+ 3,2	+ 0,0	- 8,9	- 10,0	+ 0,2	- 10,3	+ 1,1	- 21,8	- 36,0
Sept.	-	+ 1	- 82,9	- 30,1	- 29,2	- 4,4	- 24,7	- 0,9	+ 30,3	+ 29,6	- 0,1	+ 29,8	+ 0,7	- 83,1	- 15,7
Auslandstöchter Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2010	37	93	495,1	220,9	178,7	98,8	79,9	42,1	218,3	168,8	37,7	131,2	49,5	55,9	-
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-
2012 Dez.	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-
2013 Jan.	35	83	443,3	194,6	161,1	92,8	68,3	33,6	195,8	153,4	29,9	123,5	42,4	52,9	-
Febr.	35	83	444,4	194,1	161,2	93,6	67,7	32,9	197,3	154,2	29,7	124,5	43,1	53,0	-
März	35	83	455,7	194,6	161,8	95,4	66,4	32,8	205,8	163,0	29,4	133,6	42,9	55,3	-
April	35	83	444,6	188,8	156,6	91,1	65,5	32,1	201,5	158,3	28,5	129,8	43,3	54,3	-
Mai	35	83	438,4	193,0	161,6	96,5	65,1	31,4	196,2	154,3	28,9	125,4	41,9	49,2	-
Juni	34	81	436,5	189,5	158,7	94,8	63,9	30,8	193,9	153,7	28,4	125,3	40,1	53,1	-
Juli	33	78	430,7	190,0	159,2	97,3	61,9	30,8	187,8	148,6	28,6	119,9	39,3	52,8	-
Aug.	33	78	435,0	193,9	163,3	97,8	65,5	30,6	187,4	148,2	28,5	119,7	39,2	53,7	-
Sept.	32	77	430,6	190,9	159,9	97,8	62,2	31,0	187,8	149,6	28,3	121,3	38,2	51,9	-
Veränderungen *)															
2011	- 2	- 6	- 20,1	- 12,2	- 7,2	- 3,5	- 3,7	- 5,0	- 9,6	- 5,5	- 2,1	- 3,4	- 4,0	+ 1,6	-
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-
2013 Jan.	-	-	- 12,4	- 3,4	- 4,1	- 1,8	- 2,4	+ 0,7	- 7,4	- 7,2	- 0,7	- 6,5	- 0,2	- 1,6	-
Febr.	-	-	- 1,3	- 1,8	- 0,8	+ 0,8	- 1,7	+ 1,0	+ 0,6	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,0	-
März	-	-	+ 9,4	- 0,4	- 0,3	+ 1,8	- 2,1	- 0,1	+ 7,5	+ 8,0	- 0,3	+ 8,3	- 0,5	+ 2,3	-
April	-	-	- 9,3	- 4,9	- 4,5	- 4,3	- 0,2	- 0,4	- 3,4	- 3,8	- 0,9	- 2,9	+ 0,4	- 1,0	-
Mai	-	-	- 6,2	+ 4,2	+ 4,9	+ 5,4	- 0,5	- 0,7	- 5,3	- 3,9	+ 0,4	- 4,3	- 1,4	- 5,1	-
Juni	- 1	- 2	- 1,6	- 3,3	- 2,7	- 1,7	- 1,0	- 0,6	- 2,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 1,8	+ 3,8	-
Juli	- 1	- 3	- 4,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,2	- 5,5	- 4,6	+ 0,2	- 4,8	- 0,9	- 0,2	-
Aug.	-	-	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,6	+ 3,4	- 0,3	- 0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,9	-
Sept.	- 1	- 1	- 3,2	- 2,2	- 2,7	- 0,1	- 2,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,2	+ 2,0	- 0,9	- 1,8	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands					
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)		ausländische Nichtbanken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
1 131,3	751,9	398,2	353,7	379,4	44,9	39,2	5,7	334,5	187,1	34,7	873,3	648,7	2010	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012 Dez.	
1 086,1	722,9	351,6	371,3	363,2	35,4	27,8	7,5	327,8	128,2	40,1	794,1	637,8	2013 Jan.	
1 081,6	706,5	347,4	359,1	375,1	29,4	21,7	7,8	345,7	140,1	40,9	789,7	657,4	Febr.	
1 054,5	711,5	340,1	371,4	343,0	30,5	23,0	7,5	312,5	137,3	41,2	774,7	653,1	März	
1 067,1	702,0	332,0	370,0	365,1	30,3	23,1	7,2	334,8	135,3	41,0	791,2	663,1	April	
1 079,0	692,0	338,8	353,2	387,0	28,7	21,6	7,1	358,3	140,3	41,0	743,0	614,7	Mai	
1 012,4	675,9	351,9	324,0	336,5	27,8	21,2	6,5	308,7	133,5	40,7	722,8	603,3	Juni	
1 008,1	651,8	323,6	328,2	356,4	27,8	21,4	6,4	328,6	134,3	40,1	663,2	544,5	Juli	
1 010,3	652,1	324,2	327,8	358,3	24,2	19,0	5,2	334,1	125,7	40,1	636,4	528,9	Aug.	
940,7	603,9	315,4	288,5	336,8	26,4	21,7	4,7	310,4	125,1	39,9	614,3	502,5	Sept.	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
+ 27,0	+ 50,1	+ 8,4	+ 41,7	- 23,1	- 9,0	- 8,9	- 0,0	- 14,2	- 45,8	+ 3,9	+ 71,9	+ 231,5	2011	
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
+ 45,7	+ 3,2	- 19,6	+ 22,8	+ 42,5	+ 0,7	+ 1,0	- 0,2	+ 41,8	+ 1,3	+ 0,2	- 19,2	- 33,0	2013 Jan.	
- 17,7	- 24,0	- 4,3	- 19,7	+ 6,3	+ 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 12,2	+ 11,9	+ 0,8	- 9,1	+ 19,6	Febr.	
- 39,0	- 0,6	- 7,3	+ 6,7	- 38,4	+ 1,1	+ 1,3	- 0,3	- 39,4	- 2,9	+ 0,3	- 19,7	- 4,3	März	
+ 22,1	- 4,0	- 8,1	+ 4,1	+ 26,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 26,2	- 1,9	- 0,2	+ 21,3	+ 9,9	April	
+ 11,4	- 10,5	+ 6,8	- 17,3	+ 21,8	- 1,7	- 1,6	- 0,1	+ 23,5	+ 5,0	- 0,1	- 47,8	- 48,4	Mai	
- 63,8	- 14,6	+ 13,0	- 27,7	- 49,2	- 0,9	- 0,3	- 0,6	- 48,3	- 6,8	- 0,3	- 18,9	- 11,4	Juni	
+ 1,9	- 20,8	- 28,3	+ 7,5	+ 22,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 22,6	+ 0,8	- 0,5	- 56,1	- 58,8	Juli	
+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	- 1,3	+ 0,8	- 3,6	- 2,4	- 1,2	+ 4,4	- 8,6	- 0,0	- 28,2	- 15,6	Aug.	
- 62,6	- 44,1	- 8,8	- 35,3	- 18,5	+ 2,2	+ 2,7	- 0,5	- 20,7	- 0,6	- 0,2	- 19,4	- 26,4	Sept.	
387,4	221,1	136,4	84,7	166,3	31,0	23,6	7,3	135,3	28,9	31,8	46,9	-	2010	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012 Dez.	
344,2	195,6	115,6	80,0	148,7	22,2	18,1	4,1	126,4	24,3	32,3	42,5	-	2013 Jan.	
345,1	194,6	113,1	81,5	150,4	22,3	18,2	4,1	128,1	24,6	32,9	41,9	-	Febr.	
355,7	200,6	115,7	84,9	155,1	22,3	18,2	4,1	132,8	24,5	32,4	43,1	-	März	
345,1	194,6	114,3	80,4	150,5	22,3	18,2	4,1	128,2	23,9	32,7	42,8	-	April	
340,1	189,5	111,0	78,6	150,6	22,0	17,7	4,3	128,6	23,7	32,6	41,9	-	Mai	
341,5	190,0	108,8	81,2	151,4	20,5	16,2	4,3	130,9	23,1	32,1	39,8	-	Juni	
336,8	188,4	109,8	78,6	148,4	21,4	17,3	4,1	127,1	22,5	31,8	39,6	-	Juli	
341,8	191,8	112,4	79,3	150,0	22,5	18,4	4,1	127,6	22,4	32,0	38,8	-	Aug.	
337,3	195,4	114,8	80,6	141,9	21,2	17,2	4,0	120,7	22,1	32,0	39,1	-	Sept.	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 12,5	+ 7,1	+ 6,0	+ 1,1	- 19,6	- 4,2	- 3,8	- 0,4	- 15,3	- 3,8	- 1,0	- 2,8	-	2011	
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
- 10,4	- 11,0	- 4,8	- 6,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,6	+ 0,2	- 1,6	-	2013 Jan.	
- 1,0	- 1,8	- 2,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	- 1,1	-	Febr.	
+ 9,1	+ 5,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,9	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 3,9	- 0,0	- 0,5	+ 0,9	-	März	
- 9,1	- 5,2	- 1,4	- 3,8	- 3,9	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 3,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	-	April	
- 5,1	- 5,2	- 3,3	- 1,8	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,8	-	Mai	
+ 1,7	+ 0,7	- 2,1	+ 2,8	+ 1,0	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 2,5	- 0,6	- 0,5	- 2,1	-	Juni	
- 3,6	- 1,2	+ 1,0	- 2,2	- 2,4	+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	- 3,3	- 0,6	- 0,3	- 0,1	-	Juli	
+ 4,7	+ 3,3	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	-	Aug.	
- 3,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,8	- 7,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 6,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	-	Sept.	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservpflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2013 April	10 535,0	105,4	0,5	104,9	322,2	217,3	0,0
Mai	10 577,9	105,8	0,5	105,3	300,3	195,0	0,0
Juni	10 554,5	105,5	0,5	105,1	286,5	181,4	0,0
Juli	10 494,9	104,9	0,5	104,5	269,6	165,1	0,0
Aug.	10 541,8	105,4	0,5	104,9	274,5	169,6	0,0
Sept.	10 422,7	104,2	0,5	103,8	268,4	164,7	0,0
Okt.	10 423,3	104,2	0,5	103,8	244,9	141,1	0,0
Nov. p)	10 379,0	103,8	0,5	103,3
Dez. p)
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2013 April	2 767 454	27 675	180	27 494	100 324	72 830	0
Mai	2 770 161	27 702	180	27 521	97 004	69 483	0
Juni	2 767 670	27 677	180	27 496	96 958	69 462	0
Juli	2 754 066	27 541	180	27 361	87 020	59 659	1
Aug.	2 758 601	27 586	179	27 407	88 737	61 330	0
Sept.	2 749 459	27 495	178	27 317	92 920	65 603	20
Okt.	2 759 639	27 596	178	27 419	78 384	50 965	0
Nov. p)	2 741 870	27 419	177	27 241
Dez. p)	2 743 933	27 439	177	27 262

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verord-

nung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzen- refinanzierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzen- refinanzierungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
					11. März	0,50	1,50	–	2,50
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	8. April	0,25	1,25	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00					
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
					9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00					
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75					
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2007 1. Jan.	2,70
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	1,22	1. Juli	3,19
2004 1. Jan.	1,14	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,13	1. Juli	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,17	2012 1. Jan.	0,12
2006 1. Jan.	1,37	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,95	1. Juli	–0,38

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	Tage	
	Mio €		% p.a.					
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2013 6. Nov.	89 524	89 524	0,50	–	–	–	–	7
13. Nov.	87 744	87 744	0,25	–	–	–	–	7
20. Nov.	86 881	86 881	0,25	–	–	–	–	7
27. Nov.	97 210	97 210	0,25	–	–	–	–	7
4. Dez.	94 625	94 625	0,25	–	–	–	–	7
11. Dez.	98 495	98 495	0,25	–	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2013 31. Okt.	1 930	1 930	2) ...	–	–	–	–	91
13. Nov.	3 194	3 194	0,25	–	–	–	–	28
28. Nov.	5 926	5 926	2) ...	–	–	–	–	91
11. Dez.	10 143	10 143	0,25	–	–	–	–	35

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
2013 Mai	0,08	0,08	0,08	0,07	0,06	0,06	0,08	0,11	0,20	0,30	0,48
Juni	0,09	0,09	0,09	0,09	0,10	0,13	0,09	0,12	0,21	0,32	0,51
Juli	0,09	0,09	0,10	0,10	0,11	0,14	0,10	0,13	0,22	0,34	0,53
Aug.	0,08	0,09	0,10	0,10	0,11	0,16	0,10	0,13	0,23	0,34	0,54
Sept.	0,08	0,08	0,09	0,10	0,11	0,16	0,10	0,13	0,22	0,34	0,54
Okt.	0,09	0,09	0,09	0,11	0,13	0,17	0,10	0,13	0,23	0,34	0,54
Nov.	0,10	0,11	0,11	0,11	0,11	0,12	0,11	0,13	0,22	0,33	0,51

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Unstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnitts-

satz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Okt.	1,66	127 314	2,20	228 315	0,91	87 278	3,38	21 082
Nov.	1,61	124 114	2,18	227 048	0,86	84 081	3,36	21 367
Dez.	1,57	121 482	2,16	228 742	0,78	81 845	3,33	21 289
2013 Jan.	1,51	118 094	2,13	227 465	0,72	79 925	3,31	21 296
Febr.	1,47	115 772	2,11	226 984	0,69	79 483	3,30	21 367
März	1,43	112 731	2,10	226 940	0,64	79 303	3,30	21 000
April	1,38	110 618	2,09	226 550	0,60	80 849	3,25	20 869
Mai	1,35	108 839	2,06	225 847	0,58	78 814	3,23	20 652
Juni	1,30	106 091	2,04	225 027	0,57	77 887	3,23	20 352
Juli	1,22	103 026	2,03	224 111	0,55	79 887	3,16	20 464
Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 322	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 510

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Okt.	3,50	5 351	3,47	29 062	4,30	951 931	7,88	62 816	5,19	75 715	5,29	314 779
Nov.	3,48	5 334	3,44	29 210	4,28	955 995	7,60	61 696	5,16	75 919	5,27	313 967
Dez.	3,43	5 411	3,41	29 153	4,26	957 142	7,77	63 468	5,13	75 716	5,25	310 974
2013 Jan.	3,35	5 441	3,39	29 130	4,23	956 829	7,64	60 580	5,22	76 521	5,22	310 092
Febr.	3,32	5 358	3,37	28 985	4,21	957 811	7,56	60 776	5,22	75 576	5,21	310 001
März	3,32	5 380	3,34	28 892	4,19	959 296	7,59	61 732	5,19	75 792	5,19	308 862
April	3,35	5 429	3,31	28 943	4,17	960 434	7,57	60 887	5,17	76 405	5,17	309 418
Mai	3,34	5 513	3,28	28 887	4,15	962 645	7,51	60 234	5,15	76 791	5,15	309 610
Juni	3,33	5 484	3,26	28 964	4,12	965 019	7,56	61 368	5,13	76 634	5,14	308 931
Juli	3,28	5 653	3,22	28 977	4,09	968 047	7,53	59 608	5,12	77 021	5,12	309 175
Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 595	7,64	61 183	5,08	77 444	5,08	308 292
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 079	5,07	77 627	5,06	308 892

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
	2012 Okt.	3,19	137 982	3,13	125 803	3,46
Nov.	3,16	138 994	3,10	126 756	3,44	580 329
Dez.	3,17	134 186	3,03	126 718	3,41	579 210
2013 Jan.	3,10	133 611	3,02	126 056	3,36	579 904
Febr.	3,11	136 265	3,01	125 664	3,34	581 316
März	3,14	138 467	3,00	125 754	3,33	580 544
April	3,13	135 048	2,96	125 073	3,32	582 836
Mai	3,09	135 366	2,93	125 949	3,31	583 258
Juni	3,14	136 903	2,92	124 651	3,30	582 718
Juli	3,10	133 507	2,89	125 709	3,29	583 497
Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28	581 882
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	133 001	2,86	124 631	3,27	581 070

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Okt.	0,61	815 493	1,07	10 129	1,92	1 090	1,93	1 483	1,09	521 818	1,66	92 409
Nov.	0,59	836 097	1,06	8 513	1,95	1 670	1,83	1 721	1,07	522 244	1,57	91 114
Dez.	0,57	841 703	0,79	8 557	1,74	1 212	1,67	1 463	1,03	528 458	1,50	89 519
2013 Jan.	0,54	847 786	0,92	8 877	1,80	1 616	1,77	1 715	0,96	529 365	1,43	87 663
Febr.	0,51	857 813	0,94	7 887	1,45	745	1,68	1 605	0,93	530 687	1,38	86 114
März	0,50	862 900	0,79	7 753	1,37	620	1,52	1 501	0,96	529 260	1,33	85 257
April	0,47	869 149	0,80	7 655	1,37	796	1,38	1 567	0,90	528 646	1,26	83 717
Mai	0,46	881 098	0,82	7 485	1,47	868	1,53	1 545	0,90	528 835	1,21	81 737
Juni	0,44	888 922	0,77	6 939	1,41	633	1,46	1 345	0,87	528 594	1,18	80 868
Juli	0,43	895 155	0,74	8 578	1,26	765	1,37	1 475	0,86	527 971	1,14	79 828
Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869
Sept.	0,41	905 457	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103
Okt.	0,40	915 399	0,72	7 685	1,06	783	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2012 Okt.	0,26	300 920	0,19	22 907	1,04	523	1,53	410
Nov.	0,24	305 458	0,20	15 992	1,09	490	1,87	483
Dez.	0,22	311 043	0,15	20 225	0,74	546	1,74	381
2013 Jan.	0,22	306 757	0,20	22 534	0,95	364	1,09	315
Febr.	0,21	301 494	0,21	16 085	0,97	413	1,65	218
März	0,20	298 710	0,19	19 875	0,77	507	1,30	266
April	0,19	305 231	0,22	16 608	0,77	417	1,17	526
Mai	0,18	308 618	0,19	23 572	0,74	508	1,53	202
Juni	0,17	300 393	0,21	14 370	0,60	408	1,21	247
Juli	0,16	305 708	0,20	15 631	0,96	460	1,60	538
Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2012 Okt.	1,82	5 535	3,69	1 122	3,04	2 634	2,18	3 011	4,09	780	3,03	1 420
Nov.	1,75	4 142	3,86	966	2,98	2 443	2,09	2 229	3,99	736	2,96	1 452
Dez.	1,84	4 698	3,78	916	2,77	2 376	2,03	2 888	3,98	676	2,71	1 530
2013 Jan.	1,97	5 099	3,77	1 171	2,96	2 735	2,27	2 973	3,87	818	2,87	1 602
Febr.	1,84	4 102	3,54	920	2,96	2 125	2,05	2 452	3,73	657	2,91	1 248
März	1,90	4 698	3,80	900	2,88	2 574	2,10	2 636	3,95	717	2,88	1 432
April	1,99	5 235	3,57	1 181	2,95	2 815	2,33	2 916	3,70	882	2,88	1 734
Mai	1,80	3 726	3,62	864	2,91	2 318	2,04	2 255	3,80	670	2,88	1 325
Juni	1,84	4 485	3,65	886	2,81	2 651	2,01	2 768	3,85	657	2,76	1 497
Juli	1,92	5 623	3,30	1 332	3,01	3 583	2,20	3 201	3,41	999	3,00	2 019
Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt										
2012 Okt.	6,37	6,10	5 362	4,13	707	5,10	2 374	7,74	2 281	2 281
Nov.	6,30	5,98	4 977	4,63	744	4,98	2 229	7,61	2 004	2 004
Dez.	5,99	5,73	3 747	3,88	556	4,90	1 766	7,48	1 425	1 425
2013 Jan.	6,72	6,47	5 140	4,85	508	5,22	2 314	8,08	2 318	2 318
Febr.	6,54	6,23	4 781	4,61	620	5,10	2 161	7,95	2 000	2 000
März	6,33	6,15	5 186	4,56	488	5,00	2 503	7,81	2 195	2 195
April	6,30	6,18	5 658	4,89	554	4,94	2 725	7,91	2 379	2 379
Mai	6,39	6,29	5 325	5,60	697	5,00	2 401	7,89	2 227	2 227
Juni	6,41	6,29	5 396	5,46	618	5,03	2 399	7,77	2 379	2 379
Juli	6,52	6,42	5 990	5,28	480	5,15	2 708	7,84	2 802	2 802
Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411	2 411
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185	2 185
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311	2 311
darunter: besicherte Kredite 12)										
2012 Okt.	.	3,75	409	2,57	152	5,25	139	3,51	118	118
Nov.	.	3,88	358	2,98	140	5,28	114	3,56	104	104
Dez.	.	3,81	294	2,92	100	5,01	103	3,40	91	91
2013 Jan.	.	4,00	271	3,06	57	5,01	111	3,42	103	103
Febr.	.	3,56	426	2,90	239	4,93	116	3,56	71	71
März	.	4,10	278	3,43	49	4,70	140	3,52	89	89
April	.	3,92	316	2,96	60	4,55	165	3,40	91	91
Mai	.	3,95	273	3,19	41	4,57	141	3,32	91	91
Juni	.	4,15	274	3,65	43	4,66	155	3,41	76	76
Juli	.	4,09	334	3,27	60	4,74	171	3,48	103	103
Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78	78
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70	70
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66	66

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2012 Okt.	2,96	2,88	17 328	2,87	2 600	2,62	2 243	2,84	7 027	3,06	5 458
Nov.	2,92	2,84	16 415	2,86	2 122	2,54	2 415	2,82	6 400	2,99	5 478
Dez.	2,91	2,82	14 190	2,88	2 222	2,55	1 747	2,78	5 776	2,94	4 445
2013 Jan.	2,86	2,79	17 268	2,79	3 178	2,51	2 236	2,75	7 138	3,00	4 716
Febr.	2,86	2,79	14 470	2,80	2 124	2,44	1 802	2,74	6 100	3,00	4 444
März	2,87	2,81	15 659	2,75	2 291	2,54	2 045	2,77	6 235	2,99	5 088
April	2,90	2,83	18 191	2,87	2 887	2,50	2 364	2,74	7 590	3,08	5 350
Mai	2,79	2,71	15 740	2,91	2 281	2,38	2 004	2,64	6 498	2,84	4 957
Juni	2,71	2,64	16 804	2,79	2 317	2,31	2 054	2,57	6 758	2,78	5 675
Juli	2,78	2,71	21 404	2,80	3 304	2,39	2 727	2,67	9 161	2,85	6 212
Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	2,97	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	3,07	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,53	2 373	2,91	7 044	3,14	4 671
darunter: besicherte Kredite 12)											
2012 Okt.	.	2,82	8 239	2,67	1 071	2,54	1 132	2,80	3 420	3,03	2 616
Nov.	.	2,77	7 508	2,80	834	2,46	1 055	2,75	3 049	2,92	2 570
Dez.	.	2,72	6 729	2,65	976	2,40	888	2,71	2 777	2,90	2 088
2013 Jan.	.	2,71	7 856	2,63	1 244	2,44	1 153	2,68	3 320	2,97	2 139
Febr.	.	2,73	6 711	2,58	824	2,34	919	2,71	2 873	2,98	2 095
März	.	2,71	7 343	2,56	929	2,34	1 012	2,70	2 980	2,95	2 422
April	.	2,79	8 545	2,73	1 170	2,39	1 181	2,66	3 591	3,16	2 603
Mai	.	2,61	7 361	2,69	907	2,23	998	2,58	3 117	2,80	2 339
Juni	.	2,53	8 137	2,49	958	2,18	1 039	2,51	3 326	2,70	2 814
Juli	.	2,60	10 324	2,65	1 236	2,27	1 392	2,58	4 435	2,76	3 261
Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2,91	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2,99	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	3,09	2 335

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2012 Okt.	9,83	46 695	9,75	39 918	14,69	4 531	4,29	68 054	4,31	67 784		
Nov.	9,70	45 120	9,56	38 345	14,67	4 581	4,19	69 241	4,21	68 968		
Dez.	9,73	47 253	9,62	40 409	14,62	4 615	4,35	69 303	4,36	69 044		
2013 Jan.	9,62	44 805	9,60	39 081	14,64	3 708	4,19	68 528	4,21	68 280		
Febr.	9,54	44 964	9,61	38 999	14,68	3 698	4,22	70 639	4,24	70 383		
März	9,55	45 946	9,60	39 869	14,69	3 774	4,24	72 271	4,26	72 031		
April	9,52	45 107	9,62	38 827	14,70	3 846	4,25	69 020	4,26	68 777		
Mai	9,50	45 021	9,60	38 709	14,70	3 891	4,18	69 112	4,20	68 890		
Juni	9,50	46 126	9,52	39 588	14,65	4 127	4,32	69 789	4,34	69 530		
Juli	9,55	44 772	9,51	38 381	14,58	4 136	4,30	66 621	4,31	66 406		
Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 647	9,54	39 833	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 729	9,44	37 965	14,63	4 258	4,26	66 758	4,28	66 504		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2012 Okt.	2,96	7 708	3,70	1 489	2,85	1 311	1,98	47 072	2,84	1 676	2,81	4 416
Nov.	2,90	6 646	3,67	1 495	2,78	1 258	2,00	37 601	3,25	2 080	2,71	4 791
Dez.	2,94	6 940	3,56	1 665	2,75	1 361	1,89	43 968	2,54	4 465	2,70	7 203
2013 Jan.	2,84	7 381	3,50	1 484	2,83	1 177	1,88	43 240	2,94	1 212	2,76	4 860
Febr.	2,92	6 264	3,58	1 204	2,87	926	1,72	32 114	3,16	1 111	2,89	4 347
März	2,92	7 360	3,58	1 322	2,88	1 144	1,83	38 944	2,63	2 000	2,81	4 220
April	2,92	7 813	3,50	1 509	2,85	1 170	1,80	37 523	2,85	1 491	2,77	4 495
Mai	3,00	7 028	3,51	1 197	2,67	1 076	1,68	33 009	2,77	1 239	2,52	4 020
Juni	2,97	7 849	3,62	902	2,67	1 260	1,75	41 928	2,58	2 153	2,80	5 651
Juli	2,95	8 387	3,57	1 131	2,80	1 489	1,71	43 328	2,84	2 497	3,00	6 045
Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 875	3,03	4 462
darunter: besicherte Kredite 12)												
2012 Okt.	2,77	1 288	3,12	156	2,70	351	2,05	9 007	2,97	669	2,74	1 261
Nov.	2,82	998	3,17	127	2,62	325	1,95	6 715	3,42	1 066	2,48	1 015
Dez.	2,79	1 060	2,88	189	2,54	346	2,12	8 861	2,20	2 043	2,82	1 963
2013 Jan.	2,68	1 329	2,93	157	2,68	351	2,01	9 850	2,91	334	2,98	1 146
Febr.	2,81	960	3,08	128	2,83	245	2,07	5 702	3,63	362	2,86	1 752
März	2,86	1 027	3,04	127	2,78	319	2,04	7 793	2,45	861	2,70	1 161
April	2,70	1 305	3,03	175	2,71	337	2,19	7 219	2,61	560	2,98	1 458
Mai	2,85	961	2,79	134	2,48	321	2,04	5 488	2,82	474	2,78	1 322
Juni	2,82	948	2,82	124	2,50	336	2,10	6 829	2,51	1 058	2,55	1 344
Juli	2,83	1 301	2,85	184	2,63	468	2,20	7 145	2,98	985	2,95	1 621
Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) ¹⁾	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite ²⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte ³⁾	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen ⁴⁾										
2005	1 696,9	1 634,5	486,8	152,7	240,8	240,3	357,5	79,6	76,9	62,3
2006	1 781,9	1 719,7	524,1	149,8	244,8	261,6	385,5	74,5	79,2	62,3
2007	1 840,0	1 781,6	558,3	156,5	248,6	275,4	409,5	70,2	63,1	58,5
2008	1 769,2	1 713,5	574,5	159,4	242,7	228,9	379,2	65,6	63,2	55,8
2009	1 836,2	1 779,1	588,9	173,9	259,3	210,6	426,9	58,5	61,1	57,1
2010	1 958,8	1 897,4	570,9	210,2	267,0	221,0	501,2	59,9	67,3	61,4
2011	2 008,7	1 945,4	576,2	230,7	271,8	223,8	515,2	62,2	65,5	63,3
2012	2 151,4	2 085,2	560,0	297,7	277,9	224,8	597,1	61,8	65,8	66,3
2011 1.Vj.	1 975,7	1 914,3	576,3	213,3	269,4	223,1	504,8	60,4	66,9	61,4
2.Vj.	1 988,3	1 926,8	578,5	218,9	270,8	223,8	507,4	61,0	66,5	61,4
3.Vj.	1 999,2	1 937,4	581,7	225,8	272,1	222,6	507,3	61,5	66,4	61,7
4.Vj.	2 008,7	1 945,4	576,2	230,7	271,8	223,8	515,2	62,2	65,5	63,3
2012 1.Vj.	2 056,8	1 992,9	572,3	254,7	275,4	224,0	538,9	62,1	65,4	63,9
2.Vj.	2 075,4	2 010,6	568,8	266,6	275,4	222,9	549,4	62,0	65,5	64,9
3.Vj.	2 120,7	2 055,2	565,9	285,2	276,7	225,0	574,7	61,9	65,7	65,5
4.Vj.	2 151,4	2 085,2	560,0	297,7	277,9	224,8	597,1	61,8	65,8	66,3
2013 1.Vj.	2 191,6	2 124,4	559,8	312,2	279,9	226,7	615,0	63,7	67,0	67,2
2.Vj.	2 186,4	2 118,5	554,1	314,5	280,2	226,5	612,6	63,5	67,0	67,9
Versicherungen										
2005	1 436,9	1 391,5	384,8	130,5	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 499,8	1 455,2	410,3	127,5	224,7	254,2	292,7	73,1	72,6	44,6
2007	1 528,2	1 487,5	432,9	131,9	226,7	267,2	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 453,5	1 415,2	436,7	133,7	221,2	221,4	283,9	63,2	55,1	38,2
2009	1 489,8	1 451,7	440,4	146,2	236,0	202,9	317,6	55,5	53,1	38,1
2010	1 550,3	1 510,0	419,9	170,7	243,0	208,2	356,4	56,4	55,4	40,3
2011	1 580,3	1 538,7	419,6	190,6	245,9	210,3	361,2	58,4	52,7	41,6
2012	1 691,7	1 648,5	402,0	249,2	251,2	210,6	425,1	57,7	52,5	43,3
2011 1.Vj.	1 565,1	1 525,0	425,7	173,4	244,4	210,3	359,5	56,9	54,7	40,1
2.Vj.	1 572,6	1 532,5	426,9	178,2	245,5	210,8	359,6	57,3	54,2	40,1
3.Vj.	1 579,5	1 539,3	428,4	184,2	246,7	209,5	358,9	57,8	53,8	40,2
4.Vj.	1 580,3	1 538,7	419,6	190,6	245,9	210,3	361,2	58,4	52,7	41,6
2012 1.Vj.	1 620,1	1 578,2	414,7	212,0	249,3	210,3	381,3	58,2	52,4	41,9
2.Vj.	1 634,3	1 591,7	411,4	221,7	249,2	209,0	390,0	58,0	52,5	42,7
3.Vj.	1 669,3	1 626,3	408,0	238,1	250,3	210,9	408,6	57,9	52,6	43,0
4.Vj.	1 691,7	1 648,5	402,0	249,2	251,2	210,6	425,1	57,7	52,5	43,3
2013 1.Vj.	1 723,9	1 680,2	400,4	263,2	253,2	212,1	438,2	59,5	53,6	43,8
2.Vj.	1 718,1	1 673,8	395,5	263,9	253,5	211,9	436,2	59,3	53,5	44,3
Pensionseinrichtungen ⁴⁾										
2005	260,0	243,0	102,0	22,2	19,5	6,1	85,5	1,0	6,6	17,0
2006	282,2	264,5	113,8	22,3	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	311,9	294,1	125,4	24,6	21,9	8,2	105,5	1,9	6,6	17,8
2008	315,8	298,2	137,8	25,7	21,5	7,4	95,2	2,4	8,1	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,6	387,4	151,0	39,5	24,0	12,8	144,8	3,5	11,9	21,1
2011	428,4	406,7	156,6	40,1	25,9	13,4	154,1	3,8	12,8	21,7
2012	459,7	436,7	158,0	48,5	26,7	14,2	171,9	4,1	13,3	23,0
2011 1.Vj.	410,6	389,3	150,5	40,0	25,1	12,8	145,3	3,5	12,1	21,2
2.Vj.	415,7	394,3	151,6	40,6	25,3	13,1	147,8	3,6	12,3	21,4
3.Vj.	419,7	398,1	153,3	41,6	25,4	13,2	148,4	3,7	12,6	21,5
4.Vj.	428,4	406,7	156,6	40,1	25,9	13,4	154,1	3,8	12,8	21,7
2012 1.Vj.	436,7	414,7	157,7	42,7	26,2	13,7	157,6	3,9	13,0	22,0
2.Vj.	441,1	418,9	157,4	44,9	26,2	13,9	159,4	3,9	13,0	22,2
3.Vj.	451,4	428,9	158,0	47,1	26,4	14,1	166,0	4,0	13,2	22,5
4.Vj.	459,7	436,7	158,0	48,5	26,7	14,2	171,9	4,1	13,3	23,0
2013 1.Vj.	467,6	444,2	159,4	49,0	26,8	14,6	176,8	4,2	13,5	23,4
2.Vj.	468,3	444,7	158,6	50,6	26,7	14,7	176,5	4,2	13,5	23,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. **1** Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. **2** Einschl. Depotforderungen. **3** Einschl. Genuss-Scheine. **4** Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,9	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	66,6
2006	1 781,9	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	71,9
2007	1 840,0	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	68,6
2008	1 769,2	14,7	75,1	136,0	1 394,8	1 141,2	253,6	74,6	74,0
2009	1 836,2	16,2	71,5	136,2	1 459,5	1 211,6	248,0	72,7	80,0
2010	1 958,8	17,8	71,8	137,6	1 573,2	1 319,1	254,1	71,3	87,1
2011	2 008,7	17,0	72,1	111,8	1 626,5	1 362,1	264,4	71,5	109,8
2012	2 151,4	22,1	77,3	158,9	1 699,4	1 432,0	267,4	71,2	122,5
2011 1.Vj.	1 975,7	17,1	72,7	146,1	1 598,0	1 337,1	260,9	71,9	69,8
2.Vj.	1 988,3	18,1	71,7	137,8	1 610,4	1 348,8	261,7	71,8	78,5
3.Vj.	1 999,2	17,5	71,6	108,3	1 621,5	1 358,6	262,8	71,8	108,5
4.Vj.	2 008,7	17,0	72,1	111,8	1 626,5	1 362,1	264,4	71,5	109,8
2012 1.Vj.	2 056,8	19,2	73,1	134,6	1 652,5	1 384,1	268,4	71,8	105,5
2.Vj.	2 075,4	18,5	75,6	123,0	1 666,9	1 399,3	267,6	71,5	119,9
3.Vj.	2 120,7	18,9	77,5	141,1	1 682,7	1 415,7	267,0	71,3	129,2
4.Vj.	2 151,4	22,1	77,3	158,9	1 699,4	1 432,0	267,4	71,2	122,5
2013 1.Vj.	2 191,6	21,0	78,4	169,7	1 736,2	1 461,5	274,7	72,7	113,6
2.Vj.	2 186,4	17,4	79,3	172,1	1 749,0	1 474,6	274,3	73,0	95,7
Versicherungen									
2005	1 436,9	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	82,0	55,2
2006	1 499,8	8,4	89,8	202,1	1 061,3	792,0	269,2	79,1	59,1
2007	1 528,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,4	75,7	57,6
2008	1 453,5	14,7	72,3	130,7	1 094,5	841,3	253,2	72,2	69,0
2009	1 489,8	16,2	68,3	130,7	1 135,4	887,8	247,5	70,8	68,3
2010	1 550,3	17,8	68,2	131,8	1 190,9	937,3	253,7	69,2	72,3
2011	1 580,3	17,0	68,3	107,0	1 224,0	960,1	263,9	69,6	94,3
2012	1 691,7	22,1	73,2	151,9	1 276,1	1 009,2	266,9	69,3	99,0
2011 1.Vj.	1 565,1	17,1	69,1	140,0	1 210,6	950,1	260,5	69,8	58,5
2.Vj.	1 572,6	18,1	68,0	132,1	1 218,3	957,1	261,2	69,7	66,5
3.Vj.	1 579,5	17,5	67,8	103,7	1 224,6	962,3	262,4	69,7	96,1
4.Vj.	1 580,3	17,0	68,3	107,0	1 224,0	960,1	263,9	69,6	94,3
2012 1.Vj.	1 620,1	19,2	69,2	128,8	1 243,8	975,9	267,9	69,9	89,1
2.Vj.	1 634,3	18,5	71,7	117,7	1 254,3	987,2	267,2	69,6	102,6
3.Vj.	1 669,3	18,9	73,5	134,9	1 265,5	999,0	266,6	69,4	107,1
4.Vj.	1 691,7	22,1	73,2	151,9	1 276,1	1 009,2	266,9	69,3	99,0
2013 1.Vj.	1 723,9	21,0	74,2	162,2	1 305,3	1 031,0	274,3	70,8	90,4
2.Vj.	1 718,1	17,4	75,1	164,4	1 314,5	1 040,6	273,9	71,0	75,6
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	260,0	-	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	11,4
2006	282,2	-	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,8
2007	311,9	-	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,0
2008	315,8	-	2,8	5,3	300,3	299,9	0,4	2,4	5,0
2009	346,5	-	3,2	5,5	324,2	323,7	0,4	1,9	11,6
2010	408,6	-	3,6	5,8	382,2	381,8	0,4	2,1	14,8
2011	428,4	-	3,8	4,8	402,4	402,0	0,5	1,9	15,4
2012	459,7	-	4,1	7,0	423,3	422,8	0,5	1,9	23,4
2011 1.Vj.	410,6	-	3,6	6,1	387,4	387,0	0,4	2,1	11,3
2.Vj.	415,7	-	3,7	5,8	392,2	391,7	0,5	2,1	12,0
3.Vj.	419,7	-	3,7	4,6	396,8	396,4	0,5	2,1	12,4
4.Vj.	428,4	-	3,8	4,8	402,4	402,0	0,5	1,9	15,4
2012 1.Vj.	436,7	-	3,9	5,8	408,7	408,2	0,5	1,9	16,4
2.Vj.	441,1	-	3,9	5,4	412,6	412,1	0,5	1,9	17,3
3.Vj.	451,4	-	4,0	6,2	417,2	416,7	0,5	1,9	22,2
4.Vj.	459,7	-	4,1	7,0	423,3	422,8	0,5	1,9	23,4
2013 1.Vj.	467,6	-	4,1	7,5	430,9	430,4	0,5	1,9	23,2
2.Vj.	468,3	-	4,2	7,6	434,5	434,0	0,5	2,0	20,0

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1. Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2. Einschl. Genuss-Scheine. 3. Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4. Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere							Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					ausländische Schuldverschreibungen 4)	Inländer				Ausländer 8)
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	zu-sammen 5)		Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)		
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	.	75 433	68 946	
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920	
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122	
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772	
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940	
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583	
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560	
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254	
2009	71 224	538	114 902	22 709	91 655	71 763	91 170	12 973	8 645	69 552	19 945	
2010	147 209	1 212	7 621	24 044	17 635	148 420	97 342	103 271	22 967	177 646	49 867	
2011	36 526	13 575	46 796	850	59 521	22 952	17 872	94 793	36 805	40 117	54 398	
2012	53 791	21 419	98 820	8 701	86 103	75 208	8 821	42 017	3 573	54 409	44 970	
2012 Dez.	33 222	39 386	20 125	5 495	24 756	6 163	15 056	11 575	.	3 481	18 167	
2013 Jan.	1 151	14 311	8 884	5 543	115	15 462	3 366	2 621	1 846	7 833	2 214	
Febr.	22 401	17 420	869	7 068	9 483	4 981	866	5 501	1 773	8 140	21 535	
März	10 100	15 782	19 212	5 979	2 549	5 682	1 617	6 735	511	5 629	8 483	
April	7 750	917	5 520	2 476	3 960	6 833	12 671	2 027	1 400	16 098	4 921	
Mai	17 315	2 884	9 809	421	6 504	20 199	2 426	3 962	1 050	7 438	14 890	
Juni	14 964	17 431	9 542	5 473	2 416	2 466	9 797	3 451	1 280	7 626	24 761	
Juli	19 328	28 318	12 903	2 594	12 821	8 990	3 087	3 106	796	815	16 241	
Aug.	810	6 470	12 968	70	6 428	7 280	2 162	1 447	1 568	2 041	2 972	
Sept.	4 587	4 784	560	1 743	2 481	198	6 311	6 077	351	117	1 724	
Okt.	7 307	5 582	5 401	5 716	5 266	1 725	9 036	3 716	751	13 503	1 729	

Mio €

Zeit	Aktien				Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		ausländische Aktien 10)	Inländer			Ausländer 13)
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)		zu-sammen 11)	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)	
2001	82 665	17 575	65 091	2 252	14 714	12 462	84 918	
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941	
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016	
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748	
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329	
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748	
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299	
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194	
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484	
2010	36 448	20 049	16 398	41 347	7 340	34 007	4 900	
2011	25 549	21 713	3 835	39 081	670	38 411	13 533	
2012	18 808	5 120	13 688	17 663	10 259	7 404	1 144	
2012 Dez.	10 124	387	9 737	10 879	6 052	4 827	755	
2013 Jan.	4 679	732	3 947	10 340	5 842	4 498	5 661	
Febr.	1 675	306	1 981	5 405	5 352	53	3 730	
März	5 921	40	5 881	9 432	7 851	1 581	3 511	
April	34	93	59	22 020	18 391	3 629	21 986	
Mai	10 665	5 560	5 105	3 214	10 712	7 498	13 879	
Juni	2 369	1 544	825	7 533	8 772	1 239	9 902	
Juli	7 449	109	7 340	6 177	4 697	1 480	1 272	
Aug.	918	158	760	271	855	584	1 189	
Sept.	1 602	188	1 414	242	3 053	2 811	1 360	
Okt.	1 284	181	1 103	5 204	242	5 446	3 920	

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013 März	117 189	63 353	1 361	663	47 045	14 284	8 041	45 795	–
April	133 541	83 249	3 213	1 275	61 207	17 553	6 296	43 997	–
Mai	124 909	77 880	2 159	919	54 712	20 090	5 770	41 259	–
Juni	116 746	74 753	3 072	1 595	57 201	12 885	7 268	34 725	–
Juli	135 973	93 607	1 571	1 292	73 092	17 652	5 442	36 923	–
Aug.	112 069	71 290	2 809	2 970	50 358	15 153	3 725	37 054	–
Sept.	110 040	61 322	1 038	644	45 215	14 426	3 476	45 242	–
Okt.	128 631	81 762	1 466	1 003	67 675	11 617	7 351	39 518	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013 März	25 973	8 027	744	115	2 094	5 074	5 527	12 419	–
April	35 644	14 295	2 370	843	5 349	5 733	3 483	17 866	–
Mai	33 273	16 385	1 140	619	6 906	7 719	3 763	13 125	–
Juni	33 900	16 014	2 823	1 270	6 479	5 442	5 659	12 228	–
Juli	28 732	10 135	791	767	2 816	5 761	4 382	14 215	–
Aug.	28 577	11 793	1 891	2 931	1 909	5 062	1 789	14 996	–
Sept.	31 256	13 633	474	401	6 944	5 814	2 127	15 496	–
Okt.	37 193	15 712	894	1 003	9 319	4 496	5 682	15 799	–
Netto-Absatz 6)									
2001	84 122	60 905	6 932	– 9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	– 30 657
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013 März	– 21 212	– 21 021	– 1 130	– 3 626	– 5 449	– 10 816	4 029	– 4 220	– 358
April	– 17 136	– 6 083	253	– 1 676	– 3 704	– 956	3 073	– 14 127	– 51
Mai	5 999	– 8 363	– 2 268	– 2 090	– 3 310	– 695	– 2 038	16 400	–
Juni	– 25 069	– 12 488	375	– 873	– 2 120	– 9 869	– 3 102	– 9 479	– 9
Juli	– 23 544	– 11 919	– 1 224	– 1 029	– 5 673	– 3 993	– 2 324	– 9 301	– 201
Aug.	– 1 865	– 11 635	– 2 962	– 1 543	– 423	– 7 552	– 346	13 154	–
Sept.	– 5 438	– 3 138	– 1 208	– 1 649	– 5 047	– 5 328	– 1 167	– 1 134	– 994
Okt.	– 491	– 6 757	– 1 376	– 2 986	– 5 398	– 7 793	– 5 348	918	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013 April	3 217 243	1 375 729	137 016	123 330	585 903	529 481	226 422	1 615 092	11 907
Mai	3 223 242	1 367 366	134 747	121 239	582 593	528 786	224 384	1 631 492	11 907
Juni	3 198 173	1 354 878	135 122	120 366	580 473	518 917	221 281	1 622 013	11 898
Juli	3 174 629	1 342 959	133 898	119 337	574 800	514 925	218 958	1 612 712	11 697
Aug.	3 176 418	1 331 248	130 935	117 794	575 223	507 296	219 303	1 625 866	11 697
Sept.	3 170 979	1 328 110	129 728	116 145	580 270	501 968	218 137	1 624 732	10 702
Okt.	3 170 488	1 321 353	128 352	113 159	585 668	494 175	223 485	1 625 650	10 702

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Oktober 2013

bis unter 2	1 182 047	561 299	50 532	59 089	235 830	215 845	52 899	567 851	4 155
2 bis unter 4	739 294	371 512	42 212	29 601	151 292	148 409	35 438	332 342	2 973
4 bis unter 6	413 848	162 576	19 403	12 792	81 493	48 888	30 370	220 901	296
6 bis unter 8	295 906	97 551	11 031	4 816	59 414	22 289	21 937	176 420	156
8 bis unter 10	204 232	50 579	3 863	3 846	24 162	18 709	13 763	139 890	523
10 bis unter 15	77 180	17 914	1 200	2 309	7 025	7 381	6 364	52 902	1 602
15 bis unter 20	46 902	16 216	11	270	10 468	5 468	2 541	28 144	30
20 und darüber	211 078	43 703	100	434	15 983	27 186	60 174	107 201	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtgeführten Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtgeführten Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	905	3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	3 741	1 269	974	974	927 256
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	478	594	2 411	2 411	1 150 188
2013 April	173 571	5 234	81	–	–	–	15	8	5 307	1 200 874
Mai	170 978	2 593	879	275	1	–	1 175	13	2 559	1 247 031
Juni	171 830	851	667	248	332	–	7	163	225	1 202 614
Juli	171 798	33	101	19	1	–	1	79	73	1 242 630
Aug.	171 488	310	153	43	9	–	1	7	522	1 237 272
Sept.	171 651	163	149	113	1	–	56	24	20	1 291 028
Okt.	171 643	8	88	8	–	–	60	18	26	1 358 708

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013 Juni	1,3	1,3	1,3	1,5	1,3	2,1	3,2	133,13	108,15	388,91	7 959,22
Juli	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	133,63	108,21	404,77	8 275,97
Aug.	1,5	1,5	1,5	1,7	1,4	2,2	3,5	132,71	106,92	398,50	8 103,15
Sept.	1,6	1,6	1,6	1,9	1,5	2,3	3,9	133,66	107,48	421,41	8 594,40
Okt.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,2	3,8	134,19	107,74	443,20	9 033,92
Nov.	1,4	1,4	1,4	1,7	1,3	2,1	3,6	133,97	107,47	460,21	9 405,30

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €														
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb						
		inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer						
		zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)			Aus-länder 5)	
zu-sammen	Geld-markt-fonds		Wert-papier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds	zu-sammen				darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile				
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951	
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680	
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793	
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 464	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 558	102 867	3 873	6 290	98 994	15 270	3 598	
2011	47 064	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 843	40 416	- 7 576	- 694	47 992	2 538	6 647	
2012	111 502	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 560	115 372	- 3 062	- 1 562	118 434	23 122	- 3 869	
2013 April	9 788	7 517	524	- 63	167	334	6 993	2 272	15 598	798	418	14 800	1 854	- 5 809	
Mai	4 487	2 175	499	- 40	47	386	1 676	2 312	- 1 181	34	- 472	- 1 215	2 784	5 668	
Juni	4 279	4 779	497	175	474	772	4 282	- 499	4 941	- 803	- 982	5 744	483	- 661	
Juli	17 120	12 845	3 863	- 2	2 856	631	8 983	4 274	16 515	- 141	- 232	16 656	4 506	605	
Aug.	3 262	1 764	- 1 122	22	524	- 608	2 885	1 498	3 312	- 1 227	- 1 316	4 539	2 814	- 50	
Sept.	6 137	4 206	498	- 88	419	19	3 708	1 931	5 476	- 14	435	5 490	1 496	660	
Okt.	9 520	5 849	1 824	- 105	2 156	- 470	4 025	3 670	10 371	1 332	1 608	9 039	2 062	- 851	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2010	2011	2012	2011		2012				2013	
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	72,7	66,7	86,4	15,6	27,3	21,1	22,2	19,9	23,3	8,3	17,9
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 11,4	- 1,9	- 17,0	- 4,0	- 2,2	- 2,8	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6	- 5,5
Aktien	13,4	16,1	- 3,4	6,1	6,2	- 1,0	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6	- 0,6
Sonstige Anteilsrechte	3,0	3,0	3,1	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
Investmentzertifikate	10,0	- 14,5	0,2	- 7,0	- 4,0	- 1,6	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5	3,9
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	71,4	45,7	71,1	8,1	10,5	24,6	16,6	12,9	17,0	24,8	16,9
kurzfristige Ansprüche	- 1,3	0,6	2,3	0,4	- 0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,8	0,7
längerfristige Ansprüche	72,7	45,2	68,8	7,7	11,1	23,9	16,0	12,3	16,5	24,0	16,3
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,8	11,1	11,9	2,8	2,8	2,9	3,0	2,9	3,0	2,9	3,0
Sonstige Forderungen 4)	- 12,6	17,5	0,3	7,0	- 7,2	5,9	- 0,1	- 0,3	- 5,3	1,6	0,1
Insgesamt	154,3	143,8	152,5	29,4	34,1	49,9	38,5	30,0	34,1	47,0	36,5
II. Finanzierung											
Kredite	5,1	11,5	15,0	6,7	3,7	- 1,1	6,7	6,1	3,2	- 3,7	5,8
kurzfristige Kredite	- 2,3	- 2,1	- 1,0	- 0,9	- 1,6	- 0,1	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5	- 0,3
längerfristige Kredite	7,3	13,6	16,0	7,6	5,3	- 1,0	5,9	7,0	4,0	- 2,1	6,1
Sonstige Verbindlichkeiten	0,2	1,6	1,0	0,0	1,2	0,4	0,1	0,1	0,4	- 0,1	0,1
Insgesamt	5,3	13,1	16,0	6,8	4,9	- 0,6	6,8	6,2	3,6	- 3,7	5,9
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	7,3	14,1	17,9	- 3,3	24,9	- 21,6	- 10,0	15,2	34,3	- 42,0	- 9,8
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 0,1	4,9	- 2,6	0,9	1,2	0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4	- 2,1
Finanzderivate	27,8	14,7	10,1	3,9	3,8	- 0,3	4,2	2,2	4,0	1,5	3,2
Aktien	24,9	17,1	19,9	- 2,0	6,9	4,8	- 7,2	6,5	15,8	10,6	5,9
Sonstige Anteilsrechte	54,1	29,3	24,4	- 2,2	8,4	7,5	11,2	9,7	- 4,1	11,5	3,5
Investmentzertifikate	8,8	8,2	- 0,2	1,5	4,1	- 5,2	1,0	0,7	3,3	4,5	- 1,0
Kredite	32,5	11,0	- 6,5	- 0,1	8,2	3,5	0,4	- 8,9	- 1,4	5,2	- 1,3
kurzfristige Kredite	12,2	9,1	- 8,9	- 1,7	4,0	1,7	2,0	- 9,5	- 3,0	10,2	- 2,0
längerfristige Kredite	20,2	1,9	2,4	1,6	4,2	1,8	- 1,6	0,6	1,7	- 4,9	0,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	- 0,6	0,6	1,4	0,2	- 0,0	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4
kurzfristige Ansprüche	- 0,6	0,6	1,4	0,2	- 0,0	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	38,2	23,2	31,3	- 34,0	4,4	4,9	- 30,0	32,1	24,3	24,0	- 1,4
Insgesamt	192,7	123,1	95,6	- 35,0	61,9	- 6,0	- 30,1	57,4	74,3	17,2	- 2,6
II. Finanzierung											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,2	7,6	18,7	7,0	- 1,0	3,1	3,9	7,1	4,7	9,1	3,2
Finanzderivate
Aktien	7,2	7,4	2,9	- 0,3	1,9	0,6	1,0	0,4	1,0	0,6	0,1
Sonstige Anteilsrechte	13,1	13,8	2,2	2,1	4,0	2,1	1,3	- 5,1	3,9	1,8	2,3
Kredite	7,6	33,4	- 12,4	14,6	20,7	- 6,8	3,1	16,4	- 25,1	24,9	19,3
kurzfristige Kredite	- 10,4	18,0	- 17,7	11,4	10,3	- 3,9	- 1,6	- 3,9	- 8,3	11,9	10,2
längerfristige Kredite	18,0	15,3	5,3	3,1	10,4	- 3,0	4,7	20,3	- 16,8	13,0	9,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	2,6	5,8	6,6	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6
Sonstige Verbindlichkeiten	66,1	42,0	8,7	13,0	14,3	- 13,2	1,7	9,6	10,7	- 0,6	- 16,0
Insgesamt	100,8	109,9	26,7	37,8	41,3	- 12,7	12,5	30,0	- 3,1	37,4	10,5

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2010	2011	2012	2011		2012				2013	
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 860,8	1 927,5	2 014,9	1 900,2	1 927,5	1 948,6	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,0	2 040,9
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	254,1	247,1	238,2	247,8	247,1	249,6	245,4	244,8	238,2	231,7	221,9
Aktien	243,5	221,5	259,2	206,3	221,5	252,4	229,9	250,0	259,2	267,8	264,4
Sonstige Anteilsrechte	182,3	189,0	198,7	186,9	189,0	190,5	196,9	197,9	198,7	199,6	201,8
Investmentzertifikate	435,4	394,9	420,1	389,2	394,9	410,9	401,7	414,8	420,1	435,0	430,8
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 358,1	1 401,1	1 475,7	1 389,4	1 401,1	1 420,7	1 437,7	1 455,2	1 475,7	1 500,5	1 517,4
Kurzfristige Ansprüche	70,8	71,4	73,7	72,1	71,4	72,0	72,6	73,2	73,7	74,5	75,2
Längerfristige Ansprüche	1 287,3	1 329,6	1 401,9	1 317,3	1 329,6	1 348,6	1 365,1	1 382,0	1 401,9	1 425,9	1 442,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	284,3	295,4	307,3	292,6	295,4	298,3	301,4	304,3	307,3	310,2	313,3
Sonstige Forderungen 4)	39,0	38,4	37,1	38,6	38,4	38,3	38,2	37,9	37,1	37,0	37,0
Insgesamt	4 657,6	4 714,8	4 951,0	4 650,9	4 714,8	4 809,2	4 822,7	4 896,3	4 951,0	5 004,8	5 027,3
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 523,1	1 538,6	1 552,5	1 535,1	1 538,6	1 536,7	1 543,0	1 549,0	1 552,5	1 548,9	1 554,7
Kurzfristige Kredite	75,6	73,9	72,6	75,0	73,9	73,8	74,4	73,1	72,6	70,2	69,9
Längerfristige Kredite	1 447,5	1 464,7	1 479,9	1 460,1	1 464,7	1 463,0	1 468,7	1 475,9	1 479,9	1 478,6	1 484,7
Sonstige Verbindlichkeiten	11,7	13,4	14,8	13,5	13,4	15,3	15,1	15,0	14,8	16,0	15,6
Insgesamt	1 534,8	1 551,9	1 567,4	1 548,6	1 551,9	1 552,0	1 558,1	1 564,1	1 567,4	1 564,9	1 570,3
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	450,1	460,5	506,5	429,9	460,5	452,6	453,1	468,3	506,5	461,8	452,7
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	48,1	52,6	51,9	51,6	52,6	53,9	53,6	53,9	51,9	53,0	50,3
Finanzderivate
Aktien	917,0	811,8	952,3	781,3	811,8	906,4	841,6	898,4	952,3	986,1	949,0
Sonstige Anteilsrechte	352,7	389,8	428,0	378,6	389,8	398,8	422,0	432,2	428,0	439,9	446,4
Investmentzertifikate	119,3	123,1	129,0	117,6	123,1	120,5	119,6	123,9	129,0	134,1	131,9
Kredite	376,6	387,6	381,2	379,4	387,6	391,1	391,5	382,5	381,2	386,4	385,1
Kurzfristige Kredite	255,6	264,6	255,8	260,6	264,6	266,3	268,3	258,8	255,8	265,9	263,9
Längerfristige Kredite	121,0	123,0	125,4	118,8	123,0	124,8	123,2	123,7	125,4	120,4	121,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,3	41,9	43,3	41,9	41,9	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0
Kurzfristige Ansprüche	41,3	41,9	43,3	41,9	41,9	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	766,1	814,6	832,3	769,2	814,6	818,5	814,4	826,3	832,3	864,4	844,3
Insgesamt	3 071,1	3 082,1	3 324,4	2 949,6	3 082,1	3 184,0	3 138,3	3 228,4	3 324,4	3 369,4	3 303,7
II. Verbindlichkeiten											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	134,8	110,7	130,9	111,9	110,7	115,6	117,2	124,6	130,9	139,6	141,3
Finanzderivate
Aktien	1 301,8	1 110,5	1 373,6	1 046,6	1 110,5	1 282,5	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9	1 389,6
Sonstige Anteilsrechte	716,9	730,7	732,9	726,7	730,7	732,8	734,1	729,0	732,9	734,7	737,0
Kredite	1 338,0	1 385,3	1 382,6	1 357,0	1 385,3	1 378,9	1 381,3	1 391,5	1 382,6	1 402,3	1 421,7
Kurzfristige Kredite	419,1	433,3	414,6	422,9	433,3	429,0	426,7	422,7	414,6	426,2	436,5
Längerfristige Kredite	918,9	952,0	968,0	934,1	952,0	949,8	954,5	968,8	968,0	976,1	985,3
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	229,2	235,0	241,5	233,5	235,0	236,6	238,2	239,9	241,5	243,2	244,8
Sonstige Verbindlichkeiten	871,6	879,7	891,4	864,7	879,7	877,6	891,2	896,9	891,4	905,4	869,3
Insgesamt	4 592,3	4 451,9	4 752,9	4 340,4	4 451,9	4 623,9	4 528,4	4 676,8	4 752,9	4 856,1	4 803,7

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2007	+ 5,8	- 18,6	+ 2,5	+ 11,1	+ 10,8	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 73,7	- 38,6	- 18,4	- 2,5	- 14,3	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 2) p)	- 104,2	- 82,9	- 20,1	- 5,2	+ 4,1	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 22,0	- 27,3	- 11,3	+ 1,4	+ 15,2	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2012 p)	+ 2,4	- 14,4	- 6,8	+ 5,2	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2011 1.Hj. p)	- 3,7	- 15,5	- 1,0	+ 1,9	+ 10,9	- 0,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,9
2.Hj. p)	- 17,7	- 11,4	- 10,2	- 0,4	+ 4,3	- 1,3	- 0,9	- 0,8	- 0,0	+ 0,3
2012 1.Hj. p)	+ 8,1	- 8,0	- 0,0	+ 4,3	+ 11,8	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. p)	- 5,8	- 6,5	- 6,7	+ 1,0	+ 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5
2013 1.Hj. ts)	+ 10,3	- 2,7	+ 2,6	+ 6,4	+ 4,0	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2007	1 583,7	978,1	497,8	123,4	1,6	65,2	40,3	20,5	5,1	0,1
2008	1 652,8	1 007,8	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 769,9	1 075,9	578,5	130,0	1,3	74,5	45,3	24,4	5,5	0,1
2010 p)	2 057,3	1 313,6	625,1	135,1	1,3	82,5	52,7	25,1	5,4	0,1
2011 p)	2 086,8	1 323,6	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 p)	2 160,2	1 368,8	664,2	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2011 1.Vj. p)	2 061,4	1 318,1	622,0	137,6	1,7	81,3	52,0	24,5	5,4	0,1
2.Vj. p)	2 073,6	1 321,7	628,9	138,7	2,7	80,9	51,5	24,5	5,4	0,1
3.Vj. p)	2 089,7	1 334,5	633,3	138,9	1,3	80,6	51,5	24,4	5,4	0,0
4.Vj. p)	2 086,8	1 323,6	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 1.Vj. p)	2 116,7	1 344,5	646,8	142,6	1,3	80,5	51,1	24,6	5,4	0,1
2.Vj. p)	2 162,6	1 373,5	665,8	141,9	1,3	81,9	52,0	25,2	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 153,3	1 356,9	671,9	141,3	1,3	81,1	51,1	25,3	5,3	0,1
4.Vj. p)	2 160,2	1 368,8	664,2	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 1.Vj. ts)	2 148,3	1 368,8	656,3	144,0	1,2	80,5	51,3	24,6	5,4	0,0
2.Vj. ts)	2 146,8	1 376,4	645,7	142,2	1,1	79,8	51,1	24,0	5,3	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen			sonstige
Mrd €												
2007	1 062,3	558,4	400,9	103,0	1 056,8	579,4	178,2	68,5	36,0	194,6	+ 5,5	971,3
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009	1 072,7	548,1	410,8	113,8	1 146,3	623,6	191,0	63,5	41,6	226,6	- 73,6	969,1
2010 p)	1 089,8	549,9	421,2	118,7	2) 1 194,1	633,2	195,7	63,5	41,6	2) 260,2	2) - 104,3	981,3
2011 p)	1 157,2	592,8	437,0	127,4	1 178,7	633,2	199,5	65,7	43,6	236,7	- 21,5	1 040,3
2012 p)	1 193,8	617,7	448,9	127,1	1 191,5	643,4	203,8	63,8	41,4	239,1	+ 2,3	1 077,3
in % des BIP												
2007	43,7	23,0	16,5	4,2	43,5	23,9	7,3	2,8	1,5	8,0	+ 0,2	40,0
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009	45,2	23,1	17,3	4,8	48,3	26,3	8,0	2,7	1,8	9,5	- 3,1	40,8
2010 p)	43,7	22,0	16,9	4,8	2) 47,9	25,4	7,8	2,5	1,7	2) 10,4	2) - 4,2	39,3
2011 p)	44,3	22,7	16,7	4,9	45,2	24,3	7,6	2,5	1,7	9,1	- 0,8	39,9
2012 p)	44,8	23,2	16,8	4,8	44,7	24,1	7,6	2,4	1,6	9,0	+ 0,1	40,4
Zuwachsraten in %												
2007	+ 5,1	+ 8,9	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 1,5	.	+ 5,0
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009	- 1,5	- 4,3	+ 0,6	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,6	+ 4,6	- 6,9	+ 7,2	+ 7,7	.	- 2,5
2010 p)	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 1,6	+ 2,5	- 0,1	- 0,2	+ 14,8	.	+ 1,3
2011 p)	+ 6,2	+ 7,8	+ 3,7	+ 7,3	- 1,3	± 0,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,9	- 9,0	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,2	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	- 2,8	- 5,2	+ 1,0	.	+ 3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2005	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006	589,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 36,4	486,3	466,6	+ 19,7	987,2	1 003,8	- 16,6
2007	643,1	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,0	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,9	1 016,0	+ 7,8
2008	665,9	561,2	13,9	674,7	180,2	272,7	67,2	35,0	18,5	- 8,8	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,3	1 057,6	- 2,3
2009	623,0	524,0	7,1	712,9	187,1	286,5	63,4	38,6	34,8	- 89,9	492,0	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,3	- 103,9
2010 ts)	635,0	530,6	7,9	713,6	190,7	308,6	57,7	39,7	11,4	- 78,7	516,5	512,8	+ 3,7	1 034,0	1 109,0	- 75,0
2011 ts)	712,5	573,4	30,6	728,7	199,8	283,2	60,1	42,4	22,9	- 16,2	526,3	511,3	+ 15,0	1 127,0	1 128,3	- 1,3
2012 ts)	744,8	600,0	14,6	762,2	210,2	285,5	70,4	43,3	25,5	- 17,4	535,5	519,2	+ 16,3	1 170,3	1 171,4	- 1,1
2011 1.Vj. p)	162,4	134,9	4,1	183,1	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 20,7	127,3	127,2	+ 0,1	260,5	281,0	- 20,5
2.Vj. p)	189,5	145,6	18,6	172,6	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 16,9	130,3	126,2	+ 4,1	292,4	271,4	+ 21,0
3.Vj. p)	162,6	136,6	2,7	182,6	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 20,0	127,9	125,8	+ 2,0	264,3	282,2	- 17,9
4.Vj. p)	196,1	156,3	5,0	196,6	55,8	72,6	8,9	15,3	5,0	- 0,6	140,1	132,0	+ 8,1	307,6	300,1	+ 7,6
2012 1.Vj. p)	174,0	142,9	2,5	192,5	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 18,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,8	292,6	- 17,8
2.Vj. p)	190,4	150,4	2,7	179,8	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 10,6	132,2	128,0	+ 4,2	296,2	281,5	+ 14,7
3.Vj. p)	178,1	147,5	4,3	182,4	53,7	63,6	17,7	10,4	3,9	- 4,3	130,2	128,9	+ 1,3	282,6	285,6	- 3,0
4.Vj. p)	200,3	159,4	4,9	213,8	58,7	76,6	7,2	16,5	14,9	- 13,6	143,4	133,3	+ 10,1	314,5	318,0	- 3,5
2013 1.Vj. p)	177,8	149,0	2,6	187,2	53,5	74,8	20,6	5,9	2,9	- 9,3	128,5	132,3	- 3,8	281,2	294,3	- 13,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Einschl. Nebenhaushalte, ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen ge-

schätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabe-seite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3) 4)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	250,3	260,1	- 9,8	160,1	157,4	+ 2,7
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,6	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,3	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 ts)	307,1	324,8	- 17,7	304,0	307,0	- 3,0	185,6	186,8	- 1,2
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	312,8	- 0,8	199,8	198,4	+ 1,4
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,2	87,5	- 6,3	54,7	51,9	+ 2,8
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,0	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,9	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	67,3	80,2	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,4	77,5	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaa-

ten. 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. 4 Ab 2012 Kern- und Extrahaushalte, davor nur Kernhaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)		
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	- 22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+ 138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2011 1.Vj.	135 590	115 878	60 579	46 582	8 717	13 640	+ 6 071	6 989
2.Vj.	145 636	126 086	71 530	50 289	4 266	19 544	+ 6	7 102
3.Vj.	136 382	117 812	66 277	45 938	5 598	18 916	- 346	7 662
4.Vj.	155 744	136 962	78 212	52 866	5 883	24 469	- 5 688	6 863
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+ 6 543	6 831
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	- 131	6 878
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+ 44	7 643
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	- 6 558	7 145
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 933	- 246	6 914
3.Vj.	...	130 589	71 238	52 601	6 750	7 554
2012 Okt.	.	35 626	19 743	14 105	1 779	.	.	2 382
2013 Okt.	.	36 898	20 588	14 779	1 531	.	.	2 271

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988	
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263	
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316	
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2011 1.Vj.	123 131	50 328	32 478	6 755	2 485	8 611	47 389	35 528	11 861	366	20 515	3 408	1 124	7 253	
2.Vj.	133 727	57 624	34 144	9 366	4 215	9 900	46 091	33 082	13 010	1 692	24 026	3 207	1 087	7 641	
3.Vj.	125 021	47 420	33 590	7 111	3 028	3 691	47 161	34 232	12 929	1 735	24 309	3 229	1 169	7 209	
4.Vj.	145 376	58 162	39 538	8 764	5 907	3 954	49 392	36 115	13 276	3 096	30 284	3 251	1 191	8 414	
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777	
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052	
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981	
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011	
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493	
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630	
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369	
2012 Okt.	37 665	11 231	11 338	- 192	- 1 162	1 247	15 424	11 300	4 125	1 494	7 859	1 284	373	2 039	
2013 Okt.	39 051	11 898	12 095	- 284	- 1 100	1 187	16 123	12 034	4 089	1 471	7 780	1 383	397	2 153	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2012: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 3 Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2012: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2012: 22,2/77,8. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2011 1.Vj.	4 457	2 893	3 072	4 869	2 349	1 785	574	516	.	1 555	1 170	683	12 825	9 948	2 631
2.Vj.	10 002	3 300	3 450	2 017	2 215	1 960	482	599	.	1 464	1 129	614	13 601	10 366	3 031
3.Vj.	10 058	3 418	2 879	2 145	2 006	1 763	541	1 499	.	1 581	1 039	609	13 095	9 386	3 473
4.Vj.	15 519	4 803	3 379	1 723	1 852	1 739	553	715	.	1 766	907	578	13 463	10 724	2 540
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 856	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647
2012 Okt.	3 539	1 432	716	522	675	591	162	221	.	663	405	217	.	.	.
2013 Okt.	3 423	1 318	757	519	688	558	158	360	.	735	425	224	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	- 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475
3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	- 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445
4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 155	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentli-

cher Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben 6)
2006	55 384	51 176	920	.	44 169	22 899	350	9 258	3 282	836	3 740	+ 11 215	0
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2011 1.Vj.	10 259	5 853	46	3 666	9 583	4 157	685	2 255	-	186	1 205	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	- 5	1 605	8 246	3 477	353	2 134	-	175	1 213	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	- 4	305	7 450	3 177	168	1 857	26	187	1 229	+ 17	-
4.Vj.	11 036	7 017	- 1	2 470	12 245	2 965	119	2 122	4 484	134	1 443	- 1 210	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltssicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grund-sicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2010 6)	179 524	160 792	15 700	175 803	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 553	+ 3 721
2011	189 034	170 860	15 300	179 597	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 486	+ 9 437
2012	193 291	176 366	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 002
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 825	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 825	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 825	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 825	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	400 100	21	385 070	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 800	102	411 934	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 900	70	290 596	1 069 400
2011 1.Vj.	1 750 580	4 440	413 000	87	370 453	962 600
2.Vj.	1 763 413	4 440	405 100	82	361 391	992 400
3.Vj.	1 759 638	4 440	388 600	82	380 316	986 200
4.Vj.	1 752 476	4 440	356 800	102	411 934	979 200
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	399 000	91	353 793	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 800	92	324 176	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 300	92	284 242	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 900	70	290 596	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	430 100	20	260 713	1 106 500
2.Vj. ts)	1 805 465	4 440	424 400	23	286 303	1 090 300

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	68	75 396	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 757	1 975	302 596	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 694	2 154	292 379	102	111 765	4 440	2
2012 2.Vj.	1 780 408	55 392	410 186	224 607	7 518	663 495	2 137	296 110	92	116 431	4 440	2
3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 313	1 893	287 023	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	666 998	1 725	288 993	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 722	1 580	289 055	20	111 515	4 440	2
2.Vj. ts)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 194	1 516	294 688	23	111 634	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10) 11)												
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	-	11 336	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 2.Vj.	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
Länder												
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	154 465	62	97 387	.	1
2012 2.Vj.	536 354	2 814	287 249	143 830	52	102 409	.	1
3.Vj.	537 827	1 687	289 717	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	133 278	5	99 871	.	1
Gemeinden 12)												
2007	115 920	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	175	.	121 895	20	6 407	.	.
2011	133 681	181	.	128 531	40	4 929	.	.
2012 2.Vj.	136 603	181	.	131 452	40	4 930	.	.
3.Vj.	135 922	181	.	130 771	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	223	.	134 116	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	223	.	134 445	18	3 195	.	.
2.Vj. ts)	136 111	223	.	132 675	18	3 195	.	.
Sondervermögen 7) 8) 13)												
2007	100	100
2008
2009
2010
2011
2012 2.Vj.
3.Vj.
4.Vj.
2013 1.Vj.
2.Vj.
3.Vj.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldenscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktsta-

tistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. 9 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 10 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 11 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 12 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. 13 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2010			2011			2012				2013		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	107,0	112,8	112,3	16,5	5,5	- 0,4	2,2	- 0,8	- 1,4	- 1,7	- 4,3	0,5	0,8
Baugewerbe	102,0	106,7	104,2	8,7	4,6	- 2,4	1,6	- 2,4	- 2,1	- 6,4	- 9,0	- 0,6	1,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	101,3	104,0	104,6	- 4,9	2,7	0,6	2,8	1,1	- 0,9	- 0,3	- 2,5	1,2	2,6
Information und Kommunikation	135,6	146,9	149,9	- 0,2	8,4	2,0	2,8	2,2	2,7	0,5	1,8	2,1	0,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	115,4	117,9	120,0	1,3	2,2	1,8	- 0,5	0,3	1,1	6,5	1,2	- 5,2	- 5,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	107,1	110,8	112,6	0,1	3,5	1,6	1,4	1,8	1,8	1,2	1,0	1,5	1,5
Unternehmensdienstleister ¹⁾	103,8	107,0	110,1	5,5	3,1	2,9	3,4	3,0	3,1	2,0	1,6	3,9	3,8
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	108,9	110,5	111,5	2,1	1,5	0,9	0,8	1,0	1,0	0,6	0,0	0,5	0,4
Sonstige Dienstleister	104,9	105,2	106,7	0,3	0,2	1,4	2,2	2,0	1,7	- 0,1	- 2,0	- 0,7	- 1,1
Bruttowertschöpfung	107,6	111,1	112,0	4,4	3,3	0,8	1,9	0,8	0,4	- 0,0	- 1,5	0,8	1,1
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,8	110,4	111,1	4,0	3,3	0,7	1,8	0,6	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	103,4	105,7	106,5	1,0	2,3	0,8	1,7	0,8	0,0	0,5	- 0,4	1,2	1,5
Konsumausgaben des Staates	110,2	111,3	112,3	1,3	1,0	1,0	1,8	0,5	1,1	0,6	0,3	0,6	0,4
Ausrüstungen	108,0	114,2	109,6	10,0	5,8	- 4,0	1,6	- 4,1	- 6,6	- 6,2	- 8,9	- 0,4	1,0
Bauten	104,2	112,3	110,8	3,2	7,8	- 1,4	0,6	- 1,9	- 0,8	- 3,1	- 8,0	0,5	2,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	123,3	129,7	134,1	2,3	5,1	3,4	3,0	3,6	3,9	3,3	2,1	3,1	3,3
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	0,4	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,9	- 0,6	- 0,3	0,3	- 0,1	0,2
Inländische Verwendung	105,9	108,9	108,6	2,4	2,8	- 0,3	1,3	- 0,8	- 0,9	- 0,7	- 1,1	0,9	1,7
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	1,7	0,7	0,9	0,5	1,3	1,3	0,8	- 0,5	0,1	- 0,5
Exporte	125,9	136,0	140,3	15,2	8,0	3,2	4,6	4,6	3,2	0,5	- 2,9	1,1	0,7
Importe	126,5	135,8	137,8	12,5	7,4	1,4	4,0	2,2	0,7	- 1,0	- 2,2	1,2	1,9
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,8	110,4	111,1	4,0	3,3	0,7	1,8	0,6	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 435,1	1 498,4	1 533,9	3,1	4,4	2,4	3,5	2,1	1,7	2,2	1,2	3,0	3,3
Konsumausgaben des Staates	487,2	499,6	514,4	2,5	2,5	3,0	3,3	2,4	3,1	3,1	3,5	3,7	3,2
Ausrüstungen	170,6	181,2	175,0	10,2	6,2	- 3,4	2,1	- 3,5	- 5,9	- 5,5	- 8,7	- 0,4	1,0
Bauten	237,1	263,3	266,1	4,5	11,1	1,1	3,5	0,6	1,5	- 0,9	- 6,3	2,4	4,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	27,4	28,6	29,4	1,9	4,5	2,6	1,9	2,7	2,8	2,8	1,9	2,1	2,2
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 2,5	3,2	- 10,3
Inländische Verwendung	2 354,8	2 474,3	2 508,5	4,3	5,1	1,4	3,0	0,7	0,8	1,1	0,6	2,8	3,4
Außenbeitrag	140,2	135,7	157,9
Exporte	1 188,6	1 321,4	1 381,0	17,9	11,2	4,5	6,0	6,0	4,5	1,7	- 2,9	0,8	- 0,2
Importe	1 048,4	1 185,8	1 223,1	17,6	13,1	3,1	6,3	3,9	2,3	0,3	- 2,9	- 0,7	- 0,5
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 495,0	2 609,9	2 666,4	5,1	4,6	2,2	3,1	1,9	1,9	1,8	0,4	3,4	3,3
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	106,2	108,4	110,2	2,0	2,1	1,6	1,8	1,3	1,6	1,7	1,5	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	105,0	106,3	107,9	1,0	1,2	1,5	1,2	1,3	1,5	1,8	2,0	2,5	2,2
Terms of Trade	99,5	97,3	96,9	- 2,1	- 2,3	- 0,4	- 0,9	- 0,3	- 0,3	- 0,1	0,8	1,6	1,4
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 270,4	1 325,9	1 377,6	3,0	4,4	3,9	3,8	4,1	3,9	3,8	3,1	2,7	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	651,8	686,1	676,6	12,4	5,3	- 1,4	1,5	- 1,5	- 1,9	- 4,0	- 4,1	7,2	5,5
Volkseinkommen	1 922,2	2 012,0	2 054,3	6,0	4,7	2,1	2,9	2,3	1,8	1,5	0,4	4,1	3,6
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 549,4	2 668,9	2 730,1	4,8	4,7	2,3	3,0	2,3	2,0	1,9	0,5	3,5	3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2013. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Baugewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2010=100												
Gewicht in % ⁴⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2010 ⁵⁾	99,5	99,3	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,4	99,3	99,3	99,2
2011	106,7	107,0	95,7	108,1	107,0	111,9	104,2	101,2	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,8	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2012 3.Vj.	107,4	116,1	91,8	108,1	106,5	112,8	99,5	101,1	108,4	110,2	114,1	112,0
4.Vj.	107,8	116,2	100,2	107,6	100,1	116,3	100,5	104,2	104,7	106,6	120,3	108,2
2013 1.Vj.	101,0	77,0	101,6	104,3	102,3	108,8	100,7	97,2	105,6	103,8	105,9	113,6
2.Vj.	106,0	108,6	89,3	107,7	105,6	113,8	97,9	97,9	109,2	105,0	113,6	116,0
3.Vj. ^{x)}	107,2	117,8	91,3	107,8	105,9	112,8	98,4	100,9	109,0	106,6	112,1	113,8
2012 Okt.	110,9	119,8	99,4	111,1	108,5	114,7	107,5	108,2	112,0	110,7	112,7	115,8
Nov.	111,8	119,3	100,4	112,3	106,1	120,8	106,9	105,5	110,8	112,0	118,4	121,0
Dez.	100,7	109,4	100,7	99,5	85,8	113,5	87,0	98,9	91,2	97,0	129,8	87,7
2013 Jan.	93,5	64,6	101,5	96,7	98,0	95,5	93,8	97,2	99,5	97,7	92,1	96,8
Febr.	98,0	73,3	96,2	101,7	98,8	107,8	98,3	92,6	102,6	99,6	104,4	114,9
März ^{r)}	111,4 ^{r)}	93,1	107,1	114,5	110,2	123,2	109,9	101,9	114,6	114,2	121,1	129,2
April ^{r)}	104,9 ^{r)}	104,7	92,2	106,5	103,8	113,0	97,6	97,2	107,4	101,7	111,5	118,4
Mai ^{r)}	103,6 ^{r)}	107,2	87,3	105,1	105,2	108,4	91,7	98,1	107,1	103,0	106,9	110,9
Juni ^{r)}	109,4 ^{r)}	113,9	88,3	111,4	107,7	119,9	104,5	98,4	113,0	110,4	122,3	118,8
Juli ^{x)}	107,6 ^{r)}	120,1	92,4	107,7	107,6	111,5	96,4	99,9	110,2	104,9	113,1	109,0
Aug. ^{x)}	101,7 ^{r)}	113,5	98,0	101,7	101,5	104,3	85,1	98,7	102,4	102,7	102,9	104,7
Sept. ^{x)}	112,4 ^{r)}	119,9	92,5	114,0	108,7	122,5	113,7	104,1	114,3	112,1	120,4	127,7
Okt. ^{x)p)}	112,0	119,8	99,0	112,5	111,1	116,2	106,8	107,0	115,2	110,9	112,2	119,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2010 ⁵⁾	+ 10,3	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,3	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,2	+ 7,8	- 4,4	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,7	+ 9,9	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,1	+ 1,7	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	+ 1,4	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2012 3.Vj.	- 0,6	± 0,0	+ 3,8	- 1,1	- 3,0	+ 0,5	- 3,1	- 0,8	- 2,6	- 3,8	- 0,8	+ 0,7
4.Vj.	- 2,3	- 4,1	± 0,0	- 2,3	- 3,4	- 2,1	- 7,2	+ 1,0	- 3,6	- 5,6	- 1,7	- 4,3
2013 1.Vj.	- 2,3	- 5,6	- 3,6	- 1,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	+ 0,2	- 1,1	- 2,8	- 5,1	- 2,9
2.Vj.	- 0,3	- 0,5	- 2,9	- 0,2	- 1,3	+ 0,6	- 1,3	+ 1,0	- 0,3	- 2,4	- 1,2	+ 1,8
3.Vj. ^{x)}	- 0,1	+ 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,5	± 0,0	- 1,1	- 0,2	+ 0,5	- 3,3	- 1,7	+ 1,6
2012 Okt.	- 2,5	- 2,3	+ 1,9	- 3,1	- 3,5	- 4,0	- 8,4	+ 1,2	- 4,3	- 5,5	- 2,5	- 7,7
Nov.	- 3,0	- 4,3	+ 0,7	- 3,0	- 3,9	- 2,7	- 7,6	- 1,2	- 5,1	- 6,2	- 3,8	- 2,3
Dez.	- 1,4	- 5,8	- 2,4	- 0,4	- 2,7	+ 0,5	- 5,1	+ 3,2	- 0,8	- 4,9	+ 1,2	- 2,3
2013 Jan.	- 2,7	- 6,2	- 4,4	- 2,0	- 2,5	- 3,3	- 3,9	+ 3,6	- 1,8	- 2,8	- 4,8	- 7,6
Febr.	- 1,4	+ 6,2	- 8,3	- 1,4	- 2,6	- 0,8	- 1,8	- 0,1	- 1,7	- 4,4	- 1,9	- 2,5
März ^{r)}	- 2,8 ^{r)}	- 12,9	+ 1,8	- 2,1	- 2,0	- 2,1	- 0,3	- 2,6	+ 0,1	- 1,5	- 7,8	+ 0,5
April ^{r)}	+ 0,4 ^{r)}	- 0,1	- 3,0	+ 0,8	- 1,8	+ 2,6	- 0,6	+ 2,7	+ 0,6	- 2,5	+ 0,5	+ 4,1
Mai ^{r)}	- 2,0 ^{r)}	- 1,2	- 4,9	- 2,0	- 1,4	- 3,0	- 7,3	+ 0,6	- 2,1	- 3,0	- 5,1	- 1,7
Juni ^{r)}	+ 0,6 ^{r)}	- 0,3	- 0,7	+ 0,7	- 0,8	+ 2,1	+ 4,0	- 0,2	+ 0,7	- 1,9	+ 1,0	+ 2,9
Juli ^{x)}	- 1,5 ^{r)}	+ 1,3	+ 1,4	- 2,3	- 1,5	- 3,6	- 1,3	+ 0,1	- 0,9	- 6,7	- 4,2	- 5,6
Aug. ^{x)}	+ 0,5 ^{r)}	+ 2,4	- 2,8	+ 0,6	- 0,7	+ 2,3	- 3,3	± 0,0	+ 0,7	- 2,2	- 1,0	+ 8,7
Sept. ^{x)}	+ 0,6 ^{r)}	+ 0,8	- 0,2	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,7	- 0,7	+ 1,8	- 0,9	+ 0,1	+ 2,9
Okt. ^{x)p)}	+ 1,0	± 0,0	- 0,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 1,3	- 0,7	- 1,1	+ 2,9	+ 0,2	- 0,4	+ 3,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹⁾ Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. ²⁾ Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. ³⁾ Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). ⁴⁾ Gewicht für die Angaben ab 2010: Anteil an

der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. ⁵⁾ Wertangaben der meldenden Unternehmen deflationiert mit gewerblichen Erzeugerpreisen bzw. Baupreisen auf Basis 2010 = 100. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:									
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon:			
			2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2008	105,5	- 6,1	105,6	- 3,2	105,1	- 8,4	107,8	- 3,4	101,5	- 6,2	110,1	- 2,5
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,5	+ 27,9	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2012 Okt.	108,1	- 0,3	103,9	- 2,3	111,0	+ 0,7	107,8	+ 1,4	102,4	- 9,5	109,7	+ 5,5
Nov.	107,2	+ 0,1	103,1	- 1,2	110,6	+ 1,0	104,0	± 0,0	97,8	- 8,3	106,1	+ 3,0
Dez.	102,0	- 1,0	89,7	- 3,3	112,1	+ 0,4	92,5	+ 1,0	83,4	- 5,0	95,6	+ 2,9
2013 Jan.	103,4	- 1,9	103,9	- 5,6	103,3	+ 0,9	100,9	- 1,2	95,9	- 3,8	102,6	- 0,4
Febr.	106,2	- 0,1	101,7	- 4,1	109,3	+ 2,6	106,4	+ 0,6	93,1	- 2,0	111,0	+ 1,3
März	119,2	- 0,3	114,3	+ 0,3	123,9	- 0,3	109,1	- 3,5	109,1	- 2,7	109,0	- 3,9
April	105,9	- 0,6	102,7	- 3,6	108,6	+ 0,6	101,7	+ 6,5	98,6	- 0,3	102,7	+ 8,9
Mai	104,9	- 2,3	103,0	- 3,8	106,9	- 1,7	100,6	+ 0,2	95,7	- 3,3	102,3	+ 1,3
Juni	115,6	+ 4,8	104,2	- 1,7	125,5	+ 9,7	102,2	± 0,0	106,0	+ 5,3	100,9	- 1,8
Juli	108,9	+ 1,6	104,0	- 1,4	112,3	+ 3,8	109,6	- 0,1	97,3	- 2,8	113,8	+ 0,6
Aug.	99,9	+ 2,1	95,9	- 1,7	102,3	+ 5,7	103,4	- 1,6	90,9	- 1,8	107,7	- 1,6
Sept.	111,9	+ 6,9	101,9	+ 1,3	119,4	+ 11,4	109,2	+ 1,9	108,7	- 2,6	109,4	+ 3,6
Okt. p)	109,5	+ 1,3	105,3	+ 1,3	112,3	+ 1,2	110,3	+ 2,3	106,3	+ 3,8	111,7	+ 1,8
aus dem Inland												
2008	107,7	- 4,7	104,6	- 2,3	109,3	- 7,2	116,8	- 2,8	113,4	- 2,2	118,0	- 3,0
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2012 Okt.	103,2	- 4,4	102,7	- 5,5	103,4	- 3,4	104,5	- 4,4	112,1	- 9,9	101,8	- 2,1
Nov.	104,1	- 4,6	103,9	- 3,3	105,1	- 5,7	98,7	- 6,2	103,6	- 11,7	97,0	- 3,9
Dez.	92,6	- 3,6	86,5	- 2,0	100,4	- 4,7	81,8	- 6,0	80,4	- 9,5	82,3	- 4,7
2013 Jan.	101,9	- 3,7	103,9	- 4,8	100,6	- 2,8	97,1	- 2,3	97,6	- 8,1	96,9	- 0,1
Febr.	103,3	- 1,1	101,3	- 1,9	105,1	- 0,3	104,1	- 2,5	96,9	- 5,6	106,6	- 1,6
März	115,4	- 0,9	113,2	+ 0,3	119,2	- 1,7	105,4	- 2,8	109,2	- 6,2	104,0	- 1,5
April	102,5	- 3,6	101,2	- 6,0	105,0	- 1,8	94,6	+ 0,6	97,3	- 3,0	93,6	+ 2,0
Mai	100,2	- 4,4	101,6	- 4,3	99,7	- 5,1	94,4	+ 0,7	91,2	- 5,4	95,5	+ 0,8
Juni	106,3	+ 0,9	102,6	- 1,3	111,6	+ 2,9	96,4	+ 2,0	98,1	+ 3,7	95,8	+ 1,4
Juli	106,0	+ 0,3	103,8	- 1,1	108,6	+ 1,5	104,0	+ 1,4	94,5	- 4,0	107,3	+ 3,1
Aug.	100,2	+ 3,9	96,6	- 1,0	103,8	+ 10,0	100,8	- 0,5	90,1	- 6,8	104,6	+ 1,7
Sept.	105,7	+ 3,3	100,8	- 0,1	111,1	+ 7,2	103,2	+ 0,3	106,8	- 6,9	101,9	+ 3,2
Okt. p)	104,0	+ 0,8	103,3	+ 0,6	104,8	+ 1,4	104,0	- 0,5	109,2	- 2,6	102,1	+ 0,3
aus dem Ausland												
2008	103,7	- 7,2	106,8	- 4,1	102,5	- 9,2	100,2	- 4,0	91,2	- 10,0	103,4	- 2,0
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,6	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,7	+ 3,5	97,3	- 3,7	111,3	+ 5,8
2012 Okt.	112,1	+ 3,0	105,4	+ 1,8	115,7	+ 3,2	110,7	+ 6,6	94,0	- 8,9	116,5	+ 12,0
Nov.	109,8	+ 4,1	102,2	+ 1,5	114,0	+ 5,3	108,5	+ 5,4	92,8	- 4,6	113,9	+ 8,7
Dez.	109,7	+ 1,0	93,5	- 4,7	119,3	+ 3,2	101,6	+ 6,3	86,0	- 1,0	106,9	+ 8,5
2013 Jan.	104,6	- 0,4	103,9	- 6,6	105,0	+ 3,1	104,1	- 0,4	94,5	+ 0,4	107,4	- 0,6
Febr.	108,5	+ 0,6	102,1	- 6,8	111,9	+ 4,4	108,4	+ 3,2	89,7	+ 1,6	114,8	+ 3,7
März	122,2	+ 0,2	115,6	+ 0,3	126,8	+ 0,5	112,2	- 4,2	109,0	+ 0,6	113,3	- 5,7
April	108,6	+ 1,9	104,5	- 0,5	110,8	+ 2,0	107,8	+ 11,4	99,8	+ 2,1	110,5	+ 14,5
Mai	108,8	- 0,7	104,7	- 3,1	111,3	+ 0,3	105,9	+ 0,9	99,6	- 1,6	108,0	+ 1,5
Juni	123,1	+ 7,7	106,0	- 2,2	134,0	+ 13,5	107,1	- 1,6	112,9	+ 6,4	105,2	+ 4,1
Juli	111,3	+ 2,6	104,3	- 1,7	114,6	+ 5,2	114,3	- 1,3	99,7	- 1,9	119,4	- 1,1
Aug.	99,7	+ 0,8	95,1	- 2,7	101,3	+ 3,1	105,6	- 2,5	91,6	+ 2,8	110,4	- 4,0
Sept.	117,0	+ 9,8	103,1	+ 2,9	124,6	+ 13,8	114,3	+ 3,2	110,3	+ 1,3	115,7	+ 3,9
Okt. p)	113,9	+ 1,6	107,6	+ 2,1	117,0	+ 1,1	115,7	+ 4,5	103,8	+ 10,4	119,8	+ 2,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt ①

Zeit	Gliederung nach Bauarten												Gliederung nach Bauherren 1)			
	Hochbau												gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau					
	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	98,3	- 5,3	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,3	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,4	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,9	+ 13,2	96,1	- 3,7
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,6	- 0,2	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,0	103,2	+ 7,4
2012 Sept.	120,1	+ 2,7	129,4	+ 8,6	138,7	+ 12,5	131,1	+ 6,2	106,0	+ 7,6	110,8	- 3,3	126,8	+ 5,3	105,8	- 4,5
Okt.	132,1	+ 27,5	131,8	+ 14,9	136,1	+ 10,7	137,6	+ 13,3	105,9	+ 35,2	132,4	+ 43,1	138,1	+ 19,7	124,3	+ 48,3
Nov.	91,4	- 6,0	101,0	- 5,7	122,0	+ 2,8	98,7	- 7,4	66,7	- 22,4	81,8	- 6,3	94,1	- 10,6	76,3	- 5,1
Dez.	93,4	- 3,0	108,1	+ 2,2	122,6	+ 2,5	113,5	+ 9,6	63,8	- 25,0	78,7	- 9,3	105,2	- 0,7	69,6	- 9,7
2013 Jan.	82,1	+ 0,4	90,4	- 0,2	102,0	+ 2,4	92,6	+ 1,3	61,0	- 13,6	73,8	+ 1,1	86,5	- 6,8	69,5	+ 9,6
Febr.	98,2	+ 2,1	100,8	- 1,3	108,3	- 3,6	104,3	+ 3,2	75,6	- 10,7	95,7	+ 6,0	104,3	+ 5,2	88,0	+ 1,6
März	131,1	- 3,4	133,2	- 9,7	151,2	+ 2,5	131,3	- 17,7	103,3	- 7,6	129,1	+ 4,1	129,9	- 8,1	124,4	- 0,6
April	123,5	- 0,6	130,2	+ 2,8	145,2	+ 2,2	125,5	- 4,1	114,4	+ 36,7	116,9	- 4,2	117,8	- 3,7	120,6	+ 1,2
Mai	125,5	+ 5,6	135,3	+ 14,0	142,1	+ 9,5	140,4	+ 16,6	106,7	+ 16,1	115,8	- 2,8	127,2	+ 6,4	117,1	+ 3,0
Juni	145,9	+ 11,7	157,6	+ 15,3	182,0	+ 12,0	158,1	+ 22,0	108,0	+ 0,8	134,2	+ 7,8	151,3	+ 18,5	126,0	+ 4,3
Juli	142,4	+ 14,4	141,9	+ 14,6	158,2	+ 14,1	142,3	+ 12,2	108,9	+ 26,8	142,8	+ 14,1	133,0	+ 9,4	145,5	+ 19,4
Aug.	123,8	- 1,1	124,1	- 11,8	144,8	+ 5,8	121,1	- 19,3	92,4	- 23,3	123,5	+ 12,5	119,3	- 10,8	119,9	+ 7,2
Sept.	125,9	+ 4,8	135,7	+ 4,9	152,8	+ 10,2	132,8	+ 1,3	110,8	+ 4,5	116,2	+ 4,9	130,5	+ 2,9	110,5	+ 4,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen,

Tabelle II.21. ① Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt ①

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ③	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	97,8	- 3,3	98,8	- 2,8	99,4	- 1,9	95,6	- 3,1	97,0	+ 0,6	97,6	- 2,7	96,5	+ 2,7	104,2	+ 1,1
2010	100,0	+ 2,2	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,8	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,6	101,1	+ 1,1	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012 4)	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,2	105,2	+ 2,6	102,1	+ 0,5	98,9	- 0,5	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	106,2	- 0,7
2012 Okt.	108,6	+ 0,6	104,0	- 1,5	106,8	+ 2,0	117,3	- 5,1	98,7	- 1,3	112,0	- 0,4	101,9	- 0,7	113,0	- 4,8
Nov.	109,4	+ 2,5	104,8	+ 0,5	106,9	+ 2,9	103,7	- 1,9	108,2	± 0,0	112,0	+ 0,4	103,3	- 0,3	109,4	- 4,7
Dez.	121,3	- 1,1	116,8	- 3,1	122,3	+ 0,9	121,7	- 2,6	147,5	- 4,6	106,6	- 6,0	108,1	- 6,4	94,1	- 4,7
2013 Jan.	97,8	+ 4,3	94,5	+ 2,8	99,8	+ 5,5	88,5	+ 1,8	100,6	- 1,8	89,4	+ 0,1	101,1	+ 3,8	85,9	- 4,1
Febr.	93,4	+ 2,2	89,6	+ 1,0	97,9	+ 3,8	77,3	+ 1,3	85,0	- 2,0	88,5	+ 0,3	96,8	+ 2,7	91,0	- 5,6
März	108,3	+ 0,9	103,1	- 0,4	111,6	+ 4,5	98,3	- 9,8	97,7	+ 2,2	107,9	- 6,4	106,1	+ 1,7	114,4	- 8,4
April	107,3	+ 1,8	101,9	+ 0,4	108,4	+ 1,5	111,3	+ 5,5	85,1	- 6,0	108,4	- 1,4	102,9	+ 1,3	112,0	- 0,5
Mai	107,9	+ 2,8	102,4	+ 1,3	110,2	+ 2,8	105,0	+ 2,3	83,7	- 2,9	107,8	+ 0,9	102,2	+ 1,5	110,6	+ 0,1
Juni	104,6	+ 1,4	99,4	- 0,3	110,0	+ 4,2	100,5	+ 5,8	85,1	- 10,5	101,7	+ 0,1	99,5	+ 0,9	110,9	- 0,3
Juli	106,3	+ 2,1	101,5	+ 0,2	111,6	+ 6,5	102,9	+ 0,5	86,3	- 6,8	103,3	- 1,6	106,6	+ 3,9	106,9	- 1,3
Aug.	103,4	+ 1,8	99,0	+ 0,7	108,0	+ 4,0	98,0	+ 5,5	88,8	- 1,9	98,1	- 5,8	99,8	+ 3,7	98,6	+ 0,8
Sept.	104,7	+ 1,3	99,6	+ 0,3	104,0	+ 1,6	114,4	+ 1,8	93,8	+ 0,8	102,0	- 1,6	101,7	+ 6,0	105,8	- 0,3
Okt. 5)	109,5	+ 0,8	103,8	- 0,2	111,0	+ 3,9	117,4	+ 0,1	91,8	- 7,0	109,2	- 2,5	105,2	+ 3,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. ① Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2012 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher. 5 Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt teilweise geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd	
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung								Empfänger von Arbeitsgeld nach dem SGB III
2008	40 348	+ 1,2	27 510	+ 2,1	8 659	17 958	679	4 866	58	3 258	1 006	7,8	389		
2009	40 372	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 905	1 144	3 415	1 190	8,1	301		
2010	40 587	+ 0,5	27 757	+ 1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	3 238	1 075	7,7	359		
2011	41 152	+ 1,4	28 440	+ 2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	2 976	892	7,1	466		
2012	41 607	+ 1,1	28 991	+ 1,9	8 731	19 250	775	4 805	112	2 897	902	6,8	478		
2010 3.Vj.	40 791	+ 0,9	27 886	+ 1,5	8 469	18 454	740	4 889	265	3 132	1 003	7,5	395		
4.Vj.	41 058	+ 1,1	28 242	+ 1,9	8 548	18 710	767	4 905	242	2 959	920	7,0	392		
2011 1.Vj.	40 588	+ 1,4	27 944	+ 2,3	8 428	18 578	740	4 852	291	3 290	1 088	7,8	412		
2.Vj.	41 064	+ 1,4	28 266	+ 2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	2 977	850	7,1	470		
3.Vj.	41 343	+ 1,4	28 566	+ 2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	2 893	843	6,9	497		
4.Vj.	41 611	+ 1,3	28 983	+ 2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	2 743	787	6,5	486		
2012 1.Vj.	41 145	+ 1,4	28 638	+ 2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	3 074	998	7,3	472		
2.Vj.	41 545	+ 1,2	28 860	+ 2,1	8 696	19 149	773	4 798	77	2 876	847	6,8	499		
3.Vj.	41 779	+ 1,1	29 077	+ 1,8	8 770	19 265	799	4 803	56	2 856	885	6,7	493		
4.Vj.	41 961	+ 0,8	29 391	+ 1,4	8 835	19 550	767	4 823	113	2 782	878	6,6	446		
2013 1.Vj.	41 413	+ 0,7	29 016	+ 1,3	8 689	19 405	702	4 765	234	3 131	1 109	7,4	427		
2.Vj.	41 796	+ 0,6	29 215	+ 1,2	8 737	19 509	726	4 779	...	2 941	945	6,8	438		
3.Vj.	42 032	+ 0,6	29 433	+ 1,2	8 805	19 609	772	4 798	...	2 903	934	6,7	445		
2010 Juli	40 658	+ 0,8	27 691	+ 1,4	8 419	18 320	732	4 915	313	3 186	1 029	7,6	391		
Aug.	40 745	+ 0,9	27 976	+ 1,6	8 493	18 508	752	4 864	244	3 183	1 030	7,6	397		
Sept.	40 971	+ 0,9	28 269	+ 1,7	8 573	18 700	766	4 859	237	3 026	948	7,2	398		
Okt.	41 116	+ 1,0	28 296	+ 1,8	8 566	18 738	769	4 886	231	2 941	907	7,0	401		
Nov.	41 128	+ 1,1	28 277	+ 2,0	8 562	18 723	779	4 932	215	2 927	903	6,9	395		
Dez.	40 931	+ 1,1	28 033	+ 2,0	8 460	18 635	743	4 931	279	3 011	949	7,1	380		
2011 Jan.	40 527	+ 1,3	27 863	+ 2,3	8 399	18 540	732	4 842	322	3 345	1 146	7,9	375		
Febr.	40 559	+ 1,5	27 912	+ 2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	3 313	1 107	7,9	418		
März	40 679	+ 1,5	28 080	+ 2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	3 211	1 010	7,6	442		
April	40 908	+ 1,5	28 214	+ 2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	3 078	907	7,3	461		
Mai	41 092	+ 1,4	28 354	+ 2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	2 960	839	7,0	470		
Juni	41 192	+ 1,4	28 381	+ 2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	2 893	804	6,9	480		
Juli	41 209	+ 1,4	28 357	+ 2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	2 939	859	7,0	492		
Aug.	41 303	+ 1,4	28 658	+ 2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	2 945	867	7,0	497		
Sept.	41 518	+ 1,3	28 984	+ 2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	2 796	802	6,6	502		
Okt.	41 656	+ 1,3	29 039	+ 2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	2 737	778	6,5	500		
Nov.	41 679	+ 1,3	29 024	+ 2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	2 713	769	6,4	492		
Dez.	41 498	+ 1,4	28 787	+ 2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	2 780	813	6,6	467		
2012 Jan.	41 140	+ 1,5	28 580	+ 2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	3 084	1 011	7,3	452		
Febr.	41 091	+ 1,3	28 580	+ 2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	3 110	1 028	7,4	473		
März	41 203	+ 1,3	28 719	+ 2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	3 028	955	7,2	491		
April	41 395	+ 1,2	28 836	+ 2,2	8 687	19 144	765	4 784	83	2 963	893	7,0	499		
Mai	41 584	+ 1,2	28 924	+ 2,0	8 713	19 185	780	4 812	77	2 855	831	6,7	499		
Juni	41 655	+ 1,1	28 921	+ 1,9	8 723	19 163	792	4 834	71	2 809	817	6,6	499		
Juli	41 689	+ 1,2	28 910	+ 2,0	8 730	19 137	806	4 829	54	2 876	885	6,8	500		
Aug.	41 740	+ 1,1	29 154	+ 1,7	8 789	19 321	802	4 777	47	2 905	910	6,8	493		
Sept.	41 908	+ 0,9	29 414	+ 1,5	8 863	19 512	789	4 775	66	2 788	862	6,5	485		
Okt.	42 044	+ 0,9	29 470	+ 1,5	8 863	19 579	782	4 803	85	2 753	846	6,5	468		
Nov.	42 034	+ 0,9	29 424	+ 1,4	8 840	19 580	767	4 851	98	2 751	864	6,5	451		
Dez.	41 804	+ 0,7	29 143	+ 1,2	8 739	19 471	715	4 854	156	2 840	924	6,7	421		
2013 Jan.	41 390	+ 0,6	28 965	+ 1,3	8 678	19 372	699	4 762	234	3 138	1 121	7,4	405		
Febr.	41 388	+ 0,7	28 981	+ 1,4	8 674	19 387	700	4 736	245	3 156	1 132	7,4	431		
März	41 461	+ 0,6	29 062	+ 1,2	8 692	19 439	700	4 740	222	3 098	1 072	7,3	444		
April	41 638	+ 0,6	29 201	+ 1,3	8 735	19 505	719	4 761	113	3 020	1 001	7,1	441		
Mai	41 839	+ 0,6	29 277	+ 1,2	8 752	19 542	734	4 796	86	2 937	935	6,8	437		
Juni	41 910	+ 0,6	29 273	+ 1,2	8 759	19 518	749	4 819	...	2 865	897	6,6	437		
Juli	41 946	+ 0,6	29 270	+ 1,2	8 767	19 486	774	4 828	...	2 914	943	6,8	444		
Aug.	41 991	+ 0,6	29 497	+ 1,2	8 821	19 655	776	4 771	...	2 946	956	6,8	445		
Sept.	42 158	+ 0,6	29 791	+ 1,3	8 897	19 857	784	4 772	...	2 849	904	6,6	446		
Okt.	42 294	+ 0,6	2 801	870	6,5	439		
Nov.	2 806	881	6,5	431		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2011 und 2012 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,0 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Ab Mai 2013 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 11 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
	2010 = 100									2010 = 100			
Indexstand													
2008	98,6	99,9	98,1	101,7	98,0	97,8	97,9	102,8	124,3	99,2	102,1	109,7	92,0
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	100,7	97,0	93,4	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	114,9	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	129,7	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	135,8	104,9	108,7	141,9	110,4
2012 Jan.	7) 102,8	104,3	100,8	113,7	100,9	102,0		106,1	127,8	104,4	108,7	141,2	109,4
Febr.	103,5	105,6	101,2	115,4	101,9	102,1	104,8	106,5	130,6	104,7	109,5	148,4	109,3
März	104,1	106,0	102,1	117,2	102,2	102,1		107,1	132,9	104,8	110,0	155,0	110,5
April	103,9	105,7	102,1	117,7	101,3	102,2		107,3	134,0	105,1	109,7	148,6	110,2
Mai	103,9	105,4	102,3	115,9	101,7	102,3	105,5	107,0	132,1	105,0	109,2	140,5	110,1
Juni	103,7	105,8	101,9	114,2	102,0	102,4		106,6	130,0	104,8	107,7	124,5	108,9
Juli	104,1	105,2	101,2	115,4	103,6	102,5		106,6	130,8	105,0	108,2	136,5	116,8
Aug.	104,5	105,1	101,6	118,0	103,5	102,6	106,0	107,0	134,3	105,2	109,2	149,1	114,2
Sept.	104,6	105,0	102,5	119,3	102,6	102,7		107,3	138,2	105,2	108,5	143,2	111,9
Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8		107,4	140,0	105,0	108,0	139,9	108,7
Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	142,7	105,1	108,0	138,5	107,0
Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		107,1	141,7	104,8	107,4	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		107,7	141,3	104,8	107,3	138,6	106,2
Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5	141,7	104,7	107,6	141,7	106,9
März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		107,2	141,1	104,9	107,6	136,3	107,7
April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		107,1	142,1	104,7	106,4	127,8	104,0
Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	142,2	104,5	106,0	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	140,5	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	138,4	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	138,3	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8 p)	138,4	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	...	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	130,3	96,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2008	+ 2,6	+ 6,4	+ 0,8	+ 9,6	+ 1,9	+ 1,2	+ 3,4	+ 5,4	+ 3,7	+ 1,7	+ 4,6	+ 27,6	+ 5,1
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 12,9	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 4,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2012 Jan.	7) + 2,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 7,3	+ 1,2	+ 1,3		+ 2,9	- 0,7	+ 1,9	+ 3,6	+ 16,6	- 9,9
Febr.	+ 2,2	+ 3,3	+ 1,2	+ 8,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,9	+ 2,6	- 1,3	+ 1,9	+ 3,5	+ 17,3	- 11,0
März	+ 2,2	+ 3,7	+ 1,4	+ 6,7	+ 1,4	+ 1,2		+ 2,6	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,8	+ 14,4	- 6,1
April	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,9	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 5,4	- 6,5
Mai	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 5,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 1,6	- 2,3	+ 1,5	+ 2,4	+ 6,0	- 4,8
Juni	+ 1,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,1	- 3,1	+ 1,5	+ 1,6	- 4,6	- 4,5
Juli	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 4,3	+ 1,4	+ 1,2		+ 0,6	- 0,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,6
Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,1	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,1	+ 1,7	+ 3,0	+ 16,9	+ 1,2
Sept.	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,2		+ 1,2	+ 6,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 5,5	- 1,9
Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,1	+ 8,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 6,0	+ 3,4
Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 9,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9
Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 1,4	+ 10,1	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,5	+ 10,6	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9
Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 8,5	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2
März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,1	+ 6,2	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5
April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,3		- 0,2	+ 6,0	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6
Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 7,6	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 8,1	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 5,8	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 3,0	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5 p)	+ 0,1	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	...	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	- 5,9	- 10,0

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrie- rohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2005	922,1	- 0,3	625,5	- 0,4	359,8	0,1	985,3	- 0,2	1 463,9	2,0	156,9	3,3	10,7
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 003,8	0,1	667,7	0,6	384,1	7,8	1 051,8	3,1	1 562,9	- 0,4	170,3	- 5,5	10,9
2010	1 033,2	2,9	696,7	4,4	387,8	1,0	1 084,5	3,1	1 609,9	3,0	174,9	2,7	10,9
2011	1 081,7	4,7	723,4	3,8	384,2	- 0,9	1 107,6	2,1	1 672,0	3,9	173,6	- 0,7	10,4
2012	1 126,6	4,2	751,9	3,9	389,2	1,3	1 141,1	3,0	1 710,3	2,3	176,5	1,6	10,3
2012 2.Vj.	275,5	4,4	180,1	4,2	96,6	1,4	276,7	3,2	423,9	2,2	42,5	2,6	10,0
3.Vj.	277,9	4,1	189,1	3,8	97,4	1,7	286,6	3,1	431,3	1,6	37,9	1,1	8,8
4.Vj.	311,7	4,0	207,9	3,7	97,3	1,6	305,2	3,0	429,5	1,9	38,0	- 1,1	8,8
2013 1.Vj.	270,0	3,2	180,2	3,0	100,1	2,4	280,3	2,8	428,1	0,6	56,3	- 3,1	13,1
2.Vj.	283,5	2,9	183,9	2,1	98,9	2,4	282,8	2,2	434,3	2,4	41,5	- 2,6	9,5
3.Vj.	285,7	2,8	194,3	2,8	99,2	1,8	293,6	2,4	444,1	3,0	37,8	- 0,2	8,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2013. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2005	100,0	0,8	100,0	1,0	100,0	0,9	100,0	1,0	100,0	0,3
2006	101,0	1,0	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,2	1,2	102,5	1,4	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	105,0	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,1	2,0	107,5	2,0	107,7	2,2	108,1	2,4	104,5	- 0,0
2010	108,8	1,6	109,4	1,7	109,4	1,7	110,0	1,8	106,9	2,3
2011	110,7	1,8	111,4	1,8	111,4	1,8	112,0	1,8	110,4	3,3
2012	113,7	2,7	114,3	2,6	114,6	2,9	115,1	2,8	113,6	2,9
2012 2.Vj.	106,8	2,7	107,3	2,7	107,7	3,0	114,9	2,8	111,4	3,0
3.Vj.	116,0	2,8	116,6	2,8	117,0	2,9	115,9	3,0	111,8	2,9
4.Vj.	127,1	3,0	127,8	2,9	128,2	3,0	116,1	2,9	124,3	3,0
2013 1.Vj.	107,8	2,8	108,4	2,9	108,7	2,9	117,0	2,9	109,1	2,3
2.Vj.	109,1	2,1	109,6	2,1	109,9	2,1	117,3	2,1	113,7	2,0
3.Vj.	118,7	2,3	119,3	2,3	119,8	2,4	118,6	2,4	114,0	2,0
2013 April	109,3	2,7	109,9	2,7	110,0	2,5	117,1	2,5	.	.
Mai	109,5	1,8	110,0	1,8	110,5	2,0	117,4	2,1	.	.
Juni	108,4	1,9	108,9	1,9	109,3	1,8	117,5	1,8	.	.
Juli	137,3	2,1	138,0	2,0	138,4	2,2	118,3	2,2	.	.
Aug.	109,5	2,6	110,1	2,6	110,5	2,6	118,7	2,5	.	.
Sept.	109,5	2,5	110,0	2,5	110,5	2,5	118,8	2,4	.	.
Okt.	109,5	2,4	110,1	2,4	110,5	2,4	118,8	2,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen. 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2013.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2010	2011	2012	2013					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Juli	Aug.	Sept.
A. Leistungsbilanz	+ 5 277	+ 8 178	+ 126 214	+ 24 597	+ 52 817	+ 52 595	+ 26 116	+ 12 439	+ 14 040
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 576 077	1 789 051	1 919 530	470 550	489 733	479 042	168 053	147 699	163 290
Einfuhr (fob)	1 560 473	1 786 705	1 824 602	439 859	437 639	437 411	148 365	139 439	149 607
Saldo	+ 15 605	+ 2 348	+ 94 931	+ 30 692	+ 52 094	+ 41 632	+ 19 688	+ 8 260	+ 13 684
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	544 361	584 312	626 637	144 873	164 124	171 086	58 517	55 012	57 557
Ausgaben	483 984	511 598	537 926	127 324	135 508	142 154	47 091	47 013	48 050
Saldo	+ 60 380	+ 72 717	+ 88 713	+ 17 550	+ 28 617	+ 28 933	+ 11 427	+ 7 999	+ 9 507
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 38 040	+ 39 416	+ 49 331	+ 18 498	+ 3 803	+ 13 770	+ 4 455	+ 7 597	+ 1 718
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	88 210	94 829	97 330	27 751	19 829	18 831	7 837	4 986	6 008
eigene Leistungen	196 951	201 131	204 089	69 892	51 524	50 571	17 290	16 404	16 877
Saldo	- 108 740	- 106 302	- 106 757	- 42 141	- 31 695	- 31 739	- 9 453	- 11 417	- 10 869
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 5 478	+ 11 019	+ 4 971	+ 1 780	+ 5 312	+ 4 222	+ 2 284	+ 1 409	+ 529
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 6 025	- 44 168	- 140 949	- 25 129	- 56 327	- 61 670	- 29 642	- 13 932	- 18 096
1. Direktinvestitionen	- 79 021	- 85 790	- 3 557	- 23 983	- 48 730	- 17 347	- 2 899	- 7 164	- 7 284
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 352 585	- 524 034	- 329 878	- 56 721	- 63 133	- 48 802	- 9 300	- 22 989	- 16 513
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 273 565	+ 438 247	+ 326 321	+ 32 738	+ 14 404	+ 31 455	+ 6 400	+ 15 826	+ 9 229
2. Wertpapieranlagen	+ 109 200	+ 231 074	+ 72 346	+ 16 530	+ 67 117	- 21 553	- 41 461	+ 24 517	- 4 609
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 130 909	+ 53 205	- 186 367	- 104 486	- 20 995	- 57 307	- 26 676	+ 5 986	- 36 617
Aktien	- 75 169	+ 66 024	- 57 583	- 62 696	- 12 659	- 31 823	- 11 276	+ 5 367	- 25 914
Anleihen	- 100 391	+ 21 357	- 126 480	- 34 418	- 9 188	- 19 584	- 14 268	+ 2 864	- 8 180
Geldmarktpapiere	+ 44 653	- 34 176	- 2 303	- 7 373	+ 852	- 5 899	- 1 132	- 2 244	- 2 523
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 240 109	+ 177 871	+ 258 717	+ 121 015	+ 88 112	+ 35 754	- 14 785	+ 18 531	+ 32 008
Aktien	+ 125 362	+ 73 770	+ 144 102	+ 57 395	+ 81 478	+ 41 759	+ 8 395	+ 27 132	+ 6 232
Anleihen	+ 161 104	+ 151 685	+ 119 276	+ 27 271	+ 7 363	- 42 752	- 39 280	- 13 004	+ 9 532
Geldmarktpapiere	- 46 358	- 47 583	- 4 662	+ 36 349	- 729	+ 36 748	+ 16 100	+ 4 404	+ 16 244
3. Finanzderivate	+ 10 327	- 5 330	+ 3 413	+ 8 362	+ 2 364	+ 9 467	- 661	+ 6 971	+ 3 157
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 23 962	- 173 855	- 199 237	- 26 049	- 75 942	- 29 363	+ 15 125	- 36 293	- 8 195
Eurosysteem	+ 12 297	+ 137 729	+ 13 824	- 25 456	- 10 442	- 17 211	- 8 571	+ 93	- 8 733
Staat	+ 23 377	+ 69 721	- 970	+ 9 899	+ 3 685	+ 6 753	+ 6 093	- 1 893	+ 2 553
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 18 793	- 339 639	- 112 181	- 12 301	- 105 931	- 24 692	+ 9 503	- 35 244	+ 1 049
langfristig	+ 47 197	- 15 876	+ 12 599	- 2 085	+ 26 527	+ 2 454	- 3 359	+ 4 877	+ 936
kurzfristig	- 65 993	- 323 763	- 124 777	- 10 216	- 132 457	- 27 145	+ 12 863	- 40 121	+ 113
Unternehmen und Privatpersonen	- 40 843	- 41 664	- 99 910	+ 1 809	+ 36 746	+ 5 784	+ 8 098	+ 751	- 3 065
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 516	- 10 266	- 13 921	+ 12	- 1 138	- 2 875	+ 255	- 1 965	- 1 165
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 16 783	+ 24 966	+ 9 759	- 1 248	- 1 801	+ 4 853	+ 1 242	+ 84	+ 3 527

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
	Mio DM										
1999	-	50 528	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 24 363	- 47 724	- 301	- 20 332	+ 24 517	+ 71 161
2000	-	69 351	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 956	- 54 450	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 10 857
2001	-	23	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 22 557	- 52 204	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 23 847
	Mio €										
1999	-	25 834	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 12 457	- 24 401	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 36 384
2000	-	35 459	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 670	- 27 840	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 551
2001	-	12	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 11 533	- 26 692	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 12 193
2002	+ 42 669	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 888	- 26 951	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 010	
2003	+ 40 525	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 677	- 28 064	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 921	
2004	+ 102 368	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 19 681	- 27 564	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 20 181	
2005	+ 112 591	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 391	- 28 522	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 413	
2006	+ 144 739	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 460	- 28 536	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 992	
2007	+ 180 914	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 42 918	- 32 685	+ 104	- 210 151	- 953	+ 29 133	
2008	+ 153 633	+ 178 297	- 13 628	- 10 258	+ 32 379	- 33 157	- 210	- 173 910	- 2 008	+ 20 487	
2009	+ 141 537	+ 138 697	- 16 020	- 7 220	+ 59 025	- 32 944	+ 28	- 158 391	+ 3 200	+ 16 826	
2010	+ 155 992	+ 154 863	- 12 397	- 2 062	+ 53 877	- 38 289	- 575	- 140 144	- 1 613	- 15 273	
2011	+ 161 196	+ 158 702	- 20 520	- 2 279	+ 59 016	- 33 723	+ 673	- 162 610	- 2 836	+ 740	
2012	+ 187 206	+ 189 841	- 27 313	- 2 873	+ 64 373	- 36 822	+ 40	- 233 829	- 1 297	+ 46 583	
2010 4.Vj.	+ 51 979	+ 40 982	- 3 486	+ 4 327	+ 17 099	- 6 943	- 413	- 52 524	- 506	+ 958	
2011 1.Vj.	+ 45 384	+ 40 902	- 2 257	+ 2 887	+ 17 445	- 13 592	+ 950	- 67 319	- 1 393	+ 20 985	
2.Vj.	+ 32 308	+ 38 562	- 4 927	- 1 372	+ 4 755	- 4 710	- 282	- 50 687	- 438	+ 18 660	
3.Vj.	+ 35 723	+ 39 609	- 6 551	- 5 658	+ 17 960	- 9 637	+ 103	- 13 513	- 639	- 22 313	
4.Vj.	+ 47 781	+ 39 630	- 6 784	+ 1 864	+ 18 856	- 5 784	- 98	- 31 091	- 366	- 16 592	
2012 1.Vj.	+ 46 622	+ 46 229	- 3 550	+ 957	+ 18 019	- 15 034	+ 191	- 42 769	- 963	- 4 044	
2.Vj.	+ 41 431	+ 48 058	- 8 897	+ 1 391	+ 7 301	- 6 422	+ 394	- 49 203	- 769	+ 7 377	
3.Vj.	+ 45 383	+ 50 775	- 7 710	- 7 227	+ 18 983	- 9 437	+ 67	- 62 092	- 59	+ 16 642	
4.Vj.	+ 53 770	+ 44 780	- 7 155	+ 2 005	+ 20 069	- 5 929	- 613	- 79 765	+ 494	+ 26 608	
2013 1.Vj. r)	+ 45 165	+ 49 289	- 6 720	- 227	+ 18 659	- 15 836	+ 345	- 40 684	- 86	- 4 827	
2.Vj. r)	+ 45 930	+ 48 634	- 3 791	+ 351	+ 8 310	- 7 575	+ 341	- 65 241	- 72	+ 18 970	
3.Vj. r)	+ 44 357	+ 49 783	- 7 467	- 6 034	+ 18 400	- 10 325	+ 95	- 66 744	+ 784	+ 22 292	
2011 Mai	+ 9 344	+ 14 833	- 1 108	+ 641	- 4 440	- 583	- 64	- 20 156	+ 24	+ 10 877	
Juni	+ 12 621	+ 12 893	- 1 866	- 1 854	+ 6 026	- 2 578	- 17	- 8 617	+ 101	- 3 987	
Juli	+ 9 447	+ 10 555	- 1 541	- 1 997	+ 5 900	- 3 470	- 144	+ 4 546	- 428	- 13 850	
Aug.	+ 8 404	+ 11 740	- 2 347	- 3 923	+ 5 982	- 3 049	+ 380	- 13 078	+ 109	+ 4 294	
Sept.	+ 17 872	+ 17 314	- 2 663	+ 262	+ 6 078	- 3 118	- 133	- 4 982	- 320	- 12 757	
Okt.	+ 10 828	+ 11 000	- 2 131	- 955	+ 6 414	- 3 500	- 181	- 16 424	+ 55	+ 5 777	
Nov.	+ 16 922	+ 16 110	- 1 947	+ 3 389	+ 6 055	- 3 626	+ 120	- 7 177	+ 263	- 9 865	
Dez.	+ 20 031	+ 12 520	- 2 706	+ 2 400	+ 6 387	+ 1 342	- 37	- 7 490	- 684	- 12 504	
2012 Jan.	+ 11 370	+ 13 536	- 1 346	- 1 605	+ 5 039	- 4 254	- 32	- 12 275	- 140	+ 938	
Febr.	+ 14 103	+ 15 418	- 1 736	+ 1 204	+ 6 503	- 7 286	+ 211	- 7 423	- 547	- 6 891	
März	+ 21 149	+ 17 275	- 468	+ 1 359	+ 6 477	- 3 494	+ 12	- 23 071	- 276	+ 1 909	
April	+ 11 843	+ 14 358	- 3 209	+ 1 658	+ 1 735	- 2 698	+ 310	- 17 917	- 581	+ 5 764	
Mai	+ 10 102	+ 15 702	- 3 017	- 660	- 495	- 1 429	+ 239	- 18 277	- 207	+ 7 936	
Juni	+ 19 486	+ 17 998	- 2 672	+ 393	+ 6 062	- 2 295	- 155	- 13 009	+ 19	- 6 323	
Juli	+ 14 703	+ 17 169	- 2 870	- 3 297	+ 6 240	- 2 539	- 223	- 6 612	+ 48	- 7 868	
Aug.	+ 13 658	+ 16 747	- 2 529	- 3 072	+ 6 195	- 3 683	+ 168	- 22 050	- 389	+ 8 224	
Sept.	+ 17 022	+ 16 859	- 2 311	- 859	+ 6 548	- 3 215	+ 123	- 33 431	+ 281	+ 16 286	
Okt.	+ 15 531	+ 15 967	- 2 523	- 1 592	+ 6 918	- 3 240	- 195	- 21 997	- 176	+ 6 662	
Nov.	+ 17 817	+ 16 872	- 2 657	+ 224	+ 6 509	- 3 131	+ 165	- 27 569	+ 308	+ 9 588	
Dez.	+ 20 422	+ 11 941	- 1 975	+ 3 373	+ 6 642	+ 441	- 582	- 30 198	+ 362	+ 10 359	
2013 Jan.	+ 9 684	+ 13 622	- 2 071	- 1 583	+ 5 504	- 5 789	+ 26	+ 6 080	- 493	- 15 790	
Febr. r)	+ 15 030	+ 16 809	- 1 668	+ 343	+ 6 426	- 6 880	- 26	- 16 265	+ 321	+ 1 261	
März r)	+ 20 452	+ 18 858	- 2 981	+ 1 013	+ 6 729	- 3 167	+ 346	- 30 499	+ 86	+ 9 701	
April r)	+ 16 719	+ 17 995	- 1 103	+ 787	+ 1 595	- 2 554	+ 184	- 24 547	- 56	+ 7 643	
Mai r)	+ 11 276	+ 13 623	- 952	- 657	+ 1 409	- 2 147	+ 111	- 14 317	+ 23	+ 2 931	
Juni r)	+ 17 935	+ 17 016	- 1 735	+ 222	+ 5 307	- 2 875	+ 46	- 26 377	- 38	+ 8 396	
Juli r)	+ 14 244	+ 16 252	- 2 548	- 2 093	+ 6 099	- 3 465	+ 39	- 12 216	+ 654	- 2 067	
Aug. r)	+ 10 096	+ 13 256	- 2 451	- 3 574	+ 6 610	- 3 745	- 76	- 29 147	- 425	+ 19 127	
Sept.	+ 20 017	+ 20 276	- 2 468	- 367	+ 5 691	- 3 115	+ 132	- 25 380	+ 556	+ 5 231	
Okt. p)	+ 19 074	+ 17 888	- 1 708	- 785	+ 6 670	- 2 991	+ 525	- 19 923	+ 212	+ 323	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapitalexport: -. 5 Zunahme: -. .

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2010	2011	2012	2013					
					Jan. / Sep. r)	Juni r)	Juli r)	August r)	September r)	Oktober p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	951 959	1 061 225	1 095 766	817 920	92 384	93 073	84 978	94 576	99 056
	Einfuhr	797 097	902 523	905 925	670 213	75 368	76 821	71 722	74 300	81 168
	Saldo	+ 154 863	+ 158 702	+ 189 841	+ 147 707	+ 17 016	+ 16 252	+ 13 256	+ 20 276	+ 17 888
I. Europäische Länder	Ausfuhr	675 024	752 295	751 071	561 199	64 162	62 865	56 724	64 956	...
	Einfuhr	541 720	622 870	629 305	472 887	53 961	53 763	49 643	52 563	...
	Saldo	+ 133 305	+ 129 425	+ 121 766	+ 88 313	+ 10 201	+ 9 102	+ 7 081	+ 12 393	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	572 919	629 953	622 674	465 890	53 355	51 861	46 766	54 620	...
	Einfuhr	445 090	506 211	504 494	383 351	43 645	43 527	39 512	42 858	...
	Saldo	+ 127 829	+ 123 742	+ 118 180	+ 82 539	+ 9 710	+ 8 335	+ 7 254	+ 11 763	...
EWU-Länder (17)	Ausfuhr	388 103	420 522	406 232	301 312	34 665	33 418	29 115	35 302	...
	Einfuhr	300 135	338 330	338 393	256 583	29 611	29 720	25 929	28 041	...
	Saldo	+ 87 968	+ 82 192	+ 67 839	+ 44 729	+ 5 053	+ 3 698	+ 3 186	+ 7 261	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	50 545	53 161	49 424	36 207	3 951	3 797	3 523	4 037	...
	Einfuhr	36 026	41 302	40 528	31 538	3 667	3 546	3 280	3 647	...
	Saldo	+ 14 519	+ 11 859	+ 8 896	+ 4 669	+ 284	+ 251	+ 243	+ 390	...
Frankreich	Ausfuhr	89 582	101 444	102 911	74 985	8 924	8 466	6 796	9 076	...
	Einfuhr	60 673	65 948	64 035	47 649	5 715	5 617	4 570	4 686	...
	Saldo	+ 28 909	+ 35 496	+ 38 875	+ 27 336	+ 3 209	+ 2 849	+ 2 226	+ 4 390	...
Italien	Ausfuhr	58 589	62 044	55 529	40 305	4 647	4 646	3 388	4 706	...
	Einfuhr	41 977	47 844	47 957	35 511	4 105	4 406	3 284	3 958	...
	Saldo	+ 16 611	+ 14 200	+ 7 572	+ 4 795	+ 543	+ 239	+ 104	+ 747	...
Niederlande	Ausfuhr	62 978	69 423	70 381	53 038	5 951	5 761	5 564	6 125	...
	Einfuhr	67 205	81 804	85 738	66 759	7 719	7 496	7 223	7 215	...
	Saldo	- 4 227	- 12 382	- 15 357	- 13 720	- 1 768	- 1 734	- 1 660	- 1 090	...
Österreich	Ausfuhr	52 156	57 671	56 591	42 075	4 750	4 717	4 551	5 030	...
	Einfuhr	33 013	37 028	36 419	27 522	3 139	3 215	2 880	3 085	...
	Saldo	+ 19 144	+ 20 643	+ 20 172	+ 14 553	+ 1 612	+ 1 501	+ 1 671	+ 1 944	...
Spanien	Ausfuhr	34 222	34 811	31 047	23 337	2 774	2 643	2 024	2 614	...
	Einfuhr	21 955	22 491	23 206	17 767	2 070	2 003	1 523	1 881	...
	Saldo	+ 12 267	+ 12 320	+ 7 841	+ 5 570	+ 704	+ 640	+ 501	+ 733	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	184 816	209 430	216 442	164 578	18 690	18 444	17 651	19 318	...
	Einfuhr	144 955	167 881	166 100	126 768	14 034	13 807	13 583	14 817	...
	Saldo	+ 39 860	+ 41 550	+ 50 341	+ 37 810	+ 4 656	+ 4 637	+ 4 068	+ 4 502	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	58 666	65 570	73 283	56 584	6 301	6 702	5 860	6 575	...
	Einfuhr	37 923	44 741	42 820	31 451	3 233	3 307	3 380	3 304	...
	Saldo	+ 20 743	+ 20 829	+ 30 462	+ 25 134	+ 3 068	+ 3 395	+ 2 480	+ 3 270	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	102 105	122 342	128 398	95 309	10 808	11 003	9 958	10 336	...
	Einfuhr	96 630	116 660	124 811	89 536	10 316	10 236	10 131	9 705	...
	Saldo	+ 5 476	+ 5 683	+ 3 586	+ 5 773	+ 492	+ 767	- 173	+ 630	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	41 659	47 875	48 933	35 600	3 870	4 090	3 706	3 860	...
	Einfuhr	32 507	36 996	37 775	28 641	3 535	3 363	2 912	3 188	...
	Saldo	+ 9 152	+ 10 879	+ 11 158	+ 6 959	+ 335	+ 727	+ 795	+ 673	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	276 635	308 193	340 980	255 008	27 999	29 985	27 980	29 218	...
	Einfuhr	255 377	279 653	276 620	197 327	21 407	23 058	22 079	21 737	...
	Saldo	+ 21 258	+ 28 541	+ 64 360	+ 57 681	+ 6 592	+ 6 927	+ 5 902	+ 7 480	...
1. Afrika	Ausfuhr	19 968	20 717	21 920	16 903	1 990	1 988	1 720	1 692	...
	Einfuhr	17 040	21 944	24 145	17 695	2 261	1 864	2 097	1 535	...
	Saldo	+ 2 929	- 1 227	- 2 224	- 792	- 271	+ 123	- 378	+ 157	...
2. Amerika	Ausfuhr	99 464	110 424	128 703	97 622	10 462	11 338	10 675	11 312	...
	Einfuhr	71 680	80 568	80 549	56 107	6 248	6 407	5 812	5 937	...
	Saldo	+ 27 784	+ 29 856	+ 48 154	+ 41 515	+ 4 214	+ 4 931	+ 4 862	+ 5 375	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	65 574	73 776	86 971	65 521	7 015	7 566	7 316	7 938	...
	Einfuhr	45 241	48 531	51 070	36 536	3 995	4 094	3 943	3 924	...
	Saldo	+ 20 333	+ 25 244	+ 35 901	+ 28 985	+ 3 020	+ 3 472	+ 3 373	+ 4 014	...
3. Asien	Ausfuhr	148 231	167 574	179 630	132 881	14 671	15 775	14 756	15 340	...
	Einfuhr	163 523	173 115	167 873	120 808	12 564	14 522	13 875	14 040	...
	Saldo	- 15 293	- 5 541	- 11 757	+ 12 072	+ 2 107	+ 1 253	+ 880	+ 1 301	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 138	28 711	32 503	23 364	2 714	2 488	2 600	2 706	...
	Einfuhr	6 878	8 874	8 134	5 978	628	1 014	755	609	...
	Saldo	+ 21 260	+ 19 837	+ 24 369	+ 17 386	+ 2 086	+ 1 474	+ 1 845	+ 2 098	...
Japan	Ausfuhr	13 149	15 115	17 138	12 583	1 339	1 534	1 464	1 585	...
	Einfuhr	22 475	23 595	21 910	14 698	1 613	1 646	1 543	1 729	...
	Saldo	- 9 326	- 8 480	- 4 772	- 2 115	- 274	- 112	- 79	- 144	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	53 791	64 863	66 746	49 829	5 489	6 116	5 680	5 737	...
	Einfuhr	77 270	79 528	78 529	54 887	5 570	6 518	6 490	6 439	...
	Saldo	- 23 479	- 14 665	- 11 783	- 5 058	- 82	- 402	- 810	- 702	...
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	38 183	41 569	45 651	34 627	3 766	4 092	3 711	4 007	...
	Einfuhr	39 562	39 546	37 428	27 643	2 871	3 125	2 949	3 225	...
	Saldo	- 1 379	+ 2 023	+ 8 223	+ 6 984	+ 894	+ 967	+ 762	+ 782	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	8 972	9 479	10 727	7 603	876	885	830	873	...
	Einfuhr	3 134	4 026	4 054	2 717	335	264	294	225	...
	Saldo	+ 5 838	+ 5 453	+ 6 672	+ 4 886	+ 541	+ 620	+ 537	+ 648	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EU einschl. Kroatien. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen					
							zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen			
2008	- 10 258	- 34 718	+ 8 319	+ 3 936	- 1 313	+ 2 376	+ 11 142	- 1 641	+ 3 229	+ 216	+ 32 164	
2009	- 7 220	- 33 341	+ 7 048	+ 4 320	+ 154	+ 2 644	+ 11 955	- 1 261	+ 3 062	+ 541	+ 58 484	
2010	- 2 062	- 32 775	+ 8 092	+ 4 281	+ 1 225	+ 2 863	+ 14 252	- 1 154	+ 3 500	+ 1 564	+ 52 314	
2011	- 2 279	- 33 762	+ 8 562	+ 3 891	+ 1 189	+ 2 939	+ 14 903	- 1 201	+ 3 413	+ 1 885	+ 57 131	
2012	- 2 873	- 35 278	+ 8 733	+ 5 096	+ 1 290	+ 3 070	+ 14 217	- 1 350	+ 2 015	+ 1 940	+ 62 433	
2012 1.Vj.	+ 957	- 5 297	+ 1 799	+ 1 038	- 408	+ 756	+ 3 069	- 355	+ 595	+ 978	+ 17 041	
2.Vj.	+ 1 391	- 8 338	+ 2 572	+ 1 042	+ 177	+ 821	+ 5 118	- 256	+ 472	+ 401	+ 6 901	
3.Vj.	- 7 227	- 15 569	+ 2 387	+ 1 975	+ 752	+ 767	+ 2 461	- 412	+ 493	- 118	+ 19 101	
4.Vj.	+ 2 005	- 6 075	+ 1 975	+ 1 041	+ 768	+ 727	+ 3 569	- 326	+ 455	+ 678	+ 19 391	
2013 1.Vj.	- 227	- 5 058	+ 1 736	+ 837	+ 758	+ 796	+ 704	- 288	+ 229	+ 988	+ 17 671	
2.Vj.	+ 351	- 8 107	+ 2 225	+ 709	+ 1 301	+ 921	+ 3 302	- 308	+ 375	+ 408	+ 7 902	
3.Vj.	- 6 034	- 15 250	+ 2 134	+ 1 761	+ 1 511	+ 760	+ 3 050	- 72	+ 220	- 113	+ 18 513	
2012 Dez.	+ 3 373	- 371	+ 610	+ 464	+ 200	+ 228	+ 2 243	- 126	+ 286	+ 289	+ 6 353	
2013 Jan.	- 1 583	- 1 603	+ 541	+ 418	+ 286	+ 266	- 1 491	- 119	+ 84	+ 331	+ 5 173	
Febr.	+ 343	- 1 266	+ 668	+ 269	+ 275	+ 256	+ 142	- 45	+ 4	+ 328	+ 6 097	
März	+ 1 013	- 2 189	+ 527	+ 150	+ 198	+ 273	+ 2 054	- 125	+ 140	+ 329	+ 6 400	
April	+ 787	- 1 687	+ 759	+ 285	+ 512	+ 271	+ 646	- 126	+ 134	+ 136	+ 1 459	
Mai	- 657	- 2 737	+ 765	+ 188	+ 403	+ 311	+ 414	- 74	+ 127	+ 135	+ 1 274	
Juni	+ 222	- 3 683	+ 702	+ 236	+ 386	+ 338	+ 2 242	- 108	+ 114	+ 137	+ 5 170	
Juli	- 2 093	- 3 968	+ 800	+ 272	+ 487	+ 261	+ 54	- 30	+ 77	- 37	+ 6 136	
Aug.	- 3 574	- 6 198	+ 568	+ 461	+ 724	+ 235	+ 636	- 23	- 5	- 38	+ 6 649	
Sept.	- 367	- 5 084	+ 766	+ 1 027	+ 300	+ 264	+ 2 360	- 19	+ 148	- 37	+ 5 728	
Okt.	- 785	- 3 813	+ 683	+ 270	+ 509	+ 254	+ 1 312	- 27	+ 41	+ 196	+ 6 474	

1 Ab 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienst-

stellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen. 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2008	- 33 157	- 16 834	- 18 746	- 16 644	+ 1 911	- 16 322	- 3 079	- 13 243
2009	- 32 944	- 18 575	- 19 037	- 16 573	+ 462	- 14 370	- 2 995	- 11 375
2010	- 38 289	- 23 369	- 22 899	- 19 473	- 471	- 14 919	- 3 035	- 11 885
2011	- 33 723	- 20 197	- 22 303	- 19 105	+ 2 106	- 13 526	- 2 977	- 10 549
2012	- 36 822	- 23 826	- 24 367	- 21 098	+ 585	- 12 997	- 3 080	- 9 917
2012 1.Vj.	- 15 034	- 11 827	- 11 243	- 10 134	- 585	- 3 207	- 770	- 2 437
2.Vj.	- 6 422	- 3 125	- 6 101	- 5 128	+ 2 975	- 3 297	- 770	- 2 527
3.Vj.	- 9 437	- 6 042	- 5 519	- 5 033	- 523	- 3 395	- 770	- 2 625
4.Vj.	- 5 929	- 2 831	- 1 504	- 803	- 1 327	- 3 098	- 770	- 2 328
2013 1.Vj.	- 15 836	- 12 628	- 12 348	- 11 005	- 280	- 3 208	- 826	- 2 382
2.Vj.	- 7 575	- 4 124	- 7 148	- 6 422	+ 3 024	- 3 451	- 826	- 2 625
3.Vj.	- 10 325	- 7 089	- 7 130	- 6 465	+ 41	- 3 237	- 826	- 2 411
2012 Dez.	+ 441	+ 1 743	+ 2 033	+ 2 465	- 290	- 1 302	- 257	- 1 045
2013 Jan.	- 5 789	- 4 649	- 4 543	- 3 734	- 106	- 1 140	- 275	- 865
Febr.	- 6 880	- 5 801	- 5 551	- 5 055	- 250	- 1 079	- 275	- 804
März	- 3 167	- 2 178	- 2 254	- 2 216	+ 76	- 989	- 275	- 714
April	- 2 554	- 1 397	- 2 563	- 2 165	+ 1 166	- 1 157	- 275	- 882
Mai	- 2 147	- 883	- 2 207	- 2 095	+ 1 325	- 1 264	- 275	- 989
Juni	- 2 875	- 1 845	- 2 378	- 2 162	+ 533	- 1 030	- 275	- 755
Juli	- 3 465	- 2 369	- 2 214	- 2 054	- 155	- 1 096	- 275	- 821
Aug.	- 3 745	- 2 744	- 2 599	- 2 203	- 146	- 1 000	- 275	- 725
Sept.	- 3 115	- 1 975	- 2 318	- 2 208	+ 342	- 1 140	- 275	- 864
Okt.	- 2 991	- 2 071	- 1 650	- 1 516	- 421	- 920	- 275	- 645

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des

EU-Haushalts (ohne Vermögensübertragungen). 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2009	+ 28	- 1 704	+ 1 732
2010	- 575	- 2 039	+ 1 464
2011	+ 673	- 2 326	+ 2 999
2012	+ 40	- 2 648	+ 2 687
2012 1.Vj.	+ 191	- 398	+ 589
2.Vj.	+ 394	- 375	+ 769
3.Vj.	+ 67	- 556	+ 624
4.Vj.	- 613	- 1 318	+ 706
2013 1.Vj.	+ 345	- 306	+ 651
2.Vj.	+ 341	- 478	+ 819
3.Vj.	+ 95	- 330	+ 425
2012 Dez.	- 582	- 647	+ 64
2013 Jan.	+ 26	- 87	+ 113
Febr.	- 26	- 103	+ 77
März	+ 346	- 117	+ 462
April	+ 184	- 157	+ 341
Mai	+ 111	- 140	+ 251
Juni	+ 46	- 182	+ 227
Juli	+ 39	- 162	+ 202
Aug.	- 76	- 151	+ 74
Sept.	+ 132	- 17	+ 149
Okt.	+ 525	- 10	+ 535

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2010	2011	2012	2012		2013				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Aug.	Sept.	Okt.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 408 675	- 226 210	- 355 772	+ 32 811	- 28 397	- 36 643	+ 16 537	- 3 512	+ 49	- 34 833
1. Direktinvestitionen 1)	- 91 757	- 37 527	- 52 088	- 4 512	- 19 699	- 4 953	- 7 853	- 8 618	- 2 727	- 306
Beteiligungskapital	- 55 147	- 21 739	- 34 637	- 9 864	- 5 736	- 5 401	- 1 157	- 1 114	- 363	- 1 769
reinvestierte Gewinne 2)	- 19 962	- 25 161	- 27 080	+ 5 446	- 9 975	- 5 797	- 9 775	- 3 941	- 2 758	- 4 127
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 16 649	+ 9 373	+ 9 629	+ 10 798	- 3 988	+ 6 245	+ 3 079	- 3 563	+ 394	+ 5 589
2. Wertpapieranlagen	- 171 333	- 22 665	- 107 955	- 45 825	- 46 658	- 36 835	- 32 975	- 9 266	- 3 511	- 6 032
Aktien 3)	- 1 355	+ 2 130	- 11 186	- 13 259	- 9 822	- 3 252	- 8 805	- 489	- 1 382	- 636
Investmentzertifikate 4)	- 21 558	- 1 843	- 21 560	- 12 558	- 10 710	- 4 085	- 7 703	- 1 498	- 1 931	- 3 670
Anleihen 5)	- 154 540	- 18 014	- 75 947	- 23 754	- 21 089	- 30 132	- 16 376	- 5 464	- 3 616	+ 1 010
Geldmarktpapiere	+ 6 120	- 4 938	+ 738	+ 3 745	- 5 036	+ 634	- 91	- 1 816	+ 3 418	- 2 735
3. Finanzderivate 6)	- 17 616	- 27 511	- 17 885	- 4 236	- 3 880	- 6 090	- 2 084	+ 676	- 1 491	- 3 302
4. übriger Kapitalverkehr	- 126 356	- 135 670	- 176 548	+ 86 890	+ 41 926	+ 11 307	+ 58 664	+ 14 121	+ 7 222	- 25 405
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 138 406	+ 44 070	+ 62 184	+ 60 942	+ 15	+ 523	+ 49 719	+ 12 229	+ 14 496	- 22 438
langfristig	+ 77 572	- 12 957	+ 47 870	+ 15 002	+ 11 538	+ 13 408	+ 13 223	+ 6 376	+ 3 558	+ 1 991
kurzfristig	+ 60 833	+ 57 027	+ 14 315	+ 45 940	- 11 523	- 12 884	+ 36 496	+ 5 854	+ 10 938	- 24 429
Unternehmen und Privatpersonen	- 59 426	- 20 612	+ 1 985	+ 21 570	- 29 128	- 3 984	+ 7 272	+ 2 773	- 10 427	- 7 528
langfristig	- 41 464	+ 5 169	- 1 763	- 534	+ 1 097	+ 89	- 1 208	- 466	+ 78	- 226
kurzfristig 7)	- 17 962	- 25 780	+ 3 748	+ 22 104	- 30 225	- 4 073	+ 8 480	+ 3 239	- 10 505	- 7 302
Staat	- 57 702	- 21 056	- 48 038	- 35 092	+ 4 087	+ 1 523	- 3 480	- 3 722	- 108	- 4 310
langfristig	- 47 492	- 2 226	- 48 048	- 27 785	- 451	- 4 604	- 3 069	- 3 451	+ 613	- 3 828
kurzfristig 7)	- 10 209	- 18 829	+ 10	+ 7 307	+ 4 538	+ 6 126	- 411	- 271	- 721	- 483
Bundesbank	- 147 633	- 138 073	- 192 679	+ 39 469	+ 66 953	+ 13 246	+ 5 153	+ 2 841	+ 3 260	+ 8 871
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 1 613	- 2 836	- 1 297	+ 494	- 86	- 72	+ 784	- 425	+ 556	+ 212
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 268 531	+ 63 600	+ 121 943	- 112 576	- 12 287	- 28 598	- 83 281	- 25 636	- 25 429	+ 14 910
1. Direktinvestitionen 1)	+ 43 361	+ 35 203	+ 5 109	+ 3 143	+ 7 697	+ 7 065	+ 4 409	+ 1 743	+ 2 818	+ 14 781
Beteiligungskapital	+ 14 009	+ 10 856	- 1 971	+ 4 994	- 922	+ 685	+ 384	+ 114	+ 109	+ 281
reinvestierte Gewinne 2)	+ 3 330	+ 2 534	+ 7 402	+ 2 281	+ 4 821	- 883	+ 2 544	+ 1 100	+ 1 025	+ 1 497
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 26 022	+ 21 813	- 323	- 4 132	+ 3 799	- 5 497	+ 1 481	+ 530	+ 1 684	+ 13 003
2. Wertpapieranlagen	+ 47 318	+ 49 627	+ 42 250	+ 12 362	+ 5 527	- 12 777	- 6 469	+ 4 111	+ 3 769	- 6 526
Aktien 3)	- 6 147	- 11 418	+ 1 148	- 227	- 5 384	+ 2 818	+ 3 861	+ 1 189	+ 1 385	- 3 946
Investmentzertifikate	+ 3 598	+ 6 647	- 3 869	+ 644	+ 73	+ 802	+ 1 215	- 50	+ 660	- 851
Anleihen 5)	+ 59 620	+ 50 314	+ 52 925	+ 10 966	- 1 480	- 20 675	- 5 057	+ 6 816	+ 6 348	+ 705
Geldmarktpapiere	- 9 753	+ 4 084	+ 7 954	+ 978	+ 12 317	+ 5 883	- 6 488	- 3 844	- 4 624	- 2 434
3. übriger Kapitalverkehr	+ 177 852	- 21 231	+ 74 584	- 128 081	- 25 511	- 8 756	- 81 220	- 31 490	- 32 017	+ 6 656
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 76 302	- 96 708	+ 51 508	- 130 954	- 8 840	- 14 206	- 65 173	- 24 705	- 30 988	- 4 410
langfristig	- 5 750	- 18 368	- 10 250	- 5 479	- 10 147	- 2 544	- 2 826	- 852	- 1 283	- 1 388
kurzfristig	+ 82 052	- 78 340	+ 61 758	- 125 475	+ 1 307	- 11 662	- 62 347	- 23 853	- 29 706	- 3 022
Unternehmen und Privatpersonen	+ 1 992	+ 25 006	- 6 034	- 10 279	+ 9 452	+ 8 384	- 4 231	+ 1 189	+ 2 851	- 13 602
langfristig	- 6 261	- 11 899	- 9 633	- 281	- 4 996	- 3 155	- 4 639	- 492	- 2 641	- 3 279
kurzfristig 7)	+ 8 253	+ 36 905	+ 3 599	- 9 999	+ 14 448	+ 11 539	+ 408	+ 1 681	+ 5 492	- 10 323
Staat	+ 94 040	+ 18 519	- 30 826	+ 2 410	+ 60	+ 8 253	- 8 631	- 5 951	- 752	+ 4 903
langfristig	+ 610	+ 5 083	+ 36 179	+ 10 210	+ 687	+ 6 043	+ 1 324	+ 1 083	+ 281	- 180
kurzfristig 7)	+ 93 430	+ 13 436	- 67 005	- 7 799	- 627	+ 2 210	- 9 955	- 7 034	- 1 033	+ 5 083
Bundesbank	+ 5 518	+ 31 952	+ 59 936	+ 10 742	- 26 183	- 11 187	- 3 185	- 2 022	- 3 127	+ 19 765
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 140 144	- 162 610	- 233 829	- 79 765	- 40 684	- 65 241	- 66 744	- 29 147	- 25 380	- 19 923

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. **2** Geschätzt. **3** Einschl. Genuss-Scheine. **4** Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. **5** Ab 1975 ohne Stückzinsen. **6** Verbriefte und nicht verbrieft Optionen sowie Finanztermingeschäfte. **7** Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. **8** Ohne Bundesbank. **9** Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

ungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. **8** Ohne Bundesbank. **9** Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven						Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forder- ungen an die EZB 2) netto					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. **1** Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. **2** Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). **3** Einschl. Kredite an die Weltbank. **4** Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen										Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven						sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EVU- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396	
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942	
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951	
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175	
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983	
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570	
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488	
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	200 607	200 607	
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160	
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075	
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106	
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506	
2012 Aug.	1 023 617	197 776	143 507	23 520	30 749	50	764 080	61 711	101 494	922 123	
Sept.	974 478	203 337	150 373	23 295	29 669	50	708 090	63 002	95 757	878 721	
Okt.	991 439	196 910	144 172	23 154	29 585	50	731 983	62 496	123 787	867 652	
Nov.	988 534	197 486	145 110	22 771	29 606	50	727 755	63 242	112 190	876 344	
Dez.	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506	
2013 Jan.	878 587	184 947	134 745	21 953	28 249	50	629 884	63 707	103 899	774 688	
Febr.	871 508	183 222	132 131	22 011	29 079	50	625 519	62 717	96 300	775 208	
März	852 611	188 447	136 454	22 403	29 590	50	601 669	62 446	80 341	772 271	
April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951	
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965	
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743	
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059	
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560	
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697	
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737	
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332	

o) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Einschl. Kredite an die Weltbank. **2** Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). **3** Vgl. Anmerkung 2. **4** Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2009	593 591	209 729	383 862	240 727	143 135	130 605	12 530	754 355	159 667	594 688	457 468	137 220	80 759	56 461
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 608	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013 Mai	801 477	300 108	501 369	327 910	173 459	157 050	16 409	948 665	182 833	765 832	609 132	156 700	87 340	69 360
Juni	817 432	303 078	514 354	333 215	181 139	163 291	17 848	959 277	189 004	770 273	611 884	158 389	90 268	68 121
Juli	789 196	289 671	499 525	324 104	175 421	159 571	15 850	950 276	182 792	767 484	608 832	158 652	88 618	70 034
Aug.	776 947	276 054	500 893	329 056	171 837	157 022	14 815	932 467	167 777	764 690	608 525	156 165	85 375	70 790
Sept.	792 954	282 635	510 319	329 235	181 084	165 884	15 200	943 934	170 717	773 217	607 824	165 393	96 350	69 043
Okt.	785 639	292 066	493 573	313 150	180 423	164 886	15 537	933 886	160 176	773 710	608 772	164 938	95 315	69 623
Industrieländer ¹⁾														
2009	531 796	208 571	323 225	220 778	102 447	93 566	8 881	684 984	157 343	527 641	431 525	96 116	68 912	27 204
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013 Mai	711 444	297 975	413 469	296 987	116 482	102 475	14 007	862 791	181 198	681 593	572 878	108 715	73 755	34 960
Juni	725 177	300 712	424 465	302 127	122 338	106 939	15 399	872 929	187 406	685 523	576 845	108 678	75 421	33 257
Juli	699 521	287 724	411 797	294 599	117 198	103 534	13 664	864 536	181 041	683 495	573 712	109 783	74 615	35 168
Aug.	686 029	274 141	411 888	297 891	113 997	101 543	12 454	845 587	166 242	679 345	572 562	106 783	71 004	35 779
Sept.	701 704	279 335	422 369	300 148	122 221	109 258	12 963	856 730	169 208	687 522	571 605	115 917	81 012	34 905
Okt.	694 910	288 099	406 811	284 397	122 414	108 945	13 469	847 968	158 631	689 337	573 129	116 208	80 619	35 589
EU-Länder ¹⁾														
2009	443 431	200 400	243 031	165 986	77 045	70 051	6 994	579 596	141 633	437 963	367 980	69 983	48 977	21 006
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013 Mai	586 363	271 349	315 014	231 347	83 667	72 821	10 846	736 373	171 562	564 811	487 182	77 629	50 941	26 688
Juni	602 070	278 044	324 026	235 290	88 736	76 411	12 325	742 006	176 682	565 324	488 916	76 408	51 620	24 788
Juli	579 794	265 588	314 206	229 961	84 245	73 667	10 578	735 969	169 555	566 414	488 420	77 994	51 167	26 827
Aug.	573 795	260 380	313 415	231 907	81 508	72 128	9 380	718 162	155 106	563 056	487 173	75 883	48 653	27 230
Sept.	583 499	265 554	317 945	230 762	87 183	77 199	9 984	725 230	158 941	566 289	484 781	81 508	54 958	26 550
Okt.	587 412	273 218	314 194	226 596	87 598	77 207	10 391	715 489	146 426	569 063	487 361	81 702	54 398	27 304
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2009	321 991	159 740	162 251	114 378	47 873	43 179	4 694	466 064	91 792	374 272	332 280	41 992	28 397	13 595
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013 Mai	435 136	210 647	224 489	170 045	54 444	48 240	6 204	614 061	129 147	484 914	432 597	52 317	35 168	17 149
Juni	446 909	217 914	228 995	171 821	57 174	50 609	6 565	619 937	133 105	486 832	434 940	51 892	35 247	16 645
Juli	430 839	207 800	223 039	168 612	54 427	48 371	6 056	616 842	127 440	489 402	437 104	52 298	35 317	16 981
Aug.	423 976	202 514	221 462	168 575	52 887	46 853	6 034	606 856	122 401	484 455	433 578	50 877	33 187	17 690
Sept.	425 286	203 030	222 256	166 830	55 426	49 244	6 182	610 391	123 618	486 773	432 759	54 014	36 517	17 497
Okt.	427 683	206 283	221 400	165 590	55 810	49 529	6 281	611 956	120 422	491 534	436 897	54 637	36 748	17 889
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2009	61 795	1 158	60 637	19 949	40 688	37 039	3 649	69 371	2 324	67 047	25 943	41 104	11 847	29 257
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013 Mai	90 033	2 133	87 900	30 923	56 977	54 575	2 402	85 874	1 635	84 239	36 254	47 985	13 585	34 400
Juni	92 255	2 366	89 889	31 088	58 801	56 352	2 449	86 348	1 598	84 750	35 039	49 711	14 847	34 864
Juli	89 675	1 947	87 728	29 505	58 223	56 037	2 186	85 740	1 751	83 989	35 120	48 869	14 003	34 866
Aug.	90 918	1 913	89 005	31 165	57 840	55 479	2 361	86 880	1 535	85 345	35 963	49 382	14 371	35 011
Sept.	91 250	3 300	87 950	29 087	58 863	56 626	2 237	87 204	1 509	85 695	36 219	49 476	15 338	34 138
Okt.	90 729	3 967	86 762	28 753	58 009	55 941	2 068	85 918	1 545	84 373	35 643	48 730	14 696	34 034

* Bis November 2009 einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zah-

len nicht vergleichbar. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2009 einschl. Slowakei; ab Januar 2011 einschl. Estland. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2012 Juli	1,1931	7,8288	7,4384	97,07	1,2461	7,4579	8,5451	1,2011	1,2288	0,78827
Aug.	1,1841	7,8864	7,4454	97,58	1,2315	7,3239	8,2805	1,2011	1,2400	0,78884
Sept.	1,2372	8,1273	7,4539	100,49	1,2583	7,3945	8,4929	1,2089	1,2856	0,79821
Okt.	1,2596	8,1390	7,4582	102,47	1,2801	7,4076	8,6145	1,2098	1,2974	0,80665
Nov.	1,2331	7,9998	7,4587	103,94	1,2787	7,3371	8,6076	1,2052	1,2828	0,80389
Dez.	1,2527	8,1809	7,4604	109,71	1,2984	7,3503	8,6512	1,2091	1,3119	0,81237
2013 Jan.	1,2658	8,2698	7,4614	118,34	1,3189	7,3821	8,6217	1,2288	1,3288	0,83271
Febr.	1,2951	8,3282	7,4598	124,40	1,3477	7,4232	8,5083	1,2298	1,3359	0,86250
März	1,2537	8,0599	7,4553	122,99	1,3285	7,4863	8,3470	1,2266	1,2964	0,85996
April	1,2539	8,0564	7,4553	127,54	1,3268	7,5444	8,4449	1,2199	1,3026	0,85076
Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,2981	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
2001 1. Januar	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-21 1)		EWK-40 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	24 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	24 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,1	96,0	96,3	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,7	
2000	87,0	86,6	86,1	85,6	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,5	84,7	90,4	87,1	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,4	89,6	87,9	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,8	
2003	100,6	101,5	100,6	98,6	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,6	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,2	103,4	102,5	111,4	105,2	95,5	92,9	99,6	94,9	98,4	98,0	98,2	
2005	102,9	103,7	101,5	100,3	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5	
2006	102,8	103,7	100,7	99,1	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,8	
2007	106,2	106,4	102,6	100,7	112,8	104,0	94,2	89,2	102,4	91,6	100,8	97,8	96,9	
2008	109,3	108,4	103,8	103,3	117,0	105,9	94,3	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0	
2009	110,6	109,0	104,6	105,2	119,8	106,8	93,9	87,9	104,0	90,5	101,7	97,9	97,4	
2010	103,6	101,5	96,5	97,9	111,5	98,1	91,7	87,7	97,9	87,2	98,8	93,8	92,2	
2011	103,4	100,6	95,0	96,2	112,2	97,6	91,4	87,6	97,6	86,6	98,2	93,1	91,7	
2012	97,9	95,5	89,7	90,5	107,1	92,8	89,5	87,4	92,5	84,2	96,0	90,3	88,8	
2010 Juni	99,8	97,9			107,0	94,4					97,2	92,1	90,3	
Juli	101,6	99,7			109,2	96,3					97,8	92,9	91,2	
Aug.	101,2	99,2	94,4	95,2	108,9	95,9	90,8	87,8	95,5	86,3	97,6	92,6	90,9	
Sept.	101,5	99,4			109,3	96,0					97,7	92,7	91,0	
Okt.	104,9	102,5			113,0	99,0					99,1	94,1	92,6	
Nov.	103,7	101,1	95,7	98,0	111,8	97,7	91,5	87,7	97,6	87,0	98,8	93,6	92,0	
Dez.	101,7	99,1			109,4	95,6					97,9	92,7	91,0	
2011 Jan.	101,4	98,9			109,4	95,5					97,8	92,4	90,7	
Febr.	102,4	99,8	94,6	96,3	110,7	96,5	91,5	87,8	97,3	86,7	98,1	92,8	91,2	
März	104,1	101,5			112,4	98,1					98,6	93,5	91,9	
April	105,8	103,3			114,1	99,7					99,5	94,3	92,8	
Mai	104,9	102,0	96,8	98,7	113,3	98,6	92,4	87,7	100,1	87,6	99,0	93,7	92,1	
Juni	105,0	102,0			113,5	98,7					99,0	93,7	92,2	
Juli	104,0	101,0			112,4	97,7					98,6	93,3	91,8	
Aug.	103,9	100,8	94,9	97,0	113,0	98,1	91,3	87,5	97,3	86,4	98,1	93,0	91,8	
Sept.	102,8	99,9			112,1	97,4					97,8	92,7	91,6	
Okt.	103,0	100,2			112,6	97,8					97,9	92,9	91,8	
Nov.	102,6	99,8	93,7	92,7	112,1	97,3	90,5	87,3	95,4	85,7	97,6	92,8	91,6	
Dez.	100,8	98,1			110,3	95,7					96,9	91,8	90,6	
2012 Jan.	99,0	96,3			108,1	93,7					96,2	90,8	89,4	
Febr.	99,7	97,2	91,4	92,4	108,4	94,2	89,9	87,3	93,7	84,8	96,8	91,3	89,7	
März	99,9	97,3			108,7	94,3					96,8	91,1	89,6	
April	99,5	97,1			108,5	94,2					96,7	91,1	89,5	
Mai	98,1	95,6	90,2	91,3	107,3	93,0	89,6	87,4	92,7	84,4	96,0	90,4	88,9	
Juni	97,2	94,8			106,7	92,4					95,5	89,9	88,6	
Juli	95,4	93,1			104,3	90,6					94,9	89,1	87,5	
Aug.	95,3	93,0	87,8	89,1	104,5	90,6	88,8	87,4	90,5	83,3	94,9	89,0	87,5	
Sept.	97,2	94,9			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5	
Okt.	97,8	95,5			107,3	92,9					95,9	90,1	88,6	
Nov.	97,3	94,9	89,5	89,3	106,7	92,3	89,7	87,4	93,0	84,2	95,9	89,9	88,5	
Dez.	98,7	96,2			108,3	93,5					96,5	90,6	89,2	
2013 Jan.	100,4	98,0			109,9	94,8					97,4	91,5	89,9	
Febr.	101,7	99,0	92,1	92,5	111,2	95,7	91,1	87,5	96,6	85,6	98,1	92,0	90,4	
März	100,2	97,8			109,5	94,4					97,7	91,5	89,7	
April	100,5	97,8			109,8	94,3					97,5	91,2	89,5	
Mai	100,6	98,0	92,6	92,0	110,0	94,5	91,7	87,8	97,7	86,0	98,1	91,7	89,9	
Juni	101,6	98,8			112,0	96,1					98,3	92,2	90,8	
Juli	101,5	98,8			112,0	96,1					98,4	92,2	90,9	
Aug.	102,2	99,5			113,4	97,3	91,8	87,8	98,2	86,0	98,5	92,4	91,4	
Sept.	102,0	99,1			113,3	96,9					98,5	92,3	91,3	
Okt.	102,9	99,7			114,2	97,3					98,8	92,6	91,5	
Nov.	102,7	99,4			114,2	97,1					98,8	92,6	91,5	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff., Februar 2012, S. 36 f. und August 2013, S. 51 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tsche-

chische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-21-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-21-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-40-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

März 2013

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2012
- Bankinterne Methoden zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und ihre bankaufsichtliche Bedeutung

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

April 2013

Über die von 2000 bis 2012 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2013 beigefügte Verzeichnis.

- Die US-Wirtschaft im aktuellen Konjunkturaufschwung
- Makroprudenzielle Überwachung in Deutschland: Grundlagen, Institutionen, Instrumente

Aufsätze im Monatsbericht

Mai 2013

Januar 2013

- Aktuelle Entwicklungen am Markt für Investmentfonds: Nachfrage, Strukturveränderungen und Anlageverhalten
- Münzgeldentwicklung und -prognose in Deutschland

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2013

Juni 2013

Februar 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2012/2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2013 und 2014
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie

- Finanzen der privaten Haushalte, Sparen und Ungleichheit: eine internationale Perspektive – Konferenz der Deutschen Bundesbank und des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik
- Die Umsetzung von Basel III in europäisches und nationales Recht
- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012
- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

Juli 2013

- Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion
- Zinsstrukturkurvenschätzungen im Zeichen der Finanzkrise
- Unterschiede im Geldmengen- und Kreditwachstum im Euro-Raum und in einzelnen Mitgliedsländern

August 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013

September 2013

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2012
- Die Entwicklung staatlicher Zinsausgaben in Deutschland
- Prognosemodelle in der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht

Oktober 2013

- Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten
- Makroökonomische Ansätze zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Finanzsektorpolitik – der Finanzstabilitätsrat (FSB)

November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2013 ³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2013 ²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2007 bis 2012, Juni 2013 ³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009 ³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2009 bis 2010, Mai 2013 ²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 ⁰⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2013 ¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 ²⁾

■ Diskussionspapiere ^{*)}

- 42/2013
 Is proprietary trading detrimental to retail investors?
- 43/2013
 Disentangling economic recessions and depressions
- 44/2013
 Collateral requirements and asset prices
- 45/2013
 Monetary policy and stock market volatility
- 46/2013
 Assessing house prices in Germany: evidence from an estimated stock-flow model using regional data
- 47/2013
 Cash holdings of German open-end equity funds: Does ownership matter?
- 48/2013
 Changing forces of gravity: how the crisis affected international banking
- 49/2013
 Current account adjustment in EU countries: Does euro-area membership make a difference?
- 50/2013
 Real financial market exchange rates and capital flows
- 51/2013
 Learning about fiscal policy and the effects of policy uncertainty

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 82 •.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

-
- 1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.
 - 2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.
 - 3 Nur im Internet verfügbar.